**Office of Military Government
for Bavaria**

Von

Reinhard Heydenreuter

A. Historischer Überblick

1. Die Besetzung Bayerns durch amerikanische Truppen im Jahre 1945

Die militärische Besetzung Bayerns im April und Mai 1945 erfolgte durch Einheiten der 3. und 7. US Armee. Die 3. Armee gehörte zur 12. Armeegruppe, die 7. Armee zur 6. Armeegruppe. Am 12. Mai 1945 kam auch die 7. Armee zur 12. Armeegruppe.

Während der Kampfhandlungen in Bayern im April 1945 wurden die Operationsgrenzen zwischen der 3. und 7. Armee durch General Dwight D. Eisenhower auf einer Linie westlich von Würzburg bis westlich von München und weiter nördlich von Salzburg festgelegt. Die 3. Armee operierte daher vorwiegend im östlichen, die 7. Armee im westlichen und südlichen Bayern.

Die 7. Armee unter General Patch bestand am 8. Mai 1945 aus folgenden Einheiten:

Übersicht I: Einheiten der 7. U.S. Armee, 8. Mai 1945

VI. Corps:	44. Infantry Division, 103. Infantry Division, 10. Armored Division, 115. Cavalry Group
XXI. Corps:	36. Infantry Division, 101. Airborne Division, 12. Armored Division (zwischen 5. und 12. Mai bei Army Reserve), 101. Cavalry Group
XV. Corps:	3. Infantry Division, 42. Infantry Division, 86. Infantry Division, 20. Armored Division, ¹ 106. Cavalry Group
Army Reserve:	63. Infantry Division, 100. Infantry Division, 45. Infantry Division

Die 7. Armee überschritt den Rhein Anfang April 1945 bei Worms, also südlich des Abschnitts, wo die ersten Einheiten der 3. Armee am Abend des 22. März 1945 den Rhein überquert hatten. Die 7. Armee stieß südwestlich der 3. Armee nach Westen vor. Am 4. April nahm die 42. Inf. Div. (XV. Corps) Würzburg und später Schweinfurt.² Am 11. April schwenkten das XV. und das XXI. Corps nach Süden, nachdem die Operationsräume der 7. Armee westlich und südlich der 3. Armee festgelegt worden waren. Das XXI. Corps wandte sich Richtung Ansbach, das XV. Corps östlich davon Richtung Bamberg und Nürnberg. Am 13. April fiel Bamberg an Einheiten der 4. und 45. Inf. Div. (XV. Corps), am 16. April begann der Angriff auf Nürnberg, das am 20. April besetzt wurde.³

Die Donau wurde von Einheiten der 12. Armored Div. (XXI. Corps) am 22. April auf einer unzerstörten Brücke bei Dillingen überquert. Fast gleichzeitig, am 23. April, setzten Einheiten der 10. Armored und der 44. Inf. Div. (VI. Corps) östlich davon bei Ehingen über den Fluß. Die 42. Inf. Div. (XV. Corps) nahm Donauwörth und überquerte am 26. April vor Tagesanbruch zusammen mit der 45. Inf. Div. (XV. Corps) die Donau.⁴ Am gleichen Tag drang auch die 103. Inf. Div. (VI. Corps) nordöstlich von Ulm über die Donau. Nennenswerter Widerstand wurde nicht geleistet. Nachdem die 3. Inf. Div. (XV. Corps) Augsburg eingenommen hatte, stießen die 3., 42., 45. Inf. Div.,

¹ Die 20. Armored Division war der Ersatz für die 14. Armored Division, die wegen ihrer östlichen Kampfstellungen zur 3. Armee gezogen wurde.

² McDonald: The last Offensive, S. 420; vgl. The Seventh US Army: Reports of Operations, Bd. III.

³ Ebenda, S. 425.

⁴ Ebenda, S. 434.

die 20. Armored Div. (alle XV. Corps), sowie die 12. Armored Div. (XXI. Corps) in den letzten Apriltagen gemeinsam in Richtung München vor. Die 45. Inf. Div. erreichte zuerst Dachau, die 3. und 42. Inf. Div. drangen ins Münchener Zentrum vor. Widerstand in der SS-Kaserne im Norden der Stadt wurde von Einheiten der 45. Inf. Div. niedergekämpft. Am Sonntag, den 30. April 1945 war München vollständig in der Hand amerikanischer Truppen. Um 16.05 Uhr wurde das Münchener Rathaus an Einheiten der 45. Inf. Div. übergeben.⁵ Am Spätnachmittag des 4. Mai erreichten Einheiten der 3. Inf. Div. (XV. Corps) Berchtesgaden. Die Ehre, Hitlers „Alpenfestung“ als erste zu betreten, wurde einer Division zugestanden, die unter allen amerikanischen Divisionen die höchsten Verluste auf dem europäischen Kriegsschauplatz hatte. Die 103. Inf. Div. (VI. Corps) besetzte am 4. Mai Innsbruck.

Die 3. Armee⁶ unter dem Kommando von General George S. Patton bestand Anfang Mai 1945 aus den folgenden Einheiten:

Übersicht 2: Einheiten der 3. U.S. Armee, Anfang Mai 1945

III. Corps:	4. Infantry Division, 99. Infantry Division, 9. Armored Division, 14. Armored Division, 14. Cavalry Group ⁷
XX. Corps:	13. Armored Division, 3. Cavalry Group, 65. Infantry Division, 71. Infantry Division
XII. Corps:	4. Infantry Division, 5. Infantry Division, 11. Armored Division, 6. Armored Division

Einheiten der 5. Inf. Div. (XII. Corps) waren die ersten amerikanischen Truppen, die am Abend des 22. März 1945 den Rhein überquerten. Am 25. März betraten Soldaten der 4. Armored Div. (XII. Corps) nördlich von Aschaffenburg erstmals rechtsrheinisches bayerisches Gebiet. Anfang April stieß die 3. Armee durch Hessen nach Thüringen vor. Am 10. April wurde Coburg genommen. Am 15. April stand die 3. Armee auf der Linie Mulde-Plauen-Hof-Bayreuth und schwenkte dann auf Befehl des Oberkommandierenden nach Süden in Richtung Regensburg und Linz. Am 23. April überquerten Einheiten der 11. Armored Division (XII. Corps) den Regen, am 24. April die 86. und die 99. Inf. Div. (III. Corps) die Altmühl. Am 26. April überschritt die 86. Inf. Div. (III. Corps) bei Ingolstadt die Donau, gleichzeitig überquerten Einheiten der 65. Inf. Div. und 71. Inf. Div. (XX. Corps) die Donau bei Regensburg. Die Stadt wurde kampfflos übergeben. Am 29. April überschritt die 13. Armored Div. (XX. Corps) bei Landau die Isar und erreichte nach zwei Tagen den Inn bei Braunau. Die 14. Armored Div. (III. Corps) nahm am 30. April Landshut. Das III. Corps rückte nach Österreich vor und erreichte am 4. Mai die Enns. Größerer Widerstand wurde den Amerikanern in Passau geleistet, das erst nach tagelanger Beschießung und Sprengung aller Brücken am 3. Mai eingenommen wurde. Das Hauptquartier des III. Corps blieb vom 2. Mai bis Kriegsende in Dorfen. Das XII. Corps stand um diese Zeit vor Linz.

Nach dem Ende der Feindseligkeiten stand die 7. Armee im wesentlichen in Schwaben und Oberbayern, die 3. Armee im übrigen Bayern. Noch im Mai begannen die 3. und 7. Armee, ihre Truppen abzubauen. Die erste Einheit, die Deutschland verließ, war

⁵ Chronik der Stadt München, S. 42; Langendorf/Wulffius: In München fing's an, S. 14.

⁶ Zu den einzelnen Operationen der 3. Armee vgl. After Action Report 3rd US Army 1 August 1944 – 9 May 1945, Bd. 1, The Operations.

⁷ The Phantom Corps, US Army III. Corps, 1945. Das III. Corps wurde April mit sechs Divisionen der 3. Armee zugeteilt, nachdem diese ihr VIII. Corps an die 1. Armee abgegeben hatte (The Seventh US Army: Reports of Operations, Bd. III, S. 425).

bei der 3. Armee das 474th Infantry Regiment, gefolgt von der 97th Infantry Division. Am 19. Mai 1945 wurde die 7. Armee angewiesen, die in Bayern besetzten Gebiete zugunsten der 3. Armee zu räumen. General Patton verlegte sein Hauptquartier am 23. Mai 1945 von Regensburg nach Bad Tölz in die ehemalige SS-Junkerschule. Sein Privatquartier bezog Patton in der ehemaligen Villa des NS-Verlegers und Reichsleiters Max Amann (Eher-Verlag) in St. Quirin am Tegernsee.⁸

Durch Umgruppierung wurde vorläufig versucht, die Besatzungsräume der einzelnen Divisionen an die Landkreisgrenzen anzupassen.⁹ Das XV. Corps, das in den letzten Kriegstagen operationsmäßig der 3. Armee unterstand und Salzburg und Osttirol besetzt hatte, wurde Mai/Juni vollständig der 3. Armee angegliedert. Am 14. Juni wurden im Zusammenhang mit der Bildung von Militärdistrikten der 7. und 3. Armee neue Besatzungsgebiete zugewiesen: Die 3. Armee sollte Bayern übernehmen, die 7. Armee den restlichen Teil der amerikanischen Besatzungszone. Bis zum 10. Juli wurden die Grenzen zwischen der 3. und 7. Armee dreimal geändert.

Endgültig abgeschlossen wurde die Umgruppierung der beiden Armeen erst mit der Verlegung des 7th Army Command Post von Augsburg nach Heidelberg am 22. Juli 1945.

In dem von der 3. Armee besetzten Gebiet wurden die Grenzen zur sowjetischen Besatzungszone endgültig am 1. Juli, die zur französischen am 10. Juli festgelegt. Im Mai 1945 waren die Corps der 3. Armee wie folgt auf Bayern verteilt:

Übersicht 3: Verteilung der Corps, 3. U.S. Armee, auf Bayern, Mai 1945

III. Corps:	Franken ¹⁰
XII. Corps:	Oberpfalz und Niederbayern ¹¹
XX. Corps:	Niederbayern und Oberösterreich ¹²
XV. Corps:	Teile von Oberbayern, Teile von Tirol, Salzburg und Oberösterreich ¹³

Nach dem Abzug der 7. Armee wurden die Corps der 3. Armee wie folgt verteilt:

Übersicht 4: Verteilung der Corps, 3. U.S. Armee, auf Bayern, Juli 1945

XV. Corps:	Franken ¹⁴
XII. Corps:	Oberfranken und Niederbayern ¹⁵

⁸ Farago: Last days, S. 69.

⁹ Das Besatzungsgebiet der 12. Armored Division, das Mitte Mai noch die Landkreise Aalen, Heidenheim, Nördlingen, Dillingen, Wertingen, Augsburg, Günzburg, Donauwörth, Neuburg, Krumbach sowie Teile der Landkreise Aichach, Schrobenhausen und Friedberg umfaßte, wurde am 17. Mai auf die drei letztgenannten Landkreise beschränkt.

¹⁰ Das Hq III. Corps wurde am 12. Mai von Dorfen (zwischen Isar und Inn) nach Erlangen verlegt, um die Verwaltung der Regierungsbezirke Ober-, Mittel- und Mainfranken zu übernehmen. Am 17. Juni wurde es wieder abgezogen. Für sein Gebiet wurde kurzzeitig (13.–25. Juni) das XII. Corps und ab 25. Juni endgültig das XV. Corps zuständig (13/147–2/11).

¹¹ Anfang Mai hatte das XII Corps das Gebiet zwischen tschechischer Grenze und Donau hinunter bis kurz vor Linz besetzt. Das Hq wurde am 26. Mai von Grafenau nach Regensburg verlegt. Am 20. Mai unterstanden dem Corps 30 Military Government Detachments, darunter Straubing, Ingolstadt, Regensburg, Passau und Linz (ebenda).

¹² Das XX. Corps zog sich im Juni ganz aus Österreich zurück.

¹³ Das XV. Corps wurde am 24. Mai der 3. Armee zugewiesen; es zog sich am 5. Juli aus Österreich zurück und bezog seine neuen Positionen in Franken.

¹⁴ Bestand Ende September aus: 102. Inf.Div., 79. Inf.Div. und 1. Inf.Div.

¹⁵ Bestand Ende September aus: 83. Inf.Div., 90. Inf.Div. 3. Armored Div. (vgl. XII. Corps: Spearhead of Pattons Third Army, 1947).

XX. Corps: Schwaben und Niederbayern¹⁶
 38. AAA Brig.: München und Landkreise Wolfratshausen, Bad Tölz und Miesbach

Das XXII. Corps war für die von der 3. Armee besetzten Gebiete in der heutigen Tschechoslowakei zuständig (Linie Eger–Pilsen–Rosenberg).

2. Die amerikanische Militärregierung in Bayern im Jahre 1945

a) *European Civil Affairs Division*¹⁷

Die Operationen der amerikanischen Truppen nach den Landungen in Sizilien hatten den für Zivilverwaltung zuständigen Leuten bei ETOUSA (European Theater of Operations, U.S. Army) gezeigt, daß sich die Militärregierungseinheiten in Zukunft selbst versorgen und verwalten müßten, da ihnen von seiten der Kampftruppen nicht die notwendige Unterstützung zuteil wurde. Am 7. Februar 1944 wurde daher von ETOUSA die European Civil Affairs Division unter dem Kommando von Col. Stearns in Shrivenham bei London ins Leben gerufen. Die Division war in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Sie war die einzige amerikanische Division, die außerhalb Amerikas aufgestellt worden war, sie war innerhalb von zehn Wochen einsatzbereit (Durchschnitt bei einer normalen Infanteriedivision: 13 Monate) und sie hatte, sobald sie zum Einsatz kam, keinerlei Kommandofunktion, da ihre Detachments Kampfeinheiten zugeteilt wurden, von denen sie ihre Anweisungen erhielten. Die ECAD besorgte demnach nur die Personalangelegenheiten.

Ende Mai 1944 verfügte die ECAD über drei Regimenter. In der zweiten Julihälfte wurde das 1st ECAR (European Civil Affairs Regiment), Ende Juli das 2nd ECAR nach Frankreich verlegt. Um diese Zeit stand fest, daß den Militärregierungsdetachments, bisher hauptsächlich zur Unterstützung der Kampftruppen gedacht, grundsätzliche Aufgaben im Rahmen einer zukünftigen amerikanischen Besatzungspolitik zugewiesen werden sollten. In Manchester, wo sich seit März das Hauptquartier der ECAD befand, stellte man nun die Ausbildung der Offiziere und Mannschaften auf Deutschland ab. Am 15. September, gerade als die ECAD von England nach Frankreich verlegt wurde, erfuhr man, daß die amerikanische Besatzungszone in Deutschland im Südwesten liegen würde. Während ECAD im September sein Hauptquartier in Rochefort-en-Yvelines, 30 Meilen südwestlich von Paris bezog, rückten die ersten Militärregierungsdetachments mit den Kampftruppen in Deutschland ein. In Rochefort versuchte die ECAD die noch nicht zum Einsatz gekommenen Offiziere und Mannschaften weiter auszubilden und – meist vergeblich – den Kontakt mit den in Deutschland operierenden Detachments aufrecht zu erhalten. Im Oktober 1944 wurde Headquarters, ECAD, nach Troyes, 80 Meilen östlich von Paris, verlegt. Die Regimenter gingen ihre eigenen Wege.

Der 3. Armee waren am 1. Juni 1944 die Kompanien A, B, C, D, I sowie Hq of 6902nd CAR (ab 16. Juni: 2nd ECAR) sowie eine Transportation Company zugeteilt.¹⁸ Die Kompanien A – D unterstellte man den jeweiligen Korps (VIII, XV, XX, XII) der 3. Armee. Im August wurde das 2nd ECAR von der 3. Armee gelöst¹⁹ und der 7. Armee

¹⁶ Bestand Ende September aus: 71. Inf.Div. und 9. Inf.Div.

¹⁷ Zum folgenden vgl. Ziemke: *The U.S. Army*, S. 68 ff.

¹⁸ 13/104–1/8–4.

¹⁹ 13/147–1/2/2.

Übersicht 5: Post-War Areas of Occupation, 3. U.S. Armee, Mai 1945

zugeteilt. Doch kam es aufgrund der jeweiligen militärischen Situation zu einem häufigen Austausch der Kompanien. Die 3. Armee wurde schließlich vorwiegend mit Detachments der 3rd ECAR versorgt, das sein Hauptquartier in Augsburg hatte. Im Juni 1945 waren die Headquarters der Kompanien wie folgt über Bayern verteilt:

Übersicht 6: Hauptquartiere der Kompanien, ECAD, auf bayerischem Gebiet, Juni 1945

Hq Co A-3 Ochsenfurt
 Hq Co B-3 Bamberg
 Hq Co D-3 Regensburg
 Hq Co E-3 Wasserburg
 Hq Co F-3 München
 Hq Co G-3 Augsburg (später Ziemetshausen)
 Hq Co F-2 Ansbach
 Hq Co H-2 Landshut (später Reisbach)

Schon nach den ersten Einsätzen der Detachments war deutlich geworden, daß die ECAD nicht ausreichend in der Lage war, die Detachments zu führen und zu überwachen. Dies führte dann schließlich zu der von Brig. Gen. Clarence L. Adcock, Assistant Chief of Staff G-5, USFET, am 10. Juli 1945 angeordneten Auflösung der ECAD zum 1. September 1945. Am 15. August ging die Kontrolle über die Civil Affairs Regiments auf die Kommandeure der Militärdistrikte über. Das 2nd ECAR war nun für den Western Military District, das 3rd ECAR für den Eastern Military District, also für Bayern zuständig. Ab 1. September trug das Regiment die Bezeichnung: 3rd Military Government Regiment.

b) Die G-5 Stabsabteilungen

Die ranghöchste Militärregierungsstelle während und nach der Besetzung war zunächst die G-5 Stabsabteilung bei Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces (SHAEF). Dieser unterstanden die G-5 Stabsabteilungen der Army Groups, diesen wiederum die G-5 Stabsabteilungen der Armeen. Auch Corps und Divisionen besaßen G-5 Stabsabteilungen. In der Anfangsphase der Besetzung kam den G-5 Abteilungen der Corps eine besondere Bedeutung zu, da sie den Einsatz und die Verteilung der lokalen Detachments in ihren vorläufigen oder endgültigen Operationsgebieten zu bestimmen hatten. Darüber hinaus waren die Corps in den ersten Wochen mit der Zusammenführung und Unterbringung der Displaced Persons beschäftigt, eine Arbeit, die in diesem Umfang von niemandem vorausgesehen worden war. Die Zusammenarbeit der G-5 Abteilungen der Corps mit den G-5 Abteilungen der 3. und 7. Armee wurde über die Liaison Officers der jeweiligen Corps abgewickelt. Die G-5 Abteilungen der Divisionen sollten die lokalen Militärregierungsdetachments praktisch unterstützen. Sie trieben aber nicht selten ihre eigene Militärregierungspolitik, so daß es für den Außenstehenden schwierig war, die Zuständigkeiten festzustellen. Am 20. Juni 1945 wurden dann Corps und Divisionen aus der Zuständigkeit für Militärregierungssachen entlassen.

Die wichtigste unter den genannten Stabsabteilungen war die G-5 Stabsabteilung der 3. Armee, die eine der Keimzellen des späteren „Office of Military Government for Bavaria“ werden sollte. Wie die anderen Stabsabteilungen²⁰ wurde sie im April 1944

²⁰ 13/104-1/8-4

in England ins Leben gerufen und am 3. Mai 1944 in vier Coordination Staff Branches gegliedert²¹ (Plans and Operations, Personnel and Administration, Intelligence, Supply). Diesen vier Abteilungen waren acht Functional Staff Departments (Public Health, Relief, Fiscal, Government Affairs, Transportation, Works and Utilities, Economic Affairs, Information) zugeordnet. Am 8. Mai 1944 wurde das Hq G-5, 3rd Army, nach The Hermitage bei Holmen Chapel/Cheshire verlegt.²² Hier wurde das Personal der verschiedenen G-5 Stabsabteilungen, auch das der Corps und Divisionen, weiter geschult. Am 21. Mai 1944 billigte die 1. Armeegruppe folgende Mannschaftsstärken für die G-5 Abteilungen: Armee: 22 Offiziere und 50 Soldaten; Corps: drei Offiziere und vier Soldaten; Division (Infantry): fünf Offiziere und sechs Soldaten; Division (Armored): vier Offiziere und vier Soldaten.

Im Juli 1944 landete die G-5 Stabsabteilung unter Col. Nicholas W. Campanole (Assistant Chief of Staff) mit der 3. Armee in Frankreich. Er gliederte die Abteilung in die folgenden Main Groups:²³

Übersicht 7: Organisation und Personal von G-5, 3. U.S. Armee, Juli 1944

Personnel and Administration	Maj.	Mick C. Williams
Intelligence	Maj.	William S. Dutton
Plans and Operations (auch zuständig für Flüchtlinge und Displaced Persons)	Lt.Col.	G. E. Goodwin
Relief and Supply (zuständig für Wirtschaft, öffentliche Versorgungsunternehmen, Transport, Nachrichtenwesen, öffentliches Wohlfahrtswesen)	Lt.Col.	A. Patton
Governmental Affairs (auch zuständig für Justizwesen, Finanzwesen, öffentliche Sicherheit, Gesundheitsfürsorge)	Lt.Col.	Caspar G. G. Bacon

Am 20. September 1944 stieß Col. Roy L. Dalferes zur G-5 Stabsabteilung des Nicholas W. Campanole als dessen Executive Officer.²⁴ Damals bestand die Abteilung aus 21 Offizieren. Am 18. März 1945 wurde Dalferes Nachfolger Campanoles.²⁵ Als Executive Officer amtierte seit April Lt.Col. Paul Hamilton.²⁶

Den Kampftruppen der 3. Armee folgend, bezog die G-5 Stabsabteilung in Trier ihr erstes Hauptquartier. Am 5. April zog sie nach Frankfurt und am 26. April schließlich nach Erlangen. Dort blieb sie bis zum 18. Juni 1945. Dann vereinigte man die G-5 Stabsabteilung mit den in München (Tegernseer Landstraße) befindlichen Einrichtungen des Hq, 3rd Army.

c) Das Regional Military Government Detachment E1F3 (E-201)

Zum Leiter des für Gesamtbayern bestimmten Regional Military Government Detachment wurde im August 1944 der katholische New Yorker Stadtverordnete irischer Herkunft Arthur W. Keegan ernannt. Keegan war nach seinen eigenen Anga-

²¹ „A special order on 29 April detailed the Chief Civil Affairs officer to the General Staff Corps and next day the section was designated G-5“ (After Action Report, 3rd Army, Bd. 1, S. 4).

²² 13/104-1/8-4.

²³ 13/147-2/1.

²⁴ 13/147-2/3.

²⁵ 13/147-2/9.

²⁶ 13/147-2/10.

ben²⁷ 20 Jahre Reporter und stellvertretender Herausgeber der New York Evening World und von diesen 20 Jahren war er 15 Jahre lang Public Relations Berater für die öffentlichen Bediensteten im Staate und in der Stadt New York. 19 Jahre lang stand er im öffentlichen Dienst. 1935 war er zum Stadtverordneten gewählt worden und 1942 ging er zur Armee. Keegans Mentoren in New York waren der Erzbischof Francis J. Spellman und der demokratische Parteiführer Edward T. Flynn. Beiden verdankte er seine Karriere als Militärregierungsbeamter.²⁸

Als Keegan das Detachment E1F3 übernahm, hatte er keine speziellen Anweisungen für seine Tätigkeit in Bayern. Auf der Grundlage des SHAEF Handbuchs²⁹ entwarf er nach seiner Ernennung einen Operational Plan, den er im Oktober 1944 vorlegte. Als im Februar 1945 deutlich wurde, daß das Detachment zusammen mit der 6. Armeegruppe kommen würde, verfaßten die Offiziere des Detachments im März und April „Proposed Operational Plans“, in denen sie die zu erwartenden Aufgaben und die geeigneten Maßnahmen in den ihnen zugewiesenen Fachgebieten umrissen. Für folgende Bereiche wurden Pläne vorgelegt:³⁰

Übersicht 8: Operationspläne des Regional Military Government Detachment E1F3, März und April 1945

- Supply (1. März)
- Property Control (17. April)
- Transportation (18. April)
- Economics and Public Utilities (27. April)
- Public Health (12. April)
- Agriculture, Food and Food Distribution (17. März)
- Finance (16. April)
- Public Utilities (27. April)
- Monuments, Fine Arts and Archives (27. April)
- Control and Care of DPs and Refugees (1. März)
- Public Welfare (9. März)
- Labor Function (1. März)
- Historical Information and Political Intelligence (1. März)
- Education and Religious Affairs (13. April)
- Administration of Justice and Legal Affairs (1. März)
- Public Safety (27. April)
- Administration and Local Government (14. März)

Am 10. Mai um Mitternacht erhielt Keegan von der Operations Branch, G-5, 6th Army Group, die mündliche Anweisung, sich mit seinem Detachment nach München zu begeben, wo er der 7. Armee zugeordnet sein sollte. Das Detachment verließ am 14. Mai um 7.00 Uhr Chartres in Frankreich und kam am 15. Mai um 20.15 in München an.³¹ Das Personal des Detachments bestand um diese Zeit aus 32 Offizieren und 23 Soldaten. Sie bezogen ihre Quartiere in München-Bogenhausen in der Lamontstraße

²⁷ AG 1945–46/74/3.

²⁸ Farago: Last days, S. 75.

²⁹ Handbook for Military Government in Germany Prior to Defeat or Surrender (SHAEF, Dezember 1944 = letzte Fassung).

³⁰ COS 1/2 (in Klammern das Datum des jeweiligen „Administrative Memorandums“).

³¹ Diese und die folgenden Angaben aus dem ersten Wochenbericht des Det. E1F3 (10/85–3/5–1) sowie aus den Aussagen Keegans gegenüber Brigadier General Luther Stevens Smith im Juli 1945 (AG 1945–46/74/3).

9, 11 und 13 und in der Geibelstraße 13 und 17. Das Headquarters kam nebenan in die Holbeinstraße 11, in das Gebäude der Landesversicherungsanstalt Oberbayern. Nach der Ankunft benachrichtigte Keegan die G-5 Operations Branch der 7. Armee in Augsburg. Dann nahm er Verbindung mit dem für den Stadt- und Landkreis München zuständigen Det. F1F3 auf, das bereits seit dem 1. Mai in München tätig war. Dieses Detachment hatte bis zur Ankunft des Det. E1F3 im Auftrag der G-5 Section, 7th Army bzw. 6th Army Group, auch Maßnahmen für ganz Bayern durchgeführt (z. B. auf dem Wirtschafts- und Finanzsektor).³² Darüberhinaus nahm Keegan Kontakt mit dem Det. F1A3, Würzburg (Lt.Col. Joubanc), sowie mit Lt.Col. Smith, dem kommandierenden Offizier der T-6 Force, 6th Army Group,³³ auf. Auch Kardinal Michael Faulhaber wurde von dem Katholiken Keegan unmittelbar nach seiner Ankunft angerufen. Von den militärischen Einheiten, die in und um München standen, war für Keegan vor allem die 45. Division von Bedeutung. Deren G-5 Offizier, Major Campbell, sowie der Commanding General der 45. Division, Maj.Gen. Fredericks, gehörten zu den ersten Gesprächspartnern Keegans.

Die einzelnen Abteilungen von Keegans Detachment holten sich ihre ersten Informationen ebenfalls zuerst von den Offizieren des Det. F1F3, die schon seit zwei Wochen in München waren. Der Leiter des Detachments, Col. Eugene Keller, hatte am 8. Mai Karl Scharnagl als Oberbürgermeister wieder eingesetzt, der vorübergehend auch über München hinausgehende Kompetenzen auszuüben hatte.³⁴ Auf Scharnagls Vorschlag hin ernannte Keller am 9. Mai Ernst Rattenhuber zum Leiter des Landesamtes für Ernährung und Landwirtschaft.³⁵ Sodann versuchte man sich mit den deutschen Verhältnissen, insbesondere mit der bisherigen Organisation der bayerischen Behörden, vertraut zu machen. Im weitesten Umfang interviewte man ehemalige Amtsträger. Die ersten Wochenberichte schildern die auf diese Weise ermittelten deutschen Organisationsstrukturen.

Die Zuständigkeit des Detachments war vorerst auf den Teil Bayerns beschränkt, der von der 7. Armee besetzt war.³⁶ Landesweit wurde das Detachment erstmals im Rahmen der Nahrungsmittelversorgung tätig, als es von SHAEF und der 12. Armeegruppe Anweisung erhielt, mit dem Landesernährungsamt auf Landesebene zusammenzuarbeiten.³⁷ Mit General Patton sprach Keegan erst am 25. Mai (in Bad Tölz).

Im Juni 1945 gliederte sich das Regional Military Government Detachment in folgende Abteilungen:

³² 10/85-3/5-1.

³³ Zur T (Target) Sub Division G-2 vgl. Ziemke: *The U. S. Army*, S. 314.

³⁴ Niethammer: *Die amerikanische Besatzungsmacht*, S. 177.

³⁵ Aussage Rattenhuber im Juli 1945 (AG 1945-46/74/3). Nach dem Wochenbericht Nr. 1 des Regional Military Government Detachment wurde Rattenhuber von Keegan zum Direktor ernannt und vom zuständigen Food and Agriculture Officer (Willis P. Duruz) mit Instruktionen versehen (10/85-3/5-1). Gemeint ist wohl die Bestätigung der bisherigen Stellung.

³⁶ Instruktiv ist in diesem Punkt die Verteilerliste für den ersten Wochenbericht der Regional Military Government Detachments (Woche bis 21. Mai 1945). Er wurde an folgende 14 Adressaten versandt: G-5 SHAEF, 12th Army Group, ECAD, 7th Army, 3rd Army, ACC, G-5 45th Div., G-5 VI. Corps, G-5 XXI Corps, Det. E1B3, Det. F1D3, Det. F1A3, Det. F1H3, Det. F1F3 (10/85-3/5). Am 28. Mai wurde der Verteilerschlüssel um das 3rd ECAR und die Detachments F1H2 und F1D3 erweitert.

³⁷ 10/85-3/5.

Übersicht 9: Organisation und Personal des Regional Military Government Detachment E1F3, Juni 1945

Finance	Maj.	Miner B. Phillips
Regional Administration and Local Government	Lt.Col.	Arthur W. Bromage
Economics, Trade and Industry	Lt.Col.	Edmund K. Ellis
Education and Religion	1st Lt.	Earl E. Chisamore
Monuments, Fine Arts and Archives	1st Lt.	Daniel K. Kern
Public Health	Lt.Col.	Charles D. Shields
Food and Agriculture	Lt.Col.	Willis P. Duruz
Special Branch	Maj.	Howard E. Ordway
Post, Telephone and Telegraph	Maj.	Gilbert B. Baird
Legal	Lt.Col.	Sam H. Long
Prisons	Capt.	Walter A. Lunden
Labor	Capt.	Clarence M. Bolds
Transportation	Lt.Col.	Don A. Sheppard
Public Relations	Capt.	Francis J. Connaughton
Property Control		
Public Safety	Col.	Quirk
Intelligence	Maj.	Peter J. Vacca

Grundlage für die Tätigkeit Keegans und seiner Leute waren zuerst das SHAEF Handbook for Military Government Prior to Defeat or Surrender vom Dezember 1944, sowie die von Keegan selbst ausgearbeiteten und von der 6th Army Group gebilligten Operationspläne. Erste Direktiven für seine Tätigkeit erhielt Keegan nach eigenen Angaben erst am 7. Juli 1945 durch die von der 3. Armee (mit Datum von 15. Juni 1945) herausgegebenen Grundsätze „Organization for Military Government Eastern Military District“. Von der Existenz und vom Inhalt der JCS 1067 will Keegan erst am 7. Juli erfahren haben³⁸ (wohl über die Direktive vom 7. Juli 1945 – Administration of Military Government in the U. S. Zone in Germany).

Ohne dezidierte Anweisungen machte sich Keegan an die Bildung einer bayerischen Regierung.³⁹ Am 28. Mai um 12.00 Uhr ernannte er Fritz Schäffer zum bayerischen Ministerpräsidenten.⁴⁰ Nach der Überreichung der Ernennungsurkunde,⁴¹ die sich vor allem zu den Pflichten des Ministerpräsidenten äußerte, hielt Keegan noch folgende kurze Rede: „Mr. President Minister, you are a Roman Catholic and so am I, and you have been an active member of a large political party, and in civil life I am also. Military Government is reposing power in you over the German people and I expect you to be especially careful in the appointments you recommend to us to be certain to balance the German administration on a basis of its religious policies and the political influence that were exerted by the different political parties when there was last a free election in Bavaria. I will expect you to impose these same conditions upon all your ministers and to make it very emphatic with them as I now make it with you that if you or they recommend to Military Government the appointment of any official which is based on his political or religious beliefs and we discover that there was a person with better qualifications for the position who is being denied consideration and not recommended because his faith or whose political beliefs did not suit you or the Ministry,

³⁸ Aussage Keegans im Juli 1945 (AG 1945–46/74/3).

³⁹ Aussage Keegans im Juli 1945 (ebenda).

⁴⁰ Zur Ernennung Schäffers und zum folgenden vgl. Baer: Ministerpräsidenten, S. 8 ff.

⁴¹ Abgedruckt ebenda, S. 255.

that would be regarded as a violation of Military Government orders and you would be arrested and punished according to Military Government law.“⁴²

Für die laufenden Kontakte mit Schäffer war vor allem Lt.Col. Arthur W. Bromage als Chef der Administration and Local Government Section zuständig. Mit Keegan selbst sollte Schäffer oder einer seiner Minister nur dann unmittelbar verhandeln, wenn dies von Bromage oder einem der zuständigen amerikanischen Offiziere für unbedingt notwendig gehalten wurde.

Die Auswahl der Regierungsmitglieder und der obersten Beamten überließen die Amerikaner im wesentlichen dem neuen Ministerpräsidenten.⁴³ Der erste, den Schäffer für sein Kabinett benannte, war Ministerialdirektor August Fischer, der das Innenministerium kommissarisch leiten sollte. Als Minister hatten die Amerikaner Hans Ritter von Lex vorgesehen, der aber zu dieser Zeit nicht zur Verfügung stand. Als Minister für Unterricht und Kultus schlug Schäffer den ihm bekannten Dr. Otto Hipp vor. Als Staatssekretär im Kultusministerium benannte Schäffer Dr. Hans Meinzolt, als Wirtschaftsminister Dr. Karl Arthur Lange, als Arbeitsminister Karl Roßhaupter, den er aus dem Konzentrationslager kannte. Den als Staatssekretär im Finanzministerium und Stellvertreter des Ministerpräsidenten vorgesehenen Dr. Hans Müller lernte Schäffer über den Münchener Oberfinanzpräsidenten Dr. Alexander Prugger kennen. Als Reichsbahnpräsidenten nominierte er den, angeblich auch von den Gewerkschaften gebilligten Dr. Karl Rosenhaupt. Von Keegan war Ernst Rattenhuber bereits am 9. Mai zum Landesbauernführer und Alfred Hoepffner am 22. Mai zum Landesforstmeister ernannt worden.⁴⁴ Auch Franz Fischer, im Innenministerium für die öffentlichen Betriebe zuständig, erlangte sein Amt durch einen Befehl der Militärregierung noch vor der Ernennung Schäffers. Als Leiter des Transportwesens schlug Schäffer Heinrich Brunner, als Oberfinanzpräsidenten Alexander Prugger vor.

Schäffers Vorschläge wurden von Keegan am 7. Juni 1945 gebilligt. Er wies Schäffer an,⁴⁵ als Finanzminister zu amtieren, zum Ministerialdirektor August Fischer zu ernennen und diesem die kommissarische Verwaltung des Innenministerium zu übertragen. Otto Hipp sollte zum vorläufigen Minister für Unterricht und Kultus sowie Karl Arthur Lange zum vorläufigen Minister für Wirtschaft ernannt werden. Am 8. Juni wurde zwischen Major Reilly (später Nachfolger von Bromage als Leiter der Administration and Local Government Abteilung) und August Fischer die vorläufige Organisation des Innenministeriums festgelegt. Aus der ehemaligen Abteilung für Arbeit und Fürsorge sollte ein eigenes Ministerium gebildet werden. Am 20. Juni 1945 wurde daher das Ministerium für Arbeit unter Leitung von Albert Roßhaupter ins Leben gerufen.⁴⁶ Das Transportwesen sollte dem Wirtschaftsministerium zugeteilt werden, das Theaterwesen wieder an das Kultusministerium fallen.⁴⁷

So schnell die amerikanische Militärregierung in Bayern beim Aufbau einer Regierungsspitze war, so rigoros untersagte sie jede Art von politischer Betätigung, auch wenn sie eindeutig antifaschistischen Charakter hatte. Aufsehen, selbst bei den Amerikanern, erregte Keegans Vorgehen gegen die Freiheitsaktion Bayern, der er mit Be-

⁴² AG 1945-46/74/3.

⁴³ Aussage Schäffers im Juli 1945 (AG 1945-46/74/3).

⁴⁴ 10/85-3/5.

⁴⁵ 10/85-3/5-1.

⁴⁶ Der Erlaß vom 20. 6. 1945 wurde im Bayer. GVBl. 1946, S. 10 abgedruckt; Handbuch der bayerischen Ämter, S. 296f.

⁴⁷ 10/85-3/5-1 (VO vom 2.5.1946, Bayer. KMBI, S. 106).

fehl vom 17. Mai 1945 jede politische Betätigung verbot.⁴⁸ Murphy, Clays politischer Berater, beklagte das rüde Vorgehen Keegans. Dieser stützte sein Vorgehen auf Titel 99 ff. des SHAEF Handbook.

d) Konsolidierung

Am 14. Juni 1945 erhielt die 3. Armee Bayern (mit Ausnahme des Kreises Lindau) als endgültiges Besatzungsgebiet zugewiesen (Eastern Military District). Am 18. Juni 1945 verlegte die G-5 Stabsabteilung der 3. Armee ihr Hauptquartier von Erlangen nach München. Nun wurden auch die Befehlsstrukturen neu geordnet. Korps und Divisionen wurden ab 20. Juni aus ihrer Zuständigkeit für Militärregierungssachen entlassen. Sie waren nur noch für Sicherheitsfragen, Displaced Persons und Flüchtlinge zuständig (bis 5. November 1945). Dadurch ergab sich ab 20. Juni 1945 die folgende Kommandostruktur.⁴⁹

Übersicht 10: Organisation des Regional Military Government Detachment E1F3, 20. Juni 1945

Detaillierte Anweisungen für die Verwaltung in den beiden Militärdistrikten brachte schließlich die Direktive vom 7. Juli 1945 (Administration of Military Government in the U.S. Zone in Germany),⁵⁰ die an die beiden Generäle des Eastern und des Western Military District adressiert war und mit ihren 142 Seiten eine Art Gesetzbuch der Militärregierung darstellt. Sie war in 24 Abschnitte (Sections) gegliedert. Die Direktive war durch die Aufhebung von SHAEF im Juli 1945 notwendig geworden. Sie ersetzte die SHAEF Direktive vom 9. November 1944 und übertrug den bei-

⁴⁸ POLAD 730/29-1. Trotz dieses Verbots haben sich die Amerikaner sehr intensiv mit der Tätigkeit der Freiheitsaktion Bayern im „Dritten Reich“ beschäftigt. In einem von Murphy dem State Department am 15.6.1945 übersandten Gutachten über die Lage in Bayern werden auch biographische Einzelheiten über die Mitglieder der FAB, sowie deren Vorschläge zum Wiederaufbau Bayerns berichtet. Interessanterweise finden sich viele der von der FAB als geeignet benannten Personen später in der Regierung wieder (Dr. Hipp, August Fischer, Dr. Lange, Dr. Hundhammer u. a.).

⁴⁹ 13/147-2/11. Die Umstrukturierung beruht auf einem TWX, TUSA vom 17.6.1945.

⁵⁰ Zu beachten ist, daß OMGBY vom Inhalt der heute vielzitierten JCS-Direktive erst auf dem Umweg über die Direktive vom 7.7.1945 erfuhr.

den Militärdistrikten der amerikanischen Besatzungszone die alleinige Verantwortung für den Vollzug der Militärregierungsmaßnahmen. Gewisse Gebiete (Industrie, Transport, Kriegsgefangene, Informationskontrolle, Demobilisierung und Abrüstung) behielt man bis auf weiteres der 12. Armeegruppe vor.

Durch die Direktive vom 7. Juli 1945 wurde den für Militärregierungsaufgaben zuständigen Detachments eine an die deutsche Verwaltung angepaßte Gliederung verordnet: Unter einem Regional Military Government Detachment (geleitet von einem Regional Military Government Officer) mit Befehlsgewalt über alle anderen Detachments sollten Regierungsbezirks-Detachments und darunter Stadt- oder Landkreis-Detachments stehen. Damit war die in Bayern bereits bestehende Detachmentgliederung nachgezeichnet.

Angestrebt wurde auch eine Personalunion zwischen dem Regional Military Government Detachment und der G-5 Stabsabteilung der jeweiligen Armee: „Every effort will be made to utilize Commanding Officers of Regional Military Government Detachments and their key functional personnel as Assistant Chiefs of Staff, G-5, and chiefs of functional sections of G-5 Divisions on appropriate Military Districts Staffs.“ Wie aus den Berichten der G-5 Stabsabteilung im August hervorgeht, empfand man die Trennung des Regional Military Government Detachment E1F3 vom Hq des Assistant Chief of Staff, G-5, 3rd Army, (Col. Roy L. Dalferes) als schwere Belastung der Arbeit.⁵¹

e) Die Militärregierung in der Krise⁵²

Im Laufe des Juni 1945 – Patton hielt sich gerade in den Vereinigten Staaten auf – geriet die amerikanische Militärregierung in Bayern in die Schlagzeilen der amerikanischen Presse. Es begann mit einem Artikel von Philipp Loewenfeld in der liberalen Wochenzeitschrift *New Republic* vom 18. Juni 1945, der die Überschrift „Bavarian Scandal“ trug. Man warf Keegan vor, daß er die katholischen und konservativen Kreise in Bayern zu sehr fördere.⁵³ Nach weiteren Presseangriffen beauftragte Clay am 5. Juli 1945 General Echols mit einer Untersuchung der bayerischen Verhältnisse. Clay selbst anerkannte zwar die Arbeit von Keegan, war aber der Meinung, daß ihm Kenntnisse über die politischen Hintergründe in Deutschland und Bayern abgingen.⁵⁴

Die Untersuchungen in München wurden von Brig.Gen. Luther Stevens Smith von USGCC sowie von Col. Storey von G-5, SHAEF, durchgeführt. Die Protokolle der am 12. Juli 1945 abgeschlossenen Untersuchungen gewähren einen interessanten Einblick in die Arbeit der Militärregierungsstellen in München in den beiden ersten Monaten ihrer Tätigkeit. Fast alle befragten Militärregierungsbeamte gaben zu, daß in den Ministerien noch bis 90% ehemalige Parteimitglieder sitzen würden, daß man aber derzeit auf ihre Arbeit nicht verzichten könnte. Die Auswahl der Personen für die zu besetzenden Spitzenpositionen hatte man im wesentlichen dem Ministerpräsidenten und seinen Ministern überlassen. Zu den von Clay besonders angesprochenen Fragen nahm der Schlußbericht der Untersuchungskommission wie folgt Stellung:⁵⁵

⁵¹ OMGBY: Historical Report Juli/August 1945 (13/147–2/12).

⁵² Peterson: *The American occupation of Germany*, S. 218 ff.; Kramer: *Neuanfang*, S. 469 ff.

⁵³ Ziemke: *The U. S. Army*, S. 383. Als herausragendes Beispiel für die reaktionären Tendenzen wurde die Ernennung Hans von Seissers durch Schäffer zum Münchener Polizeipräsidenten angeprangert.

⁵⁴ Schreiben Murphys an Brewster H. Morris vom 6. 7. 1945 (POLAD 730/29–1).

⁵⁵ AG 1945–46/74/3.

- Die verschiedenen politischen Gruppierungen, insbesondere die liberalen Elemente, seien in der bayerischen Verwaltung nicht ausreichend vertreten.
- Die bayerische Verwaltung sei überwiegend katholisch geprägt. Das gelte vor allem für den Bereich unterhalb der Spitzenpositionen.
- Die Auswahl der Beamten erfolgte bisher auf der Grundlage fachlicher Qualifikation und unter Berücksichtigung der jeweiligen Haltung zum Nationalsozialismus. Irgendein Druck auf Ernennungen sei weder von religiösen, politischen noch von gesellschaftlichen Gruppen ausgeübt worden. Dies gelte auch für Religionsgesellschaften.
- Der Einfluß ehemaliger Mitglieder der NSDAP auf die Verwaltung sei noch nicht ausgeschaltet. Es seien jedoch keine Beamten ernannt worden, die aktive Verbindungen zur NSDAP gehabt hätten.
- Man habe sich bisher nicht bemüht, Mitglieder ausgesprochen antifaschistischer Organisationen in der bayerischen Verwaltung zu integrieren. Das Verbot der Militärregierung, das sich gegen die politische Betätigung antifaschistischer Gruppen richtete, entspräche den vorgegebenen Bestimmungen. Solange jede politische Betätigung verboten bleibe, könne aus den antifaschistischen Gruppierungen nicht der gewünschte Nutzen gezogen werden.
- Die Öffentlichkeitsarbeit der bayerischen Militärregierung, insbesondere ihr Verhalten gegenüber der Presse sei nicht sehr glücklich gewesen.

Nach Vorliegen des Abschlußberichtes war Clay der Meinung, daß der „Bavarian Scandal“ vor allem durch eine mangelhafte Pressepolitik der Militärregierung in Bayern verursacht worden sei.⁵⁶ In der Folgezeit brachte dann die Stellung der bayerischen Militärregierung zur Frage der Entnazifizierung Bayern wiederum in die amerikanischen Schlagzeilen. Diesmal waren es vor allem General Patton und Ministerpräsident Schäffer, die den Unmut der Journalisten erregten.

General Patton hatte sich in einem Brief vom 11. August 1945 bei Eisenhower für eine Verlangsamung der Entnazifizierung eingesetzt. Auch Schäffer beschwerte sich mehrmals bei den Amerikanern, als in den Ministerien nach der Direktive vom 7. Juli 1945 die Entlassungen zu einem teilweisen Stillstand der Verwaltung geführt hatten. Die Special Branch hatte bei einer Untersuchung der Ministerien Mitte August feststellen müssen, daß im Landwirtschaftsministerium von 39 Fragebögen 24 fehlten, im Innenministerium fehlten von 51 Fragebögen 46.⁵⁷ Hinzu kam, daß auch Keegan etliche Fehlgriffe machte, die Zweifel an seinen Fähigkeiten weckten. So wurde am 21. August 1945 bekannt, daß sein deutscher Berater Erich Schulz (59) ein vielfach vorbestrafter Krimineller war.⁵⁸ Am 31. August und am 3. September 1945 wurde Schäffer in der amerikanischen Presse von dem Journalisten Victor Bernstein heftig angegriffen. Angelastet wurde ihm vor allem die Berufung der Minister Lange, Hipp und Fischer, die als Nazis bezeichnet wurden, sowie die Tätigkeit des von Schäffer geförderten Staatsrat Geßler. Nun mußte man sich auch bei der bayerischen Militärregierung Gedanken über eine Kabinettsumbildung machen. Unter diesen Umständen sah Keegan offensichtlich seine politische Karriere in seiner Heimat gefährdet, bemühte er sich doch um die Rückkehr auf seinen dortigen Stadtratssitz. Gen. Clarence L. Adcock entließ ihn schließlich, und am 4. September 1945 verließ Keegan Bayern. Die Geschäfte wurden vom Executive Officer Robert A. Reese geführt, der damit de facto

⁵⁶ Ziemke: *The U.S. Army*, S. 383.

⁵⁷ Ebenda.

⁵⁸ Farago: *Last days*, S. 75.

Übersicht 11: Western und Eastern Military District, U.S. Zone, August 1945

Leiter der für Bayern zuständigen Militärregierung wurde, obwohl sich auch der Leiter der G-5 Stabsabteilung, 3. Armee, oft unter Umgehung von Reese um Militärregierungsaufgaben kümmerte, so daß die Mitarbeiter des Regional Military Government Detachment im September oft nicht wußten, wer eigentlich ihr Chef war.⁵⁹

Mitte September rechnete man allgemein mit dem Rücktritt Schäffers. Kontakte zur Militärregierung bestanden kaum noch. Mit Patton hat Schäffer nie gesprochen. Sein schlechtes Verhältnis zur Militärregierung wurde Schäffer auch von seinen eigenen Parteifreunden vorgeworfen. Im Wochenbericht der Militärregierung vom 13. September 1945 konnte man lesen, daß Dr. Josef Müller die Aufnahme von Sozialdemokraten und Kommunisten in eine neue vorläufige Regierung befürworte und daß Schäffer durch einen anderen Mann ersetzt werden müsse. Daß dieser andere Mann auch Josef Müller heißen konnte, lassen nicht nur die guten Beziehungen Müllers zur Militärregierung vermuten, sondern auch ein Schreiben Murphys an das State Department vom 13. Oktober 1945, in dem er berichtet, daß Müller von Adam Stegerwald (Würzburg) vorgeschlagen worden sei.⁶⁰

Das lang erwartete Ende des Kabinetts Schäffer wurde beschleunigt durch General Pattons berühmte Äußerungen zur Frage der Entnazifizierung: Am 22. September 1945 soll Patton in einem Interview geäußert haben „The Nazi thing is just a Democrat-Republican election fight“, ein Ausspruch, der am nächsten Tag mit Empörung in den amerikanischen Zeitungen kommentiert wurde (New York Times vom 23. September 1945). Patton, der zuvor schon mehrfach durch Äußerungen in dieser Richtung aufgefallen war, war nun für Eisenhower auf seinem Posten nicht mehr tragbar. Auch Schäffer mußte nun schnell abgelöst werden. Am 24. September 1945 diskutierte Murphy mit Clay die Situation in Bayern.⁶¹ Man beklagte die unzureichenden Informationen, die man aus Bayern erhielt und machte dafür Patton verantwortlich. Am 28. September 1945 sprach Murphy noch mit Schäffer und bereitete eine neue Kabinettsliste vor. Nach Murphys Meinung sollte Albert Roßhaupter neuer Ministerpräsident werden.⁶² Doch die Mitarbeiter von USFET und schließlich Eisenhower regelten die Angelegenheit ohne Mitwirkung Murphys. Am 28. September 1945 wurde Schäffer auf Befehl Eisenhowers abgesetzt und Wilhelm Hoegner zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Bei der bayerischen Militärregierung war man über die Ablösung Schäffers nicht unglücklich. Murphys Vertreter in München, Bearn, berichtete, daß der Widerstand gegen Schäffer vor allem von den jüngeren Offizieren in der Militärregierung, und unter diesen vor allem von deutschstämmigen Emigranten ausgegangen sei.⁶³

Kurz nach der Entlassung Schäffers mußte auch General Patton Bayern verlassen. Am 5. Oktober 1945 löste ihn Lt.Gen. Lucian K. Truscott als Oberbefehlshaber der

⁵⁹ Dorn: Inspektionsreisen in der US-Zone, S. 50, Anm. 22.

⁶⁰ POLAD 728-1.

⁶¹ Ebenda.

⁶² Ebenda. Murphy war am 29. September noch ohne Kenntnis über die Vorgänge am Abend zuvor. Er verfaßte einen Brief an Patton, in dem er Albert Roßhaupter als neuen Ministerpräsidenten vorschlug. Zusätzliche Ministerien sollten geschaffen und der Regierung mehr Kompetenzen übertragen werden. Der Brief wurde nicht abgesandt. Murphy hatte sich auch bereits Gedanken über eine Kabinettsliste gemacht. Seine Aufstellung ist uns noch erhalten. Sie lautete: Innenminister Josef Müller (CSU), Wirtschaftsminister Dr. Kroth (KPD), Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Alois Hundhammer (CSU), Landwirtschaftsminister Baumgartner (CSU), Finanzminister Fritz Schäffer (CSU), Justizminister Wilhelm Hoegner (SPD).

⁶³ POLAD 730/29-1.

3. Armee und Chef des Eastern Military District ab. Patton wurde Präsident des General Board, USFET.⁶⁴

f) Die Bildung des Office of Military Government for Bavaria

Die Entlassung Schäffers als bayerischer Ministerpräsident ereignete sich vor dem Hintergrund einer Umorganisation der amerikanischen Militärregierung. Durch die Proklamation Nr. 2 von General Eisenhower vom 19. September 1945, die am 28. September 1945 bekannt gegeben wurde, wurden die drei als Staaten bezeichneten Verwaltungsgebiete Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern errichtet.⁶⁵ Diesen übertrug man vorbehaltlich der Machtbefugnisse der Militärregierung „die volle gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt“. Seit 1. Oktober 1945 waren als oberste Militärregierungsbehörden in den Ländern Offices of Military Government unter Leitung eines Direktors tätig.⁶⁶ („In the Eastern Military District, the regional military government detachment and G-5 Section of the army will be designated the Office of Military Government for Bavaria“).

Zum ersten Direktor des Office of Military Government for Bavaria wurde General Walter J. Muller ernannt, bisher Chef der (für Nachschub zuständigen) G-4 Stabsabteilung der 3. Armee. Sein Stellvertreter wurde Col. Roy L. Dalferes, bisher Leiter der G-5 Stabsabteilung der 3. Armee⁶⁷ und seit dem Ausscheiden von Col. Keegan (am 4. September) auch de facto Leiter des Regional Military Government Detachments E1F3, bzw. seit 15. August E-201. Der Executive Officer von Dalferes bei der G-5 Stabsabteilung, Col. Paul A. Hamilton amtierte nun auch als Executive Officer beim Military Government for Bavaria. Der bisherige Executive Officer des Regional Military Government Detachment, Lt. Col. Robert A. Reese, blieb nur noch kurzzeitig Executive Officer des Detachment E-201.⁶⁸

Die räumliche Trennung der G-5 Section von der 3. Armee erfolgte am 15. Oktober 1945. Jetzt zog die G-5 Stabsabteilung von ihrem Sitz im Hauptquartier der 3. Armee („Rear Installations“ in der Tegernseer Landstraße) nach Bogenhausen in die Holbeinstraße 11, um sich dort mit dem Regional Military Government Detachment E-201 und der Industry Branch, G-5, zum genannten Office of Military Government for Bavaria (OMGBY) zusammenzutun.⁶⁹ Nach der Zusammenlegung zählte die neue Behörde 218 Offiziere, 7 Oberfeldwebel (Warrant Officers) und 264 Soldaten. Am 21. November 1945 zog das Office of Military Government for Bavaria wieder zurück in die Tegernseer Landstraße.

⁶⁴ Ziemke: *The U. S. Army*, S. 386; *Clay Papers*, S. 89.

⁶⁵ Dokumente zum Aufbau, S. 30ff.

⁶⁶ Schreiben USFET vom 26.9.1945 „Organization of Military Government“ (13/98-3/9-2). Das USFET-Schreiben wurde den Abteilungsleitern des Detachments E-201 am 2. Oktober mitgeteilt. Die neue Sprachregelung bürgerte sich erst im Laufe des Oktober ein. Auch die lokalen Detachments sollten nun die Bezeichnung „Office of Military Government for ...“ tragen. Entsprechend wurde auf Zonenebene aus der U. S. Group, Control Council (Germany) (USGCC) das Office of Military Government for Germany (U. S.), später OMGUS und aus der G-5 Stabsabteilung von USFET das Office of Military Government (U. S. Zone) (OMGUSZ). Zur Geschäftsverteilung vgl. Clay: *Entscheidung in Deutschland*, S. 70.

⁶⁷ In der gesamten amerikanischen Besatzungszone wurden die G-5 Stabsabteilungen von ihren Aufgaben für die Militärregierung entbunden und das Personal den „Offices of Military Government“ zugeführt (Clay: ebenda, S. 71).

⁶⁸ 13/147-2/14.

⁶⁹ 13/104-1/8-1.

g) Die lokalen Detachments

Die lokalen Detachments erreichten ihre Bestimmungsorte in der Regel unmittelbar nach den kämpfenden Truppen. Zwei Beispiele: Das Münchener Rathaus wurde am 30. April 1945 gegen 21.00 Uhr militärisch besetzt. Am Morgen des 1. Mai 1945 nahm das Detachment E1F3 seine Arbeit mit 24 Offizieren und 28 Soldaten auf. In Würzburg hatte das zuständige Detachment F1A3 noch vor dem Ende der Kampfhandlungen in der Stadt am 6. April 1945 einen Oberbürgermeister (Gustav Finkenburg) ernannt.⁷⁰

Die Übernahme der einzelnen Gebiete durch die Corps der 3. Armee vollzog sich nach dem (revidierten) ECLIPSE Plan. Danach war das XII. Corps für Niederbayern und die Oberpfalz, das III. Corps für Franken und das XX. Corps für den ehemaligen Gau Oberdonau und Oberbayern zuständig. In ihren „permanent occupational areas“ standen die Corps seit Anfang Juni. Verantwortlich für die notwendigen Militärregierungsmaßnahmen waren vor allem die G-5 Sections der Corps. Ende Mai waren im Bereich der 3. Armee 106 Detachments, Ende Juni 153 Detachments tätig.⁷¹ Daneben gab es noch 37 DP-Detachments, die im Laufe der Zeit verringert und durch Einheiten der UNRRA abgelöst wurden.

Die Detachments der amerikanischen Besatzungszone waren je nach Einwohnerzahl und Bedeutung des ihnen zugewiesenen Verwaltungsgebietes in fünf Typen eingeteilt:⁷² Ein Typ E war für Länder bzw. Regierungsbezirke, ein Typ F für Großstädte, die Typen G, H und I für Stadt- und Landkreise vorgesehen. Die Personalausstattung sollte von 26 Offizieren und 35 Soldaten beim Typ E bis zu vier Offizieren und sechs Soldaten beim Typ I variieren. Jedes Detachment war durch einen Buchstaben für den jeweiligen Typ, einer Zahl für die Durchnummerierung innerhalb des jeweiligen Typs und der Kompaniebezeichnung der zuständigen Kompanie innerhalb der 2nd bzw. 3rd ECAR gekennzeichnet. Das Kennzeichen H3E3 (Miesbach, Bad Aibling) stand also beispielsweise für das 3. H-Detachment im Bereich der Company E des 3rd ECAR.

Die lokalen Military Government Detachments orientierten sich im Mai und in der ersten Junihälfte 1945 vor allem an den taktischen Einheiten in ihrem Zuständigkeitsbereich. Eine Verbindung zum Regional Military Government Detachment bestand nur in Ausnahmefällen.⁷³ Aber auch die Verbindung zu den taktischen Einheiten wurde durch die laufenden Umgruppierungen erschwert. Vielfach zogen Einheiten ab, ohne die Detachments zu benachrichtigen und ließen dabei Objekte unbewacht zurück. Am 2. Mai 1945 erhielten die Detachments im Gebiet der 3. Armee eine Aufstellung (weekly information bulletin) über die Standorte der Militärpolizei und der verfügbaren Security Guards.⁷⁴ Die Leiter der Detachments orientierten sich in der Anfangsphase vor allem am Handbook for Unit Commanders (Germany) (SHAEF), das in erster Auflage im September 1944 und im Februar 1945 in zweiter verbesserter Auflage erschien.

⁷⁰ 10/130-2/3.

⁷¹ 13/147-2/10.

⁷² Ziemke: The U.S. Army, S. 76. Die ursprünglich geplanten A- bis D-Detachments wurden im Juli 1944 den befreiten Ländern vorbehalten; für Feindländer wurden die neuen E- bis I-Detachments geschaffen.

⁷³ Ein Bericht Capt. Homer G. Richeys an Murphy vom 21.6.1945 beklagte die mangelhafte Zusammenarbeit „between MG Detachments in the field, tactical and MP units on the one hand and higher headquarters on the other“. Bei den taktischen Truppen sei die USGCC zum großen Teil unbekannt. Von der Existenz von SHAEF gebe es nur schwache Vorstellungen. Etwas besser sei es in dieser Hinsicht bei den MG-Detachments (POLAD 730/31).

⁷⁴ 1/130-3/2.

Ende Juli/Anfang August 1945 wurde das Personal aller bayerischen Military Government Detachments durch zwei SHAEF-Beauftragte auf seine Tauglichkeit hin überprüft. Man empfahl daraufhin, die Regierungsbezirks-Detachments personell zu verstärken und die Legal Officers zu entlasten. Die Mitwirkung der taktischen Truppen in Militärregierungsangelegenheiten (die besonders mit Sicherheitsüberlegungen begründet wurden) sei ein Hindernis für die Arbeit der Militärregierung und den Aufbau der deutschen Verwaltung.

Im Mai war ein Detachment im Schnitt für drei Landkreise zuständig. Erst im Laufe des Juni gelang es, für jeden Landkreis ein eigenes Detachment einzurichten.⁷⁵ Die erforderlichen Personen holte man sich aus den taktischen Einheiten. Gegen Ende Juli 1945 bestanden neben den fünf Regierungsbezirksdetachments noch folgende 152 lokale Detachments auf Stadt- und Landkreisebene.

Übersicht 12: Lokale Detachments auf Stadt- und Landkreisebene in Bayern, 29. Juli 1945

Regional Team Under Control of

Army

E1F3 München

**Region of Bavaria Under Control of
Det. E1F3**

E1B3 Ansbach

E1H3 Augsburg

F1H2 München

F1A3 Würzburg

F1D3 Regensburg

G3G3 München

RB Mainfranken Under Control of

Det. F1A3

F1G2 Würzburg

H1A3 Aschaffenburg

H2A3 Schweinfurt

I4A2 Mellrichstadt

I5A2 Gemünden

I15G2 Hammelburg

I1A3 Neustadt/Saale

I2A3 Bad Kissingen

I3A3 Hassfurt

I4A3 Lohr

I5A3 Kitzingen

I6A3 Miltenberg

I10A3 Königshofen

I11A3 Karlstadt

I12A3 Ochsenfurt

I13A3 Markt Heidenfeld

I16A3 Obernburg

I17A3 Ebern

I18A3 Gerolzhofen

I19A3 Alzenau

I20A3 Hofheim

I12A3 Brückenau

**RB Oberfranken-Mittelfranken Under
Control of E1B3**

F1B3 Nürnberg

G1B3 Bayreuth

H3A3 Neustadt/Aisch

H1B3 Bamberg

H2B3 Forchheim

H3B3 Erlangen

H4B3 Kulmbach

H5B3 Wunsiedel

H6B3 Kronach

H7B3 Weissenburg

H8B3 Münchberg

H9B3 Pegnitz

H10B3 Scheinfeld

H3H2 Lichtenfels

H5H2 Gunzenhausen

H6H2 Eichstätt

G2B3 Ansbach

I8A2 Stadtsteinach

I7A3 Rothenburg

I8A3 Dinkelsbühl

I2B3 Coburg

I3B3 Fürth

I4B3 Hof

I5B3 Schwabach

I6B3 Hilpoltstein

I7B3 Rehau

I12B3 Hersbruck

I13B3 Ebermannstadt

I17B3 Feuchtwangen

I18B3 Höchstädt

I19B3 Naila

I5H2 Lauf

I6H2 Windsheim

⁷⁵ 13/147-2/11.

RB Niederbayern-Oberpfalz Under Control of Det. F1D3

F2G2 Regensburg
 G1E3 Passau
 H2A2 Weiden
 H1D3 Cham
 H2D3 Parsberg
 H3D3 Straubing
 H4D3 Grafenau
 H5D3 Burglengenfeld
 H6D3 Regensburg
 H7E3 Landau
 H1H2 Neunburg vorm Wald
 H2H2 Mallersdorf
 H7H2 Vilsbiburg
 I1A2 Mallersdorf
 I2A2 Amberg
 I3A2 Straubing
 I8F2 Cham
 I1D3 Amberg
 I2D3 Neustadt/Waldnaab
 I3D3 Nabburg
 I4D3 Tirschenreuth
 I5D3 Sulzbach-Rosenberg
 I6D3 Mainberg
 I7D3 Kelheim
 I8D3 Bogen
 I1A2 Mallersdorf
 I9D3 Zwiesel
 I10D3 Freyung
 I13D3 Oberviechtach
 I14D3 Waldmünchen
 I15D3 Roding
 I17D3 Kemnath
 I18D3 Plattling
 I20D3 Rottenburg
 I21D3 Riedenburg
 I22D3 Eschenbach
 I23D3 Osterhofen
 I1E3 Deggendorf
 I2E3 Passau
 I3E3 Vilshofen
 I4E3 Pfarrkirchen
 I5E3 Landshut
 I6E3 Eggenfelden
 I14E3 Griesbach
 I17E3 Kötzting
 I18E3 Wegscheid
 I21E3 Dingolfing
 I1G2 Vohenstrauß
 I1H2 Neumarkt
 I2H2 Beilngries

RB Schwaben Under Control of Det. E1H2

G1H2 Augsburg
 G1G3 Dillingen

G2G3 Sonthofen
 G4G3 Weissenhorn
 H4G3 Krumbach
 H5G3 Nördlingen
 H6G3 Mindelheim
 H7G3 Memmingen
 H8G3 Illertissen
 I5E2 Markt Oberdorf
 I1F2 Schwabmünchen
 I4F2 Neuburg
 I9A3 Kempten
 I6C3 Günzburg
 I5F3 Friedberg
 I7G3 Füssen
 I11G3 Kaufbeuren
 I15G3 Donauwörth
 I20G3 Immenstadt
 I22G3 Wertingen

RB Oberbayern Under Control of Det. F1H2

F1F3 München
 H2B2 Wolfratshausen
 H1E3 Altötting
 H2E3 Traunstein
 H3E3 Miesbach
 H5E3 Aibling
 H6E3 Mühldorf
 H8E3 Ingolstadt
 H1F3 Partenkirchen
 H2F3 München
 I6F2 Aubing
 I3E2 Schongau
 I6E2 Starnberg
 I7E2 Weilheim
 I1F2 Ebersberg
 I5F2 Aichach
 I7F2 Bad Tölz
 I13G2 Bad Reichenhall
 I14G2 Burghausen
 I3H2 Pfaffenhofen
 I4H2 Schrobenhausen
 I5C3 Laufen
 I7E3 Ingolstadt
 I8E3 Freising
 I9E3 Erding
 I10E3 Berchtesgaden
 I11E3 Rosenheim
 I12E3 Dachau
 I20E3 Rosenheim
 I22E3 Moosburg
 I23E3 Trostberg
 I1F3 Landsberg
 I2F3 Fürstenfeldbruck
 I6F3 Mittenwald
 I7F3 Murnau
 I19G3 Wasserburg

Nach der Auflösung der ECAD wurden ab 16. August 1945 alle Detachments mit neuen Kennzeichen versehen, die nun keinen Bezug mehr zum jeweiligen Military Government Regiment aufwiesen. Die Detachments in Bayern wurden ab der Zahl 201 durchnummeriert (E-201 war das Regional Military Government Detachment). Die übrigen E-Detachments hatten Ziffern ab 202, die F-Detachments ab 210, die G-Detachments ab 220, die H-Detachments ab 250 und die I-Detachments ab 330. So wurde beispielsweise das Regional Military Government Detachment E1F3 in E-201, das für den Regierungsbezirk Oberbayern zuständige Detachment F1H2 in E-205 und das für die Stadt München zuständige Detachment F1F3 in F-213 umbenannt. Die für die Regierungsbezirke zuständigen Detachments wurden personalmäßig verstärkt und ausnahmslos zu E-Detachments gemacht. Ab 1. Oktober 1945 firmierten die einzelnen Detachments unter Betonung ihrer Militärregierungsaufgaben zusätzlich zum alphanumerischen Kennzeichen als „Office of Military Government for . . .“.

Übersicht 13: Lokale Detachments auf Stadt- und Landkreisebene in Bayern, Oktober 1945

Regierungsbezirk Mainfranken

Co A Ochsenfurt		1st. Lt. H. A. Lenert
E-202 Würzburg	RB Mainfranken	Lt. Col. M. E. Henderson
F-210 Würzburg	SK/LK Würzburg	Maj. Hugh M. Jones
G-220 Aschaffenburg	SK/LK Aschaffenburg	Maj. C. M. Emerick
G-221 Schweinfurt	SK/LK Schweinfurt	Maj. A. S. Grove
H-250 Bad Kissingen	LK Kissingen	Capt. M. A. Potter
H-251 Kitzingen	LK Kitzingen	Capt. J. B. Lynn
I-330 Alzenau	LK Alzenau	Maj. E. E. Shovea
I-331 Brückenau	LK Brückenau	Capt. H. B. Clark
I-332 Ebern	LK Ebern	Capt. S. L. Tulin
I-333 Gemünden	LK Gemünden	Capt. K. N. Galloway
I-334 Gerolzhofen	LK Gerolzhofen	Capt. W. J. Tonkin
I-335 Hammelburg	LK Hammelburg	Capt. E. H. Emery
I-336 Hassfurt	LK Hassfurt	Capt. T. F. Griffen
I-337 Hofheim	LK Hofheim	Capt. W. Hitt
I-338 Karlstadt	LK Karlstadt	1st Lt. W. E. Brayden
I-339 Königshofen	LK Königshofen	Capt. A. W. Peterson
I-340 Lohr	LK Lohr	Capt. Elmer E. Kelly
I-341 Marktheidenfeld	LK Marktheidenfeld	Capt. M. B. Voorhees
I-342 Mellrichstadt	LK Mellrichstadt	Capt. J. J. Schaller (actg)
I-343 Miltenberg	LK Miltenberg	Capt. D. J. Huffman
I-344 Neustadt/Saale	LK Neustadt/Saale	1st Lt. Elmer F. Warnke
I-345 Obernburg	LK Obernburg	Capt. B. H. Logan
I-346 Ochsenfurt	LK Ochsenfurt	Capt. H. A. Storm

Regierungsbezirk Ober- und Mittelfranken

Co C Ansbach		1st Lt. G. N. Hultzen
E-203 Ansbach	RB Ober- und Mittelfranken	Col. Edward M. Haight
F-211 Nürnberg	SK/LK Nürnberg	Col. C. H. Andrews
G-228 Ansbach	SK/LK Ansbach	Maj. W. R. Whitaker
G-229 Fürth	SK/LK Fürth	Capt. J. D. Cofer
H-261 Dinkelsbühl	LK Dinkelsbühl	Maj. J. W. Hall
H-262 Eichstätt	LK Eichstätt	Maj. W. T. Staats
H-263 Feuchtwangen	LK Feuchtwangen	Capt. C. E. Wilhelm
H-264 Gunzenhausen	LK Gunzenhausen	Maj. H. W. Zurn
H-265 Hersbruck	LK Hersbruck	Maj. F. M. Dunbaugh

H-266 Hilpoltstein	LK Hilpoltstein	Maj. Harold T. Lund
H-267 Weissenburg	LK Weissenburg	Maj. W. S. Bailey
H-268 Rothenburg	LK Rothenburg	Maj. R. C. Anderson
H-269 Schwabach	LK Schwabach	Maj. R. H. Stringer
H-270 Scheinfeld	LK Scheinfeld	Maj. H. C. Kauffman
H-271 Windsheim	LK Uffenheim	Capt. M. C. Baer
H-272 Lauf	LK Lauf	Capt. E. N. Humphrey
H-273 Neustadt a. d. Aisch	LK Neustadt a. d. Aisch	Maj. F. K. Hinchey
Co B Bamberg		Capt. W. H. Cox
G-222 Bamberg	SK/LK Bamberg	Maj. J. A. Watkins
G-223 Bayreuth	SK/LK Bayreuth	Lt. Col. C. J. Reilly
G-224 Erlangen	LK Erlangen	Lt. Col. H. Hargrave
G-225 Coburg	SK/LK Coburg	Maj. H. Lockland
G-226 Kronach	LK Kronach	Maj. H. I. Woodall
G-227 Hof	SK/LK Hof	Maj. A. R. Giroux
G-247 Lichtenfels	LK Lichtenfels	Maj. J. R. Case
H-252 Ebermannstadt	LK Ebermannstadt	1st Lt. J. J. Bianchi
H-253 Höchstadt	LK Höchstadt a. d. Aisch	Capt. R. G. Hanford
H-254 Kulmbach	LK Kulmbach	Maj. P. B. Lamson
H-255 Pegnitz	LK Pegnitz	Maj. M. F. Skinner
H-256 Münchberg	LK Münchberg	Maj. A. C. Abbott
H-258 Rehau	LK Rehau	Capt. R. H. Dodds
H-259 Wunsiedel	LK Wunsiedel	Capt. D. H. Alexander
H-260 Forchheim	LK Forchheim	Lt. Col. F. Robie
I-347 Naila	LK Naila	Capt. H. W. Newell
I-348 Stadtsteinach	LK Stadtsteinach	1st Lt. H. F. Casademont
Regierungsbezirk Niederbayern und Oberpfalz		
Co D Regensburg		Capt. V. A. Grasso
E-204 Regensburg	RB Niederbayern und Oberpfalz	Lt. Col. Hasting
F-212 Regensburg	SK/LK Regensburg	Lt. Col. S. S. Speaks
G-230 Weiden	SK Weiden und LK Neustadt a. d. Wald	Capt. R. A. Rosan
H-274 Amberg	SK/LK Amberg	Maj. Mattox
G-244 Cham	LK Cham	Maj. C. E. McDaniel
H-275 Burglengenfeld	LK Burglengenfeld	Capt. E. Fichter
H-276 Parsberg	LK Parsberg	Maj. H. J. Mrachek
H-277 Tirschenreuth	LK Tirschenreuth	Capt. F. P. Murray
H-278 Neunburg	LK Neunburg vorm Wald	Maj. J. J. Egan
H-279 Eschenbach	LK Eschenbach i. d. Opf.	Capt. W. R. Baylies
I-349 Kemnath	LK Kemnath	Capt. W. G. Montpas
I-350 Nabburg	LK Nabburg	Capt. G. Doyle
I-351 Oberviechtach	LK Oberviechtach	Capt. R. A. Berry
I-352 Riedenberg	LK Riedenberg	Capt. C. V. Hansen
I-353 Vohenstrauß	LK Vohenstrauß	1st Lt. C. A. Harrington
I-354 Roding	LK Roding	Capt. C. R. Bucheit
I-355 Waldmünchen	LK Waldmünchen	Capt. J. E. Hudson
I-356 Beilngries	LK Beilngries	Capt. J. J. Mallon
I-357 Neumarkt	LK Neumarkt i. d. Opf.	1st Lt. W. N. Blanton
I-358 Sulzbach-Rosenberg	LK Sulzbach-Rosenberg	Capt. S. E. Prail
Co H Regensburg		1st Lt. C. G. Savelli
G-243 Passau	SK/LK Passau	Lt. Col. F. W. Hanger
G-245 Landshut	SK/LK Landshut	Capt. A. J. Wann

G-246 Straubing	SK/LK Straubing	Maj.H. T. Olsen
H-301 Deggendorf	LK Deggendorf	Capt.L. C. Smallenberger
H-302 Eggenfelden	LK Eggenfelden	Capt.E. W. Manning
H-303 Grafenau	LK Grafenau	Capt.H. S. Rick
H-304 Kelheim	LK Kelheim	Capt.T. DeBogdan
H-305 Landau	LK Landau a. d. Isar	Maj. R. M. Stribling
H-306 Pfarrkirchen	LK Pfarrkirchen	Capt.W. D. Baird
H-307 Zwiesel	LK Regen	Capt.A. R. Sphar
H-308 Vilshofen	LK Vilshofen	Capt.W. J. Fitzpatrick
H-309 Vilsbiburg	LK Vilsbiburg	Capt.J. W. Fleshman
H-310 Freyung	LK Wolfstein	Capt.R. W. Douglass
I-375 Bogen	LK Bogen	Capt.A. G. Albert
I-377 Dingolfing	LK Dingolfing	Capt.B. E. Reichhardt
I-378 Griesbach	LK Griesbach	Capt.A. S. Gallant
I-379 Kötzing	LK Kötzing	Capt.E. L. Davis
I-380 Mainburg	LK Mainburg	Capt.W. Wickersham
I-381 Mallersdorf	LK Mallersdorf	Capt.S. R. Jacobs
I-382 Rottenburg	LK Rottenburg	Capt.E. A. Russo
I-382 Viechtach	LK Viechtach	Capt.J. F. Vaile
I-385 Wegscheid	LK Wegscheid	Capt.H. Walter

Regierungsbezirk Oberbayern

Co F München		1st Lt.J. MacDonough
E-205 München	RB Oberbayern	Lt.Col.J. W. Hensel
F-213 München	SK/LK München	Lt.Col.Eugene Keller
G-236 Partenkirchen	LK Garmisch-Partenkirchen	Maj.C. H. Heyl (actg)
G-237 Ingolstadt	SK/LK Ingolstadt	Capt.L. H. Norins
G-238 München	LK München	Maj.M. T. Mawrence
H-286 Fürstenfeldbruck	LK Fürstenfeldbruck	Capt.J. J. McBride
H-287 Landsberg	LK Landsberg	Capt.C. A. Rein
H-288 Pfaffenhofen	LK Pfaffenhofen	Maj.C. A. Sloat
H-289 Starnberg	LK Starnberg	Capt.M. Shellenberger
H-290 Weilheim	LK Weilheim	Maj.E. C. Wills
H-291 Wolfratshausen	LK Wolfratshausen	Capt.C. H. Bischoff
I-362 Aichach	LK Aichach	Capt.L. R. Day
I-364 Schrobenhausen	LK Schrobenhausen	Capt.R. G. Hill
I-365 München	Bavarian Supply	Capt.F. S. Franke
I-367 Dachau	LK Dachau	1st Lt.V. A. Burke
I-368 Schongau	LK Schongau	Capt.C. E. Carlsen
Co E Wasserburg		Capt.J. T. Collier
G-231 Freising	LK Freising	Maj.A. G. Snow
G-232 Miesbach	LK Miesbach	Maj.L. L. Haupt
G-233 Traunstein	LK Traunstein	Capt.F. L. Tracy
G-234 Altötting	LK Altötting	Capt.R. L. Montague
G-235 Rosenheim	SK/LK Rosenheim	Maj.R. G. MacDonald
H-280 Erding	LK Erding	Capt.H. J. Bierman
H-281 Laufen	LK Laufen	Capt.S. L. Jones
H-282 Mühldorf	LK Mühldorf	Maj.C. E. Vickerman
H-283 Wasserburg	LK Wasserburg	Capt.M. J. Groves
H-284 Bad Tölz	LK Tölz	Maj.J. Letteriello
H-285 Aibling	LK Aibling	Maj.E. J. Newmeyer
H-311 Berchtesgaden	LK Berchtesgaden	Maj.M. E. DiPietro
I-361 Ebersberg	LK Ebersberg	Capt.G. E. Horwath

Regierungsbezirk Schwaben

Co G Ziemetshausen		1st Lt.O. Meirhenry
E-206 Augsburg	RB Schwaben	Lt.Col.R. L. Hiles
F-214 Augsburg	SK/LK Augsburg	Lt.Col.R. A. Norton
G-239 Dillingen	LK Dillingen	Maj.C. F. Baker
G-240 Weissenhorn	LK Neu-Ulm	Maj.J. A. Blakemore
G-241 Sonthofen	LK Sonthofen	Maj.A. B. Ebbers
G-242 Kempten	SK/LK Kempten	1st Lt.B. M. Ziegler
H-292 Donauwörth	LK Donauwörth	Maj.H. L. Snapp
H-293 Günzburg	LK Günzburg	Capt.J. G. Horrell
H-294 Markt Oberdorf	LK Markt Oberdorf	Capt.J. O. Renalds
H-295 Memmingen	LK Memmingen	Maj.Richard F. Wagner
H-296 Mindelheim	LK Mindelheim	Maj.E. C. Bunker
H-297 Neuburg	LK Neuburg a. d. Donau	Capt.W. H. Oswalt
H-298 Nördlingen	LK Nördlingen	Capt.S. H. Brown
H-299 Füssen	LK Füssen	Capt.T. R. Schweer
H-300 Krumbach	LK Krumbach	1st Lt.L. E. Dunn
I-369 Illertissen	LK Illertissen	Maj.W. S. Reed
I-370 Kaufbeuren	LK Kaufbeuren	Maj.E. M. Ross
I-372 Wertingen	LK Wertingen	Capt.R. E. Hale
I-373 Friedberg	LK Friedberg	Maj.P. S. Webb
I-374 Schwabmünchen	LK Schwabmünchen	1st Lt.L. E. Smith

Die Versorgung und Personalbetreuung der Militärregierungseinheiten oblag dem 3rd Military Government Regiment. Dieses verfügte im Dezember 1945 über folgenden Companies (Co):

Übersicht 14: Versorgungseinheiten, 3rd Military Government Regiment, Dezember 1945

Hq 3rd MG Regt	Augsburg
Hq Co	Augsburg
Sv Co	Augsburg
	(mit:
	Maint Plat Augsburg
	2nd Maint Plat Uttenreuth
	3rd Maint Plat Straubing)
Replacement and Training Co	Augsburg
3rd MG Med Det	München
3rd MG Med Sec	Augsburg
Co A	Ochsenfurt
Co B	Bamberg
Co C	Ansbach
Co D	Regensburg
Co H	Regensburg
Co F	München
Co E	Wasserburg
Co G	Ziemetshausen

Am 21. Dezember 1945 wurde mit der Verlegung des Hq des 3rd Military Government Regiment von Augsburg nach München begonnen. Die Verlegung war am 8. Januar 1946 abgeschlossen.⁷⁶ Dem Hq wurden alle Offiziere des Detachments E-201 zugewie-

⁷⁶ 10/130-1/6.

sen. Die Soldaten (des Bavarian Land Teams) kamen zur Hq Co oder zur Service Co. Die Personal- und Transportabteilungen der beiden Hauptquartiere wurden ebenfalls zusammengelegt.

Commanding Officer im Hq 3rd Military Government Regiment wurde Col. Charles C. Morgan. Mit Wirkung vom 28. Februar 1946 wurden die Companies C, F und H, sowie die Replacement and Training Company aufgehoben.⁷⁷ Die verbleibenden Kompanien wurden an den Sitz der jeweiligen Regierungsbezirks-Detachments verlegt und dem Befehl des Kommandanten des Detachments unterstellt.

3. Das Office of Military Government for Bavaria zwischen 1946 und 1949

a) Organisationsentwicklung 1946–1949

Die Verlegung des Hq 3rd Military Government Regiment, der Service Company und der Hq Company von Augsburg nach München ab 21. Dezember 1945, die Eingliederung der 6870th DISCC als Information Control Division am 17. Januar 1946 und die Auflösung der Governmental Affairs Division am 15. Februar 1946 machten im Frühjahr 1946 eine neue Organisationsgliederung notwendig. Sie spiegelte gleichzeitig die Lösung des Office of Military Government for Bavaria von der 3. Armee und damit von der militärischen Kommandokette.

Die ab 15. Februar 1946 gültige Organisationsstruktur sah vier Divisions (Hauptabteilungen) für Economics, Internal Affairs and Communications, Finance und Information Control mit den entsprechenden Branches (Abteilungen) vor, vier selbständige Abteilungen für Transportation, Manpower, Public Health und Legal, sowie fünf Staff Branches für die internen Verwaltungsaufgaben.

Im April verbreitete OMGBY erstmals einen gedruckten Organisationsplan (Übersicht 15). Neu erscheint die Public Relations Branch. Die Public Health war, um Public Welfare ergänzt, der Internal Affairs Division unterstellt worden (vgl. auch den Administrative Procedure Guide vom 1. April 1946).⁷⁸

Ein ab 17. Juli 1946 gültiger neuer Organisationsplan (Table of Organization = T/O) vergrößerte die Zahl der Divisions und Branches erheblich und verfeinerte die Organisation. Mit Blick auf die zunehmende Übertragung von Zuständigkeiten auf deutsche Stellen und mit Rücksicht auf die laufenden Beratungen zur bayerischen Verfassung wurde eine eigene Civil Administration Division mit entsprechenden Branches geschaffen. Die Legal Branch und die Manpower wurden zu eigenen Divisions erhoben. Damit waren alle aufgabenbezogenen (functional) Ressorts als Divisions organisiert. Die Gliederung war kein direktes Spiegelbild der bayerischen Ministerialorganisation, sondern orientierte sich eher am Vorbild von OMGUS. Die jeweiligen Zuständigkeiten waren aber so klar abgegrenzt, daß der deutsche Ansprechpartner einfach zu bestimmen war.

Für die Erledigung der internen Verwaltungsaufgaben waren neun Branches zuständig, die in einigen Fällen (Transportation Branch) auch Militärregierungsaufgaben (Überwachung deutscher Stellen) wahrnahmen.

⁷⁷ OMGBY: Monthly Report Februar 1946, S. 7.

⁷⁸ 10/195–2/11–3.

Übersicht 15: Organisation von OMGBY, April 1946

Schon im August bzw. September wurde dieser interne Verwaltungsbereich umorganisiert. Die für „Inspections“ zuständige Section, der die zentrale Überwachung und Beurteilung des gesamten OMGBY-Personals zukam, und die mit fünf Offizieren im Oberst-Rang besetzt war, wurde nun als eigene Branch geführt. Die Personnel and Administration Branch, die laut T/O vom 1. Juli 1946 eine Soll-Stärke von 75 Personen hatte, wurde zur Division erhoben. Die von Clay Anfang August 1946 angekündigte Personalreduzierung zwang OMGBY zur Straffung der Bereiche Administration and Housekeeping. Im September 1946 wurde die Land Resources and Budget Branch aufgelöst sowie die Hq Co und die Service Co zusammengelegt.⁷⁹ Im Laufe des Jahres 1947 waren die wichtigsten internen Verwaltungssachen, insbesondere Versorgung und Verwaltung des Hq in München (housekeeping activities) von den Military Posts übernommen worden. Die bisher damit befaßte Hq Commandant Branch wurde am 1. Juni 1947 aufgehoben. Im August verbreitete OMGBY einen neuen Organisationsplan.

Im Januar 1948 kam es zu einer weiteren Straffung: Die Plans and Operations Branch sowie die Inspections Section wurden aufgelöst, und die Intelligence Branch unter Eingliederung anderer Stellen und Zuständigkeiten zur Intelligence Division erhoben. Am 1. März 1948 löste man nach dem Vorbild von OMGUS die Internal Affairs Division auf und erhob die ihr bisher zugeordnete Education and Cultural Relations Branch zu einer eigenen Division. Die anderen Branches der Internal Affairs Division kamen im wesentlichen zur Civil Affairs Division. Am 3. April 1948 wurde die Field Operations Division gegründet und der ganze Bereich der lokalen Military Government Offices völlig umgestaltet. Die erforderliche Personalreduzierung um 50 % zum 30. Juni 1948 sowie die veränderte Aufgabengewichtung erforderte Mitte 1948 die Auflösung der Economics Division, der Finance Division, der Manpower Division, der Personnel and Administration Division sowie der Transportation Branch. Neu eingerichtet wurden die Food and Agriculture Division sowie die Property Control Division. Die Information Control Division erhielt als Information Service Division eine neue Organisation und neue Bezeichnung. An die Stelle der aufgelösten Divisions und Branches traten nun Advisers, die nun im wesentlichen als Berater des Land Director tätig waren.

Diese Organisation blieb im wesentlichen bis Mitte 1949 unverändert. Am 30. Juni 1949 löste man die Property Division auf. An ihre Stelle trat das Amt des Property Adviser. Die Information Service Division ging an OMGUS über (Information Service Group, OMGUS). Der Denazification Adviser sowie der Transportation Adviser beendeten ihre Tätigkeit. Die Ämter des Economics Adviser, des Property Adviser, des Finance Adviser sowie die Decartelization Branch faßte man unter einem Director, Economic Affairs Group zusammen. Im Juli 1949 organisierte man die verbleibenden Abteilungen wie in Übersicht 17 dargestellt.

Das Nebeneinander von Dienststellen von OMGUS, BICO und OMGBY auf bayerischem Boden erschwerte die Arbeit der Militärregierung erheblich. Im Juli 1949 beklagte sich Murray D. Van Wagoner bei McCloy, daß seine Dienststelle immer mehr umgangen würde: „The complex of Military Government Offices here is becoming so confusing, that I cannot keep them straight. I wonder how a German citizen or Bavarian official can be expected to do so. Of more concern however is the fact, that these ‚independent‘ OMGUS and BICO agencies and representatives make direct contact

⁷⁹ Die Folgen der Personalreduzierung werden in einem Schreiben General Mullers an General C. L. Adcock vom 28.8.1946 erläutert (5/376–1/8).

Übersicht 16: Organisation von OMGBY, August 1947

Übersicht 17: Organisation von OMGBY, Juli 1949

with Bavarian Ministries and officials, side-tracking my office and without coordination with my office, in violation of existing directives."⁸⁰

Nach dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts wurden im neuen Amt des Landeskommissars (Land Commissioner) teilweise neue Abteilungen gebildet, vielfach mit den alten Mitarbeitern. Das Office of Land Commissioner for Bavaria gab im November 1949 folgende Abteilungsgliederung bekannt:

⁸⁰ 13/144-2/5.

Übersicht 18: Organisation des Office of Land Commissioner for Bavaria, November 1949

- Land Commissioner
- Deputy Land Commissioner
- Assistant Deputy Land Commissioner
 - Executive Assistant
- Administrative Office
 - Personnel Assistant
 - Communications Branch
 - Operating Facilities Branch
 - Investigation and Claims Branch
 - Reports and Statistics Branch
- Intelligence Division
- Labor Affairs Division
- Legal Affairs Division
- Political Affairs Division
 - Displaced Persons & Refugee Branch
 - Government and Politics Branch
 - Public Safety Branch
- Public Affairs Division
 - Exchanges Branch
 - Education & Cultural Relations Branch
 - Information Services Branch
 - Public Relations Branch
- Field Operations Branch
 - District I (Munich)
 - District II (Regensburg)
 - District III (Nuernberg)
 - District IV (Wuerzburg)
 - District V (Augsburg)
- Economic Affairs Division
 - Finance Branch
 - Food, Agriculture & Forestry Branch
 - Industry Branch
 - Property Branch
 - Trade, Industry & Economic Analysis Branch

Das Amt des Landeskommissars wurde am 15. Dezember 1951 um ein Drittel verkleinert und gab wesentliche Befugnisse an das Generalkonsulat ab. Die Field Division bestand seit 15. Dezember 1951 nur noch aus 45 Resident Officers. Am 30. Juni 1952 löste man schließlich das Amt des Landeskommissars sowie die nachgeordneten Dienststellen der Resident Officers auf. Die verbliebenen Aufgaben gingen an das Generalkonsulat über. Soweit es sich um Angelegenheiten der Besatzungstruppen handelte, war eine in München errichtete Verbindungsstelle des europäischen Hauptquartiers der amerikanischen Armee zuständig. Die Aufgaben der lokalen Resident Officers übernahmen Verbindungsoffiziere der Armee.

Das Generalkonsulat war als Vertretung des State Department am 11. März 1946 eröffnet worden. Schon seit Juni 1945 arbeiteten in München als ständige Vertreter des Political Adviser (Robert D. Murphy) Morris Brewster und dann ab September 1945 Parker W. Buhrmann. Buhrmann wurde im Juni 1946 als Generalkonsul von James R. Wilkinson abgelöst.^{80a}

^{80a} Vgl. Kramer: Neuanfang.

Abschließend folgen die Divisions, Branches und selbständigen Sections der amerikanischen Militärregierung in Bayern in den Jahren 1946, 1947, 1948 und 1949 mit ihren jeweiligen Leitern.

Übersicht 19: Organisation und Personal von OMGBY, 3. Oktober 1946

Director	Brig.Gen.	Walter J. Muller
Deputy Director	Col.	Ernest C. Norman
Executive	Lt.Col.	Paul Hamilton
Political Adviser	Civ.	James R. Wilkinson
Inspection Section	Col.	Thomas H. Young
Land Resources and Budgets Branch	Lt.Col.	Emery D. K. Jackson
CO 3rd MG Regiment	Col.	Charles C. Morgan
Headquarters Comdt. Branch	Lt.Col.	R. T. Shelby
Intelligence Branch	Maj.	Peter J. Vacca
Plans and Operations Branch	Maj.	Edgar J. Jordan
Public Relations Branch		William G. Farquhar
Supply Branch	Lt.Col.	James W. Bender
Transportation Branch	Lt.Col.	Mitchell A. Giddens
Civil Administration Division		Albert C. Schweizer
Administrative Courts Branch		Frederick W. von Koschembahr
Civil Service Branch	Lt.Col.	Paul Burns
Field Operations Branch	Lt.Col.	Paul Burns (Acting)
Governmental Structures Branch	Lt.Col.	John P. Bradford
Political Activity Branch	Lt.Col.	Paul Burns
Economics Division	Col.	Stephen Y. McGiffert
Food and Agriculture Branch		George R. Quarles
Industry Branch	Maj.	Harold A. Taylor
Restitutions Branch	Maj.	James B. Goodwin
Trade and Commerce Branch		Paul S. Nevin
Finance Division	Civ.	Russell R. Lord
Fiscal Branch		Kurt Fredericks
Property Control Branch	Civ.	Jo M. Ferguson
Information Control Division	Col.	Bernard B. McMahon
Film, Theater and Music Control Branch	Lt.Col.	William C. Rogers
Information Control Intelligence Branch	Civ.	Robert C. Martindale
Press Control Branch		Ernst Langendorf
Publications Control Branch		Lawrence Dalcher
Publishing Operations Branch	Maj.	Hans Wallenberg
Radio Control Branch	Civ.	Field Horine
Internal Affairs and Communications Division	Lt.Col.	Robert A. Reese
Communications Branch	Maj.	Paul E. Griffith
Education and Religious Affairs Branch		Walter G. Bergman
Public Health Branch	Lt.Col.	E. Ross Jenney
Public Safety Branch	Maj.	Charles M. O'Donnell
Public Welfare Branch	Civ.	Louis M. Miniclier
Special Branch	Maj.	Edwin C. Johnson
Legal Division	Lt.Col.	Richard J. Jackson
German Courts Branch		Ernst Anspach
Legislative and Legal Advice Branch		Felix J. Freeman

MG Courts Branch	Capt.	Anthony J. Rich
Prisons Branch	Capt.	Walter A. Lunden
Manpower Division		Clarence M. Bolds
Labor Relations and Standards Branch		Frantz G. Loriaux
Manpower Allocations Branch		Edward J. Jones
Social Insurance and Housing Branch		Augustus B. Hill
Personnel and Administration Division	Col.	Fred A. Meyer
Administration Branch	Lt.Col.	Vernon J. Blondell
Personnel Branch	Maj.	T. A. Christophil

Übersicht 20: Organisation und Personal von OMGBY, 18. Oktober 1947

Director	Brig.Gen.	Walter J. Muller
Deputy Director		Clarence M. Bolds (Acting)
Executive	Lt.Col.	Robert M. Connolly
Administration and Inspection Group	Col.	Charles C. Morgan
Inspections Section	Col.	Ernest F. Boruski
Personnel and Administration Div.	Col.	Fred A. Meyer
Administration Branch	Lt.Col.	Vernon J. Blondell
Civilian Personnel Branch		Schubert E. Smith
Military Personnel Branch	Capt.	John J. Kinsella
Plans and Operations Branch	Lt.Col.	John A. McEvoy
Intelligence Branch		Harold E. Stearns
Public Information Branch		Haynes R. Mahoney (Acting)
Transportation Branch	Col.	John R. Knittel
Civil Administration Division		Albert C. Schweizer
Administrative Agencies Branch	Maj.	James H. McCord (Acting)
Executive Branch	Maj.	James H. McCord
Field Operations and Policy	Lt.Col.	James H. Cavins
Enforcement Branch		John P. Bradford
Governmental Structures Branch		John P. Bradford (Acting)
Legislative Branch		Paul Burns
Political Activities Branch	Lt.Col.	
Economics Division	Col.	Stephen Y. McGiffert
Food and Agriculture Branch		George R. Quarles
Industry Branch		Harold A. Taylor
Restitution Branch		Otto F. Yanish (Acting)
Trade and Commerce Branch		Paul S. Nevin
Finance Division		Russell R. Lord
Finance Branch		Kurt Fredericks
Investigation and Enforcement Br.		John R. McCarthy
Property Control Branch		Jack H. Lennon
Information Control Division	Civ.	James A. Clark
Film, Theater and Music Branch	Lt.Col.	William C. Rogers
Press Control Branch		Ernst Langendorf
Publications Control Branch		Henry Siemer
Publishing Operations Branch		Jack M. Fleischer
Radio Control Branch		Edmund Schechter
Research and Analyses Branch		Robert C. Martindale
Internal Affairs Division	Lt.Col.	Al D. Sims (Acting)
Education and Religious Aff.Br.		Walter G. Bergman

Public Health Branch	Lt.Col.	E. Ross Jenney
Public Safety Branch	Maj.	Charles M. O'Donnell
Public Welfare Branch		Louis M. Miniclier
Denazification Branch		William E. Griffith
Legal Division		Juan A. Sedillo
German Courts Branch		Allen A. Backer
Legislative and Legal Advice Br.		Leonard J. Ganse
MG Courts Branch		Ambrose Fuller
Prisons Branch		John J. Raymond
Manpower Division		Frantz G. Loriaux (Acting)
Executive and Field Operations Br.		Herbert W. Baker
Labor Relations and Standards Br.		Frantz G. Loriaux
Manpower Allocations Branch	Maj.	Abe Kramer (Acting)
Social Insurance and Housing Br.		Augustus B. Hill

Übersicht 21: Organisation und Personal von OMGBY, 2. November 1948

Land Director	Murray D. Van Wagoner
Special Adviser	Edward F. Kennedy
Deputy Land Director	Clarence M. Bolds
Assistant Land Director	Russell R. Lord (Acting)
Administration Branch	John J. Kinsella
Personnel Branch	Schubert E. Smith
Investigation and Claims Branch	David A. Gallant
Real Estate and Budget Control Branch	Augustus B. Hill
Public Information Branch	Haynes R. Mahoney (Acting)
Economics Adviser	Harold A. Taylor
Finance Adviser	Kurt Fredericks
Manpower Adviser	Frantz G. Loriaux
Transport Adviser	Theodore E. Zadra
Denazification Adviser	Curtis H. Shell (Acting)
Legal Adviser	Leonard J. Ganse
Legal Advice Branch	Eleanor C. Raynor (Acting)
Legislation Branch	Bertrand O. Oberry
German Courts Branch	
Prisons Branch	John J. Raymond
Education and Cultural Relations Div.	Charles D. Winning
Education Branch	Lawrence G. Derthick
Religious Affairs Branch	James M. Eagan
Cultural Affairs Branch	Kenneth J. MacCormac (Acting)
Group Activities Branch	Charles P. Carroll
University Branch	Clifton C. Winn
Food, Agriculture and Forestry Div.	Kenneth W. Ingwalson
Food Processing and Distribution Branch	Willard C. Muller
Agriculture Programs Branch	Ray E. Cameron
Field Inspections Branch	John C. Thorne
Forestry Branch	Birger Berg
Property Division	William Harrison
Property Control and External Assets Branch	Jack H. Lennon
Restitution Branch	Otto F. Yanish

Reparations Branch	Clifton H. Day
Decartelization Branch	Francis A. O'Connell
Information Services Division	James A. Clark
Press Branch	Ernst Langendorf
Publications Branch	Don C. Travis (Acting)
Radio Branch	Edmund Schechter
Information Centers Branch	Chester S. Wright
Film Branch	
Civil Administration Division	Albert C. Schweizer
Governmental and Political Branch	John P. Bradford
Public Health Branch	Robert I. Hood
Public Safety Branch	William R. Rohan
Public Welfare and DP Branch	William R. Gosser
Intelligence Division	Donald T. Shea
Research Branch	Paul E. Moeller
Analysis Branch	Albert P. Mayo
Reports Control Branch	Thomas J. Coad
Field Operations Division	Kenneth E. Van Buskirk
Branch „A“	Sidney D. White
Branch „B“	Robert M. MacWhorter
Branch „D“	Elmer F. Warnke
Branch „E“	Richard F. Wagner
Branch „G“	William C. Rhyne

Übersicht 22: Organisation und Personal von OMGBY, April 1949

State Director	Murray D. Van Wagoner
Special Adviser	Edward F. Kennedy
Deputy State Director	Clarence M. Bolds
Assistant State Director	Russell R. Lord (Acting)
Administration Branch	Howard M. Cook (Acting)
Personnel Branch	Schubert E. Smith
Investigation and Claims Branch	David A. Gallant
Real Estate and Budget Contr.Branch	Augustus B. Hill
Public Information Branch	Jack M. Fleischer
Economics Adviser	Harold A. Taylor
Deputy Economics Adviser	Jacob Fullmer
Finance Adviser	Kurt Fredericks
Deputy Finance Adviser	Joseph T. Bartos
Manpower Adviser	Frantz G. Loriaux
Deputy Manpoer Adviser	Abe Kramer
Transport Adviser	Theodore E. Zadra
Denazification Adviser	Curtis H. Shell
Legal Division	Leonard J. Ganse
Legal Advice Branch	Eleanor C. Raynor
Legislation Branch	Bertram C. Oberry
German Courts Branch	Paul J. Farr
Prisons Branch	John J. Raymond
Education and Cultural Relations Division	Charles D. Winning
Deputy Director	Robert C. Dawes
Education Branch	Lawrence G. Derthick
Religious Affairs Branch	James M. Eagan
Cultural Affairs Branch	Louis M. Miniclier

Group Activities Branch	Clayton C. Jones
University Branch	Clifton C. Winn
Food, Agriculture and Forestry Division	Kenneth W. Ingwalson
Deputy Director	Vernon W. Darter
Food Processing and Distribution Branch	Willard C. Muller
Agriculture Programs Branch	Ray E. Cameron
Field Inspections Branch	Buford J. Miller
Forestry Branch	Birger Berg
Property Division	William Harrison
Property Control and External Assets Branch	Jack H. Lennon
Restitution Branch	Otto F. Janisch
Reparations Branch	Clifton H. Day
Decartelization Branch	Francis A. O'Connell
Information Services Division	James A. Clark
Deputy Director	Herbert C. Gross
Press Branch	Ernst Langendorf
Publications Branch	Don C. Travis
Radio Branch	Edmund Schechter
Information Centers Branch	Chester S. Wright
Film Branch	William P. Dubansky
Civil Administration Division	Albert C. Schweizer
Deputy Director	Al D. Sims
Governmental and Political Branch	John P. Bradford
Public Health Branch	Robert I. Hood
Public Safety Branch	William R. Rohan
Public Welfare and DP Branch	William R. Gosser
Intelligence Division	Donald T. Shea
Research Branch	William Hoffman (Acting)
Analysis Branch	Albert P. Mayo
Reports and Statistics Branch	Thomas J. Coad

b) Personalentwicklung

Im Mai 1945 verfügten die mit der Militärregierung beauftragten Detachments innerhalb Bayerns über etwa 2000 Personen. Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß auch von den regulären Truppen, insbesondere von deren G-5 Abteilungen Militärregierungsaufgaben wahrgenommen wurden, reichte diese Zahl für die anfallenden Aufgaben bei weitem nicht aus.

Bis Ende Juli 1945 hatte sich die Gesamtstärke der Militärregierung nur leicht auf 2849 Personen erhöht (davon 1150 Offiziere und 699 Soldaten). Erst als sich im Laufe des Augusts und Oktobers 1945 die amerikanischen Truppen auf das ihnen vorbehaltene Besatzungsgebiet zurückzogen und u. a. ihre Detachments in der Tschechoslowakei auflösten, erhöhte sich der Personalstand in den bayerischen Detachments schlagartig. So erreichte Ende Oktober 1945, also schon zu einer Zeit, wo der Hauptteil der Verwaltung wieder auf deutsche Stellen übertragen worden war, der Personalstand bei allen Militärregierungs-Detachments seinen Höchststand. Am 31. Oktober 1945 zählte man in den Detachments 1401 Offiziere und 2335 Soldaten. Dazu kamen noch 489 Personen beim Office of Military Government und 264 Personen des 6870th DISCC.

Der Zuwachs war nicht nur in München, sondern auch auf dem Lande augenfällig. So verfügte beispielsweise das Stadtkreis-Detachment Ingolstadt, das im Mai drei Offiziere und fünf Soldaten zählte, im September über zehn Offiziere und 30 Soldaten.⁸¹

⁸¹ Ziemke: The U.S. Army, S. 396.

Noch im Oktober wurde durch die OMGUS-Direktive vom 5. Oktober 1945 der Abbau des Militärregierungspersonals angeordnet.

Da ein Großteil der algedienten Militärregierungs-offiziere im Rahmen der allgemeinen Demobilisierung zur Entlassung anstand, bedeutete der vorgesehene Personalabbau vor allem einen Verlust an Erfahrung. Um die Arbeit trotzdem möglichst effektiv fortsetzen zu können, wurde bereits Ende Juli zwischen Präsident Truman und General Eisenhower vereinbart, einen Teil der ausscheidenden Offiziere und Mannschaften durch Zivilangestellte zu ersetzen („Civilianization Program“).⁸² Außerdem hoffte man, einen Teil der zur Entlassung anstehenden Militärregierungs-offiziere als Zivilangestellte in Deutschland halten zu können. Ende 1945 wurde bei OMGBY ein Civilian Personnel Office eingerichtet, das die Bewerbungen für die vorgesehenen Zivilstellen bearbeiten sollte. Ab Januar 1946 standen 383 Stellen zur Verfügung, die aber nur langsam besetzt werden konnten: Im Januar waren erst 21, im Juni 153 (amerikanische) Zivilbedienstete für OMGBY tätig.

Die Festlegung der OMGBY zur Verfügung stehenden Offiziere, Mannschaften, Zivilbediensteten und deutschen Angestellten war seit Januar 1946 Aufgabe von OMGUS. In Abständen von sechs Monaten wurden nun die künftigen Sollstärken (aufgeschlüsselt nach Ressorts) mit den jeweiligen Ländermilitärregierungen ausgehandelt. Damit bestimmte OMGUS ganz entscheidend auch in den Ländern die Schwerpunkte der Besatzungspolitik.

Ungünstig auf die Kontinuität der Verwaltung wirkte sich der gezielte Wechsel im Personal der einzelnen Detachments aus, durch den bewährte und eingearbeitete Kräfte durch neue unerfahrene ersetzt, bzw. das Personal nach einiger Zeit in andere Detachments versetzt wurde. Dieses sogenannte „redeployment program“ wurde innerhalb der Militärregierung stark kritisiert.⁸³

Ende des Jahres, am 31. Dezember 1945, verfügte OMGBY über insgesamt 4093 Mann, davon 1415 Offiziere und 2678 Soldaten.⁸⁴ In den folgenden Monaten blieb die tatsächliche Stärke bei den Offizieren und Mannschaften weit über der Sollstärke, da die Stellen für Zivilangestellte nicht besetzt werden konnten. Die Gesamtzahl des Personals wurde jedoch drastisch verringert. Betrug die Sollstärke im März noch 3420 Mann, so sollte sie (laut Anordnung vom 9. Februar 1946)⁸⁵ am 1. Juni 1946 1800 Mann betragen (583 Offiziere, 834 Mannschaften und 383 Zivilangestellte; vgl. Übersicht 23).⁸⁶ Die tatsächliche Stärke betrug am 18. Juni 1946 sogar nur 1795. Auch die Stellen für deutsche Angestellte sollten nach dem Willen von OMGUS bedeutend verringert werden, nämlich von über 10000 am Anfang des Jahres 1946 auf 5600 am 1. Juni. Diese Sollstärke stand indes nur auf dem Papier. Bis Ende des Jahres waren über 7000 deutsche Angestellte für die Amerikaner tätig.⁸⁷

Die in der ersten Hälfte 1946 angeordneten Personalreduzierungen gingen vor allem auf Kosten der lokalen Detachments. Für die neu organisierten und jetzt Liaison and Security Offices benannten Detachments standen nur noch 937 Stellen zur Verfügung.

⁸² Clay Papers, S. 82.

⁸³ OMGBY: Monthly Historical Report 15.12.1945 – 14.1. 1946, S. 1 (13/147–2/17): „The widespread criticism of a redeployment program which relieved Military Government of many of its best qualified officers and enlisted men and then replaced them with people ignorant of military government functions and procedures continued on all levels“.

⁸⁴ 13/147–2/17.

⁸⁵ 13/111–2/13.

⁸⁶ 10/130–1/6.

⁸⁷ Ebenda.

Dagegen hielt das Headquarters OMGBY in München einen bemerkenswert hohen Personalstand. Die Verteilung der genehmigten 727 Stellen auf Branches und Divisions zeigt Übersicht 24.

Übersicht 23: Personalverteilung von 3rd Military Government Regiment, OMGBY, Juni 1946

3rd Military Government Juni 1946										
	Hq	Hq Co	Sv Co	Medical	A	B	C	D	E	Total
1 Brigadier General	1									1
2 Colonel	8	10			1	1	1	1	1	23
3 Lt Colonel		30			4	10	7	4	3	58
4 Major		61	1	1	23	35	42	27	20	210
5 Captain	1	63	44	1	31	55	56	35	26	272
6 1st Lieutenant		14	4							18
7 Tot Commissioned	10	178	49	2	59	101	106	67	50	582
8 Warrant Officer		1								1
9 Grade 1	1	23	3		1	1	1	1	1	32
10 Grade 2		27	4		3	9	6	3	2	54
11 Grade 3	2	22	12	1	24	30	40	28	22	181
12 Grade 4		53	41	2	40	70	68	44	34	352
13 Grade 5		27	24	3	15	15	15	15	15	129
14 Grade 6			36	3	10	10	10	10	10	86
15 Total EM	3	152	120	6	93	135	140	101	64	834
16 Total Military	13	331	129	8	152	236	246	168	134	1417
17 CAF 15		2								2
18 CAF 14		5								5
19 CAF 13		38								38
20 CAF 12		61								16
21 CAF 11		36								36
22 CAF 9		34								34
23 CAF 7		21								21
24 P 7		3								3
25 P 6		61								61
26 P 5		20								20
27 P 4		3								3
28 Total Civ Staff		284								284
29 CAF 6		2								2
30 CAF 5	1	22								23
31 CAF 4		47								47
32 CAF 3	1	26								27
33 Tot Civ Clerical	2	97								99
34 Total Civ	2	381								383
35 Aggregate	15	712	129	8	152	236	246	168	134	1800

Übersicht 24: Personalverteilung von Headquarters and Headquarters Company, OMGBY, Juni 1946

Schlüssel der horizontal angeordneten Ziffern:

1: Command	17: Finance Division, Finance
2: Executive	18: Finance Division, Prop Control
3: Inspections	19: Transportation
4: Company Hq	20: Manpower
5: Pers & Adm	21: Legal
6: Plans & Opns	22: Ed & Religion
7: DP & Refugees	23: Internal Affairs & Communications, Sep Sec
8: Supply	24: Internal Affairs & Communications, Pub H & Wel
9: Hq Commandant	25: Internal Affairs & Communications, Civil Adm
10: Hist & Reports	26: Internal Affairs & Communications, Comm
11: Economics Division, Separate Sec	27: Internal Affairs & Communications, Pub Safety
12: Economics Division, Food & Agric	28: Information Control, Sep Sec
13: Economics Division, Trade & Com	29: Information Control, Intelligence
14: Economics Division, Restitutions	30: Information Control, Info Control
15: Economics Division, Industry	31: Information Control, Pub Relations
16: Finance Division, Separate Sec	32: TOTAL

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32
Brig Gen	1																															1
Colonel	2	1	5					1			1				1				1		1		1	1		1	1	1				18
Lt Colonel						1	1	2	1		1	1	1	1	4						7					1	3	1	1	4		30
Major					1	3	1	2		1					3			6		13							16	-1	7	7		61
Captain	1				1	4	2	10	3						2	1		1		1		1		3		23		6	5		64	
1st Lt					4			6													4				14							
Tot Com	4	1	5	2	12	4	10	14	1	1	2	1	1	3	9			7	1	22		2	1	3	2	47	3	14	16		188	
WO					1																											1
Grade 1	1			1	4	1	2													1		1	1	1	1	7	1	1	1		24	
Grade 2					6	1	5				1	1	1	5			2												4	1		27
Grade 3	1	1		1	3	1	1			1																4		-1			24	
Grade 4				2	20	1	6	1						2												15		5	1		53	
Grade 4				3	9		15																								27	
Total EM	2	1		7	52	4	29	1		1	1	1	3	5			2		1		1	1	1	1	26	1	11	3		155		
Total Mil	6	2	5	9	65	8	10	43	2	1	3	2	2	6	14		9	1	23		3	2	4	3	73	4	25	19		344		
CAF 15												1											1								2	
CAF 14											2					2				1											5	
CAF 13							1			2		1		5			3	3	2	2	2	2		1	5	1	2		5	1	38	
CAF 12						1			1				2	4			2	2	2	1		3		1	2	3	2		1	1	61	
CAF 11						2						1					3	1	1	1				1		9		6	10	1	36	
CAF 9						1								2			1	3	1						17		5	3		34		
CAF 7					2					2				1			4	1	3	1				2	3		1		1	21		
P-7																						2		1							3	
P-6												2	2						1	1	52	3									61	
P-5															6								4	10							20	
P-4																							3								3	
Tot Civ Staff				3		4				1	4	3	4	6	16	2	9	33	7	7	66	17		3	12	7	30		13	34	3	284
CAF 6																						1		1							2	
CAF 5			1	2						2	2	1		1	1		3									8		1	1		23	
CAF 4				3		1				1		1	1	10			1		3	5	10		1		1	2	2		4	1	47	
CAF 3			1	1	1					2	1			2							5				1	5	1	6	1		27	
Tot Civ Cler		2		6		2				4	4	1	1	4	10	1		4		3	10	11		1	1	2	15	3	7	6	1	99
Tot Civ		2		9		6				5	8	4	5	10	26	3	9	37	7	10	76	28		4	13	9	45	3	20	40	4	383
Aggregate	6	2	7	9	74	8	15	43	2	6	11	6	7	15	40	3	9	46	8	10	99	28	3	5	17	13	118	7	45	59	4	727

Die nächsten einschneidenden Personalreduzierungen setzte OMGUS für das Ende des Jahres 1946 fest. Angesichts der Annahme der Landesverfassungen und dem Beginn der Landtagsarbeit erschien eine Verringerung der amerikanischen Präsenz erwünscht.⁸⁸ Bis Ende des Jahres 1946 wollte man das gesamte OMGUS-Personal um 13 % auf 5000 Personen abbauen. Für Bayern bedeutete das eine Reduzierung der Stellen um 25 % im Münchener Hauptquartier und um 15 % bei den lokalen Detachments.⁸⁹ Die für den 1. Januar 1947 verbindliche Personalstärke bei den einzelnen Abteilungen von OMGBY wurde von General Muller am 28. August 1946 wie folgt festgelegt:⁹⁰

Übersicht 25: Sollstärke der Abteilungen von OMGBY, 1. Januar 1947

1. Command, Executive and Inspection (mit Land Resources and Budget Control)	16
2. Hq Commandant	34
3. Hq and Service Company	80
4. Personnel and Administration	53
5. Intelligence	19
6. Plans and Operations	7
7. Transportations	6
8. Supply	33
9. Public Relations	3
10. Manpower	8
11. Legal Division	74
12. Finance Division	41
13. Economics Division	60
14. Internal Affairs Division	130
15. Information Control Division	71
16. Civil Administration Division	15
	<hr/> 650

Für die lokalen Detachments (Companies A, B, D, E und G) standen 795 Personen zur Verfügung.

Demnach sah der Organisationsplan für den 1. Januar 1947 insgesamt nur noch 1446 Personen vor (486 Offiziere, 368 Zivilangestellte und 592 Soldaten). Tatsächlich betrug dann der Personalstand Ende 1946 1543 Personen (513 Offiziere, 417 Zivilangestellte und 613 Soldaten). Daneben verfügten die Amerikaner noch über 7064 Personen nichtamerikanischen Personals (indigenous personnel), von dem aber im folgenden Halbjahr über die Hälfte entlassen wurde: Im August arbeiteten etwa 3300 Nichtamerikaner bei der Militärregierung und Ende 1946 waren es nur noch 2990 Personen.⁹¹

Der Organisationsplan für den 1. Juli 1947 sah insgesamt nur noch 979 Stellen für Amerikaner vor (399 Offiziere, 349 Zivilangestellte und 231 Soldaten). Gegen Ende des Jahres pendelten sich Ist-Stärke und Soll-Stärke aufeinander ein: Am 31. Dezem-

⁸⁸ 5/376-1/8.

⁸⁹ 13/111-2/12.

⁹⁰ 5/376-1/8.

⁹¹ 10/196-1/10. Die nichtamerikanischen Mitarbeiter der Militärregierung waren in der Regel deutsche Staatsangehörige. Von den 6950 Personen am 31.1.1947 waren 6594 Deutsche, 28 Österreicher, 80 Displaced Persons und 278 Personen mit sonstiger Staatsangehörigkeit (10/130-1/6).

ber 1947 verfügte die Militärregierung in Bayern über 424 Offiziere (plus sieben Warrant Officers), 199 Soldaten und 342 Zivilangestellte. Erstaunlich hoch war also immer noch die Zahl der Offiziere. Man war der Meinung, daß die Autorität der Militärregierung, insbesondere in den lokalen Detachments, durch Offiziere besser als durch Zivilangestellte zur Geltung gebracht werden konnte.

Eine drastische Personalreduzierung, jetzt vor allem auf Kosten der Offiziere, war dann für den 30. Juni 1948 vorgesehen. Das Personal mußte um fast 50% abgebaut werden; die verbliebenen Stellen wurden fast ausschließlich mit US-Zivilangestellten besetzt. Die zur Verfügung stehenden 504 Stellen sollten nach dem folgenden Schlüssel auf die Abteilungen der Militärregierung verteilt werden:

Übersicht 26: Personalstärke der Abteilungen von OMGBY, Juli 1948

Office of Director and Executive	8
Personnel and Administration	25
Public Information	1
Direction of Field Operation	3
Liaison and Security Detachments	227
Intelligence, Reports and Statistics, Research	25
Information Control (ohne Research)	43
Education and Cultural Relations	30
Civil Administration	3
Public Health	1
Public Welfare	4
Public Safety	11
Denazification	13
Legal	68
Finance	2
Property	
Property Control	8
Decartelization	3
Reparations	5
Restitutions	8
Economics	3
Food and Agriculture	10
Transport	1
Manpower	2

Da seit Herbst 1948 OMGBY nicht mehr für die Military Courts zuständig war, verringerte man das Personal der Liaison and Security Detachments auf 134 Stellen (März 1949). Dadurch sank die Ist-Stärke von OMGBY im Mai 1949 auf 327 Personen. Für den 30. Juni 1946 wurden OMGBY von OMGUS 235 Stellen zugeteilt. Nachdem OMGBY dem Abbau der Stellen, besonders im Bereich von Food and Agriculture, widersprochen hatte,⁹² genehmigte OMGUS schließlich 250 Stellen, die wie folgt auf die einzelnen Abteilungen verteilt waren (in Klammern die tatsächliche Personalstärke im Mai 1949):

Übersicht 27: Personalstärke der Abteilungen von OMGBY, Mai 1949

Command and Executive	7	(9)
Personnel and Administration	15	(26)
Public Information Office	4	(5)

⁹² 13/141-2/1.

Economics	7	(9)
Food and Agriculture	10	(10)
Legal	10	(14)
Education and Cultural Relation	35	(34)
Property	1	(18)
Decartelization	3	(2)
Civil Administration	14	(23)
Intelligence and Reports	20	(23)
Liaison and Security	124	(126)
Information Division	–	(28)

Die Information Service Division wurde mit Wirkung vom 30. Juni 1949 aufgelöst.

Übersicht 28: Personalstärke der Militärregierung in Bayern 1945–1949⁹³
(in Klammern die Sollstärke laut T/O)

Datum	Officers	Warrant Officers	Enlisted Men	Civilians	Gesamt
1945					
Mai					2100
31. Juli	1100	50	1699	–	2849
31. Okt.	1364	41	2335	–	4229
	+ 218	+ 7	+ 264		
30. Nov.	1243	37	2336	–	
	(+ 60 att.)				
31. Dez.	1382	33	2678	–	4093
					(incl. att.)
1946					
31. Jan.	1280	24	2708	21	
28. Feb.	1091 (888)	31	2266 (1955)	54 (577)	3442 (3420)
18. Juni	715 (583)	17	910 (834)	153 (383)	1795 (1800)
1. Aug.	663 (576)	13	787 (818)	209 (407)	1673 (1801)
1. Okt.	585 (570)	10 (10)	763 (806)	398 (419)	1756 (1805)
31. Dez.	513 (487)	8	633 (592)	417 (367)	1571 (1446)
1947					
1. April	456 (476)	7 (8)	581 (591)	354 (371)	1398 (1446)
30. Juni	410 (399)	4	261 (231)	344 (349)	1019 (979)
1. Okt.	401 (413)	7	203 (214)	319 (352)	930 (979)
31. Dez.	424 (412)	7	199 (210)	342 (353)	972 (975)
1948					
1. Juli	(4)			(503)	
1949					
30. Juni				(235)	

c) Die Beziehungen zwischen der Militärregierung und den bayerischen Behörden

In der am 28. September 1945 verkündeten Proklamation Nr. 2 vom 19. September 1945 war den neu gebildeten Staaten „unter Vorbehalt der übergeordneten Machtbefugnis der Militärregierung volle gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt, soweit deren Ausübung nicht mit früheren und zukünftig getroffenen Maßnahmen des Kontrollrats für Deutschland oder einer von diesem errichteten zentralen

⁹³ Angaben aus 10/130–1/6.

deutschen Behörde in Widerspruch steht“, zugestanden worden. Diese allgemeine Übertragung von Zuständigkeiten stand unter dem Vorbehalt der Befehlsgewalt der Militärregierung, d. h. jede Militärregierungsstelle konnte den gleichgeordneten deutschen Stellen Weisungen erteilen bzw. deutsche Anordnungen annullieren.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Wiederherstellung einer selbständigen deutschen Verwaltung war die USFET-Direktive vom 5. Oktober 1945 (Reorganization of Military Government Control Channels in Order to Develop German Responsibility for Self Government). Die Direktive sollte den Rückzug der Militärregierung aus der unmittelbaren Verwaltung einleiten. Auf der lokalen Ebene sollte in Zukunft nur noch die Kommunalverwaltung die zuständige Anlaufstelle für die Deutschen sein. Das Nebeneinander gleichartiger deutscher und amerikanischer Verwaltungsstellen sollte entfallen. Was sich die Militärregierung im wesentlichen weiterhin vorbehielt, war Property Control, Militärgerichtsbarkeit und Untersuchung der Fragebogen.

Das Echo auf die Direktive war geteilt. Für viele Amerikaner und Deutsche kam sie zu früh. Gerade Anfang Oktober erreichte die Entnazifizierung einen gewissen Höhepunkt. CIC-Teams überprüften jetzt die Fragebögen, und die „Schwarze Liste“ war ab Oktober für alle Detachments greifbar. Die Direktive vom 5. Oktober 1945 sowie die weiteren, in der Zwischenzeit eingegangenen Schreiben und Direktiven von USFET zum Verhältnis Militärregierung und Zivilverwaltung wurden in einem USFET-Brief vom 21. November 1945 zusammengefaßt (Action to Strengthen German Civil Administration in the US-Zone). Bis spätestens zum 31. Dezember 1945 „sollen die Vollmachten, welche die Militärregierung über die deutschen Behörden hat, in der Instanz der Staatsregierung ausgeübt werden, und alle Anweisungen von Militärregierungsstellen an deutsche Behörden werden durch die Ministerpräsidenten und die Ressortminister der entsprechenden Staaten erfolgen“. Die entsprechenden Anordnungen für die bayerische Regierung enthielt dann eine Weisung von OMGBY vom 26. Dezember 1945.⁹⁴ Ab 31. Dezember 1945 sollte der Ministerpräsident ausschließlich der Ansprechpartner der Militärregierung sein. Bei der Staatskanzlei wurde eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die alle von den Militärregierungsstellen einlaufenden Schreiben an das zuständige Ministerium bzw. an die zuständige Behörde weiterzuleiten hatte.

Die zunehmende Übertragung von Kompetenzen an deutsche Stellen warf die Frage auf, was mit den Angelegenheiten zu geschehen habe, die früher Reichssache waren und bei denen zumindest innerhalb der amerikanischen Zone eine einheitliche Behandlung erstrebenswert war, wie etwa auf dem Gebiete der Wirtschaft, des Transport- und Nachrichtenwesens. Nach dem Vorbild des amerikanischen „National Resource Planning Board“, der aus Ministern und Subkomitees zur Bearbeitung gemeinsamer Fragen gebildet wurde, schufen die Amerikaner den Rat der Ministerpräsidenten mit Sitz in Stuttgart,⁹⁵ der am 17. Oktober 1945 zu seiner ersten Sitzung zusammenkam. Durch den in der zweiten Sitzung des Länderrats am 6. November 1946 gebilligten Organisationsplan des Länderrats erhielt das Gremium eine vorläufige Verfassung. Mit USFET-Brief vom 2. November 1945 wurde dann das Regional Government Coordinating Office (RGCO) als Koordinierungsbüro beim Sitz des Länderrats eingerichtet.

Mit Schreiben vom 24. Juni 1946 wies OMGUS das RGCO sowie die Militärregierungen in den Ländern an, nur noch bei gewissen wichtigen Gesetzen, Verordnungen und

⁹⁴ Dokumente zum Aufbau, S. 34 ff.; Hoegner: Der schwierige Außenseiter, S. 213 f.

⁹⁵ USFET-Schreiben vom 5. Oktober 1945 („Coordination of German Laender Governments and Special Administrative Services < Sonderverwaltungen > in the American Zone“).

Vorschriften die amerikanische Zustimmung zu verlangen. OMGUS selbst behielt sich unter den genehmigungspflichtigen Normen seinerseits nur die wichtigsten zur Prüfung und vorherigen Genehmigung vor (alle Ländergesetze über das Beamtentum, über die politischen Parteien, über Wahlen und über die Gerichtsverwaltung, die Landesverfassungen sowie alle wichtigen Beschlüsse des Länderrats). Am 9. Juli 1946 wurde entsprechend dieser Anweisung dem bayerischen Ministerpräsidenten von OMGBY mitgeteilt, welche Gesetze, Verordnungen und Vorschriften in Zukunft noch vorgelegt werden mußten.

Mit Rücksicht auf das bevorstehende Inkrafttreten der Verfassungen in den Ländern der amerikanischen Besatzungszone formulierte OMGUS in der Direktive vom 30. September 1946 (*Relationships Between Military and Civil Government < U.S. Zone > Subsequent to the Adoption of Land Constitutions*) die neuen Beziehungen zwischen Militärregierung und Länderregierungen. Grundsätzlich sollte sich die Militärregierung unter Verzicht auf direkte Eingriffe auf Beobachtungen, gelegentliche Inspektionen, Berichteeinholung und Beratung beschränken.⁹⁶ Die verbliebenen Eingriffsrechte wurden genau abgegrenzt, insbesondere behielt man sich das Recht vor, bei einem Verstoß gegen Richtlinien der Militärregierung die entsprechenden Maßnahmen zu mißbilligen, Gesetze und Verordnungen zu suspendieren und Beamte zu entlassen. Freilich lag es weitgehend im Ermessen der Militärregierung, einen Verstoß gegen Militärregierungsbestimmungen festzustellen. Das wurde gleich nach Erlaß der Direktive deutlich, als es im Anschluß an die Landtagswahlen vom 1. Dezember 1946 um die Wahl des Ministerpräsidenten ging und OMGBY die Wählbarkeit des CSU-Kandidaten Josef Müller überprüfte. General Joseph T. McNarney bestätigte am 5. Dezember 1946 ausdrücklich dieses Überprüfungsrecht und die Befugnis der Militärregierung, auch bereits gewählte deutsche Politiker abzuverufen.⁹⁷ Wahrscheinlich hat diese Haltung der Militärregierung Einfluß auf die Ministerpräsidentenwahl vom 21. Dezember 1946 gehabt,⁹⁸ bei der nicht der CSU-Parteivorsitzende Müller, sondern der Staatssekretär im Justizministerium Hans Ehard gewählt wurde.

Nachdem mit der Proklamation Nr. 4 vom 1. März 1947 (Neufassung der Proklamation Nr. 2) die Befugnisse der Militärregierung in der US-Zone weiter eingeschränkt worden waren,⁹⁹ präziserte Landesdirektor Müller für OMGBY am 11. April 1947 die Beziehungen zwischen amerikanischen und deutschen Stellen. Anweisungen und Richtlinien („orders and instructions“) der Militärregierung durften nur noch über den Landesdirektor an den Ministerpräsidenten gehen, der sie dann an die zuständige Stelle weiterleitete. Sie bedurften der Schriftform. Soweit die Leiter von Abteilungen

⁹⁶ Dokumente zum Aufbau, S. 56 ff.; 13/144–3/31. Die Direktive wurde erst Anfang Dezember über das Regional Government Coordinating Office in Stuttgart den Ländern zugänglich gemacht. In Bayern übermittelte sie der Ministerpräsident am 5. Dezember 1945 an die Ministerien (BayHStA MWi 11 724).

⁹⁷ Am 7.12.1946 berief Müller Hundhammer, Horlacher (Präsident der Verfassungsgebenden Landesversammlung), Liedig (Parteisekretär) und Müller in seine Dienststelle und gab folgende Erklärung der Militärregierung ab: „Die Militärregierung hat bis jetzt noch keine Maßnahmen gegen Dr. Müller getroffen. Da jedoch Dr. Müller für das Amt des Ministerpräsidenten in Erwägung gezogen wurde, erscheint es notwendig darauf hinzuweisen, daß Unklarheit darüber besteht, inwieweit Dr. Müller unter das Befreiungsgesetz fällt und daß entsprechende Maßnahmen notwendig werden könnten.“ (BayHStA Sonderministerium Nr. 92).

⁹⁸ Vgl. Mintzel: Geschichte der CSU, S. 330 ff.; Langendorf/Wulffius: In München fing's an, S. 69 ff.

⁹⁹ Dokumente zum Aufbau, S. 110 ff.

der Militärregierung in Ausnahmefällen eine direkte Übermittlung an deutsche Stellen für wünschenswert hielten, mußten sie dazu vom Landesdirektor ausdrücklich ermächtigt werden. Der Ministerpräsident sollte darüber informiert werden. Alle Anweisungen und Richtlinien, die nicht in der genannten Form erlassen wurden, sollten unwirksam sein. Insbesondere die lokalen Militärregierungsstellen wurden ermahnt, zugunsten des erwünschten Demokratisierungsprozesses auf direkte Anweisungen zu verzichten. Diese Regelung vom 11. April 1947 wurde dem bayerischen Ministerpräsidenten am 22. April 1947 übersandt,¹⁰⁰ der sie an die Ministerien weiterleitete.

Seit dem Jahre 1947 bemühten sich die Amerikaner statt Befehlen Ratschläge zu erteilen. Verzicht auf „orders and instructions“ und statt dessen „information and advice“ hieß die Devise. Lediglich in einigen Bereichen wie Reparationen, Rückerstattung sowie Export-Import wurde noch direkte Kontrolle („operational control“) ausgeübt.¹⁰¹ Die JCS-Direktive 1779 vom 15. Juli 1947 löste die berühmte JCS-Direktive 1067/6 vom 26. April 1945 ab. Die Direktive vom 15. Juli 1947 konkretisierte u. a. die Byrnes-Bevin-Vereinbarung vom 2. Dezember 1946, die Vereinbarungen vom 29. Mai 1947 über den Wirtschaftsrat sowie die Beschlüsse der Moskauer Außenministerkonferenz vom 23. April 1947. Die Direktive, der eine Neufassung des Titels 1, MGR, folgte, wurde am 18. Juli 1947 von General Clay den Länderregierungen mitgeteilt.¹⁰² Sie betonte die Weiterentwicklung der staatlichen Selbständigkeit in den Ländern. In Teil 5 des Titels 1, MGR, schrieb man jetzt noch einmal fest, daß der Landesdirektor Verfügungen und Bekanntmachungen der Militärregierungen an deutsche Stellen über den Ministerpräsidenten zu übermitteln habe.

Um diese Zeit, zwischen dem 14. und 22. Juli 1947, wurden durch die Policy Enforcement Branch, CAD, OMGUS, die Beziehungen zwischen OMGBY und den bayerischen Behörden und Ministerien untersucht („policy review“).¹⁰³ Der Untersuchungsbericht kam zum Ergebnis, daß in vielen Fällen die Überwachung von deutschen Einrichtungen durch Dienststellen der Militärregierung entbehrlich sei. Insbesondere im Gefängnisbereich, bei der Polizei, im Gesundheits- und Wohlfahrtswesen werde zu viel kontrolliert. Man rügte die mangelnde Eigeninitiative der bayerischen Behörden sowie die Versuche untergeordneter bayerischer Dienststellen, durch Einschaltung der Militärregierung den Dienstweg zu umgehen.

Trotz dieser Lockerung der Kontrollen ließen es die Amerikaner nicht zu, daß sich bayerische Dienststellen gegenüber Dienststellen der Militärregierung auf die Anweisungen vom 11. April 1947 beriefen, wenn sie eine Maßnahme für nicht gerechtfertigt hielten. Im November 1947 schrieb OMGBY deswegen an den Ministerpräsidenten: „Da die Beschränkungen in der Kontrolle durch die Militärregierung selbst auferlegt sind, ist es nicht Sache der örtlichen Regierungsbeamten, den Versuch zu machen, um derartige Beschränkungen nachzusuchen oder über deren Befolgung durch die Offiziere der örtlichen Militärregierungen an Ort und Stelle ein Urteil zu fällen. In Fällen, in denen Beamte glauben, daß das genehmigte Verfahren nicht befolgt worden sei, ist die Unterrichtung des Staatsministeriums auf dem Dienstwege das richtige Verhalten. Das entsprechende Amt der Landesinstanz sollte dann seinerseits die Angelegenheit der Militärregierung des Landes zur Prüfung vorlegen. In allen Fällen sollten jedoch

¹⁰⁰ 13/144–3/31.

¹⁰¹ OMGBY: Quarterly Historical Report 1947 I, S. 11.

¹⁰² 13/144–3/31.

¹⁰³ AG 1947/19/8.

die Regierungsbeamten aller Instanzen zuerst die von Offizieren der Militärregierung erhaltenen dienstlichen Befehle oder Ersuchen ausführen.“¹⁰⁴

In den Jahren 1947 und 1948 hat die Militärregierung ihre Politik als „policy of persuasion“ oder als „hands off policy“ zu charakterisieren versucht. 1948 sollte der Wechsel von der Kontrolle zur „reorientation“ vollzogen sein.

Diese neue zurückhaltende Gangart schloß indes nicht aus, daß die Militärregierung auch in den Jahren 1947, 1948 und 1949 immer dann massiv in die Verwaltungs- und Gesetzgebungshoheit der bayerischen Regierung und des bayerischen Landtags eingriff, wenn sie offensichtliche Verstöße gegen Bestimmungen des Besatzungsrechts (insbesondere Verstöße gegen MGR) oder auch Verletzungen der Bayerischen Verfassung festzustellen glaubte. Eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen wurden daher auch noch in den letzten Jahren der Militärregierungszeit in Bayern annulliert, was an einigen Beispielen aufgezeigt werden soll:

Mit Schreiben vom 28. November 1947 ordnete OMGBY die Annullierung des Gesetzes zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen vom 16. Juli 1926¹⁰⁵ an, nachdem die Prisons Branch festgestellt hatte, daß von Landräten und Oberbürgermeistern Verurteilungen aufgrund dieses Gesetzes ausgesprochen worden waren. Die Einweisung in Arbeitshäuser (bis zu zwei Jahren), also der Freiheitsentzug ohne Gerichtsverfahren, widersprach 9–430, MGR. Aus dem gleichen Grund ordnete OMGBY am 5. Januar 1948 die Annullierung des Gesetzes zur Bekämpfung des Schwarzen Marktes vom 25. September 1945 an.¹⁰⁶

Das Gesetz zur Bekämpfung von Markenfälschungen vom 12. Juli 1948¹⁰⁷ hob OMGBY am 16. September 1948 deswegen auf, weil es das Landwirtschaftsministerium und das Wirtschaftsministerium zur Schließung von Geschäften ohne vorhergehendes gerichtliches Verfahren ermächtigte „und ihnen damit unter Verletzung des demokratischen Grundsatzes der Gewaltenteilung richterliche Befugnisse gibt“.¹⁰⁸

Am 16. September 1948 ordnete OMGBY die Aufhebung der Durchführungbestimmungen vom 5. September 1947¹⁰⁹ zu Anordnung Nr. 6 vom 15. Oktober 1945 an, weil diese die Errichtung von Industrie- und Handelskammern begrenzen und in gewissen Gebieten erzwingen würden. Darüber hinaus würden durch die Ermächtigung zugunsten der Kammer, vereidigte Fachleute auf dem Gebiete der Wirtschaft zu ernennen, Nichtmitglieder benachteiligt: „Die Zuweisung selbst nichtstaatlicher Funktionen und Aufgaben durch das Wirtschaftsministerium an die Industrie- und Handelskammern würde Natur und Wirksamkeit einer freiwilligen, privaten Organisation entscheidend verzerren“.¹¹⁰

Als unzulässigen Verstoß gegen Art. 70 der Bayerischen Verfassung (Abs. 1: „Die für alle verbindlichen Gebote und Verbote bedürfen der Gesetzesform“) wertete OMGBY einen Regierungsentwurf über die Bestrafung von Schulversäumnissen, da das geplante Gesetz die im Gesetz zu regelnden Bestimmungen einer Verordnung überlassen wollte (Schreiben vom 4. November 1948).¹¹¹

¹⁰⁴ Schreiben der Staatskanzlei an alle Ministerien vom 26. 11. 1947 (BayHStA Sonderministerium Nr. 93).

¹⁰⁵ Bayer. GVBl. Nr. 17 vom 22.6.1926.

¹⁰⁶ Bayer. GVBl. Nr. 2 vom 10.10.1945; BayHStA MA 130814.

¹⁰⁷ Bayer. GVBl. 117.

¹⁰⁸ BayHStA MA 130823/2539.

¹⁰⁹ Bayer. GVBl. 207.

¹¹⁰ BayHStA MA 130823/2532.

¹¹¹ BayHStA MA 130824/3036.

Mit Befehl Nr. 9 vom 15. Dezember 1948 annullierte OMGBY eine Verordnung über die Wirtschaftsverwaltung, da sie der Verwaltung gesetzgeberische Kompetenzen einräumte.¹¹²

Mit Befehl Nr. 10 vom 3. Januar 1949 hob OMGBY den Art. 7 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden vom 10. August 1948 auf, weil im Gesetz dem Staat gewisse Einflußnahmen auf die Polizeibehörden der Gemeinden eingeräumt wurden.¹¹³

Mit Befehl Nr. 11 hob OMGBY am 10. Januar 1949 das Gesetz über die Rechnungsprüfung wegen Verstoßes gegen Art. 80 der Bayerischen Verfassung (Rechnungsprüfung nur durch einen mit richterlicher Unabhängigkeit ausgestatteten Rechnungshof) auf, weil statt dem Rechnungshof in seiner Gesamtheit dem Rechnungshofpräsidenten gewisse Befugnisse zuerkannt worden waren.¹¹⁴

Mit Befehl Nr. 12 vom 21. Januar 1949 hob OMGBY das Gesetz über die Errichtung einer Marktordnung für die Ernährungswirtschaft des Landes Bayern sowie die dazu ergangenen Erlasse, Vorschriften etc. mit Wirkung vom 25. Januar auf, da das Gesetz zu unbestimmt formuliert war und darüber hinaus das Gesetz berufsständische Organisationen zur Ausübung von Exekutivgewalt ermächtigte.¹¹⁵

Die Rechtsauffassung der Militärregierung erschien der bayerischen Verwaltung mehr oder weniger überzogen; sie war indes in ihrer demokratischen Grundhaltung und ihrem Verfassungsverständnis auf der Höhe der Zeit. Erst unter dem Eindruck der Verfassungsrechtsprechung haben sich die von den Amerikanern gesetzten strengen Maßstäbe in den 50er und 60er Jahren allgemein durchgesetzt.

Am 10. April 1949 wurde dem bayerischen Ministerpräsidenten vom Landesdirektor das Besatzungsstatut zur Kenntnis übersandt.¹¹⁶ Mit seinem Inkrafttreten am 21. September 1949 ging die Militärregierungszeit auch in Bayern zu Ende.

Im September 1949 faßte der Leiter der Governmental and Political Branch der Civil Administration Division von OMGBY, John P. Bradford, zusammen, in welcher Weise und mit welchem Erfolg sich die Militärregierung um die demokratische Entwicklung in Bayern bemüht hatte. Er wies darauf hin, daß es vor allem der Militärregierung zu verdanken sei, wenn in den Wahlgesetzen für Gemeinden und Landtag ein zumindestens partielles Persönlichkeitswahlrecht Eingang gefunden hätte. Größten Wert habe die Militärregierung auf die Schulreform gelegt, da nach ihrer Meinung eine gute Ausbildung die sicherste Garantie für ein demokratisches Verhalten sei. Daher habe man so energisch die Schulgeld- und Lehrbuchfreiheit durchgesetzt. Die letzten Verlautbarungen der Militärregierung zur Gewerbefreiheit hätten dazu gedient, jedermann von willkürlichen Einschränkungen bei der Ausübung eines dem Lebensunterhalt dienenden Berufes zu befreien.

In den letzten zwei Jahren hätte die Militärregierung einige Gesetze des Landtags und eine bedeutende größere Zahl von Verordnungen aufgehoben. Bei den Gesetzen war vor allem zu beanstanden, daß sie in unzulässiger Weise gesetzgebende Gewalt auf die Verwaltung übertrugen. Umgekehrt wären viele Verordnungen aufgehoben worden, weil sie vom Gesetzgeber hätten beschlossen sein müssen. Dies könnte in den Vereinigten Staaten nie geschehen, da hier der Kongreß eifersüchtig über seine Kompetenzen wache.

¹¹² BayHStA MA 130825/3151.

¹¹³ BayHStA MA 130827/1.

¹¹⁴ BayHStA MA 130827/54.

¹¹⁵ BayHStA MA 130827/162.

¹¹⁶ BayHStA MA 130830.

Ausführlich ging Bradford auf die Bemühungen der Militärregierung um eine Reform des Beamtentums in Bayern ein. Hier sei vor allem eine Änderung des Beamtengesetzes notwendig.

Sehr besorgt sei die Militärregierung auch über die Mißachtung der Rechte einzelner bei Durchsuchungen und Verhaftungen. Wenn die Demokratie lebensfähig sein solle, dann müsse mit ihr vor allem in den Kommunen begonnen werden. Daher habe sich die Militärregierung ausführlich mit den geplanten Kommunalgesetzen befaßt. Leider würde diese Angelegenheit weder bei der Presse noch beim Durchschnittsbürger die nötige Beachtung finden.¹¹⁷

Bradfords Resumee ist nicht frei von Resignation. Den Amerikanern bleibt jedoch der Trost, daß sie in vielen Punkten entscheidende Anregungen gegeben hatten und daß sich einiges von dem, was sich zwischen 1945 und 1949 noch nicht durchsetzen ließ, heute zum unverzichtbaren Bestand des demokratischen Rechtsstaates gehört.

¹¹⁷ Information Bulletin OMGUS vom 6.9.1949. Vgl. dazu auch die vom Landeskommissar für Bayern herausgegebene Broschüre: Gedanken über eine neue bayerische Gemeinde-Ordnung 1951 (BayHStA MA 113692).

B. Systematische Übersicht Die einzelnen Aufgabenbereiche der Militärregierung

1. Die Landesdirektoren und ihre Stellvertreter

a) *General Walter J. Muller*

General Walter J. Muller, geboren am 29. September 1895 in Wyoming, graduierte 1918 in West Point und lernte Deutschland wenig später während der Rheinlandbesetzung kennen. Zwischen den Kriegen arbeitete Muller als Mathematiklehrer. Nach dem Ende der Wirtschaftskrise ging er zur Armee. Als Colonel diente er unter Patton in Marokko und Frankreich und brachte es schließlich 1944 zum Brigadegeneral und zum Chef der für den Nachschub zuständigen Stabsabteilung G-4 der 3. Armee, bevor er am 5. Oktober 1945 zum Direktor der amerikanischen Militärregierung in Bayern ernannt wurde. Seine Tätigkeit in Bayern wird insgesamt günstig beurteilt. Wilhelm Hoegner hat Muller sehr geschätzt: „Vor allem General Muller, der nach außen hin manchmal den rauen Berufssoldat herauskehrte, aber voll Herzensgüte war, hat Bayern große Dienste geleistet. Er hat bayerische Sonderwünsche wiederholt bei General Clay [...] mit Nachdruck vertreten. In schwierigen Lagen ist er mir immer beigegeben.“¹ Etwas kritischer äußerte sich Walter F. Dorn: „Verbindlich, klug und durchsetzungsfähig war General Muller gewiß, allerdings besaß er kein tieferes Verständnis des spezifisch bayerischen Problems.“² Gegenüber seinen Untergebenen in der Militärregierung galt Muller als nachsichtig, gemäß der Devise, die in seinem Arbeitszimmer hing: „If an order can't be obeyed, don't give it.“

Am 20. November 1947 übergab Muller (†1965) seine Befugnisse als Landesdirektor an den Zivilisten Murray D. Van Wagoner. Der Amtswechsel erfolgte auf Wunsch Mullers, der wieder in den Armeedienst zurückkehren wollte. Darüber hinaus war OMGUS bestrebt, die Schlüsselstellungen in der Militärregierung mit Zivilisten zu besetzen.

b) *Murray D. Van Wagoner*

Als Nachfolger Mullers wurde am 20. November 1947³ der ehemalige Gouverneur von Michigan, Murray D. Van Wagoner ernannt. Seit November 1947 führte Wagoner den Titel „Landesdirektor des Amtes der Militärregierung für Bayern“ (Land Director, Office of Military Government for Bavaria).

Van Wagoner wurde am 18. März 1898 im amerikanischen Bundesstaat Michigan geboren. Dort lebte und arbeitete er vorwiegend, bis ihn General Clay nach Deutschland holte. Der Bundesstaat Michigan besaß etwa die gleiche Einwohnerzahl wie Bayern bei einem doppelt so großen Gebietsumfang. Möglicherweise spielten diese vergleichbaren Verhältnisse bei der Berufung zum Landesdirektor eine gewisse Rolle; entscheidend dürfte jedoch gewesen sein, daß Clay den gleichaltrigen und ihm als Ingenieur von der Ausbildung her näherstehenden Van Wagoner von früher kannte.

¹ Hoegner: Der schwierige Außenseiter, S. 204.

² Dorn: Inspektionsreisen in der US-Zone, S. 50.

³ General Order Nr. 12 vom 20.11.1947.

Van Wagoner absolvierte 1921 das University of Michigan College of Engineering, führte von 1926–1930 ein eigenes Ingenieurbüro und bekleidete in der Folgezeit mehrere Jahre lang führende Stellen im Straßenbauwesen von Michigan (1933–1940: gewählter State Highway Commissioner). Präsident Roosevelt ernannte Wagoner 1938 zum US-Vertreter beim Internationalen Straßenkongreß in Den Haag. Als Präsident der American Road Builders Association studierte er 1937 das deutsche Autobahnsystem. Von 1940 bis 1942 war er Gouverneur von Michigan, um dann nach Detroit in die Privatwirtschaft zu gehen. Clay holte ihn als Berater für Ingenieurwesen nach Deutschland, bevor er ihn zum Landesdirektor ernannte.

Van Wagoner trat sein Amt in Bayern im Januar 1948 an. Ende September 1949 wurde er der erste Landeskommis­sar (Land Commissioner for Bavaria). Ende Oktober kehrte Van Wagoner nach fast zwei Jahren Tätigkeit in Bayern nach Michigan zurück, wo er von 1950 bis zu seinem Tode am 12. Juni 1986 Mitglied der Mackinac Bridge Authority war.

Sein Nachfolger wurde (zunächst als „acting“ Land Commissioner) Clarence M. Bolds. Sein zähes Festhalten an den Schulreformplänen führte nach einem Protest Kardinal Faulhabers bei McCloy am 15. Juli 1950 zu seiner Ablösung durch den katholischen Professor George N. Shuster. Shuster⁴ blieb bis 20. November 1951. Ihm folgte als letzter Landkommis­sar Oron J. Hale. Am 30. Juni 1952 übertrug Hale seine Befugnisse dem Münchener Konsul Charles Thayer.

c) Stellvertreter der Landesdirektoren

Stellvertreter des Land Director war der Deputy Land Director (Stellvertretender Landesdirektor). Dieses Amt wurde bei der Gründung von OMGBY von Col. Roy L. Dalferes, dann bis November 1946 von Col. Ernest C. Norman versehen (anschließend Leiter der Policy Enforcement Branch, OMGUS), dann von Januar 1947 bis Juli 1947 von Kenneth A. Dayton. Kenneth Dayton war Jurist, arbeitete zuerst für CAD, OMGUS, und wurde dann zum Verbindungsoffizier für die Verfassungsberatungen in Hessen und Württemberg-Baden (ab August 1946) ernannt. Nach seiner Tätigkeit in Bayern wurde er Deputy Director for Bizonal Affairs bei CAD, OMGUS. Nachfolger Daytons als Deputy Director wurde im August 1947 Lt.Col. Paul Hamilton, im September 1947 (geschäftsführend) Russell R. Lord, von Oktober 1947 bis zur Auflösung von OMGBY Clarence M. Bolds.

Als „geschäftsführender“ Land Director, dem vor allem die Verwaltung anvertraut war, war der Executive Officer tätig. Das Amt wurde seit der Gründung von OMGBY am 1. Oktober 1945 bis Juli 1947 von Lt.Col. Paul Hamilton, vom August 1947 bis Mitte 1948 von Lt.Col. Robert M. Connolly, von Juni 1948 an bis 1949 (geschäftsführend) von Russell R. Lord versehen. Seit 1. Juli 1948 hieß das Amt Assistant Land Director.

Als unmittelbarer Berater des Land Director war vom Sommer 1946 bis zum Frühjahr 1947 James R. Wilkinson als Political Adviser tätig. Eine ähnliche Stellung hatte der Special Adviser (Assistant) to the Land Director. Dieses Amt wurde anlässlich der Ernennung Van Wagoners zum Land Director geschaffen und von Edward F. Kennedy während der Amtszeit Wagoners versehen. Kennedy kehrte Ende August 1949 in die USA zurück.

⁴ George N. Shuster (27. 8. 1894–25. 1. 1977) war von 1940 bis 1960 Präsident des (katholischen) Hunter College in New York; schrieb: *In Amerika und Deutschland. Erinnerungen eines amerikanischen College-Präsidenten.* Frankfurt a. M. 1965.

2. Die interne Verwaltung der Militärregierung

a) 3rd Military Government Regiment: Headquarters and Service Company

Seit Januar unterstand die 3rd Military Government Company unmittelbar dem Land Director. Der Regimentskommandeur (ab 1. Januar 1946 Col. Charles C. Morgan) erhielt seine Weisungen vom Executive Officer. Grundsätzlich gehörten alle Soldaten von OMGBY zu diesem Regiment, das also vor allem für die militärische Disziplin verantwortlich war. Die wichtigsten internen Verwaltungsfunktionen („housekeeping“) nahm die Anfang des Jahres 1946 endgültig nach München verlegten Headquarters Company sowie die Service Company wahr. Die Service Company verfügte im Juli 1946 über 120 Soldaten und neun Offiziere und war wie folgt gegliedert:

Übersicht 29: Organisation der Service Company, 3rd Military Government Regiment, OMGBY, Juli 1946

Im September legte man die Headquarters Company und die Service Company zu einer Headquarters and Service Company zusammen, verringerte das Personal und übertrug wichtige Funktionen an das Office of Headquarters Commandant. Die Company verfügte jetzt nur noch über sechs Offiziere und 54 Soldaten und kümmerte sich nun vor allem um den Kraftfahrzeugdienst. Die Organisation sah nun wie folgt aus:

Übersicht 30: Organisation der Headquarters and Service Company, 3rd Military Government Regiment, OMGBY, September 1946

Als man im August 1947 die gesamte interne Verwaltung in eine Administration and Inspection Group einbrachte und das 3rd Military Government Regiment auflöste, wandelte man die Headquarters and Service Company in die Administration and Inspection Division (Section) 4 um. Die neue Division hatte die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß das Headquarters vom Munich Post gut versorgt wurde (Betrieb und Unterhalt von Kraftfahrzeugen, Versorgung, Sicherheit, Hausverwaltung, Kantinen, Technischer Dienst, Feuerschutz).

Aus dem Headquarters 3rd Military Government Regiment bildete man am 12. Juli 1947 eine Administration and Inspection Group (unter Col. Charles C. Morgan). In ihr waren nun alle internen Verwaltungsaufgaben zusammengefaßt, insbesondere die Personalsachen, die Aufrechterhaltung der Disziplin, die militärische Ausbildung sowie die allgemeine Betreuung der Militärregierungsstellen. Die Companies E, D und

B sowie die Headquarters and Service Company wandelte man in Sections (dann ab Juli Divisions) Nr. 1–4 um, d. h. man benannte sie um. Die Organisation hielt nur bis Anfang 1948, dann taucht die Bezeichnung 3rd Military Government Regiment wieder auf und firmiert dann ab 20. März 1948 als 7780 OMGUS Group, Bavaria Section.

b) Inspection Section

Die im März 1946 eingerichtete Inspection Section, die immer im engen Kontakt zum Executive Officer (Assistant Land Director) stand, mußte den Vollzug der von OMGBY oder OMGUS erlassenen Bestimmungen überwachen. Kontrolliert wurden vor allem die Detachments. Die Inspection Section war immer mit hochrangigen Offizieren besetzt (Juli 1946: fünf Colonels). Ihr Leiter war bis Juli 1947 Col. Thomas H. Young, seit August 1947 Col. Ernest F. Boruski und seit Februar 1948 Col. Thomas H. Young.

c) Headquarters Commandant Branch

Die engeren „housekeeping“-Aufgaben bei OMGBY in München nahm eine Headquarters Commandant Branch (bzw. Section bis Herbst 1946) wahr. Sie sorgte für die Bereitstellung von Büroräumen und Transportmöglichkeiten, für Verpflegung und Unterkunft innerhalb des Hauptquartiers. Dieses befand sich in der ehemaligen Reichszeugmeisterei. Nach Kriegsende besetzte die 7. Armee das Gebäude, überließ es dann an DP's. Schließlich belegte das Headquarters (Rear) der 3. Armee das Gebäude. Am 21. November 1945 zog OMGBY in die Räume an der Tegernseer Landstraße ein. Bei der Headquarters Commandant Branch war eine große Zahl deutscher Angestellter tätig. Die Branch betrieb ein Visitor Center sowie die Hotels Excelsior und Vier Jahreszeiten. Anfang 1946 zeigte die Headquarters Commandant Section die folgende Organisation:

Übersicht 31: Organisation der Headquarters Commandant Branch, OMGBY, Anfang 1946

Das jetzt so genannte Office of Headquarters Commandant erreichte im September 1946 seine größte Stärke. Es verfügte laut T/O vom 7. September 1946 über zehn Offiziere, 78 Soldaten und natürlich über entsprechend viele deutsche Angestellte. Im Zuge der Reorganisation der U. S. Streitkräfte in Europa kam es im Frühjahr 1947 zur Errichtung von Military Posts. Das gesamte amerikanische Besatzungsgebiet teilte man nun in Military Posts ein, deren Aufgabe vor allem die Verwaltung war (house keeping activities). Die Posts waren vor allem zur Unterstützung der lokalen Militärregierungen verpflichtet, sie übten die Disziplinargewalt aus, überwachten den Ge-

brauch von U.S. Eigentum und bildeten so die zentralen Verwaltungsstellen (administrative bases) für die militärischen Einheiten in ihrem Bereich; ihnen oblag auch die Hausverwaltung und das Betreiben der Kantinen („Post Commanders will have complete control over assigned troops, Post Commanders will furnish appropriate living essentials and services for assigned and attached personnel“). Für Bayern war der am 15. März 1947 eingerichtete First Military District zuständig, der über die folgenden Military Posts gebot: Würzburg, Bamberg, Nürnberg, Fürth, Amberg, Regensburg, Augsburg, München, Kaufbeuren (bis 1. Juli 1947), Garmisch und Bad Tölz. Das Office of Headquarters (= Headquarters Commandant Branch) war nun entbehrlich und wurde aufgehoben. Seine Aufgaben (insbesondere den Betrieb der Kantinen) übernahm der Münchener Military Post.

d) *Personnel and Administration Branch/Division*

Im Januar 1946 wurden die Personnel and Administration Branch von OMGBY und die Personnel and Administration Branch des 3rd Military Government Regiment zu einer einheitlichen Branch zusammengelegt.⁵ Sie erfüllte die Aufgaben einer zentralen Personalabteilung, einer zentralen Kanzlei samt Registratur und betrieb als Post-einlauf- und -auslaufstelle ein Message Center mit Kurierdienst. Am 17. Juli 1946 wies sie bei einer Sollstärke von 75 Personen die folgende Organisation auf:

Übersicht 32: Organisation der Personnel and Administration Branch, OMGBY, 17. Juli 1946

Am 3. September 1946 wurde die Branch zur Personnel and Administration Division mit einer Administration Branch und einer Personnel Branch erhoben.⁶ Am 1. Juni 1947 teilte man die Personnel Branch in eine Military Personnel und in eine Civilian Personnel Branch.⁷ Im Juni 1948 löste man die Division auf; die Administration Branch und die Personnel Branch wurden dem Executive Officer (Assistant Land Director) unterstellt. Im Mai 1949 verfügte die Administration Branch über folgende Sections:

Übersicht 33: Organisation der Administration Branch, OMGBY, Mai 1949

- Administrative Operations Section
- Plans Section
- Records Section

⁵ 13/104-1/8-1.

⁶ 10/130-1/6.

⁷ 13/120-1/7-2.

- Special Orders Section
- Central Files Distribution Section
- Services Section⁸

Die Personnel Branch war zum gleichen Zeitpunkt in eine Employee Utilization Section, eine Administration Section und eine Payroll Section gegliedert.⁹ Leiter der Personnel and Administration Branch und Adjutant General war bis zur Aufwertung der Abteilung im August 1946 Lt.Col. Vernon J. Blondell. Leiter der neuen Division wurde Col. Fred A. Meyer, der bis zu ihrer Auflösung 1948 amtierte. Blondell erhielt bei der Errichtung der Division die Administration Branch (bis 1948). Leiter der neuen Civilian Personnel Branch wurde am 1. Juni 1947 Schubert E. Smith, Leiter der Military Personnel Branch Major Thomas Pugh, bzw. ab August 1947 Capt. John J. Kinsella, der dann im Juli 1948 die Administration Branch übernahm.

e) Plans and Operations Branch

Die Plans and Operations Branch war die zentrale Stelle für Planung und Organisationswesen innerhalb der Militärregierung. Sie war für die Vorbereitung der jeweiligen Organisationspläne (T/O) zuständig, regelte die Zuständigkeit der lokalen Detachments und versorgte die Detachments mit den für ihre Arbeit notwendigen Informationen. Die Organisationshoheit für die Untergliederung der Divisions oder selbständigen Branches stand grundsätzlich den Divisions oder Branches selbst zu. Bei Änderungen in der Organisation mußte allerdings die Plans and Operations Branch sowie die Personnel and Administration Branch mitwirken. Schließlich war noch die Billigung des Land Director erforderlich.¹⁰ Am 15. Dezember 1945 wurde die Operations Section der Hq and Service Company in die Plans and Operations Branch eingegliedert.¹¹ Zusätzlich wurde der Branch 1945 noch die Ausbildung und Weiterbildung des Militärregierungspersonals (Deutschkurse, Seminare u. ä.) sowie die Oberaufsicht über alle mit DP's und Flüchtlingen zusammenhängenden Tätigkeiten der Militärregierung übertragen. Am 1. Januar 1946 wurde wieder die Armee für die DP's verantwortlich. Die Refugee Section und damit die Zuständigkeit für das Flüchtlingswesen ging am 28. August 1946 an die Public Welfare Branch über.

Im Januar 1947 übernahm die Branch die Publikation der (für das Militärregierungspersonal bestimmten) Zeitschrift „The Bavarian“, die bis zum 13. Juni 1947 erschien.¹² Im Februar 1947 wurde die Branch mit der Abwicklung der Aufgaben der Special Service Section beauftragt. Anfang Juni 1948 wurde die Plans and Operations Branch aufgelöst.

Leiter der Plans and Operations Branch waren vom 4. Januar 1946 bis zum 6. März 1947 Major Edgar J. Jordan, vom 7. März 1947 bis 30. Juni 1947 Lt.Col. Kenneth Van Buskirk, vom 1. Juli 1947 bis August 1947 Major Stanford P. Sussell, von September bis Ende des Jahres 1947 Lt.Col. John A. McEvoy, der von Major Thomas R. Rolfe abgelöst wurde.

⁸ 13/141–2/1–2.

⁹ 13/132–2/38.

¹⁰ Einleitung zum T/O vom 17.7.1947.

¹¹ 10/130–2/3.

¹² OMGBY: Annual Historical Report 1945/47, S. 11.

f) Supply Branch

Hauptaufgabe der Supply Branch bildete die Versorgung der Displaced Persons (mit Ausnahme von Lebensmitteln und Medikamenten). Grundsätzlich war die Versorgung der DP's Aufgabe der deutschen Behörden. Die am 10. Juli 1945 beim Regional Detachment errichtete Supply Section sollte subsidiär zu den deutschen Lieferungen tätig werden.¹³ Im August 1945 wurde diese Section mit der Supply Section der G-5 Stabsabteilung der 3. Armee zusammengelegt. General Muller organisierte nach seinem Amtsantritt eine ihm unmittelbar unterstehende Supply Branch. Im November wurde dieser Supply Branch auch die Versorgung der deutschen Zivilinternierten (damals etwa 35000 Personen) übertragen. Die Versorgung der DP's¹⁴ lief über von der Supply Branch betriebene Warenhäuser.¹⁵ Die Zivilbevölkerung wurde erstmals im März 1946 mit Nahrungsmittel (Trockengemüse) versorgt. 1946 verfügte die Supply Branch über 43 Personen und folgende Organisationsstruktur (20 Personen arbeiteten in der Unterabteilung Warehouses):

Übersicht 34: Organisation der Supply Branch, OMGBY, 1946

Im März 1947 wurde der Supply Branch das Captured Enemy Material Depot in München übergeben. Wenig später, am 15. Mai 1947, wurden die Aufgaben im Bereich der DP's und Zivilinternierten von der Operation Section, Civil Affairs Division, Hq EU-COM, übernommen.¹⁶

Leiter der Supply Branch war bis zu ihrer Auflösung Lt.Col. James W. Bender, der seit Mitte 1947 die Hq and Service Company leitete.

g) Investigation and Claims Branch

Die im Frühjahr 1948 ins Leben gerufene Investigation and Claims Branch unterstand unmittelbar dem Assistant Land Director. Sie führte im Auftrag des Land Director die notwendigen Untersuchungen durch, wenn gegen die Militärregierung Ansprüche, insbesondere Schadensersatzansprüche geltend gemacht wurden. Im Rahmen des so-

¹³ 13/147-2/14.

¹⁴ Bis April 1946 waren etwa 1 500 000 DP's aus Bayern repatriiert. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch 300 000 DP's in Bayern, deren Repatriierung sich schwieriger gestaltete. Ende Juni 1947 befanden sich noch 265 000 DP's in Bayern. Seit 1. Oktober 1947 war OMGUS für die Verpflegung der in Lagern der Internationalen Flüchtlingsorganisation (IRO) lebenden DP's zuständig; die Lebensmittel kamen aus deutschen Quellen. Die Lieferungen wurden die Food, Agriculture & Forestry Division, OMGBY, beaufsichtigt (13/144-2/5).

¹⁵ Im Oktober 1945 standen drei Warenhäuser in München-Pasing, Regensburg und Zeil zur Verfügung (13/147-2/14).

¹⁶ 13/120-1/6-3.

genannten EUCOM Safety Program war die Branch vor allem mit der Untersuchung von Unfällen befaßt, die von OMGBY-Angehörigen verursacht worden waren. Im Frühjahr 1948 war die Branch mit zwei Amerikanern und acht Deutschen besetzt.

h) Real Estate, Land Resources and Budget Control Branch

Am 1. Mai 1948 wurde die Social Insurance and Housing Branch der Manpower Division der Personnel and Administration Division übertragen und in Real Estate and Land Resources Branch umbenannt (später Real Estate, Land Resources and Budget Control Branch). Nach der Auflösung der Personnel and Administration Division im Juni 1948 wurde die Branch direkt dem Assistant Land Director unterstellt. Sie war zuständig für den aus der bayerischen Wirtschaft entnommenen Sachbedarf der amerikanischen Besatzungsmacht, deren Grundstückbedarf, das Wohnungswesen im allgemeinen (insbesondere Durchführung des Kontrollratsgesetzes Nr. 18) sowie für die Haushaltsverwaltung von OMGBY. Kontakte mit den deutschen Behörden bestanden besonders im Bereich des Wohnungswesens, für das auf bayerischer Seite das Arbeitsministerium, seit Herbst 1948 das Innenministerium zuständig war.¹⁷ Im Unterschied zum Arbeitsministerium scheint das Innenministerium im Bereich des Wohnungswesens an einer Zusammenarbeit mit OMGBY weniger interessiert gewesen zu sein. Jedenfalls mußte der Leiter der Abteilung Wohnungswesen im Innenministerium am 13. Dezember 1948 aufgefordert werden, wie sein Vorgänger im Arbeitsministerium wenigstens einmal wöchentlich bei der Real Estate and Budget Control Branch zu erscheinen, um einen Tätigkeitsbericht zu geben und mit den Amerikanern die anstehenden Probleme zu erörtern.¹⁸

Leiter der Branch war über den September 1949 hinaus Augustus B. Hill, der seit 1946 schon Chef der Social Insurance and Housing Branch der Manpower Division gewesen war.

i) Public Relations (Public Information) Branch

Die Public Relations Branch bildete das Presseamt der Militärregierung. Sie unterrichtete die internationale Presse und die deutschen Medien, betreute ausländische Korrespondenten bei ihrem Aufenthalt in Bayern, überwachte die Publikation der für das OMGBY-Personal bestimmten Wochenzeitung „The Bavarian“, und betrieb seit April 1946 ein eigenes Press Camp in München, nachdem das Press Camp der 3. Armee in Bad Tölz geschlossen worden war. Der Public Relations Branch kam ganz allgemein die schwierige Aufgabe zu, gegenüber der Öffentlichkeit die Maßnahmen der Militärregierung zu erläutern und verständlich zu machen.¹⁹

Im Mai 1945 wurden die PR-Aufgaben des Regional Detachments von der Public Relations Section innerhalb der Intelligence Branch versehen. Seit Herbst arbeiteten auch in Augsburg (bis Anfang 1946) und in Nürnberg (Kriegsverbrecherprozesse) eigene Public Relations Officers von OMGBY. Am 14. März 1946 wurden dann alle PR-Aktivitäten in München zusammengefaßt. Am 1. April 1946 trennte man die Public Relations Section von der Intelligence Branch, Information Control Division und unterstellte sie als eigene Branch nach dem Vorbild von USFET und OMGUS direkt dem Land Director.²⁰ 1947 erfolgte eine Umbenennung in Public Information Branch.

¹⁷ Verordnung vom 12.10.1948 (Bayer. GVBl. 1948, S. 207).

¹⁸ BayHStA MA 130826/3454.

¹⁹ OMGBY: Annual Historical Report 1945/46, S. 253.

²⁰ Ebenda, S. 254.

Im Februar 1949 gliederte sich die Branch in eine News Section, Administration Section sowie Radio and Feature Section.²¹

Leiter der Public Relations Section im Mai 1945 war der Journalist Capt. Francis J. Connaughton. Connaughton, der von Keegan als „25000-Dollar-Mann, der für eine Captain-Entlohnung arbeitet“, bezeichnet wurde, mußte sich im Juni 1945 vorwerfen lassen, er habe die Öffentlichkeit nicht ausreichend über Ziele und Tätigkeit der bayerischen Militärregierung informiert. Man machte ihn im Untersuchungsbericht vom 12. Juli 1945 indirekt für die Artikel in den amerikanischen Zeitungen verantwortlich, in denen die Militärregierung angegriffen worden war. Sein Nachfolger wurde George D. Ritchie und im Herbst Capt. William S. Conklin. Am 1. April 1946 wurde Public Relations Branch von William G. Farquhar übernommen, dessen Nachfolger war ab 14. März 1947 Haynes R. Mahoney, dessen Nachfolger ab Dezember 1948 Jack M. Fleischer, bis dahin Chefredakteur der „Neuen Zeitung“.

3. Internal Affairs Division

a) Organisation

Übersicht 35: Organisation der Internal Affairs (and Communications) Division, OMGBY, Februar 1946, April 1946, Juli 1946, Juli 1947

Februar 1946

- Civil Administration Branch
- Education and Religion Branch
- Communications Branch
- Public Safety Branch

April 1946

- Civil Administration Branch
- Education and Religion Branch
- Communications Branch
- Public Safety and Special Branch
- Public Health and Welfare Branch

Juli 1946

- Education and Religious Affairs Branch
- Special Branch
- Communications Branch
- Public Safety Branch
- Public Health Branch
- Public Welfare Branch

Juli 1947 (Internal Affairs Division)

- Education and Religious Affairs Branch
- Public Safety Branch
- Public Welfare Branch
- Public Health Branch
- Denazification Branch

Die Internal Affairs and Communications Division begann ihre Arbeit am 15. Februar 1946 als Nachfolgerin der im September 1945 ins Leben gerufenen Governmental Af-

²¹ 11/132–2/38.

fairs Division. Die Internal Affairs and Communications Division war (als allgemeine Hauptabteilung für Inneres der Militärregierung) im Februar 1946 in folgende Abteilungen gegliedert: Civil Administration Branch, Education and Religion Branch, Communications Branch und Public Safety Branch. Im März 1946 kam noch eine Public Health and Welfare Branch hinzu. Im Juli 1946 wurde die Civil Administration Branch zu einer eigenen Division erhoben. Die Public Safety and Special Branch (so seit April 1946 genannt), die Public Health and Welfare Branch teilte man im Mai bzw. Juli 1946 in jeweils zwei Branches, so daß die Internal Affairs and Communications Division im Juli 1946 sechs Abteilungen umfaßte. Am 1. Dezember 1946 wurden die Aufgaben der Communications Branch, die für die Wiederherstellung und Überwachung des deutschen Post- und Fernmeldewesens zuständig war, auf OMGUS übertragen und die Division in Internal Affairs Division umbenannt.

Am 1. März 1948 wurde die Internal Affairs Division aufgelöst²² und gleichzeitig die Education and Religious Affairs Branch in eine neue Education and Cultural Relations Division umgewandelt.²³ Die übrigen Abteilungen (Public Safety, Public Welfare, Public Health sowie Denazification) wurden der Civil Administration Division angegliedert.²⁴

Die im September 1945 neugebildete Governmental Affairs Branch (später Division) leitete Lt.Col. Richard J. Jackson bis zur Auflösung im Februar 1946. Jackson schlug Ministerpräsident Hoegner im Oktober 1945 Ludwig Erhard als Wirtschaftsminister vor.²⁵ Chef der neuen Internal Affairs and Communications Division wurde Lt.Col. Robert A. Reese. Reese schied im Februar 1947 aus. Leiter der Division bis zu ihrer Auflösung war dann Lt.Col. Al D. Sims (acting chief).

Im Juli 1947 hatte die Division eine tatsächliche Stärke von 118 Mitarbeitern, davon 53 in der Special Branch, 22 in der Public Safety Branch, 15 in der Welfare Branch, vier in der Health Branch und 20 in der Education and Religious Affairs Branch (Division).²⁶

b) Communications Branch

Zuständig für das Post-, Telefon- und Telegraphenwesen waren unter Leitung der G-5 Communications Abteilungen der 3. und 7. Armee in den ersten Wochen die Post, Telephone and Telegraph Officers (PTTO) der Detachments und das Signal Corps. Das Signal Corps kümmerte sich vor allem um die technischen Fragen, während die Militärregierungsbeamten für die Überwachung der Telefon- und Telegrafleitungen sowie der Postdienste zuständig waren.²⁷ Die drei Reichspostdirektionen in Bayern arbeiteten unter Aufsicht der Militärregierung weiter. Der Postdirektion Augsburg wurde Capt. McKenna (Det. E1H3), der Postdirektion Nürnberg Major Norton (Det. E1B3) und der Postdirektion München Major Gilbert B. Baird (Det. E1F3) zugeteilt. Baird war auch Leiter der PTT Section des Regional Military Government Detachment. Er ernannte einen neuen vorläufigen Leiter der Münchener Postdirektion (Dr. Geiger). Eine vollständige Entnazifizierung auf der Grundlage der Direktive der 6. Armeegruppe hielt er Ende Mai für undurchführbar. Nach seiner Meinung hätten

²² General Order Nr. 4, OMGBY, 25.2.1948.

²³ Vgl. OMGUS-Hb, Bayern B.5.

²⁴ Vgl. Ebenda, B.4.

²⁵ Hoegner: Außenseiter, S. 204.

²⁶ AG 1947/19/8.

²⁷ 13/147-2/10.

dann im Laufe des Jahres 90 % aller Beamten der Postdirektion entlassen werden müssen, was die Arbeit des Signal Corps, der PWD (Radio) und anderer amerikanischer Stellen erheblich behindert hätte. Er plädierte dafür, bei unabkömmlichen Technikern die Entnazifizierungsregeln elastischer zu handhaben.²⁸

Telefonanschlüsse für deutsche Teilnehmer wurden von G-2, 7. bzw. 3. Armee, und dem Signal Corps genehmigt. Viele Telefonanlagen waren nahezu unbeschädigt, wie etwa in Bamberg und Regensburg. Andere, so z. B. in Bayreuth, waren gänzlich zerstört.²⁹ In München wurde das Fernsprechnetz erst im Juli wieder in Betrieb genommen,³⁰ nachdem mit Direktive vom 12. Juni 1945 ein beschränkter innerstädtischer Fernsprechverkehr zugelassen worden war. Mit Direktive vom 21. Juni 1945 wurde für Postkarten und offene Briefe auch ein innerstädtischer Postverkehr genehmigt. Zuständig war in letzter Instanz der Communications Officer G-5, 3. Armee, Edwin A. Coker.³¹

4. Civil Administration Division

a) Organisation

Übersicht 36: Organisation der Civil Administration Division, OMGBY, Februar 1946, Juli 1946, Juli 1947, Juli 1948, Juli 1949

Februar 1946 (Civil Administration Branch, Internal Affairs and Communications Division)

- Land Government Section
- Local Government Section
- Elective and Civil Service Organizations Section
- Administrative Courts Section
- Field Operations Section

Juli 1946

- Executive Branch
- Governmental Structures Branch
- Political Activities Branch
- Civil Service Branch
- Administrative Courts Branch
- Field Operations Branch

Juli 1947

- Governmental Structures Branch
- Legislation Branch
- Political Activities Branch
- Administrative Agencies Branch
- Field Operations and Policy Enforcement Branch

Juli 1948

- Governmental and Political Branch
- Denazification Branch
- Public Health Branch

²⁸ Wochenbericht Nr. 2 (bis 28.5.1945) des Regional Detachment (10/85-3/5).

²⁹ 10/130-3/2.

³⁰ Chronik der Stadt München, S. 63.

³¹ 13/147-2/11.

- Public Safety Branch
- Public Welfare and DP Branch

Juli 1949

- Political Affairs Branch
- Governmental Affairs Branch
- Civil Liberties and Citizenship Branch
- Social Affairs Branch
- Public Safety Branch

Die Administration and Local Government Section unter Lt.Col. Arthur W. Bromage war eine der wichtigsten Abteilungen des seit 15. Mai 1945 in München arbeitenden Regional Military Government Detachment (E1F3). Am 6. Juni 1945 wurden als Hauptaufgabe dieser Abteilung (die in den ersten Monaten abwechselnd Section, Division oder Department genannt wurde) die Überwachung des Innenministeriums, die Überwachung der Beamten und die Zusammenarbeit mit der Public Safety Division genannt.³² Am 5. September 1945 wurde die Section der neuen Governmental Affairs Branch unterstellt. Als Anfang Februar 1946 die Governmental Affairs Division nach dem Ausscheiden der Legal Branch in die Internal Affairs and Communication Division umgewandelt wurde, erhob man die Administration and Local Government Section zur Civil Administration Branch (Übersicht 37). Im Juni 1946 ergänzte man die Unterabteilungen durch eine Political Activities Section.

Am 17. Juli 1946 erhob man die Civil Administration Branch der Internal Affairs and Communication Division zu einer selbständigen Division (CAD) (Übersicht 38). Während Schwerpunkt der CAD die Demokratisierung und Dezentralisierung der gesamten Staatsverwaltung sein sollte, beschränkte sich die Internal Affairs Division nun auf einzelne, dem Innen- bzw. Kultusministerium zugeordnete Sachgebiete.

Die neugeschaffene Governmental Structures Branch entstand aus der Land Government und der Local Government Section der Civil Administration Branch. Die Political Activities Branch war die Fortsetzung der am 29. Juni 1946 ins Leben gerufenen Political Activities Section. Die Civil Service Branch und die Administrative Courts Branch wurden am 1. Januar 1947 zur Civil Service and Administrative Courts Branch zusammengelegt und dann in Administrative Agencies Branch umbenannt.

Mit der Auflösung der Internal Affairs Division am 1. März 1948 kamen folgende Branches zur Civil Administration Division: Public Safety Branch, Public Health Branch, Public Welfare and DP Branch und die Denazification Branch.

Anschließend wurden schrittweise die Governmental Structures Branch, die Administrative Agencies Branch, die Political Affairs (Activities) Branch sowie die Legislation (Legislative) Branch zu einer gemeinsamen Government and Politics Branch zusammengefaßt (= Governmental and Political Branch) (Juli 1948). Durch Personalreduzierungen 1948 bedingt, beschränkte man die Aufgaben der Civil Administration Division erheblich. Als Verbindungsstelle zum Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes war CAD nur bis zum Juli 1948 tätig.

Im Juli 1948 wurde im Rahmen der Reorientation-Politik auf Anordnung von CAD, OMGUS, das Office of the Democratization Coordinator eingerichtet.³³ Seit April 1948 war die Administrative Agencies Branch innerhalb der CAD mit den entsprechenden Koordinationsaufgaben betraut.³⁴

³² 10/85-3/5-1.

³³ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LIV f.

³⁴ Ebenda, S. 34.

Im Dezember 1948 wurde die Denazification Branch in das Office of the Denazification Adviser umgewandelt und schließlich am 30. Juni 1949 aufgehoben.

Im Juli 1949 faßte man die Public Health und die Public Welfare Branch zu einer Social Affairs Branch zusammen.

Die Civil Administration Division beendete ihre Tätigkeit am 21. September 1949 (Inkrafttreten des Besatzungsstatuts). Nachfolgeorganisation beim Amt des Land Commissioners wurde die Political Affairs Division.

Erster Chef der Administration and Local Government Section im Mai 1945 war Lt.Col. Arthur W. Bromage. Sein Nachfolger wurde am 25. Juli 1945 Maj. Reilly, der am 29. August durch Capt. (dann Maj.) Albert C. Schweizer abgelöst wurde.³⁵ Schweizer, vorher Administration Officer im Regierungsbezirk Schwaben, blieb Leiter dieser Section der Civil Administration Branch und dann der Civil Administration Division bis zu deren Auflösung am 21. September 1949. Er wurde dann Leiter der Political Affairs Division im Amt des Land Commissioner. Albert C. Schweizer starb am 8. Oktober 1949 an den Folgen eines Autounfalls.

Am 30. Juni 1946 hatte die Civil Administration Branch laut T/O 19 amerikanische Mitarbeiter, tatsächlich aber nur acht Offiziere, fünf Zivilangestellte und einen Soldaten. Im Juli 1947 betrug die Stärke der Division unverändert 14 Mitarbeiter.³⁶

Leiter der Executive Branch von der Gründung im Juli 1946 bis zur Auflösung im Mai 1948 war Major James H. McCord. Leiter der Political Activities Branch war in der Zeit ihres Bestehens Lt.Col. Paul Burns. Leiter der Governmental Structures Branch war John P. Bradford, der bis Ende März dem Stadtkreisdetachment Würzburg vorstand. Die Administrative Courts Agencies Branch leitete von Juli 1946 bis Ende 1947 Frederick W. v. Koschembar, ab Anfang 1948 Charles Carroll.

Übersicht 37: Organisation der Civil Administration Branch mit jeweiliger Stellenbewertung (Offiziere bzw. Zivilangestellte), OMGBY, Mai 1946

³⁵ 10/65–3/10.

³⁶ AG 1947/19/8.

Übersicht 38: Organisation der Civil Administration Division, OMGBY, August 1946

Übersicht 39: Organisation der Civil Administration Division, OMGBY, Juli 1949

b) Political Activities Branch

Am 29. Juni 1946 wurde im Zusammenhang mit der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung (am 30. Juni) innerhalb der Civil Administration Branch eine Political Activities Section ins Leben gerufen, seit 17. Juli 1946 Political Activities Branch innerhalb der Civil Administration Division. Die neue Abteilung war für Zulassung und Kontrolle aller politischen Parteien und Gruppierungen zuständig und hatte die Wahlen zu überwachen – Aufgaben, die vorher die Intelligence Section der Intelligence Branch wahrgenommen hatte. Die Grundlagen für die Politik der Militärregierung in diesem Bereich (Parteigründungen, innere Struktur der Parteien) waren in Titel 3–201, MGR, niedergelegt. Größten Wert legten die Amerikaner auf die demokratische Organisation innerhalb der Parteien. Die Satzungen der CSU wurden beispielsweise nach Verzögerungen erst am 29. Oktober 1946 genehmigt.³⁷ Von besonderer Bedeutung war dabei das Verbot reiner Flüchtlingsparteien (Titel 3–208, MGR), das auf heftigen Widerstand der Vertriebenen stieß. Lediglich für die Kommunalwahl-

³⁷ BayHStA Abt. V, Nachlaß Ehard.

len 1948 genehmigte die Militärregierung die Teilnahme von Flüchtlingsgruppen, die aber anschließend wieder aufgelöst werden mußten.³⁸ Die Branch umfaßte nie mehr als vier Mitarbeiter und war in eine Political Liaison Section und eine Research and Reports Section gegliedert. Ihr Leiter war seit ihrer Gründung Lt.Col Paul Burns. Für die Kontakte zu den Parteien war Pierre M. Purves zuständig. Die Parteiführer wurden seit 30. Juli 1946 zu regelmäßigen Konferenzen in die Räume der Civil Administration Division eingeladen.³⁹ Mitte 1948 wurde die Political Activities Branch aufgelöst und in die Governmental and Political Branch (als Section) eingegliedert.

c) Governmental Structures Branch / Legislation (Legislative) Branch

Die Governmental Structures Branch wurde bei der Gründung der Civil Administration Division durch Zusammenlegung der Land Government Section und der Local Government Section der Civil Administration Branch gebildet. Sie hatte den Aufbau der bayerischen Staatsverwaltung nach demokratischen Grundsätzen zu überwachen (Demokratisierung, Dezentralisierung, Entnazifizierung), hielt Verbindung zur Staatskanzlei und zum Innenministerium (soweit nicht andere Abteilungen der Militärregierung zuständig waren) und kontrollierte die Kommunalverwaltungen (Regierungsbezirke, Land- und Stadtkreise, Gemeinden). Auch die Verbindung zum Länderrat in Stuttgart gehörte zu den Aufgaben dieser Branch. Im Oktober 1946 übernahm CAD von der US-Armee (Engineers) die Aufsicht über das Vermessungswesen. Nach dem Zusammentreten des bayerischen Landtags im Januar 1947 war die Governmental Structures Branch als Koordinationsbehörde für die bayerische Gesetzgebung tätig und achtete auf die Übereinstimmung dieser Gesetzgebung mit den politischen Richtlinien der Militärregierung. Im Sommer 1947 wurde zu diesem Zweck eine eigene Legislation (Legislative) Branch ins Leben gerufen, die während ihrer einjährigen Tätigkeit vom Chef der Governmental Structures Branch, John P. Bradford, kommissarisch geleitet wurde. In einigen Fällen griff die Militärregierung direkt in das Gesetzgebungsverfahren ein. Beispielsweise setzte die Militärregierung das Gesetz Nr. 61 zur Vereinheitlichung der Statistik vom 28. Februar 1947⁴⁰ nach der Verkündung außer Kraft, da es die Statistik zum Staatsmonopol erhob. Das Gesetz wurde nach den Vorstellungen der Militärregierung durch Gesetz Nr. 125 vom 8. Mai 1948 abgeändert.⁴¹ Der Gesetzentwurf über die bayerische Staatsbürgerschaft wurde schon im Regierungsentwurfstadium von der Militärregierung abgelehnt.

Die Aufgaben der Governmental Structures Branch im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums wurden 1947 wie folgt beschrieben:⁴²

„a) Überwachung und Unterstützung von organisatorischen und Personalangelegenheiten innerhalb des Ministeriums.

b) Förderung und Demokratisierung bei den nachgeordneten Gebietskörperschaften. Nachdem die dringenden Probleme der Länder durch die Verfassung und die Berufung der Landtage gelöst wurden, muß nun besonderer Nachdruck auf die örtlichen Verwaltungen gelegt werden. Die Militärregierung bemüht sich, dem bayerischen Volk seine Verantwortung und seine Pflichten gegenüber der neuen Demokratie in den Landkreisen und Gemeinden zum Bewußtsein zu bringen. Diese Grundsätze soll-

³⁸ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. XXXIX f.

³⁹ BayHStA MA 11 373.

⁴⁰ Bayer. GVBl. 1947, S. 91.

⁴¹ Bayer. GVBl. 1948, S. 85.

⁴² Aktenvermerk vom 24.9.1947 (BayHStA MA 130811).

ten in den neuen Gemeinde-, Landkreis- und Bezirksordnungen, die jetzt diskutiert werden, fest verankert werden“.

Insbesondere sollte nach Auffassung der CAD das Recht der Selbstverwaltung, das den kommunalen Körperschaften in der NS-Zeit entzogen worden war, wiederhergestellt werden. Dem Innenministerium wurde vorgeworfen, daß einige Beamte des Ministeriums die enge Kontrolle der Kommunen durch das Ministerium beibehalten wollten.

Die Militärregierung beschränkte die Überwachung der Kommunalverwaltungen auf Untersuchungen in ausgewählten Städten und Landkreisen, sobald dort Unregelmäßigkeiten bekannt wurden. Auch Entlassungen von Politikern, die in ihrer Amtsführung gegen demokratische Grundsätze verstoßen hatten, gehörten zum Maßnahmenkatalog der Militärregierung. Am 26. November 1946 wurde der Regierungspräsident von Unterfranken Jean Stock von der Militärregierung entlassen, weil er versucht haben soll, in das gegen seinen Schwiegersohn geführte Spruchkammerverfahren einzugreifen. Im 4. Quartal 1946 wurden von der Militärregierung 21 Bürgermeister und sieben Landräte wegen mangelnder Eignung entlassen bzw. ihre Wahl nicht bestätigt. Seit 1947 befürwortete man bei CAD jedoch mehr und mehr eine „hands-off“-Politik.

Exkurs: Militärregierung und Bayerische Verfassung⁴³

An den Vorarbeiten zur Bayerischen Verfassung vom 2. Dezember 1945 waren auf amerikanischer Seite vor allem General Clay persönlich, sowie CAD, OMGUS, und ein Interdivisional Committee on German Governmental Structures unter Leitung von Edward H. Litchfield und auch noch weitere Berater Clays beteiligt. Obwohl also CAD, OMGBY, bei der bayerischen Verfassungsgebung eher im Hintergrund tätig war, ist es nützlich, sich an dieser Stelle einen Überblick über die Mitwirkung der Amerikaner bei den bayerischen Verfassungsberatungen zu verschaffen: Die 1946 gestellten Weichen sollten für die Politik der Militärregierung in Bayern in den folgenden Jahren von entscheidender Bedeutung werden.

Bereits am 22. Oktober 1945 hatte das bayerische Kabinett einen von Ministerpräsident Hoegner verfaßten Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Staatsgewalt in Bayern beschlossen.⁴⁴ Während Württemberg-Baden und Großhessen ein ähnliches Gesetz mit Wirkung vom 22. November 1945 genehmigt erhielten, blieb der bayerische Entwurf bei OMGUS liegen und wurde schließlich mit Schreiben vom 13. Februar 1946 abgelehnt. Clay hatte sich Ende 1945 bereits entschlossen, Länderverfassungen beraten zu lassen; Hoegner war ein Gegner einer so frühen Verfassungsgebung.⁴⁵ Am 4. Februar 1946 gab OMGUS den Militärregierungen der Länder den Terminkalender für die geplanten Verfassungsberatungen bekannt (Vorlage des Verfassungsentwurfs bis 15. September, Abstimmung und Wahl des 1. Landtags am 3. November). OMGBY forderte daraufhin mit Schreiben vom 8. Februar 1946 Ministerpräsident Hoegner auf, bis zum 22. Februar einen von OMGUS vorgeschlagenen Vorbereitenden Verfassungsausschuß einzuberufen. Das Arbeitsergebnis dieses Ausschusses sollte bis zum 20. Mai 1946 vorliegen. Die Eröffnungssitzung dieses Vorbereitenden Verfassungsausschusses fand am 8. März 1946 statt. General Muller wies in

⁴³ Vgl. dazu allgemein: Fait: Weg zur Verfassung; dies.: In einer Atmosphäre von Freiheit; Siegel: Bayerns Staatswerdung; Kock: Bayerns Weg; Nawiascky/Leusser: Verfassung; Pfetsch: Verfassungspolitik.

⁴⁴ Kock: Bayerns Weg, S. 108.

⁴⁵ Fait: Weg zur Verfassung, S. 208.

seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß die Konstituierung eines Vorbereitenden Verfassungsausschusses auch bei der Schaffung einer Verfassung in den amerikanischen Bundesstaaten üblich sei. So habe beispielsweise im Staate New York der vorbereitende Ausschuß zwölf Bände Material im Druck vorgelegt, bevor die verfassunggebende Versammlung 1938 zusammentrat. Muller umriß die vier Hauptaufgaben des Vorbereitenden Verfassungsausschusses wie folgt:

1. Er soll am Entwurf des Gesetzes für die Wahl der Verfassunggebenden Landesversammlung mitwirken.
2. Er soll das notwendige bibliographische und dokumentarische Material für die Verfassunggebende Landesversammlung zusammentragen.
3. Er soll den Meinungs austausch anregen. Insbesondere soll jede genehmigte Partei aufgefordert werden, Vorschläge einzureichen.
4. Das gesammelte Material soll in Form eines Berichtes oder eines Handbuches der Verfassunggebenden Landesversammlung vorgelegt werden. „Wir verlangen von dem Ausschuß nicht, daß er einen vollständigen Verfassungsentwurf vorbereitet. Wenn er wünscht, kann er es tun“.

Ganz gegen die Absichten der Militärregierung legte Hoegner dem Vorbereitenden Verfassungsausschuß vor dem Beginn der Beratungen einen eigenen Verfassungsentwurf vor, der nach 14 Sitzungen mit einigen Änderungen am 3. Mai verabschiedet und am 15. Mai der Militärregierung mit einem kurzen Bericht übersandt wurde.⁴⁶ Hoegner war damit dem Zeitplan der Militärregierung um einen Monat voraus. OMGUS hatte nämlich klargestellt, daß der endgültige Bericht nicht – wie ursprünglich geplant – am 20. Mai, sondern erst am 15. Juni eingereicht werden mußte,⁴⁷ nachdem Clay in einer Rede vor dem Stuttgarter Länderrat am 4. Juni 1946 darauf hingewiesen hatte, daß die Verfassungen auch eine Bestimmung über die Übertragung von Hoheitsbefugnissen auf den Länderrat bzw. auf andere deutsche Gemeinschaftseinrichtungen enthalten mußten. Die Ausführungen Clays wurden dem Ministerpräsidenten von OMGBY mit der Anweisung übermittelt, den Verfassungsentwurf zu ergänzen. Daraufhin trat der Vorbereitende Verfassungsausschuß am 24. Juni 1946 zu einer letzten (15.) Sitzung zusammen und ergänzte den Verfassungsentwurf um einen Artikel 141 (der im wesentlichen dem späteren Artikel 180 entsprach). Am 10. April 1946 hatte Hoegner der Militärregierung ein Gesetz über die Wahl der Verfassunggebenden Landesversammlung sowie die dazugehörige Wahlordnung übersandt. Die Genehmigung (unter Vorbehalt kleiner Änderungen, insbesondere zum innerparteilichen Wahlverfahren) erteilte OMGUS am 7. Mai.⁴⁸ Ein Gesetz über die Verfassunggebende Landesversammlung, das Hoegner der Militärregierung am 13. März übersandte, genehmigte die Militärregierung nicht: Die Landesversammlung sollte selbst über dieses Gesetz entscheiden. Nach den auf Weisung der Militärregierung durchgeführten Wahlen vom 30. Juni 1946 trat die Verfassunggebende Landesversammlung am 15. Juli zu ihrer ersten Plenarsitzung zusammen. Sie überwies den Verfassungsentwurf an einen von ihr gewählten Verfassungsausschuß mit 21 Mitgliedern. Seit der 13. Sitzung des Verfassungsausschusses (7. August 1946) nahmen an den Beratungen als Sonderbeauftragte der Militärregierung zwei Vertreter von CAD, OMGBY, sowie Roger Hewes Wells teil. Letzterer war stellvertretender Direktor von CAD, OMGUS, und Lei-

⁴⁶ Hoegner: Verhandlungen, S. 99.

⁴⁷ Schreiben OMGBY vom 1. 5. 1946 (BayHStA MA 11 0901).

⁴⁸ BayHStA MA 11 0904; vgl. auch Akten zur Vorgeschichte 1, S. 550.

ter der Election Affairs Branch, im Zivilleben Professor für Politische Wissenschaften.⁴⁹

Er legte dem Verfassungsausschuß dar, daß sich die Militärregierung mit allgemeinen Richtlinien begnügen wolle: „Herr Schweizer und Herr Oberstleutnant Bredford [gemeint: Bradford] sind von Herrn General Mathis zu Sonderberatern in der Frage der Landesverfassungen ernannt worden. Wir stehen Ihnen jederzeit zur Verfügung und würden gern von Zeit zu Zeit zwanglos mit Ihnen zusammenkommen. Wir beabsichtigen nicht, an irgendwelchen Sitzungen Ihrer Ausschüsse oder der verfassungsgebenden Landesversammlung selbst teilzunehmen, aber wir hoffen, daß die Fraktionsführer und die Mitglieder des Verfassungsausschusses ihre Probleme frei und ungezwungen mit uns besprechen werden.“ Trotz dieser eher unverbindlich klingenden Formulierungen nahmen die Amerikaner in wichtigen Punkten Einfluß auf die Verfassungsberatungen.

Auf amerikanische Intervention gehen die Fassungen, bzw. Einfügungen der, bzw. in die Art. 11, 12, 22, 25, 36, 44, 48, 75, 94, 98, 104, 105, 111, 177, 179, 180, 184 und 185 der heutigen Bayerischen Verfassung zurück. Gestrichen wurden Bestimmungen über die Planwirtschaft, die staatliche Überwachung des Geld- und Kreditwesens und des Außenhandels (Art. 113, 115 und 117 des Entwurfs).⁵⁰

In einem Schreiben von OMGUS an die Ministerpräsidenten vom 23. Juli 1946 wurde eine Garantie der örtlichen Selbstverwaltung, die politische Neutralität der Beamten, die Feststellung ihrer Leistungen durch Prüfungen im Wege des Wettbewerbs sowie ihr Bekenntnis zum „demokratisch-konstitutionellen Staat“ gefordert.⁵¹

Mit Schreiben vom 8. August 1946 verwies OMGBY auf eine Rede Clays vor dem Länderrat, in der eine Angleichung der Grundrechtsbestimmungen in den drei Verfassungen von Bayern, Württemberg-Baden und Groß-Hessen gefordert worden war. Daraufhin schlug Hoegner am 12. August 1946 dem Verfassungsausschuß die Einfügung der Artikel 104 und 105 vor. In der Sitzung des Verfassungsausschusses am 11. Oktober berichtete Hoegner, daß gewisse in der Verfassung genannte Verbände nach amerikanischer Meinung „nicht staatliche Einrichtungen sind, sondern daß sie auf privater Grundlage und freier Vereinbarung beruhen sollen [...] General Clay führt aus, daß diese wirtschaftlichen und sozialen Personengruppen jenen Korporationen sehr ähnlich sein würden, die die Entwicklung des Faschismus einleiteten. Jedenfalls haben die faschistischen Regierungen solche Gruppen geschaffen, um ihre Machtvollkommenheit zu stützen.“⁵² Daraufhin beschloß der Verfassungsausschuß die Einfügung des Art. 179, der den Staatsrechtlern bis heute erhebliches Kopfzerbrechen bereitet.⁵³ Er entsprach aber einem bis 1949 von den Amerikanern beharrlich verfolgten Anliegen: In einer Direktive vom 30. September, die den Regierungen allerdings erst im Dezember 1946 zugeht, wurde klargestellt, „daß Regierungsbefugnis-

⁴⁹ Fait: In einer Atmosphäre von Freiheit, S. 440.

⁵⁰ Siegel: Bayerns Staatswerdung, S. 97 ff. Übrig blieb der heutige Art. 152.

⁵¹ Hoegner: Der schwierige Außenseiter, S. 257.

⁵² Bayer. Verfassungsgebende Versammlung, Stenographische Berichte III, S. 739; vgl. auch Akten zur Vorgeschichte 1, S. 639.

⁵³ Art. 179 der Bayerischen Verfassung lautet: „Die in dieser Verfassung bezeichneten sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Körperschaften, Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft und Organisationen der Erzeuger, Verteiler und Verbraucher (Art. 34, 36, 154, 155, 164) sind keine öffentlichen Behörden und dürfen keine staatlichen Machtbefugnisse ausüben. Zwangsmitgliedschaft bei ihnen ist auszuschließen.“ Vgl. dazu Nawiasky: Verfassung des Freistaates Bayern, Anm. zu Art. 179.

se nicht auf private oder halböffentliche Wirtschaftskörper übertragen werden dürfen“. Im Gesetz Nr.56 der Militärregierung sowie in 13–120, MGR, fanden diese Grundsätze ihren normativen Niederschlag.

Von allergrößter Bedeutung für die Wirksamkeit der Grundrechte innerhalb der Verfassung war die von den Amerikanern angeregte Formulierung des Art. 98 Satz 1–3. Erstmals in der deutschen Verfassungsgeschichte wurde eine Einschränkung der Grundrechte prinzipiell verboten. Nur der Gesetzgeber darf im begrenzten Umfang eine Einschränkung vornehmen („wenn die öffentliche Sicherheit, Sittlichkeit, Gesundheit und Wohlfahrt es zwingend erfordern“). Damit erhielten die Grundrechte erstmals einen geschützten Kernbereich, vor dem auch der Gesetzgeber halt machen muß. Noch der Entwurf Hoegners und der Entwurf des Vorbereitenden Verfassungsausschusses gingen von dem Grundrechtsverständnis der Bamberger und Weimarer Verfassungen aus, das eine weitgehend beliebige Einschränkung der Grundrechte durch Gesetz ermöglichte. Bei der Diskussion über den Art. 98 berichtete Hoegner am 22. Oktober 1946 dem Verfassungsausschuß (35. Sitzung):

„Ich habe die Angelegenheit gestern morgen mit Mr. Wells zusammen besprochen. Er hat uns dargelegt, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika die Ausnahmen von den Grundrechten durch den höchsten Gerichtshof im Laufe der Zeit geschaffen und umgrenzt worden sind. Mr. Wells hat anerkannt, daß wir selbstverständlich nicht auf eine Entwicklung des Verfassungslebens von 150 Jahren zurückblicken können.“⁵⁴

Einer weiteren bemerkenswerten Initiative der Amerikaner ist der Art. 98 Satz 4 und das damit geschaffene (in Deutschland und Europa einmalige) Institut der Popularklage zu verdanken.⁵⁵ Gemäß Art. 98 Satz 4 Bayerische Verfassung (in Verbindung mit Art. 53 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes Nr.72 über den Verfassungsgerichtshof vom 22. Juli 1947)⁵⁶ kann jedermann, ohne persönlich betroffen zu sein, die verfassungswidrige Einschränkung von Grundrechten durch eine Norm des materiellen Rechts (also durch ein formelles Gesetz, eine Verordnung oder Satzung) geltend machen. Diese Bestimmung wurde erst in der zweiten Lesung des Plenums der Verfassungsgebenden Landesversammlung auf Anregung der Militärregierung in den Verfassungsentwurf eingefügt. In der Eile übersah man, die Popularklage im Abschnitt über den Verfassungsgerichtshof (Art. 60–69) noch einmal aufzuführen.

Die Schlußsitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung fand am 26. Oktober 1946 statt. Die Verfassung wurde mit 136 Stimmen der CSU und SPD gegen 14 Stimmen der KPD, FDP und WAV angenommen. In der gleichen Sitzung verlas der Präsident der Versammlung, Dr. Michael Horlacher, einen Brief Clays vom 24. Oktober 1946, in dem dieser die Bayerische Verfassung unter bestimmten Vorbehalten genehmigte.⁵⁷ Clay wies auf die Gesetzgebung der Alliierten und die Vollmachten der Militärregierung hin und stellte klar, daß die Genehmigung nicht als Zustimmung zu einem bayerischen Separatismus zu verstehen sei. Eine bayerische Staatsangehörigkeit werde daher nur insoweit anerkannt, als ein bayerischer Staatsangehöriger zugleich auch ein deutscher Staatsangehöriger sei. Der in Art. 178 formulierte Wille, einem künftigen deutschen Bundesstaat beizutreten, sei nicht als Recht zu verstehen, die Teilnahme an irgendeiner Form der deutschen Regierung zu verweigern, gleich ob diese als Zwischenlösung von den alliierten Behörden oder als beständige Regierung

⁵⁴ Bayer. Verfassungsgebende Versammlung, Stenographische Berichte III, S. 748.

⁵⁵ Nawiasky/Leusser: S. 141 und 145 f.; Knöpfle: Verfassungsgerichtsbarkeit, S. 260, Anm. 34.

⁵⁶ Bayer. GVBl. 1947, S. 147.

⁵⁷ Siegel: Bayerns Staatswerdung, S. 101 und 110 f. Bayer. Verfassungsgebende Versammlung, Stenographische Berichte IV, S. 239.

vom deutschen Volk in seiner Gesamtheit bestellt werde. Die Vertreter Bayerns hätten in jedem Fall an den Beratungen über eine zukünftige deutsche Regierung teilzunehmen. Durch diese Ausführungen war der Art. 178 bedeutungslos geworden. Gemäß einem Schreiben von OMGUS vom 17. September 1946⁵⁸ an die Militärregierungen in Bayern, Groß-Hessen und Württemberg-Baden mußte die Verfassung einem Volksentscheid unterworfen werden. Dieser fand zusammen mit der ersten Landtagswahl am 1. Dezember 1946 statt. Sie wurde mit 2090440 gegen 870135 Stimmen angenommen. Wäre die Verfassung abgelehnt worden, hätte der neu gewählte Landtag als Verfassunggebende Landesversammlung tätig werden müssen.

d) Civil Service and Administrative Courts Branch (Administrative Agencies Branch)

Die Civil Service and Administrative Courts Branch entstand am 1. Januar 1947 aus der Zusammenlegung von Civil Service Branch und Administrative Courts Branch. 1947 erhielt die Abteilung den Namen Administrative Agencies Branch. Sie war vor allem für das Beamtenwesen und die Verwaltungsgerichtsbarkeit zuständig.

Die Errichtung einer eigenen Civil Service Branch im Jahre 1946 beleuchtet den hohen Rang, den die Militärregierung einer Reform des Berufsbeamtentums einräumte.⁵⁹ Die Amerikaner nahmen starken Einfluß auf den Inhalt des bayerischen Beamtengesetzes vom 28. Oktober 1946,⁶⁰ das an die Stelle des Deutschen Beamtengesetzes vom 26. Januar 1937⁶¹ trat. Das bayerische Beamtengesetz von 1946 gab dem Beamten erstmals ein förmliches Beschwerderecht gegen für ihn nachteilige dienstliche Maßnahmen. Das 1937 beseitigte Recht auf Einsicht in die Personalakten stellte man wieder her. Auf besonderen Wunsch der Militärregierung schuf man nach dem Vorbild der amerikanischen Civil Service Commissions in Art. 47 und 57 ff. ein mit umfassenden Aufgaben betrautes Landespersonalamt. Es sollte von einem Generalsekretär geleitet werden und hatte Verzeichnisse über sämtliche Beamten und Beamtenstellen sowie Einstellungs-, Vorrückungs- und Wartestandslisten zu führen. Bei Stellenbesetzungen stand dem Landespersonalamt ein Auswahlrecht zu. Diese zentrale Personalbewirtschaftung stieß innerhalb der bayerischen Regierung auf starken Widerstand: Man verhinderte die Verankerung des Landespersonalamtes in der Verfassung und verzögerte die Ausführung des Gesetzes. Mitte 1948 beklagte sich daher die Civil Administration Division in ihrem Jahresbericht, daß vom demokratischen Geist des Beamtengesetzes nichts verwirklicht worden sei; vielmehr würde man die alte Unterscheidung zwischen Beamten, Angestellten und Arbeitern de facto weiter aufrecht erhalten. Bedenklich war nach Meinung der Militärregierung vor allem die Besetzungspraxis innerhalb der bayerischen Staatsverwaltung. Freiwerdende Stellen würde man für Nazis freihalten, bewährte Antifaschisten oder Flüchtlinge bei der Stellenvergabe benachteiligen. Die Hauptschuld an diesen Versäumnissen trugen nach Meinung der Civil Administration Division die führenden Mitglieder des Personalamtes, insbesondere dessen Generalsekretär Dr. Metz. Im September 1947 empfahl die Administrative Agencies Branch die Entlassung von Metz wegen Mißachtung von Bestim-

⁵⁸ BayHStA MA 11 0904.

⁵⁹ Vgl. dazu Benz: Versuche zur Reform, S. 220 ff.; Peterson: The American occupation of Germany, S. 248 ff. Art. 94 Abs. 2 der Bayerischen Verfassung erhielt auf Anregung der Amerikaner den Zusatz, daß den Bürgern die staatlichen Ämter nach ihrer Befähigung und ihren Leistungen offenstehen (Bayer. Verfassunggebende Versammlung: Stenographische Berichte II, S. 426).

⁶⁰ Bayer. GVBl., S. 349.

⁶¹ RGBl. I, S. 39.

mungen der Militärregierung. Die Entlassung kam aber wegen der ablehnenden Haltung von OMGUS zu diesem Zeitpunkt nicht zustande.⁶² Die Reform des Berufsbeamtentums gehörte zu den noch bis 1949 besonders forcierten Anliegen der Münchener Militärregierung. In einem umfangreichen Schreiben des Landesdirektors vom 7. Februar 1949 warf dieser der bayerischen Regierung schwere Versäumnisse vor:⁶³ „Seit Inkrafttreten des Bayer. Beamtengesetzes am 28. Oktober 1946 hat sich in steigendem Maße gezeigt, daß weder die demokratischen Ziele des Gesetzes, noch die Grundsätze der Militärregierung (Titel 4) verwirklicht worden sind [...] Es sollte damit aufgehört werden, ständig hauptamtliche Stellen mit Angestellten anstatt mit Beamten zu besetzen. Das Landespersonalamt sollte ein Einstufungssystem ausarbeiten; es sollte das jetzige Prüfungsverfahren überholen, um es von undemokratischen, kastenähnlichen Merkmalen zu befreien; es sollte mit seinen geheimen Sitzungen aufhören; es sollte dafür sorgen, daß offene Stellen durch Ausschreibung der Öffentlichkeit bekanntgemacht werden“. Um die Vorwürfe zu unterstreichen, wurden im Anhang mehrere Einzelfälle gebracht; das Resümee lautete: „Die angeführten Fälle beleuchten eindringlich das Versagen der zuständigen bayerischen Behörden, die durch die Militärregierung für den öffentlichen Dienst gegebenen Richtlinien zu beachten“. Am 17. Mai 1949 übersandte der Landesdirektor dem Ministerpräsidenten „Vorschläge zur Revision des Bayerischen Beamtengesetzes“.⁶⁴ OMGBY berief sich dabei, wie schon einige Male vorher, auf die in Titel 4 (Change 1 vom 12. Mai 1947) MGR niedergelegten Grundsätze. Auf bizonaler Ebene hatten die Amerikaner mehr Erfolg. Nachdem die Gesetzgebungsorgane des Vereinigten Wirtschaftsgebietes über lange Zeit hinweg passiven Widerstand geleistet hatten, setzte die Militärregierung am 18. Februar 1949 über den Kopf des Wirtschaftsrates hinweg das Gesetz Nr. 15 („Verwaltungsangehörige der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“) in Kraft, das den Unterschied zwischen Beamten und Angestellten beseitigte. In Bayern scheiterte OMGBY am einhelligen Widerstand von Regierung und Verwaltung. Die Reform des Berufsbeamtentums gehörte in Bayern zu den eindeutig verlorenen Schlachten der Militärregierung.

Wenig Probleme gab es dagegen bei der Wiedererrichtung der Verwaltungsgerichte, um die sich die Administrative Courts Branch kümmerte. Bayerische Rechtsgrundlage für die Wieder- und Neuerrichtung der Verwaltungsgerichte war das Gesetz Nr. 39 über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 25. September 1946.⁶⁵ Ursprünglich war die Eröffnung der Verwaltungsgerichte für den 15. Oktober 1946, des Verwaltungsgerichtshofs für den 15. Dezember 1946 vorgesehen. Wegen Personalmangels konnten am 13. Oktober aber nur die Verwaltungsgerichte München und Ansbach eröffnet werden. Der Verwaltungsgerichtshof München und das Verwaltungsgericht Regensburg nahmen am 13. Dezember 1946 ihre Arbeit auf. Die übrigen Verwaltungsgerichte eröffnete man bis zum 15. Januar 1947. Die Administrative Agencies Branch monierte, daß Flüchtlinge bei den Einstellungen trotz des großen Personalmangels kaum Berücksichtigung gefunden hätten. Dagegen stellte man bedenkenlos bayerische Juristen ein, die bei der Entnazifizierung als „Mitläufer“ klassifiziert worden waren.⁶⁶

Im April 1948 wurde die Administrative Agencies Branch mit der Koordinierung der Demokratisierungsmaßnahmen innerhalb der Civil Administration Division beauf-

⁶² OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. 1 ff.

⁶³ BayHStA MA 130828/318.

⁶⁴ BayHStA MA 130831/2273.

⁶⁵ Bayer. GVBl. 1946, S. 281.

⁶⁶ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. 4.

tragt. Im Juli 1948 richtete man auf Anordnung von CAD, OMGUS, ein eigenes Office of Democratization Coordinator ein, das für Kulturaustauschprogramme im politischen Bereich (Austausch von Beamten) sowie für das Bürgerrechtsprogramm („civil liberties“) der Militärregierung zuständig war. Das Amt sollte als „clearing house“ für Bürgerrechtsbeschwerden gegen bayerische Behörden dienen.⁶⁷ Im Juli 1949 entwickelte sich daraus die Civil Liberties and Citizenship Branch.

e) Governmental and Political Branch

Die Governmental and Political Branch ist das Ergebnis der seit März 1948 durchgeführten Umorganisationen innerhalb der Civil Administration Division. In ihr faßte man die ehemaligen Stammabteilungen zusammen. Die drastischen Personalreduzierungen seit Mitte 1948 verlangten auch eine Konzentration der Aufgabenstellung: Im Mittelpunkt der Bemühungen standen jetzt die für das Demokratieverständnis der Amerikaner zentralen Forderungen: Durchsetzung des Mehrheitswahlrechtes (Personenwahl), Förderung der Gewerbefreiheit, Freihalten der Wirtschaftsverbände von staatlichem Einfluß, Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Demokratisierung des Staatsdienstes.⁶⁸ Die Bemühungen um eine Reform des Berufsbeamtentums ist bereits oben (bei der Administrative Agencies Branch) geschildert worden. Auch sonst kämpfte die Abteilung mit erstaunlicher Hartnäckigkeit (unterstützt vom Landesdirektor) bis Ende 1949 um die Verwirklichung ihres aus heutiger Sicht modernen Demokratiekonzepts. Wenn später durch die Weiterentwicklung des deutschen Verfassungsrechts und vor allem durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ein Großteil der amerikanischen Wünsche doch noch verwirklicht wurde, so zeigt das, wie vorausschauend die amerikanische Demokratisierungspolitik in Deutschland und Bayern war.

Im Februar 1949 war die jetzt sogenannte Government and Politics Branch in folgende Sections gegliedert:⁶⁹

Übersicht 40: Organisation der Government and Politics Branch, CAD, OMGBY, Februar 1949

- Political Activities Section
- State Government Section
- Local Government and Administrative Agencies Section
- Legislation and Civil Service Section
- CAD Office at Staatskanzlei

Leiter der neuen Branch war John P. Bradford, bisher Chef der Governmental Structures Branch.

Einige der besonders spektakulären Aktionen der Branch seien im folgenden kurz geschildert: Eines der schon bei den Verfassungsberatungen in die Diskussion gebrachten Hauptanliegen der Amerikaner waren die im Militärregierungsgesetz Nr. 56 vom 12. Februar 1947 und in 13–120, MGR, niedergelegten Prinzipien für die Organisation von Geschäfts- und Berufsverbänden (Non-Governmental Business and Professional Associations). Diese Verbände waren nach den amerikanischen Bestimmungen nur zulässig, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllten: Freiwillige und gleiche Mit-

⁶⁷ Ebenda, S. LIV f.

⁶⁸ Ebenda, S. XXXXVII f.

⁶⁹ 11/132–2/38–3.

gliedschaft, demokratische Organisation, keine Beschränkung des freien Wettbewerbs, keine Ausübung von Regierungsbefugnissen (vgl. den von den Amerikanern durchgesetzten Art. 179 der Bayerischen Verfassung!) und schließlich keine staatliche Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Diese Forderungen bildeten den Anlaß zu zahlreichen Kontroversen zwischen Militärregierung und bayerischer Regierung.

Beispielsweise kritisierte die Militärregierung immer wieder Versuche der Regierung, dem Bayerischen Bauernverband den Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zu verleihen. In einem Schreiben vom 19. März 1948 erläuterte OMGUS die Politik der Militärregierung zu diesem Fragenkomplex.⁷⁰ Auch vor direkten Eingriffen in die Gesetzgebung scheuten die Amerikaner nicht zurück, wenn es galt, die genannten Prinzipien durchzusetzen: So hob OMGBY mit Befehl Nr. 12 am 21. Januar 1949 das Gesetz über die Errichtung einer Marktordnung für die Ernährungswirtschaft des Landes Bayern vom 24. August 1948⁷¹ sowie die dazu ergangenen Erlasse und Vorschriften auf, weil das Gesetz einmal zu unbestimmt formuliert war und außerdem berufsständische Organisationen zur Ausübung von Regierungsgewalt ermächtigte.⁷²

Schon bei den Verfassungsberatungen hatten sich die Amerikaner für das Mehrheitswahlrecht bzw. für die Personenwahl eingesetzt, allerdings ohne nennenswerten Erfolg. So bemühte man sich bei den Wahlgesetzen um eine verstärkte Durchsetzung dieses Prinzips. Beim Gemeindevahlgesetz und beim Landeswahlgesetz gelang das nur teilweise.⁷³ Auch hier griff man durch Suspendierungen in die Gesetzgebungsautonomie des bayerischen Landtages ein: Mit Befehl Nr. 20 vom 30. Juni 1948 suspendierte OMGBY Art. 45 Abs. 2–4 des Landeswahlgesetzes wegen unzulässiger Einschränkung des Wählerwillens.⁷⁴

Auf Befehl von OMGBY vom 3. September 1948⁷⁵ wurde die mit Zustimmung des Landtags vom Innenministerium erlassene Niederlassungsordnung für Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Dentisten vom 5. Mai 1948⁷⁶ mit Wirkung zum 1. Dezember für nichtig erklärt, da die Verordnung die Niederlassung unzulässig beschränke und darüber hinaus den Berufsverbänden bei der Niederlassungsgenehmigung staatliche Hoheitsbefugnisse einräume. Der Landtag erließ daraufhin das Gesetz zur Regelung des ärztlichen Niederlassungswesens vom 23. Dezember 1948.⁷⁷ Auch dieses Gesetz mißfiel einigen OMGUS-Mitarbeitern (insbesondere US-Decartelization Element, BICO). Da sich die zuständigen Abteilungen bei OMGUS offensichtlich nicht einigen konnten, blieb dem Gesetz das Schicksal nochmaliger Aufhebung erspart.⁷⁸

Mit Schreiben vom 18. Dezember 1948⁷⁹ erinnerte OMGBY die bayerische Regierung an die seit 16. März 1948 geltenden Bestimmungen der MGR (11–110ff., früher 13–120ff.), durch die alle Genehmigungspraktiken im Gewerbebereich, die dem Gleichheitsgrundsatz widersprachen, ausdrücklich untersagt worden waren (so auch Militär-

⁷⁰ BayHStA MA 130818/1079.

⁷¹ Bayer. GVBl. 1948, S. 159.

⁷² BayHStA MA 130827/162; Bayer. GVBl. 1949, S. 33.

⁷³ Gesetz Nr. 103 über die Wahl der Gemeinderäte und der Bürgermeister vom 27. 2. 1948 (Bayer. GVBl. 1948, S. 19); Landeswahlgesetz vom 29. 3. 1949 (Bayer. GVBl. 1949, S. 69).

⁷⁴ BayHStA MA 130833/2999.

⁷⁵ BayHStA MA 130822/2373.

⁷⁶ Bayer. GVBl. 1948, S. 85.

⁷⁷ Bayer. GVBl. 1949, S. 2.

⁷⁸ BayHStA OMGUS Legal Division 16/2477.

⁷⁹ BayHStA MA 130826/3510. Vgl. dazu Boyer: Handwerksordnung oder Gewerbeordnung.

regierungsgesetz Nr. 56 vom 12. Februar 1947). Das Schreiben führte dann weiter aus: „Nach Überprüfung der im Lande Bayern in Kraft befindlichen *Lizenzierungsgesetze* ist die Militärregierung für Bayern der Ansicht, daß sie die Entwicklung einer freien demokratischen Wirtschaft beeinträchtigen und die volle Ausschöpfung der wirtschaftlichen Möglichkeiten [...] behindern, da sie von allen Personen, die neue Geschäfte vergrößern möchten, den Nachweis des ‚wirtschaftlichen Bedürfnisses‘ für ihr Vorhaben und ihre persönliche ‚Zuverlässigkeit‘ verlangen. Es wird deshalb die Aufhebung oder Abänderung des Gesetzes Nr. 42 über die Errichtung gewerblicher Unternehmen vom 23. September 1946⁸⁰ gefordert.“

Noch deutlicher drückte sich dann OMGBY einen Monat später aus: In einem Schreiben vom 31. Januar 1949⁸¹ an die bayerische Staatsregierung stellte man klar, daß alle Gesetze, Verordnungen und Vorschriften, die gewerbliche Lizenzierungen regeln, vollständig aufgehoben seien, soweit sie den im Schreiben vom 18. Dezember 1948 genannten Grundsätzen widersprachen. Daraufhin arbeitete das Wirtschaftsministerium den Entwurf eines Gesetzes über die Gewerbefreiheit aus, in dem die Lizenzierungsfälle nach den Vorstellungen der Militärregierung aufgelistet wurden. Die Bemühungen der bayerischen Regierung waren indes nach Meinung der Militärregierung noch nicht zufriedenstellend, so daß der Landesdirektor am 5. April 1949⁸² unter Hinweis auf die vorhergehenden Schreiben noch einmal klarstellte: „Es ist der feste Grundsatz der Militärregierung, daß das System der Lizenzierung von Tätigkeiten durch Einzelpersonen, Gesellschaften, Vereinigungen, Verbänden oder sonstigen juristischen Personen, gleichgültig auf welchem Gebiet, undemokratisch ist und grundsätzlich nicht gebilligt werden kann“. Ausnahmen seien nur dort zulässig, wo durch die betreffenden Tätigkeiten Belange der öffentlichen Gesundheit, Sicherheit und Wohlfahrt berührt werden.

Auch in der Diskussion um den Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung griff OMGBY ein: Am 17. Januar 1949 legte man im Anschluß an eine Denkschrift des Innenministeriums („Demokratisierung der Verwaltung“) eine eigene Stellungnahme zum weiteren Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung vor („Grundsätze für einen demokratischen Ausbau der Kommunalverwaltung“).⁸³

f) *Public Safety Branch*

Innerhalb des Regional Military Government Detachment (E1F3) wurde am 17. Mai 1945 ein Public Safety Office eingerichtet, dem zwei Tage später eine Special Branch eingegliedert wurde.⁸⁴ Ursprüngliche Aufgabe der Public Safety Branch war der Wiederaufbau der deutschen Polizeikräfte und der deutschen Feuerwehren, ihre Entnazifizierung und Überwachung. Sodann war Public Safety Branch im Zusammenwirken mit CIC und anderen amerikanischen Sicherheitsbehörden für die allgemeine Sicherheit verantwortlich.

Die Grundlage für die Arbeit dieser Sicherheits- und Polizeiabteilung der Militärregierung (Ansprechpartner auf deutscher Seite war die Polizeiabteilung des Innenministeriums) bildete Abschnitt VIII der Direktive vom 7. Juli 1945. Danach mußte der Wiederaufbau der aufgelösten Polizeiverbände auf lokaler Ebene beginnen. Alle Ge-

⁸⁰ Bayer. GVBl. 1946, S. 299.

⁸¹ BayHStA MA 130827/230.

⁸² BayHStA MA 130830/989.

⁸³ BayHStA MA 130827/140.

⁸⁴ 10/85-3/5.

meinden über 5000 Einwohner sollten eine eigene Polizei als Bestandteil der Gemeindeverwaltung haben. Die Landpolizei für Gemeinden unter 5000 Einwohner organisierte man auf Regierungsbezirksebene. Die in der Direktive vom 7. Juli 1945 vorgesehene bayerische Grenzpolizei wurde durch Verordnung des Innenministerium vom 15. November 1945 mit einer Landesgrenzpolizeidirektion in München eingerichtet. Im Dezember führten amerikanische Spezialisten die bayerische Polizei in die Technik der Fingerabdruckaufnahme ein. Das in der Direktive vom 7. Juli 1945 genannte Landeserkennungsamt nahm erst 1946 seine Arbeit auf. Ende des Jahres 1945 begann man mit der Wiederbewaffnung der Polizei. Diese mußte nach Anweisung von US-FET unter Kontrolle des Ministerpräsidenten durchgeführt werden.⁸⁵

Das in der Direktive vom 7. Juli 1945 (Abschnitt VIII) streng durchgehaltene Prinzip der Dezentralisierung der Polizeikräfte wurde durch die USFET-Anweisung vom 21. Januar 1946⁸⁶ durchbrochen, in der die Militärregierungen in Bayern, Groß-Hessen und Württemberg-Baden veranlaßt wurden, eine Landespolizei auf Länderebene ins Leben zu rufen. Die Organisationsbestimmungen für den Aufbau der Landpolizei von Bayern genehmigte die Militärregierung durch Schreiben vom 26. März 1946 mit Wirkung vom 5. April 1946. Interessanterweise unternahm im Herbst 1946 die Governmental Structure Branch Versuche, diese Zentralisierung der Polizei wieder rückgängig zu machen, was jedoch die Public Safety Branch aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zurückwies.⁸⁷

Den Abschnitt VIII der Direktive vom 7. Juli 1945 ersetzte man seit dem 1. Februar 1946 durch Tit. 9, MGR, der in der Folgezeit mehrfach entscheidend geändert wurde, insbesondere nachdem die deutschen Sicherheitsorgane zunehmend mehr Verantwortung erhielten.

Am 11. März 1947 beauftragte man die bayerische Grenzpolizei mit der zivilen Grenzüberwachung. Parallel dazu zogen sich die Einheiten der US Constabulary von der Grenze zurück. Seit Juni 1948 überließen die Amerikaner die Grenzkontrolle vollständig den deutschen Stellen. Die größten Probleme beim Aufbau der bayerischen Grenzpolizei waren die zu geringe Mannschaftsstärke und die fehlenden Transportmöglichkeiten. Beides bemängelte die Militärregierung am 21. April 1947.⁸⁸ Am 1. August 1947 ging die Befugnis zur Ausgabe von Grenzübertrittsscheinen von den Liaison and Security Offices auf die Grenzpolizei über. Im August 1948 hob man schließlich die Grenzstationen zwischen der amerikanischen und der französischen Besatzungszone auf.

Mit großer Sorgfalt wachte die Militärregierung über die in 9-200, 9-211, 9-411 und 9-430, MGR, niedergelegten Prinzipien der Dezentralisierung, der Selbständigkeit der Gemeindepolizei und der weitestgehenden Beschränkung der Normgebung durch die Exekutive. Mit Schreiben vom 1. Oktober 1947 ordnete OMGBY an, daß ein Erlaß des Innenministers vom 21. Mai 1947, mit dem Vorschriften für die Organisation der Stadtpolizeidirektionen und ein Handbuch für die Organisation der Stadt- und Gemeindepolizei in Bayern in Kraft gesetzt werden sollten, wegen Verstosses gegen die genannten Bestimmungen für nichtig erklärt werden sollte.⁸⁹ Als ein besonderes Verdienst der Besatzungspolitik darf die nach 1945 erfolgte Ausgliederung der Verwaltungspolizei aus dem Polizeibereich gelten.⁹⁰ Nach 9-235, MGR, war den deut-

⁸⁵ Wochenbericht Nr. 33 (10/85-3/6-5).

⁸⁶ AG 014.1 – GEC – AGO vom 21.1.1945.

⁸⁷ BayHStA Präsidium der bayerischen Landpolizei 12.

⁸⁸ BayHStA MA 130807.

⁸⁹ BayHStA MA 130811.

⁹⁰ Vgl. dazu Mayer: Bayerns Polizeirecht.

schen Polizeistellen das Tätigwerden in allen Dingen verboten, die nicht mit dem Schutz von Leben und Eigentum, der Erhaltung des Friedens und der Verhinderung und Aufdeckung von Verbrechen zusammenhingen. OMGBY wachte beharrlich darüber, daß die Polizei keine Verwaltungsaufgaben durchführte, und mahnte entsprechende Überschreitungen immer wieder ab.⁹¹

Ein großes Anliegen war für OMGBY der Kampf gegen willkürliche Maßnahmen der Polizei bei Festnahme von Personen, Durchsuchung von Wohnungen und Beschlagnahme von Eigentum. In einem Schreiben des Landesdirektors an Ministerpräsident Ehard vom 5. April 1949 wurde bemängelt, daß bei den insgesamt 54 000 Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen des letzten Jahres in der Regel kein Durchsuchungsbefehl vorlag.⁹² Dies würde sowohl der Proklamation Nr. 3 des Kontrollrats als auch dem in der bayerischen Verfassung verankerten Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum widersprechen. Auch sonst erteilten die Amerikaner der deutschen Polizei keine guten Zensuren. In einem Bericht vom Februar 1949 heißt es etwa: „MG inspections have revealed the presence of strong factors within Bavarian public safety agencies tending towards the creation of a police state“.⁹³

Die Überwachung der deutschen Polizeidienststellen vor Ort war Aufgabe der jeweiligen Public Safety Officers des Detachments bzw. des Liaison and Security Office. Zusätzlich wurden am 1. Juli 1946 auf Regierungsbezirksebene Field Supervisory Teams eingerichtet.⁹⁴ Sie bestanden aus zwei Offizieren (Chief of the Field Team und Public Safety Officer) sowie einem Angestellten. Für diese fünf Field Teams (in München, Augsburg, Nürnberg-Ansbach, Regensburg und Würzburg) war eine Field Supervisory Section der Public Safety Branch zuständig. Durch eine Änderung des Titels 9, MGR, vom 19. Januar 1948 (die der bayerischen Regierung am 10. Februar übermittelt wurde) sollte jede Einmischung der Liaison and Security Offices in die Tätigkeit der deutschen Polizeidienststellen beseitigt werden.⁹⁵ Im Januar zog man alle Public Safety Officers aus den Liaison and Security Offices ab. Die Überwachungsaufgaben übernahmen jetzt die Field Teams.⁹⁶ Ende 1948 wurde dann die Überwachung der deutschen Polizei auf Landkreis- und Regierungsbezirksebene ganz eingestellt.⁹⁷

Auch bei der Organisation des Feuerwehrwesens war OMGBY auf weitestgehende Dezentralisierung bedacht. Die entsprechende Militärregierungspolitik war in 9-700, 9-701 und 9-704, MGR, niedergelegt. Unter Hinweis auf diese Bestimmungen monierte OMGBY bei der bayerischen Regierung am 12. Mai 1948,⁹⁸ daß bei der Wahl der örtlichen Feuerwehrchefs eine Bestätigung der Regierung bzw. des Landesamtes für Feuerschutz⁹⁹ gefordert worden wäre. Am 3. September 1948 wies OMGBY erneut darauf hin, daß von keiner Regierungsstelle oberhalb der Landkreisebene eine Kontrolle über die Feuerwehren ausgeübt werden dürfe.¹⁰⁰ Die Staatsregierung wurde

⁹¹ Mit Schreiben vom 27.1.1949 an den bayerischen Ministerpräsidenten monierte der Landesdirektor, daß die Nürnberger Stadtpolizei Theaterlizenzen, Lotteriegenehmigungen u. ä. erteilte (BayHStA MA 130827).

⁹² BayHStA MA 130829/949; OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LIII.

⁹³ 11/132-2/38.

⁹⁴ OMGBY: Annual Historical Report 1946/47, S. 148.

⁹⁵ 5/361-2/36; BayHStA MA 130815/390.

⁹⁶ 13/127-2/5.

⁹⁷ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LII.

⁹⁸ BayHStA MA 130819/1350.

⁹⁹ Ende 1945 erließ USFET eine Direktive über die Errichtung von Landesstellen zur Feuerverhütung; Wochenbericht Nr. 33 (10/85-3/6-5).

¹⁰⁰ BayHStA MA 130822/2372.

aufgefordert, den lokalen Feuerwehrchefs Kopien der in Teil 7 des Titels 9, MGR, niedergelegten Bestimmungen zuzusenden.

g) Public Health Branch

Am 18. Mai 1945 nahm in München eine Public Health and Welfare Branch des Regional Military Government Detachments mit etwa 52 Offizieren und 220 Soldaten die Arbeit auf.¹⁰¹ Leiter dieser Abteilung war Lt.Col. Charles D. Shields, dessen deutscher Ansprechpartner der Leiter der im Juni ins Leben gerufenen Gesundheitsabteilung des Innenministeriums, Dr. Gustav Seiffert, war. Die ersten Maßnahmen der Public Health and Welfare Branch dienten der Verhütung von Epidemien bei den amerikanischen Truppen, den Displaced Persons und der deutschen Zivilbevölkerung. In der Woche bis 15. Juni 1945 waren im Raum München 221 Typhusfälle gemeldet worden. Weitere Aufgaben dieser Abteilung waren die Betreuung der befreiten KZ-Insassen und die Neuorganisation des Gesundheitswesens. Mit der Wiedererrichtung der bayerischen Gesundheitsverwaltung, die im wesentlichen schon Ende 1945 abgeschlossen war, beschränkte sich die Arbeit der Public Health and Welfare Branch auf die Überwachung der deutschen Behörden.

Seit April 1946 unterstand die Branch der Internal Affairs and Communications Division. Im Juli wurden die Welfare-Aufgaben einer eigenen Public Welfare Branch übertragen. Die Public Health Branch war danach in folgende Sections gegliedert:

Übersicht 41: Organisation der Public Health Branch, CAD, OMGBY, Juli 1946

- Medical Section
- Dental Affairs Section
- Veterinary Section
- Sanitary Section
- Nursing and Hospital Section
- Supply Section
- Nutrition Section

1946 kam als neue Aufgabe die medizinische Betreuung von Flüchtlingen hinzu. Die Militärregierung veranlaßte in diesem Zusammenhang die Einrichtung von 35 Flüchtlingsstationen. Sehr in Anspruch genommen wurde die Abteilung durch die stark um sich greifenden Geschlechtskrankheiten, zu deren Behandlung eigene Spezialkrankenhäuser eingerichtet wurden. Hier mußte die Branch besonders Verbindungsaufgaben zwischen deutschen Behörden und amerikanischen Armee-Einheiten wahrnehmen. Zum Leidwesen der Branch kümmerten sich die amerikanischen Armee-Einheiten wenig um die Zuständigkeiten der deutschen Stellen.¹⁰² 1948 mußte sich die Branch auch mit der bayerischen Gesetzgebung zum ärztlichen Zulassungsrecht befassen. Sie wandte sich vor allem gegen die Übertragung von quasi richterlicher und staatlicher Gewalt an ärztliche Interessenverbände.¹⁰³

¹⁰¹ OMGBY: Annual Historical Report 1945/46. Shields war schon vorher in München tätig und wurde zuerst dem lokalen Detachment F1F3 zugeteilt. Gemäß TWX vom 28.3.1945 an die 12., 6. und 21. Armeegruppe wurden sämtliche Public Health Tätigkeiten dem Office of Chief Surgeon, SHAEF, (und nicht G-5) unterstellt. Ansprechpartner der in München tätigen Public Health Offiziere waren daher die Surgeons der 3. und 7. Armee (10/85-3/5-1).

¹⁰² OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LI.

¹⁰³ Ebenda.

Das für Gesundheitswesen zuständige Personal wurde zwischen 1945 und 1946 besonders stark abgebaut. Mitte 1946 bestand die Public Health Branch nur noch aus drei amerikanischen Mitarbeitern. Bei der Übernahme durch CAD im Sommer 1948 stand der Branch nur ein amerikanischer Arzt zur Verfügung. Der erste Leiter der Abteilung im Mai 1945 war Lt.Col. Charles D. Shields, sein Nachfolger wurde im Frühjahr 1946 Lt.Col. E. Ross Jenney. Dieser wurde im Juli 1948 von Robert I. Hood abgelöst.

h) Public Welfare (and DP) Branch

Seit Juli 1946 arbeitete unter der Internal Affairs Division eine eigene (von der Public Health Branch getrennte) Public Welfare Branch. Nach der Auflösung der Internal Affairs Division kam die Welfare Branch zur Civil Affairs Division und nannte sich Public Welfare and DP Branch. Sie besaß zwei Unterabteilungen: eine Child Welfare Section sowie eine DP and Refugee Section (1948). Die korrespondierenden deutschen Behörden waren für die Welfare Officers und die Welfare Branch vor allem die entsprechenden Abteilungen des Innenministeriums, der Flüchtlingskommissar und das Landesjugendamt.

Die ersten Welfare Officers der Militärregierung hatten 1945 vor allem mit der Rückführung der verschleppten Personen (Displaced Persons) zu tun. Sie kümmerten sich um die Wiedererrichtung privater Wohlfahrtsorganisationen und des Roten Kreuzes, um die Organisation von Hilfsprogrammen (Notverpflegungen, Schulspeisungen, CARE-Programm) und später um die Betreuung von Flüchtlingen. Die Zuständigkeit für die Flüchtlinge erhielt die Public Welfare Branch am 28. August 1948, nachdem ihr die Displaced Persons and Refugee Section (vorher bei der Plans and Operations Branch) eingegliedert worden war.¹⁰⁴ Das Flüchtlingsproblem ist von den Amerikanern schon 1945 als rein deutsche Angelegenheit betrachtet worden, was allerdings gewisse Einflußnahmen und Anregungen nicht ausschloß. So drängte die Militärregierung beispielsweise immer sehr energisch, die Flüchtlinge vorbehaltlos und gleichberechtigt in Bayern einzugliedern. Die Amerikaner bestanden daher darauf, daß Flüchtlinge nur vorübergehend in Lager untergebracht wurden. Auch das Verbot der Gründung reiner Flüchtlingsparteien sollte dieser Grundtendenz amerikanischer Besatzungspolitik – vorbehaltlose Eingliederung der Flüchtlinge in die bayerische Bevölkerung – dienen. Verdienstvoll waren die Anregungen der Branch bei der Ausbildung von „youth welfare workers“, bei der neueste wissenschaftliche Erkenntnisse der Jugendwohlfahrt zugrunde gelegt werden konnten. Nicht gelungen ist den Amerikanern die Durchsetzung einer ausreichenden Jugendwohlfahrtsgesetzgebung.¹⁰⁵

Der erste 1945 in München tätige „Chief Welfare Officer“ war Capt. W. Stainton. Ihm folgte im Oktober 1945 Capt. Herman Auerbach. Im Februar 1946 findet sich Louis M. Miniclier als ziviler Leiter der damaligen Welfare Section (Branch). Seit 1948 leitete William R. Gosser die Branch.

Personalmäßig war die Abteilung immer sehr schwach besetzt. Im März 1946 zählte die Branch drei Mitarbeiter in München und fünf Field Representatives im Außendienst. Durch die Übernahme der Displaced Persons and Refugee Section im August 1946 kamen 15 neue Mitarbeiter hinzu, doch bereits im T/O vom Oktober 1948 zählte die Branch nur noch drei Mitarbeiter mit ausschließlich beratender Funktion.

¹⁰⁴ Um diejenigen verschleppten Personen, die nicht repatriierbar waren, kümmerte sich UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration). 1947 (April) waren in Bayern noch 241 866 DP's bei UNRRA registriert.

¹⁰⁵ OMBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LIII f.

i) *Special Branch (Denazification Branch)*

Am 19. Mai 1945 wurde dem Safety Office des Regional Military Government eine Safety Branch angegliedert, deren Aufgabe die zentrale Durchführung von Entnazifizierungsmaßnahmen war. Die notwendigen Ermittlungen dieser Branch stützten sich insbesondere auf das zur Verfügung stehende deutsche Aktenmaterial sowie auf Fragebögen, die von den Betroffenen auszufüllen waren. Man begann mit der Auswertung von Fragebögen derjenigen Personen, die bei der Militärregierung beschäftigt werden sollten oder die bei deutschen Ämtern noch in Schlüsselpositionen tätig waren bzw. dort eingestellt werden sollten. Dabei arbeitete die Special Branch mit der 45th Division, CIC, der Civil Service Records Unit sowie der Münchener Polizei zusammen.¹⁰⁶ Auch die anderen Abteilungen der Militärregierung führten Entnazifizierungsmaßnahmen durch. Einheitliche Entnazifizierungsrichtlinien besaßen die Amerikaner beim Einmarsch in Deutschland nicht. Col. Eugene Keller vom Münchener Detachment wandte beispielsweise die Direktive der 6. Army Group (vom 30. März 1945) an. Eine einheitliche Regelung brachte dann die Direktive vom 7. Juli 1945.¹⁰⁷

Nach dem Inkrafttreten des Befreiungsgesetzes, durch das die Entnazifizierungsmaßnahmen in die Hände der Deutschen gelegt wurden, wurden die Kontrollfunktionen, die sich die Amerikaner noch vorbehalten hatten, bei der Special Branch zentralisiert. Diese war am 24. Mai 1946 von der Safety Branch getrennt¹⁰⁸ und zu einer selbständigen Abteilung gemacht worden. Nun war die Hauptaufgabe der Abteilung die Unterstützung und Kontrolle des neu geschaffenen Sonderministeriums und der dem Ministerium untergeordneten Stellen (Spruchkammern, Berufungskammern und Arbeitslager). Organisation und Tätigkeit der im Zusammenhang mit dem Befreiungsgesetz neu formierten Special Branch brachte Tit. 9 Teil 8, MGR. Einzelheiten des Verfahrens finden sich in den „Instructions to Public Safety Special Branches for Denazification under the ‚Law for Liberation from National Socialism and Militarism‘“, die OMGUS am 17. Mai 1946 publizierte.

Am 1. Januar 1947 gliederte sich die Abteilung in die folgenden Unterabteilungen:

Übersicht 42: Organisation der Special Branch, CAD, OMGBY, 1. Januar 1947

- Administrative Section
- Field Operations Section
- Labor Camps and Prisons Section
- MG Denazification Section
- German Denazification Section
- Special Investigation Section

Bei allen lokalen Detachments waren unter der Oberaufsicht der Special Branch (die man im Oktober 1947 in Denazification Branch umbenannte) Special Branch Sections (= Liaison and Security Detachment Special Branches) tätig. Diese kümmerten sich vor allem um die lokalen Spruchkammern. Die Urteile der Spruchkammern konnten überprüft und durch Anweisungen an das Sonderministerium korrigiert werden. Die Berufungskammern wurden von Special Branch Advisory Teams überwacht. Für die Arbeitslager war die Labor Camp Section¹⁰⁹ zuständig.

¹⁰⁶ 10/85–3/5–1.

¹⁰⁷ Vgl. dazu und zum folgenden Niethammer: Entnazifizierung, S. 50 ff.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 349 f.

¹⁰⁹ Ebenda, S. 455 f.

Die im Herbst 1946 artikulierte Kritik der Amerikaner an der deutschen Entnazifizierungspraxis steigerte auch die Bedeutung der Special Branch. Wie sehr die Amerikaner auch weiterhin die deutschen Entnazifizierungsmaßnahmen überwachten, zeigt die OMGUS-Direktive vom 21. September 1946 („Removal of Important German Officials“) sowie die Änderung von Titel 9 Teil 8, MGR (Special Branch Operations) vom 22. November 1946.

Zu Beginn des Jahres 1948 wies die Denazification Branch die folgende Organisation auf:

Übersicht 43: Organisation der Denazification Branch, CAD, OMGBY, Anfang 1948

Nach der Auflösung der Internal Affairs Division kam die Denazification Branch am 1. Februar 1948 zur Civil Administration Division. Die OMGUS-Direktive vom 4. Mai 1948 beseitigte 9-830 und 9-831, MGR, sowie Militärgesetz Nr. 8 und alle darauf basierenden Verordnungen. Die Überwachung der Spruchkammern wurde mit Ausnahme derjenigen Fälle eingestellt, in denen die Militärregierung neue Beweismittel besaß oder in denen grobe Verfahrensmängel bekannt geworden waren.

Damit war eine der wesentlichsten Aufgaben der Denazification Branch beendet. Im Dezember 1948 schloß die Militärregierung ihr Entnazifizierungsprogramm offiziell ab. Bereits im September 1948 war die Denazification Branch in das Office of the Denazification Adviser umgewandelt worden. Die bisherigen Teams arbeiteten nun als Außenstellen des neuen Amtes. Auskünfte, die bisher die Militärregierung erteilt hatte (insbesondere Auskünfte aus dem Document Center) vermittelte jetzt das Sonderministerium. Am 30. Juni 1949 löste man schließlich auch das Office of the Denazification Adviser auf.

Das Personal der Special Branch erreichte im Juli 1946 mit 72 Mitarbeitern seinen Höchststand, wobei der größte Teil der Mitarbeiter bei den Inspection Teams tätig war. Im Juli 1947 zählte die Branch 47, am 13. Oktober 1948 nur noch zehn Mitarbeiter. Leiter der Abteilung war Mitte 1946 Major Edwin C. Johnson, der im März 1947 von William E. Griffith abgelöst wurde. Im Herbst 1948 folgte diesem der neue Denazification Adviser Curtis H. Shell.

5. Education and Cultural Relations Division

a) Organisation

Mit Fragen der Erziehung und der Religionsgemeinschaften befaßten sich nach dem Einmarsch der Amerikaner die Education and Religious Officers der Militärregierung.¹¹⁰ In München waren es zuerst die Offiziere des Münchener Lokaldetachments F1F3 (Capt. W. M. Landeen und Lt. Earl E. Chisamore) und seit dem 21. Mai 1945 die Education and Religious Affairs Section des Regional Military Government Detachments E1F3, die überregional für diese Sachbereiche zuständig war. Später wurde diese Abteilung der Militärregierung als Education and Religious Affairs Branch der Internal Affairs and Communications Division unterstellt.

Im Jahre 1946 (Organisationsplan vom 17. Juli 1946) verfügte die Branch über 28 Mitarbeiter, darunter neun Field Representatives und fünf Research Assistants. Die Branch war in folgende Sections untergliedert:¹¹¹

Übersicht 44: Organisation der Education and Religious Affairs Branch, IACD, OMGBY, Juli 1946

- Higher Education and Teacher Training
- Elementary Education
- Secondary Education and Special Schools
- Youth Activities
- Religious Affairs

Dieses Organisationsschema wurde auch nach der für den 1. Januar 1947 angeordneten Personalreduzierung auf 21 Mitarbeiter beibehalten. Im Organisationsplan vom 1. Juli 1947 differenzierte man (bei einer gleichbleibenden Zahl von 21 amerikanischen Mitarbeitern) die Organisation:

Übersicht 45: Organisation der Education and Religious Affairs Branch, IAD, OMGBY, Juli 1947

¹¹⁰ Vgl. allgemein Wenisch: Das Schriftgut der „Education and Cultural Relations Division“, S. 202–209.

¹¹¹ OMGBY: Annual Historical Report 1945/46, S. 134.

Übersicht 46: Organisation der Education and Cultural Relations Division, OMGBY, Mai 1948

Im Zuge der Auflösung der Internal Affairs Division entstand aus der Education and Religious Affairs Branch im Februar 1948 eine eigene Division mit dem Namen Education and Cultural Relations Division.¹¹² Die Umorganisation ging von OMGUS aus, wo Clay die Erziehungsabteilung ausbaute, umbenannte (Education and Cultural Affairs Division) und sich unmittelbar unterstellte.¹¹³ Eine ähnliche Aufwertung und Umbenennung der Erziehungsabteilungen findet sich seit dem 1. März 1948 auch bei den anderen Ländern.¹¹⁴ Die neue Division wurde in eine Education Branch, eine Religious Affairs Branch und eine Group Activities Branch gegliedert. Im April kam noch eine Cultural Exchange Branch dazu. Die Aufgaben der Youth Activities Section, der General Education Section sowie der Women's Affairs Section übernahm man im wesentlichen von der Group Activities Branch, die der Higher Education Section und der Teacher Training Section von der Education Branch.

Im Zuge der Umorganisation verbesserte sich auf Veranlassung von OMGUS und des neuen Leiters der Erziehungsabteilung, Hermann B. Wells,¹¹⁵ die Personalausstattung der Abteilung erheblich. Waren es noch im Februar 1948 15 Mitarbeiter, so sah der Organisationsplan vom Mai 1948 bereits 31 Mitarbeiter vor. Die Organisation der Division ist in Übersicht 46 dargestellt.

Wie in den anderen Ländern wurde nach dem Vorbild und auf Anregung von OMGUS¹¹⁶ die Zuständigkeit für Theater und Musik, die bisher von der Film, Theater and Music Branch, Information Control Division, wahrgenommen worden war, im Juli 1948 auf die Education and Cultural Relations Division übertragen. Zu diesem Zweck wurde die Cultural Exchange Branch zu einer Cultural Affairs Branch ausgebaut. Für die bessere Zusammenarbeit mit OMGUS war von Bedeutung, daß im Juni/Juli 1948 die Education and Cultural Division, OMGUS, nach Nürnberg verlegt worden war. Die Universitätsangelegenheiten erfuhren durch die Gründung einer eigenen University Branch am 2. November 1948 eine erhebliche Aufwertung.¹¹⁷ Das Personal der Division wuchs gegen Ende des Jahres noch an. Im Dezember zählte sie 35 Mitarbeiter. Dazu kamen in der zweiten Jahreshälfte 1948 mehrere Spezialisten für Erziehungs- und Gruppenarbeit, die jeweils nur für 60 Tage tätig waren.¹¹⁸ Auch im Jahre 1949 konnte die Education and Cultural Relations Division ihren Personalstand von 35 Mitarbeitern im wesentlichen unverändert halten. Keine andere Abteilung der Militärregierung wurde in ähnlicher Weise vom allgemeinen Personalabbau verschont.¹¹⁹ Zu Beginn des Jahres 1949 wies die Division folgende Organisation auf:

Übersicht 47: Organisation der Education and Cultural Relations Division, OMGBY, Anfang 1949

- Education Branch
- Religious Affairs Branch
- Cultural Affairs Branch
- Group Activities Branch
- University Branch

¹¹² General Order, OMGBY, Nr. 4, 25.2.1948.

¹¹³ Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 335; General Order, OMGUS, Nr. 6, 18.2.1948; Thron: Schulreform, S. 133.

¹¹⁴ Siehe S. .

¹¹⁵ Thron: Schulreform, S. 133 f.

¹¹⁶ General Order Nr. 22, OMGUS, vom 23.6.1948 (13/127–2/5).

¹¹⁷ General Order Nr. 18, OMGBY, vom 2.11.1948.

¹¹⁸ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXI.

¹¹⁹ 13/141–2/1–2.

Im Rahmen des amerikanischen Reorientierungsprogrammes beauftragte man die Education and Cultural Relations Division mit Leitungsfunktionen: Am 19. April 1948 wurde ein abteilungsübergreifendes Reorientation Committee eingerichtet, dessen Vorsitzender der Chef der Education and Cultural Relations Division und dessen Mitglieder die Leiter der anderen Divisions von OMGBY waren. Das Kollegium war beauftragt, Projekte im Bereich Erziehungswesen und Kulturaustausch und allgemein alle bildungspolitischen Bemühungen zu koordinieren. Am 1. Dezember 1948 löste der Land Director das Reorientation Committee auf und ersetzte es durch eine Office of Military Government Bavaria Special Reorientation Staff Unit.¹²⁰ Zum Leiter dieser Staff Unit bestimmte man wiederum den Chef der Education and Cultural Relations Division. Seit 1948 arbeitete bei der Division ein Reorientation Expert. Am 30. Juni 1948 präsentierte sich die Education and Cultural Relations Division mit folgendem Organisationsschema:

Übersicht 48: Organisation der Education and Cultural Relations Division, OMGBY, Juni 1949

Für den Bereich Education and Religion war im Regional Military Government Detachment E1F3 von Anfang an der (protestantische) Capt. W. M. Landeen zuständig. Ihm folgte 1st Lt. Earl E. Chisamore und dann im Juli 1945 Major D'Arms. Chef der Education and Religious Affairs Branch innerhalb der Internal Affairs Division war seit Mai 1946 Walter G. Bergman.¹²¹ Anfang 1948 löste ihn Martin Mayes ab. Dieser hatte seit September 1946 als Bücherei- und Lehrbuchspezialist, seit 1. Mai 1947 als Deputy Branch Chief gearbeitet. Nachfolger von Mayes wurde im April 1948 (als kommissarischer Leiter der Education and Cultural Relations Division) Louis M. Miniclier (später dann Leiter der Cultural Affairs Branch). Ihn löste im Juli 1948 Charles D. Winning¹²² ab, der vorher als Direktor des aufgelösten Regional Government Coordinating Office (RGCO) in Stuttgart tätig gewesen war.

¹²⁰ General Order Nr. 19, OMGBY, vom 1.12.1948 (5/354-2/31).

¹²¹ Bergman machte 1929 an der University of Michigan seinen Ph.D. Von 1920 – 1923 unterrichtete er an High Schools, von 1925 – 1929 an der University of Michigan, von 1931 – 1933 an der Wayne University. 1933 – 1943 war er Research Director für die Detroit Schools. 1943 – 1945 arbeitete er als Education Officer, von September 1945 bis Mai 1946 als Education Director UNRRA, American Zone.

¹²² Winning war 20 Jahre lang Mitglied der Fakultät des Business Administration College der New York University und kam als Civil Affairs Officer mit der 7. Armee nach Deutschland und zur Militärregierung Württemberg-Baden. Im September 1946 wurde er Deputy Director des RGCO und am 1. Januar 1947 als Nachfolger von James K. Pollock dessen Direktor (Information Bulletin vom 19.8.1948, S. 11).

Die Leiter der Sections and Branches wechselten sehr häufig. Über einen längeren Zeitraum blieb Clifton C. Winn, der von September 1946 bis 30. April 1947 Deputy Branch Chief, dann Leiter der Higher Education Section und schließlich seit November 1948 Leiter der neuen University Branch war. Eine gewisse personelle Kontinuität gab es auch bei der Religious Affairs Branch, die seit dem 15. März 1947 von James M. Eagan geleitet wurde.

b) Education Branch

Bei der Errichtung der Education and Cultural Relations Division im Februar 1948 wurde die Higher Education Section sowie die Teacher Training Section der bisherigen Education and Religious Affairs Branch zu einer neuen Education Branch zusammengefaßt. Die neue Branch verfügte über Spezialisten für Vocational Education, Secondary Education, Elementary Education, University sowie Teacher Training.

Dem Erziehungswesen widmeten die Militärregierungsbehörden seit 1947 ihre besondere Aufmerksamkeit. Die amerikanischen Schulreformpläne stießen indes auf den Widerstand der bayerischen Regierung und wurden dadurch zu einer ernsthaften Belastung der Beziehungen zwischen OMGBY und Staatsregierung. Trotz ihrer Grundvorstellung von einer notwendigen Umerziehung des deutschen Volkes nach den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft (der entsprechende amerikanische Begriff „reeducation“ stammt aus dem Bereich der Psychiatrie), fehlte noch 1945 ein klares Konzept, wie eine solche Umerziehung konkret aussehen sollte.¹²³ Man beschränkte sich daher anfänglich auf eine besonders intensive Entnazifizierung der Lehrer, auf die Überprüfung der Schulbücher und auf Hilfestellungen bei der Wiedereröffnung der Schulen. Die Volksschulen konnten in der Regel bis zum 1. Oktober 1945 wieder eröffnet werden. Bei den Höheren Schulen war nur eine schrittweise Wiedereröffnung möglich. Im April 1946 hatten von den 204 Höheren Schulen 142 bereits wieder den Unterricht aufgenommen.¹²⁴

Zu ersten Differenzen zwischen deutschen und amerikanischen Stellen kam es im Erziehungsbereich wegen der Frage der Bekenntnisschulen. Die amerikanischen Erziehungsoffiziere begünstigten ganz eindeutig die Gemeinschaftsschule, während man bei den Religionsgemeinschaften und im Kultusministerium die Konfessionsschule favorisierte. So wurde von der Education and Religious Affairs Branch sowie von OMGUS ein vom Kabinett Hoegner am 16. Januar 1946 verabschiedetes „Gesetz über die Rechtslage der Religionsgemeinschaften in Bayern“ nicht gebilligt, weil es in Art. 8 die Bekenntnisschule als Regelschule gelten ließ.¹²⁵ In der trügerischen Hoffnung, daß die Gemeinschaftsschule in Bayern durch das Votum der Eltern doch noch ein Erfolg werden würde und aus Rücksicht auf die Religionsgemeinschaften erhoben die Amerikaner dann keine Einwendungen, als die Bekenntnisschule als Regelschule in Art. 135 der Bayerischen Verfassung verankert wurde. Damit war diese Schlacht verloren.

¹²³ Sonnenberger: Rekonfessionalisierung, S. 100.

¹²⁴ Besonders verdienstvoll waren die Bemühungen der Amerikaner um Bereitstellung geeigneter Unterrichtsmittel, insbesondere Bücher. Im Bereich des Unterrichtsfilms war die Entscheidung wichtig, das „Institut für Bild und Film im Unterricht“ in München anzusiedeln. Die Aufsicht über dieses Institut wurde im Juli 1946 von OMGUS an OMGBY übertragen (Education and Religious Affairs Branch).

¹²⁵ Sonnenberger: Rekonfessionalisierung, S. 107.

Auf einem anderen Kampffeld, dem der Schulreform (Gesamtschule), gaben die Amerikaner nicht so schnell auf. Durch den Bericht einer Erziehungskommission, die im Jahre 1946 unter Leitung von George F. Zook Deutschland bereist und die Schulverhältnisse studiert hatte („Zook report“), wurde eine Wende in der amerikanischen Schulpolitik eingeleitet.¹²⁶ Der im Herbst 1946 veröffentlichte Bericht kritisierte die deutsche Schulpolitik und erhob verschiedene Forderungen, insbesondere nach Schaffung von Gesamtschulen. Der für Deutschland so typische Dualismus von Volksschule und Gymnasium würde nach Meinung der Amerikaner dem demokratischen Gebot auf Chancengleichheit widersprechen.

Konkretisiert wurden diese Forderungen durch ein Telegramm General Clays an die Militärregierungen der Länder vom 10. Januar 1947,¹²⁷ durch das die Landesregierungen verpflichtet wurden, bis zum 1. April 1947 Grundsätze zur Erziehungspolitik vorzulegen und dann bis 1. Juli 1947 langfristige Pläne zur Umgestaltung des Erziehungswesens nachzureichen. Eine erste Reaktion von OMGBY war im Februar die Rückgabe der im Herbst 1946 vom Kultusminister Dr. Franz Fendt vorgelegten Entwürfe für die Lehrpläne der Höheren Schulen und Berufsschulen. Am 19. Februar 1947 erläuterte der Chef der Education and Religious Affairs Division, OMGUS, John W. Taylor, im bayerischen Kultusministerium die neue Linie.¹²⁸

In der Folgezeit trafen sich die Vertreter der Erziehungsabteilung von OMGBY wöchentlich einmal mit Kultusminister Hundhammer und den zuständigen Referenten. Am 14. März 1947 wurden die entsprechenden Abschnitte der Military Government Regulations neu gefaßt und die Kontrollratsdirektive Nr. 54 vom 25. Juni 1947 übernahm die Grundprinzipien dieser amerikanischen Schulpolitik. Der am 1. April 1947 dann vom Kultusministerium eingereichte Schulreformplan war nach Meinung von OMGBY und OMGUS völlig unbrauchbar.¹²⁹ Taylors Nachfolger und bisheriger Vertreter, Richard T. Alexander, verstärkte den Druck auf Bayern. Ein zweiter bayerischer Schulreformplan, der den Amerikanern keinerlei Zugeständnisse machte und der am 1. Oktober 1947 eingereicht worden war,¹³⁰ verfiel ebenfalls der Ablehnung. In einem Schreiben an den Ministerpräsidenten vom 18. November 1947¹³¹ begründete Clay die Ablehnung wie folgt:

„Das Programm läßt das demokratische Grundprinzip gleicher Ausbildungsmöglichkeiten für alle außer Acht. Es schafft die Überschneidung der Grundschule und der höheren Schule um vier Klassen nicht ab; es schlägt ein zweigleisiges System von der 5. Klasse an vor und regt sogar ein drittes Gleis, eine Mittelschule für junge Leute, die nicht an der Universität studieren wollen, jedoch eine bessere Ausbildung wünschen als die Volks- und Berufsschulen sie bieten können, an [. . .] Ich bin enttäuscht, daß allein in Bayern während des vergangenen Jahres anscheinend kein Fortschritt in der Einführung moderner, demokratischer Erziehungsmethoden erzielt wurde“. In Kreisen der Militärregierung wurde nun die Entlassung Hundhammers diskutiert.¹³²

Mit Schreiben vom 23. Dezember 1947 wurde das Kultusministerium angewiesen, bis zum 1. Februar 1948 der Militärregierung einen verbesserten Reformplan vorzule-

¹²⁶ Text in: Dokumente zur Schulreform, S. 53 f.; BayHStA MA 130804.

¹²⁷ Schlender: Reeducation, S. 108 ff.

¹²⁸ Dokumente zur Schulreform, S. 54 ff.; Thron: Schulreform, S. 92 ff.

¹²⁹ Text in: Dokumente zur Schulreform, S. 66 ff.; Thron: Schulreform, S. 95 f.

¹³⁰ Text in: Dokumente zur Schulreform, S. 136 ff.

¹³¹ BayHStA MA 130812; Thron: Schulreform, S. 109 f.

¹³² Ebenda, S. 111.

gen. Gleichzeitig wurden dem Ministerium „Anweisungen“ erteilt, bestimmte Reformmaßnahmen durchzuführen. Am 1. Februar 1948 legte das Kultusministerium der Militärregierung einen dritten Reformplan vor, der Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit vorsah.¹³³ Dieser Plan wurde von OMGBY grundsätzlich gebilligt. Auf der Grundlage dieses Plans wurde für den bayerischen Landtag eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet, die dieser in seinem Haushaltsausschuß am 11. und 21. Juli 1948 behandelte. Der Haushaltsausschuß verschob jedoch eine Beschlußfassung über den Gesetzentwurf, weil durch die im Juni 1948 durchgeführte Währungsreform die voraussichtlichen Kosten der Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit für den Staatshaushalt nicht tragbar sein würden. Als sich der bayerische Landtag am 31. Juli 1948 vertagte, war über die Schulreform noch kein Beschluß gefaßt worden. Die Militärregierung betrachtete das Verhalten des Landtags und des Kultusministerium als „vorsätzliche Sabotage“,¹³⁴ nachdem der Landesdirektor noch am 1. April 1948 den Ministerpräsidenten darauf hingewiesen hatte, daß die Voraussetzungen für die Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit bis zu Beginn des Schuljahrs im September vorliegen müßten.¹³⁵

Die nun folgenden Reaktionen der Militärregierung stellen einen einmaligen Vorgang innerhalb der Besatzungszeit dar: In einer Pressekonferenz erklärte der Landesdirektor, daß die Militärregierung erwäge, die Kosten für die Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit selbst zu tragen und sie dem bayerischen Staat als „Besatzungskosten“ in Rechnung zu stellen. Abweichend von dieser Ankündigung erließ schließlich der Landesdirektor am 4. August 1948 einen „Befehl“, in dem die Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit dekretiert wurde.¹³⁶ Die Lehrmittelfreiheit sollte u. a. dadurch gesichert werden, daß ab sofort alle Schulbücher und Lehrmittel als von der Militärregierung beschlagnahmt gelten sollten und nur an Schulen verkauft werden dürften.

Das Kultusministerium ließ durch den Staatsrechtler Dr. Henning von Boehmer überprüfen, ob ein solcher „Befehl“ der Militärregierung überhaupt rechtswirksam war. Unter Berufung auf das Völkerrecht, insbesondere auf die Haager Landkriegsordnung, wurde die Rechtswirksamkeit der Maßnahme verneint.

Am 21. September 1948 gestand General Clay der bayerischen Regierung ein stufenweises Vorgehen auf dem Weg zur Schulreform zu.¹³⁷ Trotz weiterer Mahnungen des Landesdirektors wurden erst am 5. März 1949 Gesetze über die Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit verabschiedet, die beide Kompromißcharakter hatten. Daneben kümmerte sich die Education Branch auch um weniger umstrittene Einzelmaßnahmen im Rahmen des Reorientierungsprogramms¹³⁸ wie Überprüfung von Schulbüchern und Erarbeitung von Lehrplänen. Zu diesem Zweck richtete man in München, Augsburg und Erlangen Curriculum Centers ein.

Die Tätigkeit der Education Branch im Februar 1949 spiegelt sich in folgender Gliederung:

¹³³ Text in: Dokumente zur Schulreform, S. 197 ff.

¹³⁴ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXII.

¹³⁵ Text in: Dokumente zur Schulreform, S. 216 f.; OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXII.

¹³⁶ Ebenda; Dokumente zur Schulreform, S. 245 ff.; Thron: Schulreform, S. 151.

¹³⁷ Dokumente zur Schulreform, S. 262 ff.

¹³⁸ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXIII.

Übersicht 49: Organisation der Education Branch, ECRD, OMGBY, Februar 1949

- General Education Section
- Curriculum Section
- Teacher Education Section
- Vocational Education Section
- Specialists for Textbooks, Materials of Instructions, Education Service Centers

Die Education Branch hat auch noch 1949 versucht, die zuständigen bayerischen Stellen für ihre Schulreformpolitik zu gewinnen. Sie wurde aber in ihren Bemühungen von OMGUS nicht mehr wirksam unterstützt. Das Scheitern der Schulreform nach amerikanischem Muster konnte OMGBY daher Clay anlasten. Ein letztes Nachhutgefecht lieferten sich die Kontrahenten 1950. Als der Landkommissar Bolds, der Nachfolger Van Wagoners, einen nochmaligen Vorstoß in Richtung Schulreform machte, beschwerte sich Kardinal Faulhaber bei Hochkommissar McCloy. Bolds wurde abberufen und durch den katholischen Deutschamerikaner Prof. G. N. Shuster ersetzt.

c) Religious Affairs Branch

Auf religiösem Gebiet hatte sich die amerikanische Militärregierung von Anfang an Abstinenz auferlegt.¹³⁹ Man betrachtete die Religionsgemeinschaften als Mitbetroffene des NS-Regimes und suchte sie gerade in der schwierigen Anfangszeit der Besetzung als Gesprächspartner zu gewinnen. Die Religionsgemeinschaften wurden lediglich einer Berichtspflicht unterworfen, damit sich die Amerikaner Kenntnis über ihre Probleme beschaffen konnten.

Die für Religionsangelegenheiten zuständige Religious Affairs Branch arbeitete wie ihre Vorgänger vor allem als Verbindungsstelle zwischen Religionsgemeinschaften und Militärregierung. Sie versuchte, einerseits bei den Religionsgemeinschaften für die Politik der Militärregierung zu werben und leitete andererseits die Kritik der Religionsgemeinschaften an Maßnahmen der Militärregierung an die zuständigen Abteilungen weiter: Insbesondere mußte sich die Religious Affairs Branch mit dem zunehmenden Protest der Kirchen an den Kriegsverbrecherprozessen, der Entnazifizierung, der Schulreform und den Reparationen auseinandersetzen.¹⁴⁰ Besonders massiv waren die kirchlichen Proteste in der Frage der Bekenntnisschule.¹⁴¹

d) Group Activities Branch

Die Group Activities Branch (seit Juni 1949 Community Education Branch) war bei der Gründung der Education and Cultural Relations Division im Februar 1948 aus der Youth Activities Section und der Women's Affairs Section gebildet worden. Zu den von dieser Branch geförderten Jugendaktivitäten gehörte auch die Vermittlung von Studienaufenthalten von bayerischen Jugendexperten in den Vereinigten Staaten. Seit 1948 gehörte auch die Erwachsenenbildung in die Zuständigkeit dieser Branch.¹⁴²

¹³⁹ Clay: Entscheidung in Deutschland, S. 338; Boyens: Kirchenpolitik, S. 7 – 99.

¹⁴⁰ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXVII f.

¹⁴¹ Sonnenberger: Rekonfessionalisierung, S. 132; Hürten: Die katholische Kirche, S. 178 ff.

¹⁴² Vgl. zur sonstigen Tätigkeit Wenisch: Das Schriftgut der „Education and Cultural Relations Division“, S. 207.

e) Cultural Affairs Branch

Im April 1948 wurde auf Anweisung von OMGUS innerhalb der Education and Cultural Relations Division eine Cultural Exchange Branch ins Leben gerufen. Sie wurde beauftragt, die Verteilung von amerikanischen Geldmitteln in Höhe von \$100000 zu überwachen, die zugunsten eines Studenten- und Lehreraustausches bereitgestellt worden waren, damit interessierte Deutsche Kenntnisse des amerikanischen Erziehungswesens erwerben konnten.¹⁴³ Die Geldmittel mußten bis 30. Juni 1948 ausgegeben werden. Nach Beendigung dieses Projekts wurde die Abteilung nach dem Vorbild von OMGUS in Cultural Affairs Branch umbenannt. Ihr wurde die Theater Section sowie die Music Section der Information Control Branch eingegliedert.

f) University Branch

Bis einschließlich 1946 waren die bayerischen Universitäten vor allem das Objekt von Entnazifizierungsmaßnahmen; eine ernsthafte Universitätsreform wurde von seiten der Amerikaner nicht in Angriff genommen.¹⁴⁴ Mit dem Vorlesungsbetrieb an der Universität München konnte am 1. April 1946 begonnen werden; die feierliche Eröffnung fand am 15. Juli 1946 statt. Die fortdauernden Entlassungen von Dozenten und Angestellten im Universitätsbereich beeinträchtigten an manchen Fakultäten in empfindlicher Weise den Lehrbetrieb.

Eine letzte Entlassungsanordnung der Militärregierung erging mit Brief vom 13. November 1946. Aufgrund von Untersuchungen der Special Branch sowie der Education Branch im Oktober wurde die Entlassung von 33 Professoren und 46 Assistenten und Verwaltungsangestellten der Universität München gefordert. Auch acht Professoren und 27 Assistenten und Verwaltungsangestellte der Technischen Hochschule waren betroffen. Ein Teil der Entlassenen wurde schon 1947 mit Genehmigung der Militärregierung wieder eingestellt.¹⁴⁵

Im Rahmen der Reorientierungsmaßnahmen seit 1947 gewannen die Universitäten neue Bedeutung für die Militärregierung. Verwaltungsmäßiger Ausdruck dieser neuen Bemühungen war die Gründung einer eigenen University Branch im November 1948. Sie hatte sich vor allem um die Förderung des Studentenaustausches zu kümmern. Bis Ende 1948 waren 50 bayerische Studenten an amerikanische Universitäten geschickt worden. Von Maßnahmen in Richtung auf eine Universitätsreform sah man auch jetzt ab. Die Militärregierung beklagte in ihren Berichten lediglich den niedrigen Standard der Sozialwissenschaften.¹⁴⁶

¹⁴³ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXV.

¹⁴⁴ Vgl. allgemein Tent: Mission on the Rhine; Boehm: Die Ludwig-Maximilian-Universität; Huber: Die Universität München.

¹⁴⁵ BayHStA MA 130810.

¹⁴⁶ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXIV.

6. Legal Division

a) Organisation

Übersicht 50: Organisation der Legal Division, OMGBY, 1. Juni 1946, 17. Juli 1946, 1. Juli 1947, 1. Juli 1948

1. Juni 1946 (Legal Branch)

- Military Government Courts Section
- German Courts Section
- Prisons Section
- Legal Advice and Legislation Section
- Land Denazification Board
- Security Review Board

17. Juli 1946

- Military Government Courts Branch
- German Courts Branch
- Prisons Branch
- Legal Advice and Legislation Branch
- Security Review Board

1. Juli 1947

- Military Government Courts Branch
- German Courts Branch
- Prisons Branch
- Legislation Branch
- Legal Advice Branch

1. Juli 1948

- Military Government Courts Branch
- German Courts Branch
- Prisons Branch
- Legislation Branch
- Legal Advice Branch
- Area Legal Officers (übernommen von der Field Operations Division)

Dem Regional Military Government Detachment E1F3, das im Mai 1945 seine Arbeit in München aufnahm, gehörten fünf bis sechs Legal Officers an, deren Hauptaufgabe die Beratung der Legal Officers in den untergeordneten Einheiten war. Gleichzeitig dienten sie als Mitglieder des Münchener General Military Government Court sowie als prosecutors und defense counsels. Die ersten Gesprächspartner der Legal Officers des Regional Detachment waren im Mai 1945 auf deutscher Seite der Oberlandesgerichtspräsident Dr. Walther Stopp und der spätere Ministerpräsident Fritz Schäffer, der den Amerikanern einen Plan zur Neuorganisation des Oberlandesgerichts vorlegte.¹⁴⁷

Im August wurde die Legal Branch (auch Legal Section genannt) des Detachments E-201 (das frühere Detachment E1F3) mit der Legal Section, G-5, 3. Armee, zusammengelegt. Der daraus entstandenen Legal Branch von OMGBY wurden in der Folgezeit alle anderen Legal Officers auf Regierungsbezirks- und Kreisdetachments-ebene unterstellt. Die Legal Branch wurde Teil der Governmental Affairs Division, Anfang Februar 1946 selbständige Branch. Im Juni 1946 wurde die Legal Branch in

¹⁴⁷ 10/85-3/5-1.

eine Legal Division umgewandelt. Diese war in eine Military Government Courts Branch, eine German Courts Branch, eine Prisons Branch sowie eine Legislation and Legal Advice Branch gegliedert. Bis zum 20. November 1946 arbeiteten im Rahmen der Legal Division noch Security Review Boards sowie vom 1. Februar bis 10. Juni 1946 ein Denazification Review Board.

Die Legislation and Legal Advice Branch wurde im November 1947 in zwei Branches aufgeteilt. Die Military Government Courts Branch sowie die ihr angeschlossene Review Section stellten ihre Arbeit im Herbst 1948 ein. Die German Courts Branch wurde am 1. Juli 1949 in German Justice Branch umbenannt. Gleichzeitig löste man die Prisons Branch auf.

Ein bayerisches Justizministerium als deutscher Ansprechpartner der Legal Division wurde von der amerikanischen Militärregierung erst im Oktober 1945, nach der Ernennung Wilhelm Hoegners zum Ministerpräsidenten, gebilligt.¹⁴⁸ Während OMGBY schon im Juni Hoegner als Mitarbeiter gewann und ihn gerne als Justizminister gesehen hätte,¹⁴⁹ verneinte USFET bis September die Notwendigkeit eines bayerischen Justizministeriums. Grundlage für den Aufbau des bayerischen Justizwesens wurde der „Plan für den Aufbau des Rechtspflegewesens in der amerikanischen Zone“ vom 4. Oktober 1945.

Die Legal Section des Regional Military Government Detachment E1F3 wurde seit Juni 1945 von Lt.Col. Sam H. Long geführt, den im September Lt.Col. Richard J. Jackson und Capt. Cooper ablösten.¹⁵⁰ Anfang Februar 1946 wird Haven Parker als Leiter der Legal Branch genannt; er wurde später bei OMGUS Leiter der Administration of Justice Branch. Vom 14. Februar 1946 bis 1. Februar 1947 leitete Lt.Col. Richard J. Jackson (vorher Chef der aufgelösten Governmental Affairs Division), vom 1. Februar 1947 bis Herbst 1948 Juan A. Sedillo die Legal Branch bzw. Legal Division. Sedillo war vor seiner Tätigkeit in Bayern Leiter der Legal Division bei der Militärregierung in Württemberg-Baden gewesen. Er stammte aus Santa Fé, New Mexico, wo er zehn Jahre als Rechtsanwalt praktiziert hatte und vier Jahre als State Senator und Vorsitzender des Rechtsausschusses tätig war. Seit 1944 in Europa, diente er in der Armee als judge advocate. Sein Ausscheiden aus der Legal Division, OMGBY, hängt mit der Neuorganisation der amerikanischen Militärgerichtsbarkeit zusammen. Seit 1948 war Sedillo Mitglied des neu eingerichteten Court of Appeals (Nürnberg). Sein Nachfolger im Herbst 1948 wurde der ehemalige Leiter der Legal Advice Branch, Leonard J. Ganse. Er blieb bis zum Ende von OMGBY Leiter der Rechtsabteilung und nach dem September 1949 im Office of the Land Commissioner Chief der Legal Affairs Division. Im Juli 1947 besaß die Legal Division 68 Mitarbeiter, davon fünf in der Prisons Branch, fünf in der German Courts Branch, zwei in der Legal Advice Branch und 52 in der Military Government Courts Branch.¹⁵¹

b) Military Government Courts Branch

Gerichte der amerikanischen Militärregierung, die für Verstöße gegen Anordnungen der Besatzungsmacht zuständig waren, wurden im amerikanischen Kontrollgebiet aufgrund der Verordnung Nr. 2 eingerichtet. Diese Gerichte waren nicht zuständig für die Soldaten der amerikanischen Armee. Diese unterstanden der Kriegsgerichtsbarkeit

¹⁴⁸ Vgl. Rumschöttel: Das Bayerische Staatsministerium der Justiz, S. 362 ff.

¹⁴⁹ Aussage des Legal Officer Sam H. Long am 7.7.1945 (AG 1945–46/74/3)

¹⁵⁰ Hoegner: Der schwierige Außenseiter, S. 200.

¹⁵¹ AG 1947/19/8.

(court martial jurisdiction). Die Verordnung Nr. 2 (gleichzeitig mit der Proklamation Nr. 1, den Gesetzen Nr. 1 und 2, sowie der Verordnung Nr. 1 am 11. September 1944 von General Eisenhower erlassen) nannte drei Arten von Gerichten, nämlich Summary, Intermediate and General Courts.

Die Summary Courts waren in ihrem Strafmaß auf ein Jahr Gefängnis oder \$1000 (M10000) Geldstrafe beschränkt. Sie waren in der Regel mit einer Person besetzt. Zur Entlastung der Summary Courts richtete man in einigen bayerischen Städten seit Ende 1945 Special Summary Courts (Schnellgerichte) mit beschränkten Befugnissen ein. Das erste dieser Schnellgerichte nahm im November 1945 in München seine Arbeit auf.

Die Intermediate Courts konnten Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren und Geldstrafen bis zu \$10000 (M 100000) verhängen; sie waren in der Regel mit zwei Personen besetzt; war ein Jurist vorhanden, genügte eine Person.

Die General Courts konnten jede Strafe einschließlich der Todesstrafe verhängen. Sie bestanden aus mindestens drei Mitgliedern; einer davon mußte Jurist sein.

Ursprünglich konnten nur Offiziere der Armee Mitglieder der Gerichte sein; nach einer Änderung der Verordnung Nr. 2 vom 30. Januar 1946 waren auch Zivilbeamte als Richter zugelassen. Die Ernennung der Richter und die Einsetzung der Gerichte erfolgte laut Direktive vom 7. Juli 1945 durch die Kommandanten der Militärdistrikte. Die Befugnis zur Errichtung von Summary Courts konnte auch an die Regierungsbezirksdetachments delegiert werden.

Die ersten Militärgerichte begannen sofort nach der Besetzung mit ihrer Arbeit. Bis zum Juni 1945 hatten die Amerikaner bereits 96 Summary, neun Intermediate und vier General Courts eingerichtet. Die Summary Courts befaßten sich vor allem mit Verstößen gegen die Sperrstundenregelungen, 1946/47 mit Verstößen gegen Grenzübertrettsregelungen, die Intermediate Courts mit Fragebogenfälschungen und die General Courts mit Waffenbesitz und Gewalttaten.¹⁵² 1946 arbeiteten dann in Bayern fünf General, 17 Intermediate und 141 Summary Courts. Für die Summary Courts waren seit 1. Juni 1946 (unter Oberaufsicht der Military Government Courts Branch) die Liaison and Security Offices, also die lokalen Militärregierungen zuständig.¹⁵³

Die Military Government Courts waren vor allem Strafgerichte. Sie ahndeten Verletzungen von Bestimmungen der Besatzungsmacht, insbesondere die in der Verordnung Nr. 1 („Crimes and Offences“) aufgeführten Straftatbestände. Diese Verordnung enthielt 20 sehr ungleiche Taten, die mit der Todesstrafe oder einer anderen Strafe nach Ermessen des Gerichts bestraft werden konnten. Strafbar war u. a. die (nicht näher definierte) „Spionage“ (Art. I Nr. 1), die „Tötung eines Angehörigen der Alliierten Streitkräfte oder der Angriff auf einen solchen“ (Art. I Nr. 7) oder die „vorsätzliche Zerstörung, Entfernung, störende Einwirkung auf oder Verheimlichung von Akten oder Archiven irgendwelcher Art, gleichgültig ob öffentlicher oder privater Natur“ (Art. I Nr. 15) bis hin zum (nicht näher definierten) „Diebstahl oder schwindelhaften Erwerb von Eigentum der Alliierten Streitkräfte oder eines Angehörigen derselben“ (Art. I Nr. 19). Die Todesstrafe stand dabei nicht nur auf dem Papier. Noch 1948 haben die amerikanischen Militärgerichte in Bayern über 40 Todesurteile ausgesprochen. Wegen des praktisch unbeschränkten Strafrahmens der Verordnung Nr. 1 fielen die Urteile der verschiedenen Militärgerichte in gleichgelagerten Fällen oft sehr unterschiedlich aus. Diesem auf die Dauer untragbaren Zustand versuchte OMGUS durch eine entspre-

¹⁵² 13/147–2/11.

¹⁵³ OMGBY: Annual Historical Report 1946/47, S. 70.

chende Direktive abzuhelpfen, die OMGBY am 20. April 1946 bekanntmachte.¹⁵⁴ Bis zur Wiedereröffnung der deutschen Gerichte haben sich die Militärgerichte auch mit Straftaten deutscher Staatsbürger nach deutschem Recht befaßt. Für Zivilstreitigkeiten waren die Militärgerichte grundsätzlich nicht zuständig. Erst mit der Verordnung Nr. 6 vom 21. Mai 1946 (geändert durch Verordnung Nr. 18 vom 13. September 1947) errichtete man in Stuttgart ein Zivilgericht der Militärregierung.

Das Verfahren vor den Gerichten der Militärregierung war in einem im Oktober 1944 erschienenen „Technical Handbook for Legal and Prison Officer“ geregelt, das im Juni 1945 in einer zweiten Auflage erschien. Die USFET-Direktive vom 17. Juli 1945 bestätigte im wesentlichen dieses Manual. Der im November 1945 veröffentlichte Titel 5, MGR, (Legal and Penal Administration) regelte Gerichtsverfahren und Gerichtsverfassung der Militärgerichte neu (Sections „Rules of Practice in Military Government Courts“ und „Administrative Rules of Military Government Courts“). OMGBY gab zur Erläuterung des Titels 5, MGR, ein „Manual for Military Government Courts“ heraus. Das Verfahren vor den amerikanischen Militärgerichten läßt sich als überwiegend summarisch charakterisieren. Urteilsbegründungen (opinions) waren nicht erforderlich. Eine gewisse Angleichung des Verfahrens an amerikanische Verhältnisse brachte die OMGUS-Direktive vom 16. Juli 1947.¹⁵⁵

Eine Berufung war im Verfahren vor den Gerichten der Militärregierung nicht vorgesehen. Der Verurteilte konnte jedoch eine Überprüfung (review) eines Falles auf dem Verwaltungsweg beantragen. Eine automatische Überprüfung wurde bis 1947 dann vorgenommen, wenn die Strafe ein Jahr Gefängnis bzw. 10000 Mark überstieg (5-311.1, MGR). Seit 1947 erfolgte eine Überprüfung nur auf Antrag, außer wenn eine Todesstrafe verhängt worden war. Bei Todesstrafen war die Bestätigung des Theater Commander erforderlich.

Die Überprüfungen führte seit 1. Juni 1946 zentral eine Court Review Section innerhalb der Military Government Courts Branch durch. In den Monaten Oktober bis Dezember 1946 überprüfte diese Review Section 15000 vor Summary Courts abgehandelte Fälle. Im Frühjahr 1948 richtete man einen Board of Review ein, für den die Court Review Section Empfehlungen ausarbeitete. Er bestand aus drei Personen: einem Vertreter des Landesdirektors, dem Leiter der Military Government Courts Branch und dem Leiter der Court Review Section. Der Board hatte die Befugnis, jedes Urteil zu bestätigen, aufzuheben oder abzuändern.

Mit der Überprüfung war der jeweilige Fall abgeschlossen. Gnadenweisen Straferlaß oder vorzeitige Haftentlassung auf Bewährung sahen die Bestimmungen nicht vor. Die oft abenteuerlichen Urteile sowie die Überfüllung der Gefängnisse machten schließlich im Juni 1946 die Einrichtung eines für die gesamte amerikanische Besatzungszone zuständigen Clemency Board erforderlich.¹⁵⁶ Später erweiterte man dieses System und errichtete noch zusätzliche Clemency Boards in den Ländern.¹⁵⁷ Am

¹⁵⁴ Letter AG 250.4 OMGB „Guide to Military Government Courts to Promote Greater Uniformity in the Most Common Categories of Offenses Enumerated in Ordinance No 1“.

¹⁵⁵ Letter AG 13.3 OMGUS „Reduction of Case Load of, Preparation of Cases for Trial Before, and Legal Principles to be Followed by, Military Government Courts“.

¹⁵⁶ Der Clemency Board stand unter der Oberaufsicht der Legal Division, OMGUS. Er setzte sich aus zwei amerikanischen Rechtsanwälten und zwei amerikanischen Strafvollzugsbeamten zusammen. Seine Sitzungen hielt er in den Gefängnissen ab.

¹⁵⁷ Der für Bayern zuständige Clemency Board befaßte sich nur mit den zu Freiheitsstrafen unter zwei Jahren verurteilten Gefangenen. Er bestand aus drei (nebenamtlich tätigen) Mitgliedern. Im Jahre 1947 behandelte er insgesamt 3622 Fälle.

31. Juli 1948 ersetzte man die Clemency Boards durch deutsche und amerikanische Parole Boards, die aus je drei Mitgliedern bestanden.¹⁵⁸ Sie kümmerten sich um die von Gerichten der Militärregierung verurteilten Personen, die in deutschen Gefängnissen einsaßen. Der deutsche Parole Board hatte bei diesem Verfahren dem Military Government Parole Board Vorschläge zu unterbreiten.¹⁵⁹ Zur Entlastung der Gefängnisse dienten zusätzlich die zwei Amnestien vom 21. November 1946 und 20. November 1947. Am 18. Dezember 1948 richtete man für Gnadensachen einen Land Pardon Board ein, der aus dem Leiter der Legal Division als Vorsitzendem, dem Leiter der Prisons Branch sowie einem attorney der Legal Advice Branch bestand.

Ein großes Problem innerhalb der Militärgerichtsbarkeit, besonders in Bayern, bildete der Mangel an Juristen. 1945 waren die Gerichte der Militärregierung in der Regel mit Nichtjuristen besetzt, insbesondere alle Summary Courts. Dies galt auch für die folgenden zwei Jahre. Ende 1947 schrieb Juan A. Sedillo, der Chef der Legal Division von OMGBY, in einem Bericht: „In Bavaria, the Summary Courts judges are generally laymen untrained in the law except for the experience they gain in their work. Their duties as judges are always in addition to great many other tasks“.¹⁶⁰ Seit Ende 1945 wurde der Mangel an geschulten Juristen immer gravierender. In Bayern verhängte man Anfang 1946 für alle Juristen in der Armee eine Entlassungssperre von sechs Monaten. Trotzdem konnten die für Juristen vorgesehenen 60 Stellen nicht besetzt werden; es fanden sich lediglich 34 Personen – und auch diese nur gezwungenermaßen aufgrund der genannten Entlassungssperre. In der Folgezeit versuchte man durch organisatorische Maßnahmen die Juristen innerhalb der Militärregierung von anderen Aufgaben freizustellen, um sie für richterliche Aufgaben einsetzen zu können.

Die General and Intermediate Courts auf Regierungsbezirksebene wurden am 1. Juni 1947 neu organisiert. Fünf Legal Field Teams unter je einem Chief Judge in den fünf Regierungsbezirken mit insgesamt 45 bis 50 Juristen stellten nun die erforderlichen Richter und Staatsanwälte (prosecutors) in den Obergerichten. Die schon genannte OMGUS-Direktive vom 16. Juli 1947 brachte nicht nur eine Änderung des Verfahrens, sondern ordnete auch eine Verringerung der von den Militärgerichten abgehandelten Fällen um 25 % mit Wirkung vom 1. November 1947 an. Zu diesem Zweck übertrug man auf die deutschen Gerichte vor allem die Aburteilung kleinerer Übertretungen (wie beispielsweise den Straftatbestand des illegalen Grenzübertritts). Im Frühjahr 1948, zusammen mit der Einrichtung der Field Operations Division und der Bildung von Areas erhielten die Military Government Courts eine der neuen Area-Einteilung angepaßte Organisation. Die Zahl der Summary Courts wurde auf 23 verringert. Der für je einen Summary Court zuständige Area Legal Officer war nun verwaltungsmäßig den jeweiligen Areas (Area Commander) angegliedert. Fachlich unterstand er einem der fünf Legal Teams auf Regierungsbezirksebene und der Legal Division.

Trotz verschiedener Anpassungen war das Verfahren der Gerichte der Militärregierung weitgehend nach dem Vorbild der Kriegsgerichtsbarkeit gestaltet und auch wegen der Mitwirkung von Nichtjuristen nur beschränkt unter Friedensbedingungen tauglich. Nachdem bereits in der französischen und britischen Zone die Verfassungen

¹⁵⁸ OMGUS-Direktive (on Clemency) vom 15.7.1948 (11/132–2/38–2).

¹⁵⁹ Vgl. dazu die von Legal Division, OMGUS, herausgegebenen „General Instructions Relative to the Parole of Military Government Court Prisoners in German Custody in the Four Länder of the US Area of Control in Germany“ vom 11.10.1948. Sie faßte im wesentlichen die Ergebnisse der deutsch-amerikanischen Parole Conference vom 10./11.8.1948 in Nürnberg zusammen.

¹⁶⁰ OMGBY: Weekly Information Bulletin vom 8.12.1947, S. 4.

der Militärgerichte einer Revision unterzogen worden waren, ging man schließlich auch im amerikanischen Kontrollgebiet Ende 1948 an eine Neuorganisation der Gerichtsbarkeit, die nun ausschließlich Zivilisten (Juristen) übertragen werden sollte. Die Verordnungen Nr. 31, 32 und 33 bildeten die Grundlage für die Einrichtung eines zonenweiten Gerichtssystems. Die Gerichte unterstanden nun direkt OMGUS; OMGBY war (wie die anderen Militärregierungen in den Ländern) aus seiner Zuständigkeit für die Militärgerichtsbarkeit entlassen. Man trennte Gerichts- und Anklagebehörden und richtete innerhalb der Legal Division von OMGUS ein Office of the Chief Attorney ein, das sich aus dem Chief Attorney und den entsprechenden District Attorneys zusammensetzte. Nun war auch eine Berufung gegen Urteile der ersten Instanz möglich. In Bayern traten die entsprechenden Bestimmungen im Oktober 1948 in Kraft. Am 18. September waren sie der bayerischen Regierung übermittelt worden.¹⁶¹ Da nun für OMGBY auch alle Review-Aufgaben entfielen, löste man (nach Erledigung der Reviews für die vor Oktober 1948 abgeurteilten Fälle) am 25. Oktober 1948 die Military Courts Branch (samt Review Section) auf.¹⁶²

Die Verordnung Nr. 31 teilte das amerikanische Kontrollgebiet in elf Gerichtsbezirke mit elf District Courts (und untergeordneten Magistrate Courts) ein.¹⁶³ Fünf dieser Gerichtsbezirke lagen in Bayern (7. Distrikt Augsburg, 8. Distrikt München, 9. Distrikt Regensburg, 10. Distrikt Ansbach, 11. Distrikt Würzburg). Ein Court of Appeals (Berufungsgericht) nahm in Nürnberg seine Arbeit auf. Zum dortigen Chief Judge wurde William A. Clark (aus Princeton, N.J.) ernannt. Ab Oktober 1948 waren innerhalb Bayerns insgesamt 23 amerikanische Juristen bei den Gerichten der Militärregierung tätig. Das Verfahren der Gerichte regelten die Verordnung Nr. 32 (Code of Criminal Procedure) und Nr. 33 (Code of Civil Procedure).

Leiter der Military Government Courts Branch war bis 18. November 1946 Worth B. McCauley. Ihm folgte Ambrose Fuller, den dann Anfang 1948 wieder McCauley ablöste. Er blieb bis zur Auflösung der Branch Ende des Jahres.

c) *German Courts Branch*

Die German Courts Branch begann ihre Arbeit als eigene Abteilung der Legal Division am 1. März 1946. Ihre Aufgabe war der Wiederaufbau des Justizwesens in Bayern nach demokratischen Grundsätzen und die Entfernung von belasteten Richtern und Staatsanwälten. Deutscher Gesprächspartner der German Courts Branch war vor allem das im Oktober 1945 ins Leben gerufene Justizministerium. Vorrangige Aufgabe der German Courts Branch bzw. der zuständigen Legal Officers war die Wiedereröffnung der deutschen Gerichte sowie dann auch die Genehmigung zur Übernahme der Gerichtsbarkeit in Fällen, die den deutschen Gerichten vorerst entzogen gewesen waren. Gemäß Artikel VII des Militärregierungsgesetz Nr. 2 hatte die German Courts Branch die Befugnis, die deutschen Richter oder Staatsanwälte zu entlassen, die Entscheidungen der deutschen Gerichte zu überprüfen, aufzuheben oder den Urteilspruch abzuändern.¹⁶⁴

Grundlage für den Neuaufbau der deutschen Gerichtsbarkeit war der oben schon erwähnte „Plan für den Aufbau des Rechtspflegewesens in der amerikanischen Zone“

¹⁶¹ BayHStA MA 130822/2417.

¹⁶² General Order Nr. 18, OMGBY, vom 2.11.1948.

¹⁶³ Bayer. GVBl. 1948, S. 181; 13/127–2/5.

¹⁶⁴ Nach einem Bericht vom 1.7.1949 (17/188–3/1) wurden in 20–30 Fällen die Entscheidungen bayerischer Gerichte durch die German Courts Branch für nichtig erklärt.

vom 4. Oktober 1945, zu dessen Durchführung die Governmental Affairs Division, OMGBY, am 3. Januar 1946 genauere Anweisungen erließ.¹⁶⁵ Danach mußte der Justizminister bis 10. Januar 1946 eine Liste der Gerichte vorlegen, deren Beibehaltung bzw. Wiedereröffnung gewünscht wurde. Auch das Ernennungsverfahren für Richter, Justizpersonal und Rechtsanwälte wurde geregelt. Seit dem Inkrafttreten der bayerischen Verfassung am 9. Dezember 1946 beschränkte sich die Tätigkeit der German Courts Branch auf die Kontrolle des Justizministeriums und auf die Inspektion ausgewählter Gerichte. Unmittelbare Entlassungen durch die Militärregierung wurden von nun an vermieden, doch brachte man entsprechende Einwendungen über das Justizministerium vor. So beobachtete die German Courts Branch mit großer Sorge den hohen Anteil ehemaliger Parteigenossen unter den Richtern und bei der Staatsanwaltschaft. Ende 1948 beklagte sich die German Courts Branch, daß aufgrund der milden Spruchkammerpraxis 81 % der Richter und 84 % der Staatsanwälte ehemalige Mitglieder der NSDAP waren.¹⁶⁶ In manchen Fällen hatte das Vorgehen der Militärregierung auch unmittelbare Auswirkungen: So wurde etwa auf Betreiben der Militärregierung der Staatssekretär im Justizministerium entlassen, weil er angeblich Gerichtsakten an die Gestapo weitergegeben hatte.

Seit dem Militärregierungsgesetz Nr. 10 vom 1. Dezember 1947 war die German Courts Branch auch für die Durchführung des Gesetzes zuständig, das die Adoption deutscher Kinder durch Angehörige der Vereinten Nationen regelte. Da seit dem 1. Juli 1949 die German Courts Branch nur noch aus einem Beamten bestand, beschränkte sich die Militärregierung auf die Überprüfung der Entscheidungen der Obergerichte sowie der Beschwerden, die Angehörige der Vereinten Nationen bzw. Displaced Persons betrafen. Die unmittelbare Kontrolle der Gerichte wurde eingestellt. Gesprächspartner war jetzt ausschließlich das Staatsministerium der Justiz. Seit 1949 überwachte die German Courts Branch auch (anstelle der Property Division) die Tätigkeit der durch Militärregierungsgesetz Nr. 59 eingerichteten Entschädigungskammern (Restitutions Courts).

Am 1. Juli 1949 wurde die German Courts Branch in German Justice Branch umbenannt. Sie hatte sich jetzt zunehmend auch mit dem Reorientation Program zu befassen. Im Januar 1950 wurde sie innerhalb des Office of the Land Commissioner mit der Legislation Branch zur Justice and Legislation Branch zusammengefaßt.

Durch das Gesetz Nr. 2 wurde die deutsche Gerichtsbarkeit im amerikanischen Kontrollgebiet suspendiert und gewisse Gerichte ganz aufgehoben. Die Wiedereröffnung der deutschen Gerichte begann im Sommer 1945, wobei die Amtsgerichte in der Regel durch den jeweiligen Legal Officer der lokalen Militärregierung wiedereröffnet wurden. Am 13. September 1945 waren bereits 41 Amtsgerichte und fünf Landgerichte eröffnet; am 31. März 1946 arbeiteten bereits drei Oberlandesgerichte, 21 Landgerichte und 185 Amtsgerichte. Ein bayerischer Verfassungsgerichtshof wurde im Juli 1947 eröffnet.¹⁶⁷ Am 1. Juli 1948 wurde das Oberste Landesgericht wiedereröffnet, gleichzei-

¹⁶⁵ AG 014.1 – OMGBY – 3. Instructions for the Application in Bavaria of the Plan for the Administration of Justice. Hq, USFET, 4 Oct. 1945 (BayHStA MA 130803).

¹⁶⁶ In einer Studie über die Anstellungspraxis des Bayerischen Justizministeriums in den Jahren 1945 – 1947 stellte die Legal Division, OMGBY, 1948 die Behauptung auf, daß viele qualifizierte und politisch unbelastete Personen nicht in den bayerischen Justizdienst übernommen wurden, weil sie nicht aus Bayern stammten und weil man die Stellen für Einheimische bis zu deren Entnazifizierung freihalten wollte (17/187–1/11).

¹⁶⁷ Im Gesetz Nr. 72 über den Verfassungsgerichtshof vom 22.7.1947 (Bayer. GVBl. S. 147) wurden wesentliche Anregungen der Militärregierung berücksichtigt. Die erste Entscheidung des

tig auch bei den Amtsgerichten und Landgerichten Schöffengerichte eingerichtet. Schwurgerichte alter Ordnung (wie vor 1924) arbeiteten auf Veranlassung der Militärregierung seit April 1949.

Die wiedereröffneten Gerichte waren bei Strafsachen in ihrer Zuständigkeit zugunsten der Militärgerichte beschränkt, insbesondere soweit es sich um Anordnungen der Militärregierung handelte. Bei gewissen Strafsachen war die vorherige Zustimmung der Militärregierung erforderlich, bei anderen mußte mindestens sieben Tage vor der Aburteilung Meldung an die Militärregierung erstattet werden. Hoegner ließ diejenigen Nummern des Strafenkatalogs des Art. II der Verordnung Nr. 1 der Militärregierung, die durch deutsche Gerichte abgeurteilt werden konnten, ins Deutsche übersetzen und als Gesetz Nr. 3 (vom 16. Oktober 1945)¹⁶⁸ im November veröffentlichen (Gesetz über die Bestrafung von Verfehlungen gegen die Anordnungen der Besatzungsbehörden). Ohne Genehmigung der Militärregierung durften deutsche Gerichte auch keine bürgerlichen Streitsachen entscheiden, an denen alliierte Armeeeingehörige oder Zivilbedienstete beteiligt waren.¹⁶⁹

Das Verfahren wurde auf der Grundlage der Proklamation Nr. 3 des Kontrollrats und des Plans für den Aufbau der Rechtspflege in der amerikanischen Zone (aufgehoben am 25. Juni 1947) für Bayern in der Strafrechtspflegeordnung von 1946 geregelt.

Die Zuständigkeiten der deutschen Gerichte wurden schrittweise erweitert.¹⁷⁰ Die Militärregierung beschränkte sich auf die Überprüfung der wichtigsten Verfahren und Urteile. Mit Schreiben vom 3. Juni 1949, also schon am Ende der Militärregierungszeit, verfügte OMGBY die regelmäßige Vorlage folgender Vorgänge:

1. Anklageschriften aller politisch oder finanziell wichtigen Strafsachen.
2. Zusammengefaßte Berichte der Staatsanwaltschaften in allen politisch und finanziell wichtigen Strafsachen.
3. Entscheidungen der Gerichte erster und zweiter Instanz in allen Straf- und Zivilsachen, in die ein Interesse der Militärregierung unmittelbar hineinspielt, sowie von Fällen, in denen ein deutsches Gericht ein Gesetz der Militärregierung oder des Kontrollrates auslegt.
4. Entscheidungen der Gerichte erster und zweiter Instanz in allen Zivil- und Strafsachen, die durch Presse oder Rundfunk einer nicht nur örtlichen Öffentlichkeit bekannt geworden sind oder sonst Gegenstand größerer öffentlicher Meinungsverschiedenheiten waren.
5. Urteile des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, des Bayerischen Obersten Landesgerichts und der drei Oberlandesgerichte.

Verfassungsgerichtshofes wurde am 22.9.1947 gefällt und betraf die Gültigkeit der Wahl des Landtagsabgeordneten Dr. August Haußleiter.

¹⁶⁸ Die Amerikaner erteilten am 12.11.1945 ihre Zustimmung (BayHStA MA 11 4950).

¹⁶⁹ Vgl. MRG Nr. 2 Art. VI (b) (6) (III). Seit 1947 wurde ein Großteil der Korrespondenz zwischen Militärregierung und Bayerischem Justizministerium von diesen Genehmigungen beansprucht (vgl. BayHStA MA 130804 – 130825).

¹⁷⁰ Eine umfangreiche Übertragung von Zuständigkeiten an die deutschen Gerichte erfolgte durch den Briefbefehl von OMGUS vom 16.7.1947 („Reduzierung der großen Zahl von Fällen vor . . . Militärgerichten“), der dem bayerischen Ministerpräsidenten am 12.8.1947 von General Müller übermittelt wurde. Die Übertragung erfolgte mit Wirkung vom 1. September. Unter anderem wurde jetzt den Gerichten die Befugnis übertragen, Diebstahl bzw. rechtswidrigen Besitz von alliiertem Eigentum bis zum Wert von 25 Dollar selbstständig abzuurteilen. Am 18.3.1948 wurde dieser Betrag auf 100 Dollar erhöht (BayHStA MA 130809 und 130817).

6. Listen über die bei den Schwurgerichten anstehenden Sachen und zwar mindestens 30 Tage vor Beginn der Sitzungsperiode.

Die Militärregierung hat bis zuletzt von ihrem Recht Gebrauch gemacht, Gerichtsverhandlungen zu kontrollieren, Gerichtsakten einzusehen und die Rechtsprechung zu überwachen. Man bezog sich dabei auf das Gesetz Nr. 2 Art. VII (23–202, MGR, Change 23 vom 9. Juni 1947). Ungewöhnliche Beachtung fand das Eingreifen der Militärregierung im Fall Loritz. Alfred Loritz war Gründer und Parteivorsitzender der WAV (Wirtschaftliche Aufbauvereinigung).¹⁷¹ Die WAV hatte am 25. März 1946 von der Militärregierung die landesweite Anerkennung als Partei erhalten. Am 24. Juni 1947 war Loritz als Staatsminister für Sonderaufgaben entlassen worden. In der Folgezeit waren mehrere Gerichtsverfahren gegen ihn anhängig. Als man 1949 wegen verleumderischer Beleidigung gegen ihn ermittelte – Loritz hatte behauptet, in Stadelheim nach Gestapomethoden behandelt worden zu sein –, erklärten die Vertreter der Militärregierung am 26. Juli 1949 in einer Pressekonferenz,¹⁷² daß nach ihrer Meinung ein Gerichtsverfahren gegen einen Parteivorsitzenden vor der Bundestagswahl undemokratisch sei und daß darüber hinaus dem Angeklagten Loritz das rechtliche Gehör verweigert worden sei. Die Militärregierung habe daher, so berichteten die Vertreter der Militärregierung weiter, sich (wie in 230 Fällen vorher) die Akten des Falles kommen lassen und eine Vertagung der Verhandlung vorgeschlagen. Der Generalstaatsanwalt sei damit einverstanden gewesen, wurde aber vom Justizminister angeblich angewiesen, der Verschiebung nicht zuzustimmen. Nach Meinung der Militärregierung wollte der Justizminister Dr. Josef Müller das Verfahren noch vor den Bundestagswahlen abgeschlossen haben. Obwohl daraufhin Müller jeden Eingriff in ein schwebendes Verfahren ableugnete, ordnete die Militärregierung mit Befehlen vom 26. und 29. Juli 1949 die Einstellung der Verhandlung an. Leiter der German Courts Branch waren Ernst Anspach (bis 1. Februar 1947), Allen A. Backer (bis Ende 1947), Leo M. Goodman (bis November 1948) und schließlich Paul J. Farr.

d) Prisons Branch

Die Prisons Branch hatte in der ersten Phase der Besetzung vor allem die Aufgabe, die Gefängnisse zu kontrollieren, das Gefängnispersonal politisch zu überprüfen und die zu Unrecht nach NS-Recht verurteilten Gefängnisinsassen freizulassen. Gleich nach Ankunft des Regional Military Government Detachments in München begann der für das Gefängniswesen zuständige Offizier (Capt. Walter A. Lunden) mit der Inspektion von Gefängnissen in der Nähe von München (Stadelheim, Aichach, Landsberg). Unabhängig vom Regional Military Government Detachment arbeiteten dort bereits Prisons Review Boards, die zwischen April und Juli 1945 über tausend Gefangene überprüften und frei ließen.¹⁷³ Ende des Jahres war diese Arbeit beendet.¹⁷⁴

¹⁷¹ Vgl. Woller: Loritz-Partei.

¹⁷² BayHStA MA 111 393.

¹⁷³ Der 2. Wochenbericht des Regional Detachment (Ende Mai 1945) spricht von 500 Entlassenen in Landsberg und 1800 Entlassungen in Aichach (10/85–3/5–1). Der 4. Wochenbericht (ebenda) nennt für den 5. Mai 7520 Gefangene im Raum München, von denen bis 5.6.1945 5600 entlassen waren.

¹⁷⁴ 10/85–3/6–4.

Gesprächspartner der Prisons Branch war auf deutscher Seite vor allem die für den Strafvollzug zuständige Abteilung des Justizministeriums (Direktor des Gefängniswesens). Die Mitarbeiter der Prisons Branch besichtigten selbständig Gefängnisse und Zuchthäuser und berichteten das Ergebnis mit den entsprechenden Empfehlungen an das Ministerium. Die Branch führte eine Kartei über alle zu Freiheitsstrafen verurteilten Häftlinge in Bayern. Grundlegend für die amerikanische und alliierte Gefängnispolitik war die Kontrollratsdirektive Nr. 19 vom 12. November 1945 (Principles for Administration of German Prisons).

Für straffällige und nicht repatriierbare Displaced Persons eröffnete die Prisons Branch in Fürth ein unter deutscher Leitung stehendes Gefängnis. Gleichzeitig (am 30. Oktober 1946) richtete man in Münchberg ein Displaced Persons Detention Center ein, in dem man die zu längerer Gefängnisstrafe verurteilten DP's unterbrachte. Später kamen noch in Straubing und Würzburg Strafvollzugsanstalten für DP's hinzu. Die ersten Todesurteile für nach dem Krieg begangene Verbrechen wurden am 14. Februar 1947 im Gefängnis von Landsberg an fünf Displaced Persons vollstreckt.

An den Ende 1946 eingeleiteten Maßnahmen zur vorzeitigen Entlassung von Häftlingen war die Prisons Branch an führender Stelle beteiligt. Da die Arbeit der 1946 eingerichteten Clemency Boards nur sehr schleppend voranging, ermächtigte man am 27. Mai 1947 die Prisons Branch zur selbständigen Entlassung derjenigen Gefangenen, die bereits zwei Drittel ihrer Haftstrafe verbüßt hatten.

Seit 1948 bemühte sich die Prisons Branch beim Justizministerium um die Trennung der Gefängnisverwaltung von der Staatsanwaltschaft¹⁷⁵. Auch kümmerte man sich bis zuletzt um die demokratische Gesinnung des Gefängnispersonals. Mit Schreiben vom 25. Mai 1948 monierte die Legal Division beim Justizministerium die Wiedereinstellung von Gefängnispersonal, das man 1945 entlassen hatte. Dies würde die Demokratisierungsbemühungen im Gefängniswesen gefährden.¹⁷⁶ 1948 arbeitete die Prisons Branch neue Bewährungsregeln für die Strafgefangenen aus, die dann aber später von der bayerischen Justizverwaltung nicht übernommen wurden. Sehr intensiv kümmerte sich die Prisons Branch um die Haftbedingungen in den bayerischen Gefängnissen. Die häufigen Inspektionen (alle zwei Monate) waren selbst nach Meinung von OMGUS zu aufwendig.¹⁷⁷ Noch am 2. September 1948 übersandte OMGBY dem Justizministerium einen auf Inspektionen beruhenden Untersuchungsbericht der Prisons Branch, in dem bei zahlreichen Gefängnissen Verstöße gegen die Kontrollratsdirektive Nr. 19 moniert wurden.¹⁷⁸

Am 30. Juni 1949 löste man die Prisons Branch auf,¹⁷⁹ die mit ihren ständigen Bemühungen um Reformen im Strafvollzug zu den aktivsten (und für die bayerischen Behörden auch lästigsten) Abteilungen der Militärregierung zählte.

Seit Mai 1945 war bei der Militärregierung für das Gefängniswesen Capt. Walter A. Lunden zuständig. Er leitete die Prisons Branch bis 9. September 1946. Ihm

¹⁷⁵ Die bayerische Justiz (Staatssekretär Ehard) führte im Frühjahr wieder eine Aufsicht der Generalstaatsanwaltschaften über die Strafvollzugsanstalten ein (zwischen 1935 und 1945 waren die Generalstaatsanwaltschaften die höhere Vollstreckungs- und Vollzugsbehörde), eine Regelung, die auch innerhalb des Justizministeriums sehr umstritten war und schließlich 1957 aufgehoben wurde (Dietl: Strafvollzug in Bayern, S. 176.) Auch hier erwies sich die Politik der Militärregierung als ihrer Zeit voraus.

¹⁷⁶ BayHStA MA 130819/1428.

¹⁷⁷ AG 1947/19/8.

¹⁷⁸ BayHStA MA 130822/2349.

¹⁷⁹ 13/141-2/1-1.

folgten T. Wade Markley bis 17. März 1947, Andres C. Warming (als acting chief) bis 11. Juni 1947 und schließlich John J. Raymond, der die Branch bis zu ihrer Auflösung leitete.

Am 1. Juli 1945 verfügte OMGBY über einen Chief Prison Officer samt Stellvertreter in München und je einen Prison Officer in den fünf Regierungsbezirken. Anfang 1946 sank der Personalstand der Branch auf vier Personen. Field Offices gab es Ende 1946 in Nürnberg, Augsburg und Straubing. 1947 und 1948 verfügte die Abteilung über je fünf Mitarbeiter.

e) Legislation and Legal Advice Branch

Die Legislation (Attorney) and Legal Advice Branch nahm ihre Arbeit am 15. März 1946 auf, nachdem die Gesetzgebungs- und Rechtsberatungsangelegenheiten bis zu diesem Datum direkt vom Chief Legal Officer bzw. dessen Deputy Legal Officer erledigt worden waren.

Die Legislation Section dieser Branch, die im November 1947 zu einer eigenen Branch erhoben wurde, überprüfte alle Gesetz- und Verordnungsentwürfe der bayerischen Regierung, leitete sie den interessierten Divisions und OMGUS zur Stellungnahme zu und stellte gegenüber der bayerischen Regierung nach Abschluß des Verfahrens die Zustimmung oder Ablehnung der Militärregierung fest. Zur Überprüfung der Gesetzgebung war bei OMGUS am 4. April 1947 ein Legislation Review Board eingerichtet worden. Ein Legislation Review Board, OMGBY, arbeitete seit 22. September 1947. Er bestand aus dem Chief der Government and Politics Branch, CAD, und dem Chef der Legislation Branch. Seine Tätigkeit mußte von der Legislation Section (Branch) vorbereitet werden. Auch die Rechtsprechung des 1947 ins Leben gerufenen Bayerischen Verfassungsgerichtshofes wurde von der Legislation Branch überwacht.¹⁸⁰ Besonderen Wert legte die Legislation Section bei ihren Überprüfungen auf Gesetzmäßigkeit der Verwaltung (Gesetzesvorbehalt), d. h. es wurde besonders darauf geachtet, daß jede Normsetzung durch die Verwaltung (Verordnungen, Bekanntmachungen) von einem entsprechenden Gesetz gedeckt war.

Die Legal Advice Section (seit November 1947 eine eigene Branch) der Legislation and Legal Advice Branch erstattete Rechtsgutachten für alle Zweige der Militärregierung. Einen Großteil der Arbeit nahmen dabei Rechtsfragen ein, die sich mit der Auslegung der Militärregierungsgesetze Nr. 52 und 53 (Property Control) befaßten.

f) Land Denazification Review Board

Der vom 1. Februar bis zum 10. Juni 1946 arbeitende Land Denazification Review Board entschied über Vorlagen aus den Detachments, die bis dahin in der Zuständigkeit der entsprechenden USFET-Boards standen. Die Entscheidungsbefugnis des Board war auf diejenigen Fälle beschränkt, in denen ein Deutscher nach den Entnazifizierungsbestimmungen automatisch aus dem Amt entfernt werden mußte, das zuständige Detachment aber die Notwendigkeit der Beibehaltung der betreffenden Person wegen Unabkömmlichkeit geltend machte und darüber hinaus der Betroffene nach Meinung des Detachments nur als nomineller Nazi einzustufen war. Nach dem

¹⁸⁰ Gemäß Schreiben der Legal Division vom 3.12.1947 an den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes mußte dieser alle Urteile der Militärregierung vorlegen (BayHStA Verfassungsgerichtshof Nr. 16).

10. Juni 1946 wurde die Tätigkeit des Land Denazification Review Board durch deutsche Stellen weiter geführt (Sonderministerium).

g) *Security Review Boards*

Die (zwei) für Bayern zuständigen Security Review Boards wurden am 9. Dezember 1945 ins Leben gerufen.¹⁸¹ Ihnen gehörten jeweils mindestens drei Offiziere an, einer davon war Mitglied des CIC. Sie hatten die Aufgabe, in einem halbprozessualen Verfahren alle Personen die als mögliches Sicherheitsrisiko („potential security threats“) verhaftet und in Internierungslager gebracht worden waren, zu entlassen, wenn sie nach USFET-Bestimmungen kein Sicherheitsrisiko mehr darstellten. Der Antrag auf Entlassung mußte von dem Internierten selbst gestellt werden. Im Auftrag der Security Review Boards arbeiteten auch deutsche Review Boards. Die Security Review Boards wurden am 29. November 1946 geschlossen; bis dahin wurden 21 353 Anträge auf Entlassung gestellt, von denen 17 656 positiv beschieden wurden. Im November gingen dann die Lager in deutsche Verwaltung über (Sonderministerium).

7. Information Control Division¹⁸²

a) *Organisation*

Die amerikanische Einheit, die bei der Besetzung Münchens am Sonntag, den 30. April 1945 als erste den Marienplatz erreichte, war ein Combat Propaganda Team (Psychological Warfare Branch) der 7. Armee.¹⁸³ Ihr gehörte Ernst Langendorf an, der nach anderen Einsätzen im Juni 1945 nach München zurückkam und in der Folgezeit für Presselizenzierung zuständig war.

Die Einheiten der Psychological Warfare Division, SHAEF, die im Februar 1944 ins Leben gerufen worden waren, operierten weitgehend unabhängig von den sonstigen Militärregierungseinheiten.¹⁸⁴ Anfangs vor allem mit der „Kampfpropaganda“ beauftragt, kümmerte sich die Psychological Warfare Division nach der Besetzung um den gesamten Medienbereich (Informationskontrolle). Für Bayern war das 6870th District Information Services Control Command (6870th DISCC) zuständig, das im Mai 1945 über 65 Offiziere und 97 Soldaten verfügte. Diese Einheit war am 15. Februar 1945 in Les Mesnuls (Frankreich) begründet und dort ausgebildet worden. Am 7. Mai 1945 traf sie in München ein.¹⁸⁵

Durch das Gesetz Nr. 191 vom 24. November 1944 war den Deutschen jede Tätigkeit im Medienbereich untersagt worden. Der Druck von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern, die Produktion von Filmen und die Veranstaltung von Rundfunksendungen waren nur noch nach vorhergehender Genehmigung durch die Amerikaner möglich. Unter welchen Voraussetzungen die durch Gesetz 191 untersagten Tätigkeiten wieder zugelassen werden konnten, regelte die Nachrichtenkontrollvorschrift Nr. 1 vom 12. Mai 1945. Die Zulassung erfolgte entweder durch ausdrückliche Genehmigung (Li-

¹⁸¹ OMGBY: Annual Historical Report 1945/46, S. 179.

¹⁸² Vgl. allgemein Benz: Amerikanische Literaturpolitik; Schwab: Kultur zwischen Kontrolle und kleiner Freiheit und Frei: Amerikanische Lizenzpolitik.

¹⁸³ Langendorf/Wulffius: In München fing's an, S. 9 ff.

¹⁸⁴ Ziemke: The U. S. Army, S. 173.

¹⁸⁵ 10/66–1/40.

zenzierung) oder durch Registrierung. Einzelheiten des Verfahrens waren im „Manual for the Control of German Information Services“ vom 12. Mai 1945 (revidiert am 18. Juni 1945) geregelt. In der Direktive vom 7. Juli 1945 findet sich die amerikanische Politik auf dem Gebiet der Informationskontrolle in Abschnitt 21 zusammengefaßt. Dieser Abschnitt wurde am 30. Juli 1945 durch eine ausführlichere Fassung ersetzt und später als Titel 21 in die Military Government Regulations übernommen.

Im Juli 1945 wurde die anglo-amerikanische Psychological Warfare Division, SHAEF, aufgelöst. Aus dem amerikanischen Teil der Division wurde die Information Control

Übersicht 51: Organisation und Personal der Information Control Division, OMGBY, April 1946

Division, USFET, unter Brig.Gen. Robert A. McClure gebildet, die bis Ende des Jahres weitgehend unabhängig von der Militärregierung arbeitete.¹⁸⁶ Das für den Eastern Military District zuständige 6870th DISCC teilte man am 31. Juli 1945 administrativ der 3. Armee zu. Gleichzeitig bezog die Einheit ihr Hauptquartier in Leoni am Starnberger See. Die für Film, Theater und Musik zuständige Abteilung wurde in den Filmstudios Geiseltagesteig untergebracht. Detachments wurden in München, Augsburg, Regensburg, Nürnberg und Würzburg eingerichtet.

In den ersten Monaten ihrer Tätigkeit waren die Einheiten des 6870th DISCC noch ganz von PWD, SHAEF, bzw. ICD, USFET, abhängig. Die Entscheidungen über Genehmigungen (Lizenzierungen) im Medienbereich wurden vom Direktor der ICD, USFET, in Bad Homburg im Zusammenwirken mit einem Licensing Board getroffen.¹⁸⁷ Zu einer Dezentralisierung des Zulassungsverfahrens kam es erst im Herbst 1945. Weniger wichtige Fälle (Genehmigungen von Theateraufführungen, Buchveröffentlichungen, Zeitschriften) konnten nun von den DISCC selbständig entschieden werden, wobei sich ICD, USFET, ein Nachprüfungsrecht vorbehielt.¹⁸⁸

Ende des Jahres begann man die Information Control Division, USFET, in OMGUS einzugliedern.¹⁸⁹ Wenig später, am 17. Januar 1946 wurde auch das 6870th DISCC als Information Control Division an OMGBY angeschlossen. Sie verfügte zu dieser Zeit über 44 Offiziere und 122 Soldaten. Im Januar 1946 bestand die neue Division im wesentlichen aus drei Abteilungen, nämlich der Intelligence Branch, der Information Control Branch und der Public Relations Branch. Letztere wurde am 1. April 1946 von der Information Control Division getrennt und direkt dem Landesdirektor unterstellt.¹⁹⁰ Die Gliederung der verbleibenden Tätigkeitsbereiche veranschaulicht Übersicht 52.

Eine straffere Organisation erhielt die Division (wie die anderen Abteilungen der Militärregierung) im Juli 1946. Die Division umfaßte jetzt folgende acht Branches:

Übersicht 52: Organisation der Information Control Division, OMGBY, Juli 1946

- Administration Branch
- Plans and Operations Branch
- Intelligence Branch
- Press Control Branch
- Publications Control Branch
- Radio Control Branch
- Film, Theater and Music Control Branch
- Publishing Operations Branch

Außerdem verfügte sie über fünf Field Teams in:

- München
- Nürnberg
- Augsburg
- Regensburg
- Würzburg

Im Herbst 1946 löste man die Administration Branch sowie die Plans and Operations Branch auf. Am 5. November 1946 wurde eine umfangreiche Direktive („Information

¹⁸⁶ Ziemke: The U. S. Army, S. 367.

¹⁸⁷ USFET Direktive vom 30.7.1945 (= Nr. 9d des Abschnitts 21 der Direktive vom 7.7.1945).

¹⁸⁸ USFET Direktive vom 22.10.1945 (= Nr. 8c (2) des Abschnitts 21 der Direktive vom 7.7.1945).

¹⁸⁹ USFET Direktive vom 11.12.1945; OMGBY: Annual Historical Report 1945/46, S. 186.

¹⁹⁰ Siehe S. .

Control Policies for Bavaria“) erlassen, die vor allem für die Liaison and Security Detachments gedacht war.¹⁹¹ Die Information Control Intelligence Branch wurde im Mai 1947 in Research and Analysis Branch umbenannt und schließlich am 1. Februar 1948 in die neugegründete Intelligence Division eingegliedert. Wichtig für Zielsetzung und tägliche Arbeit der Abteilung war die ab 3. Oktober 1947 wirksame Änderung des Tit. 21, MGR, durch die Nachrichtenkontrollvorschrift Nr. 3.¹⁹² Im Juli 1948 begann man mit größeren Umorganisationen und Umbenennungen. Seit 6. August 1948 hieß die Division Information Services Division und signalisierte damit ihren Dienstleistungscharakter.¹⁹³

Mit dieser Umbenennung folgte man (wie in Württemberg-Baden und in Hessen) dem Vorbild und den Anweisungen von OMGUS. Große Teile der Information Control (Services) Division, OMGUS, waren im übrigen am 12. Juni 1948 von Berlin nach München verlegt worden.¹⁹⁴ Auf Veranlassung von OMGUS wurde im August 1948 die Theater and Music Section in die mehr und mehr aufgewertete Education and Cultural Relations Division eingegliedert. Die Newsreel Section der Film Branch wurde am 1. Oktober 1948 von der Information Services Division, OMGUS, übernommen.¹⁹⁵ Ebenfalls am 1. Oktober wurde die Publishing Operations Branch von OMGUS übernommen. Sie blieb unter Jack Fleischer in München.

Völlig neu wurde im Juli/August 1948 die Exhibition and Information Centers Branch eingerichtet (seit November 1948: Information Centers Branch). Im Dezember 1948 und Januar 1949 war die Information Services Division demnach in folgende Branches gegliedert:

Übersicht 53: Organisation der Information Services Division, OMGBY, Ende 1948 /Anfang 1949

- Press Branch
- Publications Branch
- Radio Branch
- Information Centers Branch
- Film Branch

Mit Wirkung vom 30. Juni 1949 wurden alle Aufgaben im Bereich von Information Services in den Ländern von OMGUS übernommen.¹⁹⁶

Hingewiesen sei noch auf die Opinion Surveys Branch, die in Bayern seit 1. Mai 1947 arbeitete und unter der direkten Aufsicht der Information Control Division, OMGUS, stand, verwaltungsmäßig (administrative support) aber OMGBY angegliedert war. Aufgabe dieser Branch war die wissenschaftlich fundierte Durchführung von Meinungsumfragen unter der deutschen Bevölkerung sowie die Trendermittlung. Die Branch arbeitete (1948) mit zwei Field Teams in München und Nürnberg, die unter Leitung von amerikanischen Zivilangestellten standen. Die Branch verfügte über Au-

¹⁹¹ OMGBY: Annual Historical Report 1946 IV, Anhang I zu Kap. VI.

¹⁹² Sie wurden der bayerischen Regierung erst am 30.10.1947 zur Kenntnisnahme übersandt (BayHStA MA 130812).

¹⁹³ General Order Nr. 13, OMGBY, vom 30.6.1948 und General Order Nr. 14, OMGBY, vom 10.8.1948 (13/127–2/5).

¹⁹⁴ Ebenda.

¹⁹⁵ General Order Nr. 17, OMGBY, vom 15.10.1948.

¹⁹⁶ Letter, OMGUS, 13.5.1949 (13/141–2/1–1). In den Ländern wurden jetzt sogenannte Liaison and Advisory Teams tätig.

Benstellen in Ingolstadt, Landsberg, Regensburg, Nürnberg, Bamberg und Bayreuth. Die Tätigkeit dieser Abteilung der Militärregierung belegt die große Bedeutung, die der Meinungsumfrage als Instrument politischen Handelns von den Amerikanern zugebilligt wurde.

Leiter des 6870th DISCC war seit 26. März 1945 Lt.Col. William H. Kinard. Ihn löste im Mai 1945 Col. Bernard B. McMahon ab (bis 21. Mai Leiter des 6871st DISCC in Heidelberg). McMahon wurde dann Chef der neuen Information Control Division. Im Februar 1947 wechselte er zur Information Control Division der hessischen Militärregierung. Sein Nachfolger in München, Lt.Col. Anthony F. Kleitz, amtierte nur bis Juli 1947 und wurde durch den Zivilangestellten James A. Clark abgelöst. Dieser blieb bis zur Auflösung der Information Services Division am 30. Juni 1949.

Das 6870th DISCC erreichte im Oktober 1945 mit 264 Mitarbeitern seine größte Personalstärke. Bei der Eingliederung in OMGBY am 21. Januar 1946 zählte die Information Control Division 44 Offiziere und 122 Soldaten. In der Folgezeit versuchte man die meisten Stellen mit Zivilangestellten zu besetzen. Laut T/O vom 17. Juli 1946 sollten von den 95 zur Verfügung stehenden Stellen 77 Zivilangestellten vorbehalten sein. Die T/O vom 7. November 1947 sah unter 60 Mitarbeitern nur noch zwei Offiziere und zwei Soldaten vor. Die Analysis Branch und die Publishing Operations Branch waren mit 16 bzw. 14 Mitarbeitern personell am großzügigsten ausgestattet. Ende 1948 erhielt dann die Information Centers Branch die größte Gewichtung. Laut Organisationsplan vom 13. Oktober 1948 arbeiteten von den insgesamt 30 Mitarbeitern der Abteilung 13 in der Exhibition and Information Centers Branch.

b) Press (Control) Branch

Die Press Control Branch war von ihrer Aufgabenstellung her die wichtigste Branch innerhalb der Information Control Division, OMGBY. Sie war mit dem Aufbau einer freien Presse in Bayern beauftragt. Sie traf die Auswahl der Lizenzträger und gewährte die notwendige wirtschaftliche Unterstützung. Die erste Lizenz für eine Tageszeitung in Bayern wurde vom 6870th DISCC am 6. Oktober 1945 für die Süddeutsche Zeitung (Lizenzträger: August Schwingenstein, Edmund Goldschagg und Franz Joseph Schoeningh) vergeben.¹⁹⁷ Es folgten der Hochland Bote (8. Oktober), die Nürnberger Nachrichten (11. Oktober) und die Franken Post (12. Oktober). Im April 1946 erschienen bereits 16 von der Militärregierung lizenzierte Tageszeitungen. Im Juli 1947 war das Lizenzierungsprogramm im wesentlichen beendet, soweit es parteipolitisch und konfessionell unabhängige Zeitungen betraf. Die Militärregierung machte jedoch die Aufhebung des Lizenzierungszwanges vom Erlaß eines Pressegesetzes abhängig, in dem die in der bayerischen Verfassung gewährleistete Pressefreiheit konkretisiert werden sollte.¹⁹⁸ Richtlinien für ein solches Pressegesetz entwarf die Militärregierung in einem Schreiben vom 15. Oktober 1948 an den Ministerpräsidenten.¹⁹⁹

Am 5. Juli 1949 beschloß der Landtag ein Gesetz über die Presse. Zwei Bestimmungen dieses Gesetzes, die für den verantwortlichen Redakteur einer Zeitung einen bayerischen Wohnsitz und ein Mindestalter von 25 Jahren vorschrieben, wurden von OMGUS und OMGBY wegen Verstosses gegen Art. 5 Grundgesetz und Art. 110

¹⁹⁷ Langendorf/Wulffius: In München fing's an, S. 23 ff.

¹⁹⁸ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXIX.

¹⁹⁹ Bereits im Herbst 1946 hatte OMGUS einen Länderratsentwurf zu einem Pressegesetz abgelehnt, da entsprechende Gesetze auf Länderebene erlassen werden sollten (Akten zur Vorgeschichte 1, S. 1022 f.).

Bayerische Verfassung durch Order Nr.22 vom 22. August 1949 für nichtig erklärt. Gleichzeitig (am 22. August) trat für Bayern die allgemeine Genehmigung Nr.3 der Nachrichtenkontrollvorschrift Nr.3 (geänderte Fassung) in Kraft.²⁰⁰ Damit war für Bayern die Lizenzierungspflicht aufgehoben. Das Pressegesetz wurde in der von den Amerikanern gewünschten Fassung am 3. Oktober 1949 (mit Rückwirkung auf den 1. Juli) neu beschlossen.²⁰¹ Es ist eines der wenigen Gesetze aus der Zeit der Militärregierung, das heute noch in Kraft ist.

c) *Publishing Operations Branch*

Die Publishing Operations Branch war für die Herausgabe der in deutscher Sprache erscheinenden Militärregierungspublikationen verantwortlich. Die erste für die bayerische Bevölkerung bestimmten amerikanischen Zeitung gab die 12. Armeegruppe im April 1945 unter dem Namen „Mitteilung“ heraus. Es folgte der seit dem 20. April 1945 erscheinende „Bayerische Tag“. Diese in Bamberg gedruckte Zeitung erreichte Ende April eine Auflage von 400000 Stück.²⁰² Seit dem 18. Mai 1945 erschien eine „Bayerische Landeszeitung“ (drei Ausgaben bis 1. Juni) und seit dem 9. Juni einmal wöchentlich die „Münchner Zeitung“.²⁰³ Alle diese Zeitungen waren nach Aussage der Amerikaner immer sehr schnell vergriffen.²⁰⁴

Große Bedeutung erlangte dann die seit 18. Oktober 1945 zweimal wöchentlich erscheinende „Neue Zeitung“, die zeitweise eine Auflage von zwei Millionen Exemplaren erreichte. Seit 8. August 1945 erschien die Illustrierte „Heute“. Dem gehobeneren Bedarf diente die Vierteljahreszeitschrift „Amerikanische Rundschau“ und die Monatszeitschrift „Neue Auslese“.

Im Juni 1946 verfügte die Publishing Operations Branch über 17 amerikanische und 930 deutsche Mitarbeiter. Leiter der Branch und zugleich Chefredakteur der „Neuen Zeitung“ war bis September 1947 Hans Wallenberg. Ihm folgte Max Kraus und seit Februar 1948 Jack M. Fleischer, mit dem die „Amerikanisierung“ der „Neuen Zeitung“ begann,²⁰⁵ die zu einem deutlichen Qualitätsverlust führte. Im Oktober 1948 übernahm OMGUS die Herausgabe sämtlicher Militärregierungspublikationen; die Publishing Operations Branch gliederte man in die Information Services Division, OMGUS, ein. Auch unter OMGUS arbeitete Fleischer noch als Leiter der Publishing Operations Branch in München weiter, wurde dann aber noch 1948 von Kendall Foss abgelöst.

d) *Radio (Control) Branch*²⁰⁶

Die Radiokontrollabteilung war vor allem mit dem Betrieb von Radio München (später auch Radio Nürnberg) befaßt. Nachdem die Radio Section der 6870 th DISCC den Sender wieder instandgesetzt hatte, wurden am 10. Mai 1945 die ersten Sendungen ausgestrahlt. Mit der Zunahme der Sendezeit erweiterte sich der deutsche Mitarbeiterstab.

²⁰⁰ BayHStA MA 130836/3918.

²⁰¹ Bayer. GVBl. 1949, S. 243; BayRS 2250-1-I.

²⁰² 13/147-2/10.

²⁰³ Matz: Die Zeitungen der U. S. Armee, S. 153 f.

²⁰⁴ 13/147-2/11.

²⁰⁵ Jack Fleischer, ehemaliger Europakorrespondent einer amerikanischen Nachrichtenagentur, der nicht einmal die deutsche Sprache richtig beherrschte, zog weitere „mit Ressentiments geladene alliierte Journalisten“ nach München (Netzer: Die Neue Zeitung, S. 40).

²⁰⁶ Vgl. Bolz: Von Radio München.

Am 31. Januar 1946 wurde, wie in den anderen Ländern, die Finanzierung der Radiostationen, insbesondere die Bezahlung der nichtamerikanischen Angestellten, der bayerischen Regierung übertragen. Im April/Mai 1946 zählte Radio München bei einer wöchentlichen Sendezeit von 86 Stunden sieben amerikanische und 370 deutsche Mitarbeiter. Am 31. Dezember 1947 übermittelte OMGBY der bayerischen Regierung Grundsätze für eine zukünftige Rundfunkgesetzgebung.²⁰⁷ Das Gesetz sollte bis spätestens zum 15. März 1948 erlassen sein. Hauptaufgabe der Gesetzgebung war die Beseitigung jeder direkten Regierungskontrolle.

Nach der Verabschiedung des von der Radio (Control) Branch mitgestalteten²⁰⁸ bayerischen Rundfunkgesetzes vom 10. Oktober 1948²⁰⁹ wurde am 25. Januar 1949 in einem Festakt die Verwaltung des Rundfunks in deutsche Hände (Rundfunkrat) übergeben, nachdem bereits am 11. Juni 1946 durch die Ernennung eines deutschen Chefredakteurs (Felix Buttersack) die Programmgestaltung Sache der deutschen Mitarbeiter geworden war.

Leiter der Radio Control Branch war seit Herbst 1945 der Zivilist Field Horine. Sein Nachfolger wurde im März 1947 Edmund Schechter.

e) Publications (Control) Branch

Die Publications Control Branch (Verlagskontrollabteilung) war mit der Überwachung des Buch- und Verlagswesens und den entsprechenden Lizenzierungen beauftragt. Die ersten vier (vorläufigen) Lizenzen erhielten im September 1945 Verleger für religiöses Schrifttum. Am 15. November 1945 wurde die erste normale Verlagslizenz an den Verleger Kurt Desch in München erteilt.²¹⁰ Im April 1946 hatte die Branch bereits 71 Verlage, 418 Druckereien und 2082 Buchläden überprüft und zugelassen. Mitte 1946 arbeitete die Abteilung mit sieben Amerikanern und 15 Deutschen, im Juli 1947 mit fünf Amerikanern und 18 Deutschen. Im Januar 1947 gliederte man die Branch in drei Sections:

- Die Servicing Section stellte amerikanische Artikel für deutsche Zeitschriften zur Verfügung und vermittelte amerikanische Buch-Copyrights.
- Die Scrutinity Section überprüfte (als Lektorat der Abteilung) deutsche Bücher und Zeitschriften.
- Die U. S. Information Centers Section (vorher U. S. Information Service Library Section) war seit Sommer 1945 mit der Einrichtung von Bibliotheken mit (vorwiegend) amerikanischem Lesematerial befaßt. Diese Information Centers wurden seit Oktober 1947 „Amerikahäuser“ genannt. Das Münchener wurde am 8. Januar 1946 eröffnet.

Die von der Publication Branch festgelegten Auflagebeschränkungen fielen nach der Währungsreform fort. Anfang 1949 war die Branch in eine Licensing Section, Scrutinity Section und Servicing Section gegliedert.

f) Information Centers Branch

Im Sommer 1948 wurde aus der Publication Branch eine eigene Exhibition and Information Centers Branch herausgelöst. Ihr gehörte der Direktor der Internationalen

²⁰⁷ BayHStA MA 130814.

²⁰⁸ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXX f.

²⁰⁹ Bayer. GVBl. 1948, S. 135.

²¹⁰ OMGBY: Annual Historical Report 1945/46, S. 206.

Jugendbibliothek, ein Fachmann für Ausstellungen sowie neun Supervisors der Amerikahäuser Augsburg, Bamberg, Erlangen, Hof, München, Nürnberg, Passau, Regensburg und Würzburg an. Aufgabe der neuen Branch war es ganz allgemein, das Reorientation Program und im speziellen das Information Centers Program weiterzuführen und auszudehnen.²¹¹

Anfang 1949 betreute die (seit November 1948 so genannte) Information Centers Branch acht Amerikahäuser (Augsburg, Bamberg, Coburg, Erlangen, München, Nürnberg, Regensburg, Würzburg) und 65 Reading Rooms.²¹²

g) Film Theater Music Control Branch (Film Branch)

Die für Film, Theater und Musik zuständige Kontrollabteilung war entsprechend der Press Control Branch für die Lizenzierung, Registrierung, Überwachung und Förderung der deutschen Aktivitäten zuständig. Mit Unterabteilungen für Film, Theater und Musik arbeitete die Branch bis Juni 1948. Dann kamen die Zuständigkeiten für Theater und Musik an die Cultural Affairs Branch der Education and Cultural Relations Division.²¹³

Die Tätigkeit der Branch beschränkte sich nun im wesentlichen auf die Förderung und Überwachung der Filmproduktion. Im Juni 1945 war in Geiseltagest der an die Abteilung angeschlossene „Allgemeine Filmverleih“ gegründet worden.²¹⁴ Auch die Wochenschau „Welt im Film“ wurde von angloamerikanischen Filmteams in Geiseltagest produziert. Der erste deutsche Nachkriegsfilm in der US-Zone wurde im Dezember 1947 uraufgeführt. Bis Ende 1948 waren bereits 44 Filme (31 Dokumentar- und 13 Spielfilme)²¹⁵ produziert worden. Am 1. Oktober 1948 wurde die Newsreel Section von ISD, OMGUS, übernommen.

h) Information Control Intelligence Branch²¹⁶ (Research and Analysis Branch)

Die Information Control Intelligence Branch bildete die Nachfolgerin der Intelligence Section der 6870th DISCC bzw. der Information Control Division. Ihre Organisation erfolgte im April 1946, nachdem in einer Direktive General Clarence L. Adcocks der Information Control Division die „political intelligence“ zugewiesen worden war.²¹⁷ Die neue Intelligence Branch arbeitete mit zwei Sections für Media Intelligence und Political Affairs (Political Intelligence). Der Media Intelligence Section oblag die Überwachung der deutschen Medien. Sie bediente sich dabei auch nachrichtendienstlicher Methoden wie Telefon- oder Briefüberwachung. Die Media Intelligence Section nannte sich seit 21. Mai 1947 Field Research Section. Den Außendienst für diese Unterabteilung versahen fünf Detachments in den Regierungsbezirken.

Die Political Affairs Section arbeitete im April 1946 mit fünf Units (Reporting, Editorial, Surveys, Archives, Mail Analysis). Die Editorial Unit machte man am 1. Januar 1947 zur selbständigen Section. Sie wurde am 1. Februar 1947 in Political Analysis und schließlich am 19. Mai 1947 in Research Section umbenannt. Ihre Hauptaufgabe war die Herausgabe von „Trend“, einem für Militärregierungsstellen bestimmten Informa-

²¹¹ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXXXI.

²¹² Krauss: Nachkriegskultur in München, S. 169.

²¹³ Vgl. OMGUS-Handbuch, Teil Bayern B 5.e

²¹⁴ OMGBY: Annual Historical Report 1945/46, S. 236.

²¹⁵ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXX.

²¹⁶ Zur Organisation vgl. 10/66–1/40 und 10/90–1/9.

²¹⁷ Ebenda.

tionsblatt, das vor allem Analysen zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland brachte. Die Publikation von „Trend“ begann Anfang 1946 mit monatlichen, später wöchentlichen Ausgaben. Von Sommer 1946 bis Frühjahr 1947 erschien zusätzlich noch ein tägliches „Intelligence Bulletin“.²¹⁸ Herausgeber von „Trend“ und Leiter der Research Section war Donald T. Shea, der spätere Leiter der Intelligence Division. Nach Sheas Meinung genoß „Trend“ im gesamten Militärregierungsbereich einen hervorragenden Ruf, doch wurde die Tätigkeit der Section nicht überall positiv beurteilt. Ernst Langendorf von der Press Branch der Information Control Division beschwerte sich am 20. August 1946 über den blinden Eifer und die falschen Bewertungen der für „Trend“ verantwortlichen Kollegen.²¹⁹ Im September 1947 standen Shea nur noch zwei Mitarbeiter für „Trend“ zur Verfügung. Er forderte zusätzliche Analysts.²²⁰ Bei OMGUS scheint man indes kein Interesse mehr an „Trend“ gehabt zu haben; so stellte es schließlich sein Erscheinen ein.

Die Surveys Unit der Political Affairs Section unterstellte man am 1. Mai 1947 der Information Control Division von OMGUS. Die Political Affairs Section erhielt darauf den Namen Media Analysis Section. Die Tätigkeit der Mail Analysis Section (innerhalb der Media Analysis Section) endete am 30. Juni 1947.

Im Mai 1947 gliederte sich demnach die Information Control Intelligence Branch in die Field Research Section, in die Research Section und in die Media Analysis Section. Unter Berücksichtigung ihrer veränderten Aufgabenstellung nannte sich die Branch dann seit 21. Mai 1947 Research and Analysis Branch.²²¹ Am 1. Februar 1948 wurde die Research and Analysis Branch in die neugegründete Intelligence Division übernommen. Leiter der Intelligence Section innerhalb der 6870th DISCC (1945) sowie der Intelligence Section der Information Control Division (1946) war Capt. H. Peter Hart.²²² Ihn löste im Februar 1947 der Zivilist Robert C. Martindale ab. Martindale leitete die Information Control Intelligence Branch (Research and Analysis Branch) bis zu deren Auflösung im Februar 1948 und wurde dann der erste Chef der neu geschaffenen Intelligence Division.

Im Frühjahr verfügte die Abteilung über insgesamt 45 Mitarbeiter (davon 20 in den vier Field Teams). Der T/O vom 17. Juli 1946 sah insgesamt 29 Zivilangestellte, der T/O vom 1. Juli 1947 nur noch 16 Zivilangestellte vor.

8. Intelligence Branch

Die Intelligence Branch entwickelte sich aus der Historical and Political Intelligence Abteilung des Detachment E1F3 und aus der Intelligence Branch, Hq G-5, 3rd Army. Diese letztere wurde am 29. April 1944 ins Leben gerufen und zuerst von Maj. William S. Dutton, dann ab Februar 1945 von Maj. Edwin H. Coker geleitet.²²³ Sie war bei der Besetzung Bayerns in Abteilungen für Intelligence, Communications und Public Utilities gegliedert.

²¹⁸ 10/73–2/15.

²¹⁹ 10/91–1/15.

²²⁰ 13/75–3/9.

²²¹ 10/90–1/9. Die Namensänderung ging von OMGUS aus, das am 1. April 1947 seine Intelligence Branch in Research Branch umbenannt hatte, um Verwechslungen mit den sonstigen „Intelligence“-Abteilungen (Office of the Director of Intelligence) zu vermeiden.

²²² Ebenda.

²²³ 13/147–2/8.

Nach der Zusammenlegung der G-5 Stabsabteilung mit dem Detachment E-201 im Oktober 1945 entstand die neue Intelligence Branch unter Leitung von Maj. Peter J. Vacca, der seit März 1945 im Detachment E1F3 bzw. E-201 (Regional Military Government Detachment) tätig war. Die Hauptaufgabe dieser Branch, die dem Landesdirektor unmittelbar unterstand, war die Sammlung und Auswertung aller Nachrichten über Ereignisse und Entwicklungen, die für die Militärregierung von Bedeutung waren. Das Ergebnis dieser Nachforschungen wurde den Dienststellen der Militärregierung in Berlin, Frankfurt und München in wöchentlichen „Intelligence Reports“ mitgeteilt.

Seit August 1945 war die Abteilung auch für die Überwachung und Förderung der demokratischen Entwicklung in Bayern, also vor allem für die Zulassung von Parteien und die Überwachung von Wahlen zuständig. Dadurch wurde Maj. Peter J. Vacca zu einem der wichtigsten Gesprächspartner der Deutschen. Man begann mit der Zulassung von Parteien auf Kreisebene, die schon in der Direktive vom 7. Juli 1945 (Section III) vorgesehen war. Die Voraussetzungen schuf die Direktive von USFET vom 27. August 1945.

Hq 3rd Army erließ daraufhin am 3. Oktober 1945 genauere Anweisungen („Political Activities“):²²⁴ Bewerbungen wurden von den lokalen Militärregierungen vorläufig,²²⁵ dann von G-5, USFET, endgültig genehmigt oder abgelehnt. Für die Zulassung der Parteien auf Landesebene erging von USFET am 23. November 1945 eine Direktive. Ihr waren Besprechungen in München zwischen den Vertretern der Parteien auf der einen sowie Walter L. Dorn und Col. Storey von USFET auf der anderen Seite vorausgegangen.²²⁶ Die Parteienpolitik der Militärregierung war durchaus nicht im Sinne der bayerischen Regierung. In einem Schreiben vom 17. August 1945 an Lt.Col. Robert A. Reese wandte sich Ministerpräsident Schäffer gegen die verfrühte Zulassung von Parteien.

Als erste Landesparteien wurden am 9. Januar 1946 in Bayern die CSU und die SPD zugelassen. Die Zulassungsurkunde überreichte General Walter J. Muller den beiden Parteivorsitzenden Dr. Josef Müller und Wilhelm Hoegner persönlich.²²⁷ Zu dieser Zeit waren bereits 264 lokale und regionale Parteigruppierungen zugelassen worden. Die nächste große Aufgabe der Intelligence Branch war die Vorbereitung der für 27. Januar 1946 angesetzten Gemeinderatswahlen (in Gemeinden unter 20000 Einwohner). Das Innenministerium mußte einen Entwurf für eine Gemeindeordnung vorlegen, der mit Datum vom 18. Dezember 1945 in Kraft trat.²²⁸ Da die Prüfung der Wahlberechtigung mittels Fragebogen sich als sehr zeitraubend herausstellte, bat der Länderrat in Stuttgart am 4. Dezember 1945 die amerikanische Militärregierung um eine Verschiebung des Wahltermins auf März 1946, was aber USFET ablehnte.²²⁹ Am

²²⁴ 730/29-1; als Mitglieder und Förderer (Gründer) von Parteien auf Kreisebene waren im Schreiben der 3. Armee nur Personen zugelassen, die mindestens seit einem Jahr in Bayern ansässig waren. Diese Bestimmung wurde im November wieder gestrichen.

²²⁵ Die lokalen Detachments mußten nun „political activity reports“ erstellen, in denen über die Gründung und Tätigkeit von politischen Organisationen und Parteien berichtet werden sollte (seit September 1945 wöchentlich, seit Oktober 1945 vierzehntägig, seit Januar 1946 monatlich – bis zum Frühjahr 1947). In diesen Reports sind Berichte der Orts- und Kreisverbände der Parteien über Mitglieder, Organisation, Finanzen etc. verarbeitet.

²²⁶ POLAD 730/30.

²²⁷ 10/85-3/5-1.

²²⁸ Bayer. GVBl. 1946, S. 25.

²²⁹ BayHStA MA 11 1401; Akten zur Vorgeschichte 1, S. 176 ff.

28. April 1946 führte man die Wahlen für die Kreistage und am 16. Mai 1946 die Wahlen für die Gemeinden über 20000 Einwohner durch. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die von Washington aus veranlaßte Auflösung der Bayerischen Heimat- und Königsparlei durch Schreiben vom 19. Mai 1946.²³⁰ Im Juli 1946 übernahm die Civil Administration Division die Zuständigkeit für Parteien und Wahlen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren auf Länderebene fünf Parteien, auf Kreisebene 380 Gruppierungen (28 unterschiedlicher Parteien bzw. Wählervereinigungen) zugelassen worden. Im April 1946 gliederte man in die Intelligence Branch die bis dahin selbständige History and Reports Section ein. Die Abteilung erhielt jetzt den Namen: Intelligence, Historical and Reports Branch. Sie gliederte sich in die folgenden Unterabteilungen:

- Intelligence Section
- Historical and Reports Section
- Documents and Translation Section

Die Aufgabe der Intelligence Section war (nach dem Juli 1946) die Sammlung, Zusammenstellung und Bewertung von Nachrichten, die für die Militärregierung von Bedeutung sein konnten. Die von der Intelligence Section gesammelten und erarbeiteten Informationen wurden an alle Dienststellen der Militärregierung weitergegeben (Weekly Intelligence Reports). Hauptlieferanten der Informationen waren die Liaison and Security Offices, die wöchentliche Intelligence Reports oder auf Anforderung „Special Reports“ zu liefern hatten.²³¹ Da auch andere Stellen mit Intelligence-Aufgaben betraut waren, war die Korrdinierung ein Hauptproblem, das anscheinend bis zur Gründung der Intelligence Division 1948 nicht befriedigend gelöst werden konnte. In vielen Berichten wird über das Nebeneinander und Gegeneinander der mit Intelligence befaßten Stellen geklagt. Seit 1946 gab es zwar ein Intelligence Coordination Committee²³² bei OMGBY, dessen Aufgabe die Überwachung aller Intelligence-Aktivitäten war, aber viele dieser Stellen gingen letztlich ihre eigenen Wege. Als konkurrierende Intelligence-Stellen kamen neben der Intelligence Branch vor allem die Intelligence (Research) Branch der Information Control Division, dann die verschiedenen Gliederungen des CIC,²³³ die G-2 Stabsabteilung der 3. Armee, S-2 der Constabulary und die taktischen Truppen in Frage.

²³⁰ BayHStA MA 11 1392.

²³¹ Bis September 1946 schickten die Liaison and Security Offices ihre Weekly Intelligence Reports auch an den Director of Intelligence, OMGUS, seitdem auf Anweisung von OMGUS nur noch an die Intelligence Branch. OMGUS begnügte sich mit dem Weekly Land Intelligence Report und mit einem täglichen TWX, in dem die wichtigsten Ereignisse zusammengefaßt waren (10/91–1/15).

²³² Bericht von ODI an General Eisenhower über die Intelligence Branch, OMGBY (17/57–3/5).

²³³ Das Counter Intelligence Corps (CIC) arbeitete weitgehend unabhängig von OMGBY. Es war für die Abwehr von Spionage, Sabotage und subversiver Tätigkeit zuständig. Während die Intelligence Division, OMGBY, ihre Nachrichten offen sammelte, arbeitete das CIC mit nachrichtendienstlichen Mitteln. Unmittelbar nach der Besetzung war in München die CIC 307th Task Force (Marshall Haseltine) tätig (10/85–3/5–1). Im November 1945 rief man für den Bereich der amerikanischen Besatzungszone das 970th CIC Detachment ins Leben, das im November 1948 in 66th CIC Detachment umbenannt wurde. Dieses Detachment unterstand unmittelbar der Frankfurter Intelligence Division, OMGUS. Das Detachment war in Regionen untergliedert, die ihrerseits sehr selbständig operierten (Bayern gehörte zu den Regionen IV, V und VI). Die Zusammenarbeit zwischen der Intelligence Division, OMGBY, und CIC wurde 1949 vom Chef der Intelligence Division Donald T. Shea als unzureichend kritisiert (10/73–2/15).

Die Historical Section sammelte alle Fakten, die für die Geschichte der Militärregierung von Interesse waren und verwertete diese in monatlichen, vierteljährlichen und ganzjährigen Historical Reports. Kurzzeitig gab die Historical Section eine Zeitschrift, „The Bavarian“, heraus, die für die Mitglieder der Militärregierung bestimmt war (seit Anfang 1947 von der Plans and Operations Branch herausgegeben). Zur allgemeinen Verbesserung des Berichtswesens wurden im September 1946 alle Divisions und Branches angewiesen, eigene Reports Officer zu ernennen.²³⁴

Die Documents and Translation Section sammelte, übersetzte und analysierte Dokumente aus deutschem Besitz, die für die Militärregierung und sonstige amerikanische Stellen von Bedeutung waren, insbesondere auch wissenschaftliche Dokumente. Sie leitete die für die Amerikaner wichtigen NSDAP-Akten an die Document Centers in Freising und Berlin sowie an USFET weiter. Darüber hinaus wurden in der Section alle für die Militärregierung notwendigen Schriftstücke übersetzt.

Am 22. November 1946 wurden die Intelligence Branches und Divisions in den Ländern von OMGUS angewiesen, ihre Arbeit weniger auf Sicherheitsprobleme, sondern mehr auf politische, soziale und wirtschaftliche Analysen zu konzentrieren.²³⁵

*Übersicht 54: Organisation und Personal der Intelligence Branch, OMGBY,
1. Juli 1947*

Branch Chief	Harold E. Stearns
Executive Officer	Virginia Hornak
Liaison Officer	Eugene McMasters
Intelligence Section	
Deputy Branch Chief and Section Chief	James H. Cavins
Intell. Reports Editor	Artur Burkard
Intell. Officer	Henry Wolbier
Intell. Interpreter	Leo Steingut
Intell. Analyst	Peter Beer
Intell. Analyst	Howard Triest
Historical and Reports Section	
Section Chief	George Godfrey
Information Specialist	Thomas J. Coad
Field Reporting Officer	Kurt Rosenthal
Documents and Translation Section	
Section Chief	Wilhelm Krauledat
Supervisor Translation Section	Marianne Blashek

Leiter der Intelligence Branch war von Anfang an (1945) Maj. Peter J. Vacca.²³⁶ Am 4. April 1947 verließ er Bayern, um die Leitung der Intelligence Division, OMGWB, zu übernehmen. Zu seinem Nachfolger ernannte man im April den Zivilisten Harold E. Stearns, der vorher als Chef von Intelligence Branch in Württemberg-Baden tätig war.

²³⁴ OMGBY: Annual Historical Report 1946/47, S. 101.

²³⁵ OMGBY: Annual Historical Report 1946/47, Kap. VI, App. 1.

²³⁶ Peter J. Vacca arbeitete vor seiner Militärregierungstätigkeit als Post Intelligence Officer beim Seneca Ordnance Depot im Staate New York. In einem Bericht vom 14.10.1946 (Frank M. Potter jr. an Col. Peter P. Rodes, ODI) wird er wie folgt charakterisiert: „He is definitely a ‚character‘. He is aggressive, likes to play around with ‚side shows‘ and generally takes himself quite seriously. He is a ‚cloak and dagger‘ type of operator . . . I question whether Vacca is big enough for the job, but he is energetic and he does get results“ (17/47-3/5)

9. Intelligence Division

Schon 1946 ergaben sich zwischen der Intelligence Section der dem Landesdirektor unmittelbar unterstehenden Intelligence Branch und der der Control Division unterstehenden Intelligence Branch Spannungen, weil die Berichte beider Stellen oft sehr unterschiedlich ausfielen und nicht selten gegensätzliche Empfehlungen aussprachen. Trotzdem hat General Muller, der ja schon im Oktober 1945 eine ihm zugeordnete Intelligence-Abteilung geschaffen hatte, nie (im Unterschied zu den anderen Landesdirektoren) eine Zusammenlegung der Intelligence-Aktivitäten ins Auge gefaßt. Sein Nachfolger Van Wagoner rief dann schließlich am 15. Januar 1948²³⁷ eine eigene Intelligence Division ins Leben, in der die bisherige Intelligence Branch sowie die Research and Analysis Branch der Information Control Division zusammengelegt wurden. Damit waren alle Stellen, die sich mit offener Informationsbeschaffung beschäftigten, in einer Abteilung zusammengefaßt. Nach den Aussagen des zweiten Chefs der Intelligence Division, Donald T. Shea,²³⁸ verbesserten sich damit die bisher mangelhaften Verbindungen zu den Stellen, die mit Nachrichtendienst und nachrichtendienstlicher Informationsbeschaffung befaßt waren. Dem gegenseitigen Meinungsaustausch dienten vor allem die sogenannten Intelligence Coordinating Committees.

Die Intelligence Division arbeitete mit folgenden Branches:

- Intelligence Branch (= Analysis Branch)
- Research Branch
- Reports and Statistics Branch

Die Research Branch (mit Special Project Section, Field Research Section und Liaison Section) sammelte die notwendigen Informationen, die dann von der Analysis Branch verarbeitet wurden. Die Analysis Branch verfügte über je einen Sociological, Political, Economics, Information Media und einen Security Analyst. Das Ergebnis der Untersuchungen fand seinen Niederschlag in „Weekly Intelligence Reports“.

Die Reports and Statistics Branch setzte die Tätigkeit ihrer Vorgängerbehörde, der Historical Section der Intelligence Branch, fort (vor allem also die Erstellung der „Historical Reports“). Darüber hinaus übernahm sie die Aufgaben der Reports and Statistics Section der aufgelösten Economics Division. Die Reports and Statistics Branch war in eine Field Reports and Production Section, eine Statistics Section und in eine Historical Section gegliedert.

1948 und 1949 war das größte Problem der Intelligence Division die ungenügende Berichterstattung durch die lokalen Militärregierungsstellen.²³⁹ Deren Intelligence Reports bildeten das Rückgrat der Arbeit der Intelligence Division. Klage führte man von seiten der Division auch über den Mangel an Transportmöglichkeiten.

Die Leitung der neugegründeten Intelligence Division übernahm im Januar 1948 Robert C. Martindale, der bisherige Chef der Research Analysis Branch der Information Control Division. Ihm folgte am 1. Juli 1948 Donald T. Shea, der vorher in der Finance Division als Leiter der Intelligence and Investigation (bzw. Intelligence and Prosecution) Section tätig war.

²³⁷ Die Zusammenlegung wurde durch ein Schreiben von OMGUS vom 15.1.1948 genehmigt (13/127–2/5).

²³⁸ 10/73–2/15.

²³⁹ Ebenda.

10. Economics Division

a) Organisation

Soweit zu Beginn der Besetzung Wirtschaftsfragen von Bedeutung waren, kümmerten sich darum im wesentlichen die Armee-Einheiten und nicht die Militärregierungsstellen. Ende Juni/Anfang Juli wurde dann beim Regional Military Government Detachment eine Economics and Supply Branch unter Lt.Col. George R. Erion eingerichtet. Juli/August erhielt diese Abteilung den Namen Economic Control Agency. Sie gliederte sich in fünf Sections²⁴⁰ für Labor, Agriculture, Internal Trade, Price Control and Rationing, Transportation, Civilian Requirements and Allocations. Im September 1945 befahl SHAEF sowohl für den Western als auch für den Eastern Military District die Einrichtung von Economic Branches mit Chief, Deputy Chief, Administrative Officer und folgenden Sections: Food and Agriculture, Transportation, Manpower, Civilian Requirements and Allocations, Trade and Distribution, Price Control, Reports and Statistics sowie German Agencies. Auch auf Detachementebene sollten Economic Sections eingerichtet werden. Im November 1945 ordnete USFET in den jetzt bestehenden drei Ländern der amerikanischen Besatzungszone die Einrichtung von Economics Divisions mit folgender Organisationsstruktur an: Chief of Division, Deputy Chief, Reports and Statistics Section, Requirements Section, German Agencies Officer, Administrative Section, Food and Agriculture Branch, Restitution Branch, Industry Branch, Trade and Commerce Branch.²⁴¹ Gleichzeitig erfolgte eine fachliche Anbindung an die Economics Division, OMGUS.²⁴² In Bayern nahm die so organisierte Economics Division am 20. Dezember 1945 ihre Arbeit auf.²⁴³

Die Zuständigkeit der umfangreichen Economics Division läßt sich nicht auf einen Nenner bringen. Sie hatte vor allem die Militärregierungspolitik zu vollziehen, die in den Titel 11 (Industry) und 13 (Trade and Commerce), MGR, ihren Niederschlag gefunden hatte. Die Economics Division war demnach auf vielen Gebieten tätig: Nahrungsmittelproduktion und -verteilung, Förderung und Überwachung der Industrieproduktion, Reparationen, Außen- und Binnenhandel, Rückerstattung, Sicherstellung von Kunstdenkmälern und Archiven, Überwachung der wissenschaftlichen Forschung. Grundsätzlich sollte die Wirtschaftsentwicklung im Rahmen der Besatzungsvorgaben unter bestmöglicher Heranziehung deutscher Kräfte gesichert und die Entnazifizierung des Wirtschaftsbereichs durchgeführt werden. Als deutsche Ansprechpartner der Economics Division kamen vor allem das Wirtschaftsministerium und das Landwirtschaftsministerium in Frage.

Auf Weisung der Militärregierung in München vom 1./14. August 1945 begann am 25. Oktober 1945 ein Bayerisches Landeswirtschaftsamt (mit zwölf Landesstellen) seine Tätigkeit.²⁴⁴ Diese unter der Oberaufsicht des Wirtschaftsministeriums stehende Behörde hatte den Auftrag, die Erzeugung und Verteilung der gewerblichen Güter zu lenken. Gleichzeitig begann man unter Billigung der Militärregierung mit der Errichtung von Handwerkskammern, sowie Industrie- und Handelskammern.

Die Economics Division war in Branches und Staff Sections gegliedert. Bis zur Auflösung der Economics Division im Juni 1948 blieb die Gliederung in die vier Hauptab-

²⁴⁰ 13/147-2/12.

²⁴¹ 3/269-2.

²⁴² 13/98-3/9.

²⁴³ General Order Nr. 1, OMGBY, vom 30.11.1945 (13/75-2/5).

²⁴⁴ Bayer. GVBl. 1945, Nr. 5.

teilungen für Food and Agriculture, Industry, Trade and Commerce sowie Restitution bestehen. Gleich im Februar 1946 richtete man (wie auch in den anderen Ländern der amerikanischen Besatzungszone) eine Decartelization Section ein. Am 1. April 1946 ergänzte man die Division um eine Denazification and Research Control Section. Durch die Vielfalt ihrer Aufgaben erhielt die Economics Division eine komplizierte Organisationsstruktur, die sich für das Frühjahr 1946 wie folgt darstellen läßt.

Übersicht 55: Organisation und Personal der Economics Division, OMGBY, April 1946

Seit 1946 nahmen die Zuständigkeiten der Economics Division rasch ab. Eigene Initiativen konnte sie im Unterschied zu anderen Stellen der amerikanischen Militärregierung in Bayern nicht entfalten, da sie von Anfang an sehr stark von OMGBY in Berlin abhängig war. Eine Ausnahme bildete hier lediglich die Trade and Commerce Branch, die sich um die Förderung des Exports in Bayern einige Verdienste erwarb. Auch durch den schrittweisen Übergang der Wirtschaftsverwaltung an das Vereinigte Wirtschaftsgebiet und dessen Behörden verringerte sich die Bedeutung der Münchener Economics Division. Die erfolgreiche Durchführung der Währungsreform machte dann 1948 die Überwachung der für die Zwangsbewirtschaftung zuständigen deutschen Stellen weitgehend überflüssig. Nachdem am 27. Januar 1948 die Foreign Trade Section der Trade and Commerce Branch an JEIA übergang, kam es dann vor allem

wegen der von OMGUS angeordneten Stellenkürzungen zur Auflösung der Economics Division am 30. Juni 1948.²⁴⁵ Der Food and Agriculture Branch billigte man indessen noch so viel Bedeutung zu, daß man sie in eine eigene Food and Agriculture Division umwandelte. Die Restitution Branch, die man ebenfalls noch brauchte, teilte man der neu gegründeten Property Division zu. Die anderen Abteilungen, wie die Trade and Commerce Branch, die Requirements and Allocations Section, die German Agencies Section und die Reports and Statistics Section, löste man völlig auf. Teilweise wurden ihre Aufgaben von anderen Abteilungen der Militärregierung übernommen, so etwa die Wirtschaftsstatistik von der Intelligence Division. Aufgelöst wurde auch die wichtige Industry Branch. Ihre Sections für Decartelization, Reparations and War Potential, deren Aufgaben noch nicht abgeschlossen waren, gliederte man in die neue Property Division ein. Die Research Control Section hatte man am 14. Juni 1948 direkt OMGUS unterstellt und in Scientific Research Group umbenannt. Neu geschaffen wurde das Office of the Economics Adviser. Es war im wesentlichen nur noch Berichts- und Verbindungsstelle.

Leiter der Economics Division war seit ihrer Gründung 1945 Col. Stephen Y. McGiffert. McGiffert verstand sich mit dem damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard außerordentlich gut; er war möglicherweise an dessen Berufung in Hoegners Kabinett im Oktober 1945 beteiligt. Weniger gut war das Verhältnis McGifferts zum Nachfolger Erhards, dem Sozialdemokraten Rudolf Zorn (Dezember 1946 – September 1947). McGiffert amtierte bis Anfang 1948. Dann löste ihn der bisherige Leiter der Industry Branch, Harold A. Taylor, ab. Taylor bekleidete nach der Auflösung der Division das Amt des Economics Adviser. Im Sommer 1949 wurde er zum Leiter der Commerce and Industry Group in Frankfurt ernannt. Als Economics Adviser in Bayern folgte ihm Jacob Fullmer.

Chef der wichtigen Industry Branch war seit 1945 Harold A. Taylor (zuerst als Lt.Col., dann als Zivilangestellter). Nach der Ernennung Taylors zum Chef der Division wurden erst Lt.Col. James F. McCaslin und dann Jacob Fullmer seine Nachfolger als Chefs der Branch. Die Trade and Commerce Branch leitete von 1945 bis zu ihrer Auflösung im Frühjahr 1948 Paul S. Nevin (zuerst als Major, dann als Zivilangestellter).

Die Economics Division gehörte zu den personalstärksten Abteilungen von OMGBY. Der T/O vom 17. Juli 1946 wies eine Gesamtstärke von 80 Personen aus, ein Jahr später waren es immerhin noch 67 Personen (T/O vom 1. Juli 1947). 1946 und 1947 reduzierte man vor allem das Personal der Industry Branch, während man die Trade and Commerce Branch sogar geringfügig erweiterte. Im Juli 1947 betrug die tatsächliche Stärke der Division 72 Personen, davon waren zehn für Food and Agriculture, 26 für Industry, 19 für Trade and Commerce, neun für Restitution und zwei für Decartelization zuständig. Dem Office of Economics Adviser gestand man nur mehr drei Mitarbeiter zu. Bei der Auflösung der Division konnten nicht alle Mitarbeiter anderweitig untergebracht werden. Dreizehn Personen mußte man entlassen.

b) Industry Branch

Für die Kontrolle und Überwachung der deutschen Industrieproduktion waren nach Einstellung der Feindseligkeiten vorwiegend die Armee-Einheiten und deren (für die Versorgung verantwortlichen) G-4 Stabsabteilungen zuständig. Im Mai 1945 organisierte SHAEF eine Production Control Agency,²⁴⁶ die mit Abteilungen auf Armee-

²⁴⁵ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. 443.

²⁴⁶ Letter, SHAEF, 17.5.1945 „Production Control (Germany) Interim Policy“.

ebene arbeitete. Die Production Control Agency im Eastern Military District war der G-4 Stabsabteilung der 3. Armee angegliedert. Ihr unterstanden einige Production Control Sections, die bei den verschiedenen Versorgungseinheiten angesiedelt waren (Signal Corps, Chemical Warfare Service, Quartermasters usw.). Die Control Officers dieser auf lokaler Ebene tätigen Production Control Sections mußten mit den zuständigen Militärregierungsstellen zusammenarbeiten und durften den deutschen Stellen Anweisungen nur im Benehmen mit der zuständigen Militärregierung geben. Die Production Control Agency war in folgende Unterabteilungen gegliedert:

Übersicht 56: Organisation der Production Control Agency, G-4, 3. U.S. Armee, Mai 1945

- Textiles Section
- Consumer Goods and Miscellaneous Section
- Chemical Industry Section
- Electric Industry and Instruments Section
- Machinery and Equipment Section
- Metal Industry Section
- Solid Fuels and non Metal Mining Section
- Building Materials Section
- Public Utilities Section
- Petroleum Section

Die dringendste Aufgabe der Production Control Agency war es, einen Überblick über die vorhandene Industriekapazität zu gewinnen, Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Produktion einzuleiten (soweit die Produktion für die alliierten Streitkräfte, die deutsche Bevölkerung und die verschleppten Personen notwendig waren) sowie die deutsche Kriegsindustrie zu demontieren.

Im Laufe des Herbstes 1945 übernahmen dann die G-5 Stabsabteilungen bzw. die Militärregierungen die Zuständigkeit für die Industrie. USFET²⁴⁷ genehmigte die Einrichtung einer Industry Branch bei der G-5 Stabsabteilung der 3. Armee (20. September 1945). Diese übernahm auch die bisherigen Aufgaben der beim Regional Military Government Detachment angesiedelten Industry Section sowie der verschiedenen Production Control Sections der Supply Services.

Im September 1945 war die Industry Branch wie folgt organisiert: Chief, Deputy Chief, Administrative Officer, Reports and Statistics Officer. Subsections: Public Utilities, Building Material and Construction, Coal and Non Metal Mining, Machinery and Equipment, Chemicals, Consumers Goods, Metals, Electrical Equipment and Instruments.²⁴⁸

²⁴⁷ General Order Nr. 202, USFET, vom 24.8.1945 (13/73-2/1). Grundlage für die Tätigkeit der Industry Branch war Section X (Industry) der Direktive vom 7.7.1945, die am 1.10.1945 geändert wurde (später Titel 10, MGR)

²⁴⁸ Parallel dazu wurden beim Bayerischen Wirtschaftsministerium auf Weisung der Militärregierung vom 1./14.8.1945 ein Landeswirtschaftsamt mit zentralen Landesstellen organisiert (Anordnung vom 25.10.1945, Bayer. GVBl. Nr. 5). Im einzelnen wurden folgende zwölf Landesstellen geschaffen:

1. Holz	7. Kohle
2. Textilwirtschaft	8. Papier
3. Eisen und Metalle	9. Steine und Erden
4. Leder	10. Strom, Gas und Wasser
5. Mineralöle	11. Glas, Porzellan und Keramik
6. Chemie	12. Für verschiedene Waren.

Die Industry Branch hatte die Aufgabe, die Industriekontrolle im größtmöglichen Umfang auf deutsche Stellen zu übertragen (Wirtschaftskontrollstellen), die Produktion von Gütern, die von der Besatzungsmacht benötigt wurden, zu beaufsichtigen, die Industriekapazität zu erfassen („industrial survey“) und die Industriebetriebe zu entnazifizieren. Seit Anfang 1946 war sie auch für Demontagen und Reparationen zuständig (eigene Section).

Das Schwergewicht in der Tätigkeit der Production Control Agency bzw. der Industry Branch lag im Jahre 1945 bei der Lizenzierung von Betrieben (Erteilung von Betriebs-erlaubnissen) sowie bei der Erfassung der Industriekapazität.²⁴⁹ Seit Mitte 1946 wurden die Kompetenzen der Industry Branch im Zuge einer Neuorganisation erheblich beschränkt.

Die Leiter der Sections wurden zu Beratern (Technical Consultants) des Leiters der Industry Branch. Mit Wirkung vom 22. Juli 1946 wurde eine Technical Consultant Section gebildet, der die einzelnen Berater und früheren Sections zugeordnet wurden: Der Technical Consultant for Mining übernahm die Aufgaben der ehemaligen Mining Section, der Technical Consultant for Chemicals die Aufgaben der Chemical Section. Der Consultant for Building Materials sowie der Consultant for Metals and Machinery übernahmen die Aufgaben der entsprechenden Sections (die Electrical Equipment and Instruments Section war im März 1946 mit der Machinery and Equipment Section zusammengefaßt worden). Ein Technical Consultant for Lumber and Timber war für die Durchführung des Lumber Export Program verantwortlich. Die Zuständigkeit für die sonstigen Holz- und Forstsachen war im Juni 1946 an die Food and Agriculture Branch gekommen.

Ebenfalls mit Wirkung vom 22. Juli 1946 wurde eine Control and Inspection Section errichtet, bei der zentral alle Kontroll- und Überwachungsaufgaben der ehemaligen Sections zusammengefaßt wurden und die vor allem die Aufgaben wahrnahm, die ihr von den Technical Consultants zugewiesen wurden. Darüber hinaus war sie für die Vorbereitung und Durchführung der Reparationen sowie für Maschinenbau, Optik und Verbraucherwaren verantwortlich.

Die gleichfalls im Juli 1946 neu errichtete Program Review Section war mit der Durchführung verschiedener Produktionsprogramme befaßt, insbesondere mit dem von OMGUS im September 1946 gestarteten Captured Enemy Material Program (Über-gabe von ehemaligen Armeebeständen an die deutsche Wirtschaft). Auch die Transferrierung von amerikanischen Armeebeständen (insbesondere Aluminium) auf deutsche Stellen wurde von der Program Review Section überwacht. Im Juni 1947 wurde sie mit der Quantitative Receipt Section zusammengelegt. Die Quantitative Receipt Section war am 15. Januar 1947 als Staff Section der Economics Division, OMGBY, gegründet worden.²⁵⁰ Sie führte im wesentlichen die Arbeit der Official Receipts Section der Supply Branch weiter.

c) Trade and Commerce Branch

Für den Bereich Trade and Commerce wurde bereits 1945 innerhalb der Economics Branch eine Section ins Leben gerufen. Ihre Hauptaufgabe bildete die Entnazifizierung und Reorganisation von Handel und Gewerbe. Die Durchführung der entsprechenden Maßnahmen war Sache der auf Regierungsbezirksebene arbeitenden Trade

²⁴⁹ Die Erfassung erfolgte durch das SHAEF Formblatt „C“, das in je einem Exemplar an OMGUS, das Wirtschaftsministerium und das Statistische Landesamt ging.

²⁵⁰ 13/120–1/6–6.

and Commerce Officers (später Trade and Commerce Teams). Am 1. Mai 1946 zog man die Trade and Commerce Teams aus den Regierungsbezirken zurück und zentralisierte die Tätigkeit der Trade and Commerce Branch.

Im Frühjahr gliederte sich die Trade and Commerce Branch wie folgt:

Übersicht 57: Organisation der Trade and Commerce Branch, Economics Division, OMGBY, Mai 1946

- Foreign Trade Section (später Export-Import Section)
- Trade and Distribution Section (später Internal Trade and Distribution Section)
- Price Control Section

Die Price Control Section mußte die für die Preiskontrolle zuständigen bayerischen Behörden überwachen. Sie bemühte sich um eine Bekämpfung des Schwarzmarktes, genehmigte Preiserhöhungen und war befugt, Strafen zu verhängen.²⁵¹

Die Internal Trade and Distribution Section (seit Juli 1947 Internal and Interzonal Trade Section) überwachte diejenigen deutschen Stellen, die für die Warenverteilung (außer Lebensmittel), den Groß- und Einzelhandel, den Interzonenhandel sowie die Rationierung zuständig waren.

Die Import-Export Section kümmerte sich um die Exportförderung. Sie bildete das Münchener Büro des im Zuge des Byrnes-Bevin-Abkommens vom Herbst 1946 gegründeten Vereinigten Ausfuhr- und Einfuhramtes in Minden (Joint Export Import Agency < JEIA >). Besonders verdient machte sich die Abteilung um die Organisation der ersten bayerischen Exportschau, die am 3. August 1946 eröffnet wurde.

Seit 1947 lag der Schwerpunkt innerhalb der Trade and Commerce Branch auf der Förderung des Außenhandels. Dies läßt sich schon aus der für Juli gültigen Gliederung der Branch ablesen:

Übersicht 58: Organisation der Trade and Commerce Branch, Economics Division, OMGBY, 1947

- Export-Import Licensing and Pricing Section
- Export-Import Promotion and Expedition Section
- Contract Administration and Accounting Section
- Internal and Interzonal Trade Section
- Foreign Buyers' Bureau

Besonders bemüht war die Branch im Jahre 1947 um die Unterstützung bayerischer Firmen bei Geschäften mit dem Ausland. Dazu kam die Überwachung der jeweiligen Vertragsgestaltung, die Kontrolle des Exportprogramms und die Vergabe von Exportlizenzen. Sämtliche Rechte hatte sich die Militärregierung auf dem Gebiet des Messe- und Ausstellungswesens vorbehalten (insbesondere die Durchführung von Exportschauen).

Am 21. Januar 1948 gliederte man alle mit Außenhandel befaßten Abteilungen an

²⁵¹ Die Militärregierungspolitik auf dem Gebiete Handel und Gewerbe war in Titel 13, Teil 1 und 2, MGR, niedergelegt. Diese wurden der Economics Division, OMGBY, mit Memorandum Nr. 6 von Economics Division, OMGUS, am 15.1.1946 zugesandt.

JEIA an. Sie erhielten die Bezeichnung JEIA Foreign Trade Division Bavaria.²⁵² Am 1. Februar 1948 löste man schließlich den Rest der Trade and Commerce Branch auf.

d) Research Control Section

Im März/April 1946 wurde als Staff Section der Economics Division eine Denazification and Research Control Section ins Leben gerufen. Vorausgegangen war das Memorandum Nr. 15 vom 1. März 1946 der Economics Division, OMGUS, in dem die Organisation einer Research Control Branch bei Economics Division, OMGUS, angekündigt und die Organisation einer amerikanischen und deutschen Stelle für Forschungskontrolle auf Landesebene angeordnet wurde. Chef dieser Section war seit März Lt. Col. Royal S. Copeland. Als Entnazifizierungsstelle im Wirtschaftsbereich arbeitete die Section nur zwei Monate.

Bleibende Aufgabe der Section blieb die Kontrolle der wissenschaftlichen Forschung. Diese war im Kontrollratsgesetz Nr. 25 vom 29. April 1946 („research control“) sowie in Titel 27, MGR, geregelt. Wissenschaftliche Forschung durch deutsche Stellen unterlag einem Genehmigungsvorbehalt. Seit Oktober 1946 bewarben sich bayerische Forschungsinstitute bei der Research Control Section um entsprechende Genehmigungen.²⁵³ Die Section überprüfte die durch das Kontrollratsgesetz Nr. 25 vorgeschriebenen Berichte der deutschen Forschungsinstitute und untersuchte deutsche Erfindungen, die möglicherweise für die amerikanische Armee von Nutzen sein konnten.

In Zusammenarbeit mit der Research Control Section richtete in Vollzug des Memorandums Nr. 15 der Economics Division, OMGUS, der bayerische Ministerpräsident Anfang 1946 eine Wissenschaftliche Forschungsabteilung ein. Diese war der hauptsächliche Gesprächspartner für die Research Control Section auf der deutschen Seite. Am 14. Juni 1948 wurde die Research Control Section OMGUS unterstellt und in Scientific Research Group umbenannt.²⁵⁴

e) German Agencies Branch

Auf Anregung von OMGUS richteten die Militärregierungen der Länder innerhalb ihrer Wirtschaftsabteilungen spätestens im Mai eigene Stellen für „German Agencies“ ein, deren Aufgabe es war, bei der Errichtung und Organisation von deutschen Wirtschaftsämtern, Wirtschaftsorganisationen, Handwerkskammern, Geschäfts- und Berufsvereinigungen, Genossenschaften usw. mitzuwirken. Die amerikanischen Grundsätze in diesem Bereich waren in einer Direktive von OMGBY vom 1./14. August 1945, 13–120, MGR (seit März 1948: 11–110, MGR), sowie im Militärregierungsgesetz Nr. 56 vom 19. Februar 1947 („Prohibition of Excessive Concentration of Economic Power“) niedergelegt.

Die Besatzungspolitik in diesem Sektor ist für Bayern nicht ohne Wirkung geblieben: Seit dem Frühjahr 1946 kümmerte sich OMGUS um die Organisationsstruktur der 1945 wiederbegründeten bayerischen Industrie- und Handelskammern (Otto Brodnitz, German Agencies Adviser, OMGUS).²⁵⁵ Die German Agencies Section der Economics Division, OMGBY, blieb zunächst unbesetzt, seit Herbst 1946 leitete sie

²⁵² 13/127–2/5.

²⁵³ OMGBY: Annual Historical Report 1946/47, S. 530.

²⁵⁴ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. 514.

²⁵⁵ Dazu und zum folgenden vgl. Fuchs: Industrie- und Handelskammern.

als German Agencies Officer John B. Holt. Er versuchte im Frühjahr 1947 vor allem, den Vollzug von 13–120, MGR, zu sichern, insbesondere das dort niedergelegte Prinzip der „freien Vereinigungen“ gegenüber der in Bayern üblichen Zwangsmitgliedschaft in Berufsverbänden (Industrie- und Handelskammer) durchzusetzen.²⁵⁶ Am 10. Oktober 1947 beanstandete Holt den Entwurf eines Gesetzes über den Aufbau des bayerischen Handwerks wegen Unvereinbarkeit mit den in 13–120, MGR, niedergelegten Prinzipien.²⁵⁷ Insbesondere rügte er die im Entwurf vorgesehene Zwangsmitgliedschaft in Innungen sowie die behördenähnlichen Kompetenzen dieser Selbstverwaltungskörperschaften. Ihren Höhepunkt erreichte diese Politik der Amerikaner erst nach der Auflösung der German Agencies Section, als mit Befehl Nr. 8 vom 16. September 1948²⁵⁸ die Durchführungsbestimmungen zur Anordnung über die Errichtung von Industrie- und Handelskammern vom 5. September 1947²⁵⁹ aufgehoben wurden. Die bayerischen Industrie- und Handelskammern verloren damit ihre Rechtsgrundlage.²⁶⁰

f) Reports and Statistics Section

Zusammen mit der Industry Branch wurde im September 1945 als Unterabteilung eine Reports and Statistics Section ins Leben gerufen, die dann im Dezember 1945 zu einer selbständigen Section innerhalb der Economics Division wurde. Die Reports and Statistics Section sammelte mit Hilfe der deutschen Behörden (insbesondere des Wirtschaftsministeriums) Daten zur Wirtschaftslage in Bayern. Sie erstellte Statistiken und Berichte, die sie vor allem an die Reports and Statistics Section, OMGUS, weiterleitete.²⁶¹ Diese Section zeichnete für die Herausgabe des „Bavarian Economist“ verantwortlich.²⁶² Das statistische Material bezog die Section vor allem vom Bayerischen Statistischen Landesamt, dessen Tätigkeit sie zu überwachen hatte.

Mit der Auflösung der Economics Division, OMGBY, beendete auch die Reports and Statistics Section im Juni 1948 ihre Arbeit. Verbliebene Aufgaben wurden von der Reports sowie der Statistics Section der neu gebildeten Intelligence Division übernommen.

²⁵⁶ Ebenda, S. 149 ff.

²⁵⁷ BayHStA MA 130811.

²⁵⁸ Fuchs: Industrie- und Handelskammern, S. 173 ff.

²⁵⁹ Bayer. GVBl. 1947, S. 207 f.

²⁶⁰ De facto blieb indes alles beim alten; der Befehl Nr. 8, der letztlich auf General Clay zurückging, wurde von der bayerischen Regierung nie veröffentlicht und der Vollzug von den Amerikanern auch nicht angemahnt. Vgl. Fuchs: Industrie- und Handelskammern, S. 175 ff.

²⁶¹ 13/75–2/5.

²⁶² Ein OMGUS-Untersuchungsbericht vom Juli 1947 hielt den „Bavarian Economist“ für überflüssig (AG 1947/19/8).

11. Food, Agriculture and Forestry Division

a) Organisation

Die Sicherung der Lebensmittelversorgung gehörte zu den ersten und vordringlichsten Aufgaben der in Bayern einrückenden Militärregierungseinheiten. Schon am 9. Mai 1945 ernannte Col. Eugene Keller vom Münchener Military Government Detachment F1F3 auf Vorschlag von Bürgermeister Scharnagl Ernst Rattenhuber zum Leiter des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft. Nach dem Eintreffen des Regional Military Government Detachments bestätigte dessen Food and Agriculture Officer, Lt.Col. Willis P. Duruz, Rattenhuber im Amt.²⁶³ Ebenfalls noch im Mai wurde Alfred Hoepffner zum „head of forestry and fish and game“ ernannt.²⁶⁴ Diese ersten Maßnahmen der Militärregierung stützten sich (nach Angaben von Duruz) auf die SHAEF-Direktive vom 18. Mai 1945 („Military Government Control of Food, Agriculture, Forestry and Fisheries for the Region“), in der auch die Zusammenlegung von Landwirtschaft und Forstwirtschaft innerhalb eines Ministeriums angeordnet wurde.²⁶⁵ Man unterstellte vorerst beide Sachgebiete dem Wirtschaftsministerium. Am 21. Dezember 1945 erteilte General Truscot dem Ministerpräsidenten Hoegner die „Lizenz zur Organisation und Arbeit des Bayerischen Bauernverbands“.²⁶⁶ Das sogenannte Food and Agriculture Office des Regional Military Government Detachments war Ende Mai 1945 in folgende Abteilungen gegliedert.²⁶⁷

Übersicht 59: Organisation des Food and Agriculture Office, Regional Military Government Detachment E1F3, Ende Mai 1945

In den Regierungsbezirksdetachments waren jeweils zwei bis fünf Food and Agriculture Officers tätig, deren Hauptaufgabe die Wiedererrichtung der Ernährungsämter und der Landwirtschaftsstellen (seit 1948 Landwirtschaftsämter) in den Landkreisen war. Im September 1945 ging die Zuständigkeit für den Bereich Landwirtschaft und Forsten auf die neu organisierte Economics Branch bzw. Division über. Die Food and Agriculture Officers in den Regierungsbezirksdetachments wurden Mitglieder der Economics Teams. Die Food and Agriculture Branch der Economics Division arbeitete im Frühjahr 1946 mit Unterabteilungen (Sections) für Agriculture Production, Food and Rationing sowie Fish and Game. Die Forstsachen, die von der Industry Branch der Economics Division verwaltet wurden (und zwar von der dortigen Building Materials Section), wies man erst im Juni 1946 der Food and Agriculture Branch

²⁶³ 10/85–3/5.

²⁶⁴ Ebenda.

²⁶⁵ AG 1945–46/74/3.

²⁶⁶ Vgl. die VO Nr. 106 über die Aufgaben des Bayerischen Bauernverbands vom 29.10.1946 (Bayer. GVBl. 1947, S. 15 f.). Der dem Bauernverband noch 1945 verliehene öffentlich-rechtliche Status widersprach der Politik der Militärregierung (MGR 13–120).

²⁶⁷ 10/85–3/5.

zu, wo man sie mit der Fish and Game Section zusammenlegte. Eine parallele Organisationsänderung fand in der bayerischen Staatsverwaltung statt, wo man Anfang Juli 1946 die Staatsforstverwaltung in das Landwirtschaftsministerium eingliederte.²⁶⁸

Die Forestry Section überwachte vor allem die mit Jagd- und Fischfang befaßten bayerischen Behörden; ihr besonderes Augenmerk galt der Kontrolle von Feuerwaffen. Darüber hinaus gab die Forestry Section Jagd- und Fischereilizenzen an das Militärregierungspersonal aus. Im Bereich Forstwesen hatte sich die Abteilung vor allem mit der Brennholzversorgung, mit der Lieferung von Grubenholz (für den Ruhrbergbau) sowie mit dem Holzexport zu befassen.

Die Food and Rationing Section (später Food Processing, Rationing and Distribution Branch) unterstützte und überwachte die für die Lebensmittelzuteilungen verantwortlichen bayerischen Behörden (Ernährungsämter) und kümmerte sich um die Versorgung der Displaced Persons mit Lebensmitteln. Angesichts der Versorgungsprobleme im Winter 1946/47 bemühte sich die Abteilung vor allem darum, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und ein größtmögliches Maß der Selbstversorgung in der deutschen Landwirtschaft zu erreichen. Wiederholt wiesen die Amerikaner auf die Notwendigkeit hin, die Anbauggebiete zu erweitern. Eingeführte Nahrungsmittel durften anfangs nur in Notfällen an die deutsche Bevölkerung abgegeben werden. Seit 1946 trafen zunehmend deutsche und alliierte Zweizonenbehörden überregionale Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungslage. Der Crop Production Plan, der eine Erweiterung der Anbauggebiete für Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben u. a. vorsah, wurde von der Bipartite Food and Agriculture Control Group am 18. Juni 1947 der Food and Agriculture Branch zur Durchführung übermittelt. Der Plan blieb im wesentlichen auf dem Papier. Der Widerstand gegen die bizonalen Behörden führte am 12. Dezember 1947 zum Rücktritt des Landwirtschaftsministers Baumgartner. Er weigerte sich, die 100 000 Tonnen Kartoffeln zu liefern, die von Bayern verlangt wurden. Nach seiner Meinung seien die Länder zu bloßen Ausführungsorganen der bizonalen Behörden verkümmert.

Auch der Militärregierung gegenüber verhielten sich die bayerischen Behörden und erst recht die Bauern abweisend, wenn es um Ablieferungspflichten oder Maßnahmen zur Produktionssteigerung ging. Am 2. Dezember 1947 richtete daher die Militärregierung eine zusätzliche Agriculture Production and Collection Section ein, die man 1948 in Inspection Section umbenannte.

Durch die Auflösung der Economics Division Ende Juni 1948 erhielt die Food and Agriculture Branch den Status einer eigenen Division. Im Herbst 1948 verfügte sie über die folgende Organisation (Übersicht 60).²⁶⁹

Der Food and Agriculture Branch bzw. Division angegliedert war ein Technical Consultant Lumber and Timber Products, der sich später Forest Products Consultant nannte.²⁷⁰

Leiter der Food and Agriculture Branch war vom 15. Februar 1946 bis zum 1. Februar 1948 George R. Quarles. Ihm folgte ab 18. Februar 1948 Kenneth W. Ingwalson.

Die Personalstärke der Food and Agriculture Branch (Division) blieb zwischen 1946 und 1949 im wesentlichen gleich, was den hohen Stellenwert der Landwirtschaft in der Politik der Militärregierung (auch in den letzten zwei Jahren vor dem Besatzungsstatut) unterstreicht. Seit 1946 waren in der Food and Agriculture Branch (Division) nur amerikanische Zivilangestellte tätig (Juli 1946: 8; Juli 1947: 6; Juli 1948: 10, Juli 1949: 10).

²⁶⁸ Diese Eingliederung war schon am 10.5.1946 durch den Ministerrat beschlossen worden.

²⁶⁹ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. 527.

²⁷⁰ Von 1946 bis 1948 wurde dieser Posten von Carl Glades versehen.

Übersicht 60: Organisation und Personal der Food, Agriculture and Forestry Division, OMGBY, Herbst 1948

b) Agriculture Programs Branch

Anläßlich der Einrichtung der Food and Agriculture Division am 1. Juli 1948 gab man der bisherigen Agriculture Production Section den Namen Agriculture Programs Branch. Die neue Bezeichnung stellte klar, daß sich diese Unterabteilung anstatt der bisherigen Überwachung in Zukunft mehr mit Einzelprojekten befassen würde. So kümmerte sich die Branch 1948/49 mit beachtlichem Erfolg um den Austausch von Landwirtschaftsexperten, um die berufliche Aus- und Weiterbildung (Verbesserung der Anbaumethoden) und um die landwirtschaftliche Forschung.

In die Zuständigkeit der Branch fiel auch die politisch äußerst brisante Bodenreform.²⁷¹ Die Amerikaner hatten erste Schritte bereits im Militärregierungsgesetz Nr. 54 vom 27. August 1945 (Nutzung von Vermögen der Wehrmacht) unternommen. Konkretisiert wurden die amerikanischen Pläne dann schließlich in dem vom Länderrat beschlossenen und in den einzelnen Ländern publizierte Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform vom 18. September 1946.²⁷² Als sich zeigte, daß die Bodenreform in Bayern, nicht zuletzt wegen des Widerstands der bayerischen Behörden,²⁷³ nur schleppend vorwärts kam, wurde von OMGUS in Berlin eine Beschleunigung der im Gesetz vorgesehenen Maßnahmen angeordnet. Am 23. September 1947 gab General Muller dem bayerischen Ministerrat eine Anordnung von General Clay bekannt,²⁷⁴ nach der die Bodenreform zum Ende des Jahres ungeachtet aller Einwände von bayerischer Seite abzuschließen sei. Im Anschluß an einen Besuch von

²⁷¹ Vgl. dazu Enders: Die Bodenreform in der amerikanischen Besatzungszone.

²⁷² Bayer. GVBl. 1946, S. 326 (Gesetz Nr. 48). Die von der Militärregierung revidierte Ausführungsverordnung zum Gesetz wurde am 26.2.1947 erlassen (Bayer. GVBl. 1947, S. 92)

²⁷³ Auf bayerischer Seite waren für die Bodenreform zuständig das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als oberste Siedlungsbehörde, die Regierungen als mittlere und die Landratsämter als untere Siedlungsbehörden. Die geschäftsmäßige Durchführung der Bodenreform und Siedlung lag bei privaten Siedlungsträgern (mit Staatsbeteiligung) wie beispielsweise der Bayerischen Landessiedlung GmbH und der Bayerischen Bauernsiedlung GmbH.

²⁷⁴ BayHStA MA 130810.

Philip M. Raup (Food and Agriculture Branch, OMGUS) in Bayern wurde der Landwirtschaftsminister aufgefordert, die Praxis der oberen bayerischen Siedlungsbehörden bei Grundaufteilungen und bei der Anerkennung von Saatzucht- und Tierzuchtbetrieben (die von den entsprechenden Maßnahmen befreit waren) zu überprüfen und zu berichten. Die Amerikaner verdächtigten die bayerischen Behörden, durch eine allzu großzügige Auslegung des Gesetzes²⁷⁵ die Bodenreformbemühungen zu sabotieren. Trotz des dann erlassenen Gesetzes zur beschleunigten Durchführung der Bodenreform vom 28. November 1947²⁷⁶ konstatierte die Militärregierung auch Anfang des Jahres 1948 noch den fast vollständigen Stillstand der Bodenreform in Bayern. Die betroffenen Grundeigentümer bedienten sich zur Verzögerung der Aufteilungsmaßnahmen der eben eingerichteten Verwaltungsgerichte oder brachten sich durch Scheinverkäufe (an Verwandte u. a.) aus der Schußlinie. In einem Schreiben vom 31. März 1948 an die Landessiedlungsbehörde wies die Food and Agriculture Branch darauf hin, daß sie Grundverkäufe nach dem 5. November 1945 (Vorlage eines amerikanischen Bodenreformgesetzes an den Länderrat) als Umgehungsgeschäfte betrachten würden,²⁷⁷ die in der Regel nicht von der Landessiedlungsbehörde genehmigt werden sollten. Trotz aller Bemühungen von Seiten der Militärregierung waren dann Ende 1948 zwar viele staatliche und ehemalige Wehrmachtsgrundstücke zu Siedlungszwecken verteilt worden, aber noch kein Quadratmeter privaten Landes.²⁷⁸ So sollte es auch 1949 bleiben, so daß die Bodenreform zu denjenigen Maßnahmen der Amerikaner gehörte, die in Bayern ohne große Wirkung blieben.

c) *Field Inspection Branch*

Am 2. Dezember 1947 erweiterte man die Food and Agriculture Branch um eine zusätzliche Agricultural Production and Collection Control Section. Die Abteilung sollte die Ernährungsämter A und B sowie die Landwirtschaftsstellen überwachen. Durch selbständige Untersuchungen kontrollierte man, ob die Landwirte den Ablieferungspflichten korrekt nachkamen, insbesondere ob ihre Angaben über den jeweiligen Ertrag der Wahrheit entsprachen. Auch die Nahrungsmittelverteilung wurde überprüft. Zu den sonstigen Aufgaben der Abteilung und ihrer Field Teams gehörte auch die Vermittlung zwischen lokalen Militärregierungsstellen und deutschen Behörden im landwirtschaftlichen Bereich. Sie erreichte dies u. a. durch die Organisation von Konferenzen.

1948 wurde die Abteilung in Inspection Section umbenannt, später in Field Inspection and Advisory Branch. Für den Außendienst verfügte die Abteilung über zehn Field Inspectors, von denen ein jeder etwa 14 Landkreise zu betreuen hatte (1948). Im Frühjahr 1949 wurde der Außendienst durch fünf Field Teams versehen.

²⁷⁵ BayHStA MA 130811.

²⁷⁶ Bayer. GVBl. 1947, S. 215.

²⁷⁷ BayHStA MA 130818/954.

²⁷⁸ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXXV.

12. Finance Division

a) Organisation

Im Zuge der Auflösung der Governmental Affairs Division wurde am 15. Februar 1946 die Finance Division mit den zwei Unterabteilung Fiscal Branch (später in Finance Branch umbenannt) und Property Branch ins Leben gerufen. Als dritte Unterabteilung kam im Herbst 1946 eine Investigation and Enforcement Branch dazu. Im Sommer 1947 galten die folgenden sieben Punkte als vordringliche Anliegen der Finance Division:²⁷⁹

- Ausgeglichene Haushaltspolitik der bayerischen Regierung
- Dezentralisierung des Finanzwesens (Banken, Versicherungen u. a.)
- Kontrolle des Geldumlaufs zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung und Vermeidung von inflationären Entwicklungen
- Verhinderung von Auslandsguthaben, die der bayerischen Wirtschaft schaden (Militärregierungsgesetze Nr. 52 und 53)
- Vermögenskontrolle (insbesondere bei Vermögen ehemaliger Nationalsozialisten, ehemaliger Parteiorganisationen, Kriegsgewinnler)
- Auszahlung von Kriegsgefangenen, die in den Vereinigten Staaten gearbeitet haben²⁸⁰
- Besatzungskosten

Gleichzeitig mit der Economics Division löste man am 30. Juni 1948 die Finance Division auf, nachdem grundlegende Zuständigkeiten an die deutschen und alliierten Behörden des Vereinigten Wirtschaftsgebietes übergegangen waren. Darüber hinaus war durch die am 21. Juni 1948 durchgeführte Währungsreform ein Großteil der Kontrollen im Finanzwesen unnötig geworden. Die verbliebenen Aufgaben der Finance Branch übernahm das neu eingerichtete Office of Finance Adviser. Die Property Control Branch wurde Kernstück der neu gegründeten Property Division (Property Control and External Assets Branch).

Leiter der Finance Division war bei ihrer Gründung im Februar 1946 Col. Russell R. Lord, der dann seit Sommer 1946 die Division als Zivilangestellter weiterführte. Als Lord im September 1947 kurzzeitig (geschäftsführender) Deputy Director von OMGBY wurde, vertrat ihn als Leiter der Finance Division William Hamilton. Dieser wurde dann im Juni 1948 (geschäftsführender) Leiter, nachdem Lord ab Juni Acting Executive Officer bzw. seit Juli Acting Assistant Land Director geworden war. Hamilton wurde nach Auflösung der Finance Division Chef der neu errichteten Property Division.

Leiter der Fiscal (Finance) Branch war von Januar 1946 bis 14. Juni 1946 Maj. David W. Wallace, dann von 15. Juni 1946 bis 30. Juli 1947 John W. Tuthill und von 1. August 1947 bis März 1948 Kurt Fredericks, der als Captain, dann als Zivilangestellter in der Finance Division arbeitete (seit März 1946 als Leiter der Finance Institutions Section, dann als Leiter der Fiscal Branch). Er wurde von Joseph T. Bartos abgelöst. Fredericks amtierte ab 1. Juli 1948 als Finance Adviser. Ihm folgte als (Acting) Finance Adviser 1949 Joseph T. Bartos.

Leiter der Property Branch war Anfang 1946 Capt. Jo M. Ferguson, dann im Juli und August 1946 Sherwyn E. Ehrlich und seit 20. August 1946 wieder Jo M. Ferguson (als

²⁷⁹ OMGBY: Annual Historical Report 1946/47, Annex XI, 1 (13/86–3/3–5).

²⁸⁰ Mit den Zahlungen wurde am 15.1.1947 begonnen.

Zivilangestellter). Ferguson wurde im August 1947 von Jack H. Lennon abgelöst, der dann bei der Gründung der Property Division Leiter der Property Control Branch blieb.

Im Juli 1947 betrug die tatsächliche Stärke der Finance Division 37 Personen, davon arbeiteten fünf für Finance, 20 für Property Control und neun für Investigation and Enforcement.²⁸¹

b) Finance Branch

Bei der Gründung der Finance Division arbeitete die Fiscal Branch (seit Mitte 1947 Finance Branch) mit zwei Sections: Public Finance sowie Financial Institutions / Foreign Exchange and Blocking. Am 1. April 1946 kam eine neue Section für Finance Intelligence and Investigation hinzu, die im März 1947 wieder aufgelöst wurde. Ihre Aufgaben wurden von der Investigation and Enforcement Branch wahrgenommen. 1947 bestand die Finance Branch aus den Sections:

- Public Finance
- Financial Institutions
- Blocking and Control (= Foreign Exchange and Blocking Control [1948])²⁸²

Die Finance Branch überwachte das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und dessen gesamten Geschäftsbereich mit folgenden Schwerpunkten:

- Staatshaushalt²⁸³
- Steuerwesen²⁸⁴
- Bankwesen²⁸⁵
- Besatzungskosten und Kosten für DP's²⁸⁶
- Währungswesen
- Außenhandel
- Auswärtige Guthaben
- Versicherungswesen
- Kreditpolitik

²⁸¹ AG 1947/19/8.

²⁸² 13/86–3/3–5.

²⁸³ Der jeweilige bayerische Haushaltsentwurf wurde direkt von OMGUS überprüft; vgl. Einwendungen gegen den Haushalt von 1947 vom 17.9.1947 (BayHStA MA 130810).

²⁸⁴ Auf Drängen der amerikanischen Militärregierung wurde beispielsweise durch Gesetz Nr. 109 vom 31. März 1948 (Bayer. GVBl. 1948, S. 53) die Gewerbesteuer auf die Gemeinden zurückübertragen. Die Finance Branch beabsichtigte mit dieser am 1.1.1948 in Kraft getretenen Bestimmung eine Stärkung der kommunalen Finanzkraft und Selbständigkeit (OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXXXIX).

²⁸⁵ Im Bankwesen war die Dezentralisierung erklärtes Ziel der amerikanischen Militärregierung. Das Militärregierungsgesetz Nr. 57 (Bayer. GVBl. 1947, S. 132, 209), in Kraft seit 6.5.1947, sah die Ernennung von Verwaltern für die Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank in den Ländern sowie die Umbenennung dieser Banken vor. Der vom Ministerpräsidenten als Verwalter für die Commerzbank vorgeschlagene Kandidat (Dr. Claus Dohrn) wurde von der Militärregierung nicht gebilligt (OMGBY: Annual Historical Report 1946/47, S. 541).

²⁸⁶ Auf Wunsch der Militärregierung wurden im Winter 1947/48 Besatzungskostenämter gebildet, die in die bayerische Finanzverwaltung eingegliedert waren. Sie waren auch für die Versorgung der DP's zuständig. Die Besatzungskosten bildeten im Bayerischen Staatshaushalt den größten Einzelposten (1946/47): 526,2 Millionen Mark (13/86–3/3–5).

- Landeszentralbank²⁸⁷
- Börsenwesen²⁸⁸
- Sperrung und Beschlagnahme von Bankguthaben (Am 8. Oktober 1947 waren noch 650000 Bankguthaben im Wert von 14 Billionen Reichsmark gesperrt.)

Aktive Hilfe sollte die Finance Branch durch die Unterstützung der Joint Export Import Agency bei der Finanzierung des bayerischen Handels leisten.

Nach der Gründung der Bank deutscher Länder²⁸⁹ und nach der Währungsreform im Jahre 1948 wurde die Überwachung der Einrichtungen im Finanzbereich erheblich eingeschränkt. Der Finance Adviser, der seit Juni die Aufgaben der Finance Branch wahrnahm, beschränkte sich im wesentlichen (neben der Beratung der Militärregierung) auf die Überwachung der bayerischen Haushaltspolitik und der bayerischen Banken (Dezentralisierung, Kreditpolitik, Zahlungsfähigkeit).

Unter Verweis auf Artikel 28 des Militärregierungsgesetzes Nr. 63 (Verbot von Haushaltsfehlbeträgen) drängte die Militärregierung noch 1949 auf einen Ausgleich des Haushalts im Entwurf des bayerischen Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1949/50. Am 28. Mai 1949 billigte der Landesdirektor in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten den Entwurf nur mit Vorbehalten, um abschließend zu betonen, daß der Ausgleich des Haushaltes eine Frage darstellt, „auf die die Militärregierung ganz besonderen Wert legt“.²⁹⁰

c) *Investigation and Enforcement Branch*

Die im Herbst 1946 als Nachfolgerin der Investigation Section der Property Control Branch eingerichtete Investigation and Enforcement Branch wurde im März 1947 mit der Financial and Investigation Section der Finance Branch zusammengelegt.²⁹¹ Die Investigation and Enforcement Branch verfügte (im März 1947) über Sections für Evaluation and Investigation, Operations und Prosecution. Die Abteilung, die es in dieser Form nur in Bayern gab, arbeitete (im Januar 1948) mit neun amerikanischen Mitarbeitern und einer größeren Anzahl deutscher Angestellter. Außerhalb Münchens waren vier Field Teams stationiert, nämlich (im Juli 1947) in Augsburg (Region II), Altötting (Region III), Nürnberg (Region IV) und Bamberg (Region V).²⁹² Für die Umgebung Münchens (Region I) versah die Branch selbst die Aufgaben eines Field Teams.

Die Investigation and Enforcement Branch überwachte vor allem die Durchsetzung des Militärregierungsgesetzes Nr. 52 über die Sperre und Kontrolle von Vermögen (Blocking and Control of Property), des Militärregierungsgesetzes Nr. 53 über Devi-

²⁸⁷ Gleichzeitig mit parallelen Gesetzen in den anderen Ländern der amerikanischen Besatzungszone wurde durch Gesetz Nr. 50 vom 27.11.1946 (Bayer. GVBl. 1946, S. 329), das am 1.1.1947 in Kraft trat, eine Landeszentralbank in Bayern errichtet. Die Landeszentralbanken sollten im Zuge der von den Amerikanern gewünschten Dezentralisierung an die Stelle der bisherigen Reichsbankanstalten in den Ländern treten. Durch Schreiben von Finance Division, OMGBY, vom 18.4.1947 genehmigte die Militärregierung gem. § 26 des genannten Gesetzes die Übernahme des Eigentums der Deutschen Reichsbank (BayHStA MA 130807). Das Gesetz Nr. 50 wurde durch Gesetz Nr. 66, in Kraft seit 15.4.1949 aufgehoben (Bayer. GVBl. 1949, S. 98).

²⁸⁸ Im August 1945 wurde die Börse in München wieder eröffnet.

²⁸⁹ Gesetz Nr. 60 – revidierte Fassung – in Kraft seit 1.11.1948 (Bayer. GVBl. 1948, S. 251).

²⁹⁰ BayHStA MA 130832/2502.

²⁹¹ OMGBY: Annual Historical Report 46/47, Annex XI, 1.

²⁹² 13/120–1/6.

senbewirtschaftung und Kontrolle des Güterverkehrs (Control of Foreign Exchange and of the Movement of Property) sowie der zu den Gesetzen ergangenen Verordnungen. Die Überwachung erfolgte entweder selbständig durch eigene Ermittlungen oder durch Überwachung deutscher Stellen, insbesondere der Zoll-, Grenzpolizei- und Steuerfahndungsbehörden.²⁹³ Die Informationen über mögliche Gesetzesverstöße bezog die Branch vorwiegend von der Civil Censorship Division.

13. Property Division

a) Organisation

Nach der Auflösung der Finance Division und der Economics Division richtete man auf Empfehlung von OMGUS am 1. Juli 1948 eine Property Division ein.²⁹⁴ Von der Finance Division übernahm die Property Division die Property Control Branch (jetzt: Property Control and External Assets Branch), also den Bereich der Vermögenskontrolle. Von der ehemaligen Economics Division kamen die Restitution, Reparations sowie die Decartelization Branches, also die Abteilungen für Rückerstattung, Reparationen und Kartellentflechtung an die Property Division. Sie wies demnach im Juli 1948 folgende Organisation auf:

Übersicht 61: Organisation der Property Division, OMGBY, Juli 1948

- Property Control and External Assets Branch
- Restitution Branch
- Reparations Branch
- Decartelization Branch

Die Property Division bestand nur ein Jahr lang. Wie in den anderen Ländern der amerikanischen Besatzungszone beendete sie ihre Tätigkeit am 1. Juli 1949.²⁹⁵ Die verbleibenden Aufgaben nahm ein Property Adviser sowie eine selbständige Decartelization Branch wahr.²⁹⁶

Leiter der Property Division und späterer Property Adviser war William Harrison, der sich schon seit 1945 bei der Militärregierung (vor allem dann als Deputy Chief der Finance Division) mit Fragen der Vermögenskontrolle befaßte.

b) Property Control (and External Assets) Branch

Die Militärregierungseinheiten waren angewiesen, bestimmte Vermögensgruppen, insbesondere Staatsvermögen, Vermögen der NSDAP und ihrer leitenden Mitglieder, unrechtmäßig enteignetes Vermögen, Vermögen von abwesenden nichtdeutschen Staatsangehörigen, bedeutsame Kunstwerke u. a. zu beschlagnahmen und unter Verwaltung zu stellen. Einzelheiten brachte das Militärregierungsgesetz Nr. 52 vom 14. Juli 1945 (Sperre und Kontrolle von Vermögen) sowie die dazu ergangenen Allgemeinen Vorschriften. Die Property Control Officers des Regional Detachments sowie die Property Control Officers in den lokalen Detachments hielten sich in den ersten Wochen

²⁹³ 13/86–3/3–4.

²⁹⁴ 13/86–3/1–4 (zur Organisation vgl. auch 13/83–1/1 und 13/86–3/1–3).

²⁹⁵ Letter, OMGUS, vom 11. 5. 1949 (13/141–2/1–2).

²⁹⁶ 5/378–3/4.

vor allem an das SHAEF-Handbuch vom 9. November 1944 sowie an das Property Control Technical Manual.²⁹⁷ Jedes Detachment verfügte über einen eigenen Property Control Officer. Im Mai und Juni 1945 kümmerte man sich vorwiegend um die Vermögen von alliierten Staatsbürgern sowie um die Vermögen bedeutender Nationalsozialisten. Die Property Control Officers des Regional Detachments arbeiteten anfänglich auch mit den T-(Target)Forces zusammen, die ja vor allem auf militärische und sonstige Forschungseinrichtungen, auf Patente und das entsprechende Aktenmaterial angesetzt waren. Besonders die Ermittlung und Sicherstellung der Registraturen der NSDAP-Stellen war Voraussetzung für die Ermittlung und Beschlagnahme der entsprechenden Vermögen. Eine schwere Arbeitsbelastung für die Property Control Mitarbeiter brachte das (am 26. September 1945 in Kraft getretene) Gesetz Nr. 8 der Militärregierung (Verbot der Beschäftigung von Mitgliedern der NSDAP in geschäftlichen Unternehmungen und für andere Zwecke, mit Ausnahme der Beschäftigung als gewöhnliche Arbeiter). Alle Betriebe von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern mußten nun unter Vermögenskontrolle gestellt werden. Damit entwickelte sich die Property Control Tätigkeit zum arbeitsintensivsten Bereich der Militärregierung.²⁹⁸ Einschlägig für die Arbeit der Property Control Abteilungen waren auch die Militärregierungsgesetze Nr. 53 (Devisenbewirtschaftung) und Nr. 54 (Nutzung von Vermögen der Wehrmacht) sowie die Kontrollratsgesetze Nr. 2, 9 und 10. Ausführungsbestimmungen brachte Titel 17, MRG, die auch als offizielle Richtlinie für die Tätigkeit der deutschen Stellen galt.

Seit 15. Februar 1946 gehörte die Property Branch zur Finance Division. Die lokalen Detachments entließ man zwischen 30. März und 16. April aus ihrer Zuständigkeit für Property Control. An ihre Stelle traten fünf Teams auf Regierungsbezirksebene mit je einem Major und 22 für mehrere Landkreise zuständige Sub District Teams mit je einem US-Zivilangestellten.²⁹⁹ Diesen (27) im Außenbereich tätigen amerikanischen Beauftragten für Vermögenskontrolle (District Property Controller) standen je nach Größe ihres Arbeitsbereiches zwei bis zwanzig deutsche Mitarbeiter zur Verfügung. Eine erhebliche Erweiterung der Beschlagnahmetatbestände brachte das Befreiungsgesetz vom 5. März 1946 (vgl. Ergänzung Nr. 2 der Allgemeinen Vorschrift Nr. 1 zu Gesetz Nr. 52). Die Militärregierung unternahm daher seit dem Frühjahr 1946 konkrete Schritte, um die Durchführung der Vermögenskontrolle in deutsche Hände zu legen. Die Aufstellung der Grundsätze der Vermögenskontrolle sowie die Aufsicht über die Tätigkeit der deutschen Behörden wollte man sich jedoch vorbehalten (Titel 17, Abschnitt 130, MGR). Im Mai 1946 legte das bayerische Finanzministerium einen von der Finance Division angeforderten Organisationsplan für ein Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung vor.³⁰⁰ Dieses nahm am 8. (22.) Juli 1946 seine Tätigkeit auf.³⁰¹ Eine OMGUS-Direktive und ein OMGUS-Plan vom 8. Juni 1946 bildeten die Grundlage für die Übertragung der Zuständigkeiten auf die deutschen Stellen.³⁰² Die Property Control Branch und ihre Property Controllers beschränkten sich nun auf die Überwachung der deutschen Ämter (Landesamt mit 141 Außenstel-

²⁹⁷ OMGBY: Weekly Report Nr. 2 – Woche bis 28. 5. 1945 (10/85–3/5–1).

²⁹⁸ Ziemke: The U. S. Army, S. 388f.

²⁹⁹ 13/86–3/2.

³⁰⁰ 13/86–3/3–3.

³⁰¹ VO Nr. 109 vom 24. 10. 1946 (Bayer. GVBl. 1947, S. 43), Genehmigung der Militärregierung vom 2.1.1947.

³⁰² 13/86–3/3–1/2. Ein entsprechender OMGBY (Property Control Branch)-Plan wurde dem bayerischen Ministerpräsidenten am 13.6.1946 übersandt (BayHStA MF 69409).

len und fünf Zweigstellen auf Regierungsbezirksebene). Bei der Anstellung und Entlassung von Treuhändern sowie bei der Freigabe von beschlagnahmten Vermögen mußte die Zustimmung der Property Control Branch eingeholt werden. Das Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung unterstand zunächst unmittelbar dem Ministerpräsidenten, da sich besonders das Wirtschaftsministerium der von der Militärregierung gewünschten Unterstellung unter das Finanzministerium widersetzte, die dann schließlich 1948 zustande kam.³⁰³

Durch Gesetz Nr. 58 der Militärregierung (zur Durchführung der Kontrollrats-Direktive Nr. 50, in Kraft getreten am 29. Juni 1947) erhielt das Landesamt die Vermögenswerte der NSDAP und 61 weiterer aufgelöster Organisationen übertragen.

Die Property Control Branch verfügte im Juli 1947 nur noch über 19 Mitarbeiter, davon waren elf District Property Controllers und ein Executive Supervisor für Nordbayern im Außendienst tätig. Die Münchener Zentrale unter Leitung des Land Property Control Chief teilte sich in eine Property Section und eine Accounts und Audits Section. Letztere kümmerte sich um die gesperrten Konten, deren Zahl bis 1947 kontinuierlich zunahm: Am 31. Mai 1947 waren 647 000 Konten im Wert von 14 Billionen Reichsmark gesperrt, das waren 8,6 % aller bestehenden Konten. Die Aufhebung der Sperrungen erfolgte für die einzelnen Personengruppen und Organisationen durch sog. Allgemeine Genehmigungen.

Bei der Eingliederung der Property Branch in die neu gegründete Property Division im Juli 1948 änderte man die Bezeichnung der Branch: Sie hieß jetzt Property Control and External Assets Branch und arbeitete mit zwei Unterabteilungen: einer Allied and Neutral Properties Section sowie einer Duress Property and Claims Section. Für den Außendienst standen in den Regierungsbezirken noch fünf District Representatives zur Verfügung. Ende 1948 unterlagen noch 17 706 Vermögen im Wert von 4,33 Milliarden Mark der Vermögenskontrolle.³⁰⁴ Unmittelbare Zuständigkeit behielt sich die Militärregierung noch auf dem Gebiet der „Duress Property“ vor, also bei den Vermögenswerten, die durch Zwangsverkauf etc. in deutsche Hände gekommen waren. Zur Entscheidung strittiger Fälle schuf man im Dezember 1948 einen Board of Review der Militärregierung. Im Februar 1949 bestand die Property and External Assets Branch aus einer Allied, Neutral and German Properties Section sowie einer Duress and Law 58 Properties and Accounts Section.³⁰⁵ Erst am 1. Juli 1949, gleichzeitig mit der Auflösung der Property Division, übertrug man die Verwaltung der bisher noch von der Militärregierung unmittelbar kontrollierten Vermögen dem Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung.

Leiter der Property Control Branch war seit 1945 Captain (dann Zivilangestellter) Jo M. Ferguson. Ihm folgte im Juli 1947 Jack H. Lennon.

Außerhalb der Zuständigkeit der Property Control Branch stand das Vermögen der I. G. Farben. Dieses war durch die Allgemeine Verordnung Nr. 2 (zu Gesetz Nr. 52) vom Juli 1945 dem Stellvertreter des Militärgouverneurs in der amerikanischen Zone unmittelbar unterstellt worden und kam schließlich durch Art. I des Kontrollratsgesetzes Nr. 9 vom 30. November 1945 in die Verfügungsgewalt des Kontrollrates. Im September 1945 richtete man in Bayern Sub Control Offices (I. G. Farbenindustrie A. G.) in München, Augsburg, Nürnberg und Gendorf am Inn ein. Diese führten die örtliche Aufsicht über das Vermögen der I. G. Farben. Sie unterstanden dem am 5. Juli 1945 er-

³⁰³ VO Nr. 138 vom 15. 11. 1947 (Bayer. GVBl. 1947, S. 247).

³⁰⁴ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXXXII.

³⁰⁵ 11/132-2/38.

nannten Operational Control Officer (I.G. Farben A.G.) Col. Edwin S. Pillsbury. Pillsbury unterstand seinerseits unmittelbar dem Office of Control Officer in Berlin.

c) Restitution Branch

Im Abschnitt XIX der Direktive vom 7. Juli 1945 (Reparations, Deliveries and Restitution) wurde zur Frage der Rückerstattung von Vermögensgegenständen nur kurz Stellung genommen. Ausländer durften ihre Ansprüche nur über ihre Regierungen vorbringen. Ansprüche Deutscher sollten von noch zu errichtenden deutschen Stellen abgewickelt werden. Detailliertere Bestimmungen über das Verfahren bei Rückerstattung von Vermögensgegenständen, die von den Deutschen nach dem 1. September 1939 aus den von ihnen besetzten Gebieten nach Deutschland gebracht worden waren, sind dann im Januar 1946 vom Kontrollrat gebilligt worden. Sie fanden ihren Niederschlag in Titel 19, MRG (Restitution of non-cultural objects), der am 16. Januar 1946 durch Economics Division, OMGUS, an die drei Länder verschickt wurde (Memorandum Nr. 5). Ein bayerisches Gesetz vom 29. April 1946 verpflichtete die Inhaber von solchen Vermögensgegenständen sowie alle, die über Kenntnisse einer Transferierung solcher Vermögensgegenstände verfügten, bei Strafe zu einer entsprechenden Erklärung.³⁰⁶

Die nun anlaufende Rückerstattung von Vermögenswerten fand in der Neuorganisation der entsprechenden Militärregierungsstellen ihren Ausdruck. Im Rahmen der Economics Division richtete man eine eigene Restitutions Branch mit einer Restitutions Section und einer Monuments, Fine Arts and Archives Section ein. Die Restitutions Section setzte die Arbeit der bisherigen Reparations, Deliveries and Restitutions Branch fort, wobei man die Abteilung für Reparationen der Industry Branch zuwies. Die Monuments, Fine Arts and Archives Section hatte vorher unter der Property Control Branch gearbeitet.

Die erste Rückerstattung nichtkultureller Objekte ins Ausland erfolgte im Januar 1946. Als korrespondierende deutsche Behörde wurde am 12. September 1946 beim Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft ein Amt für die Durchführung der Rücklieferungen errichtet.³⁰⁷

Aus den Jahresberichten ist ersichtlich, daß die Restitutions Section der Restitution Branch wegen ihrer knappen Personalausstattung und der sich häufig ändernden OMGUS-Richtlinien ihre Aufgaben nur unzureichend erfüllen konnte.³⁰⁸ Am 30. Juni 1947 wurden 516, am 30. Juni 1948 779 unerledigte Fälle genannt. Ende 1948 waren noch Ansprüche aus den Ländern Italien, Belgien, Frankreich und der Tschechoslowakei anhängig.

Die sonstige (interne) Rückerstattung feststellbarer Vermögenswerte (Wiedergutmachung) wurde durch Gesetz Nr. 59 der Militärregierung vom 10. November 1947³⁰⁹ zonen einheitlich geregelt. Die bayerische Verordnung vom 15. April 1948³¹⁰ bestimmte als Wiedergutmachungsbehörden die Zweigstellen des seit Juli 1946 tätigen Landesamts für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung. Ein erster Entwurf dieser Verordnung vom 16. Dezember 1947 war von der Legal Division, OMGUS, (wegen

³⁰⁶ Bayer. GVBl. 1947, S. 142.

³⁰⁷ Bayer. GVBl. 1946, S. 381.

³⁰⁸ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. 718 und 722 f.

³⁰⁹ Bayer. GVBl. 1947, S. 221. Anmeldefrist für Ansprüche war der 31.12.1948.

³¹⁰ Bayer. GVBl. 1948, S. 111. Das Gesetz wurde dem Ministerpräsidenten am 26. 11. 1948 von OMGBY übersandt (BayHStA MA 130812).

des dort normierten zu umständlichen Verfahrens vor den Güteausschüssen) zurückgewiesen worden.³¹¹

Ende 1948³¹² richtete man in Bayern ein eigenes Landesamt für Wiedergutmachung (unter der Leitung des Generalanwalts Dr. Philipp Auerbach) ein. Das Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung sollte die entsprechenden Zuständigkeiten verlieren. OMGBY bestand aber darauf, daß die Verwaltung von unter Kontrolle stehenden Vermögen auch in den Fällen, in denen die Wiedergutmachung betroffen war („Duress Property“), beim Landesamt für Vermögensverwaltung verblieb.³¹³ Da dies nicht geschah, suspendierte die Militärregierung die Organisationsverordnung vom 3. November 1948 durch Befehl Nr. 13 (mit Wirkung vom 9. Juni 1949).³¹⁴

Daraufhin organisierte man das Landesamt für Wiedergutmachung neu und nannte es „Bayerisches Landesentschädigungsamt“.³¹⁵ In der entsprechenden Verordnung heißt es dann ausdrücklich: „Die Zuständigkeit der Wiedergutmachungsorgane im Sinne des Militärregierungsgesetzes Nr. 59 (Art. 2 Abs. 4 Satz 2) bleibt unberührt.“

Die Restitutions Section der Restitution Branch verfügte 1946 und 1947 nur über vier amerikanische und die doppelte Zahl deutscher Mitarbeiter. Mitte 1948 waren es drei amerikanische und vier deutsche Mitarbeiter.

Als Leiter der Branch wird im Februar 1946 Lt.Col. Blocker genannt. Ihm folgte im Mai 1946 Major James B. Goodwin, der im Mai 1947 von Otto F. Yanish abgelöst wird. Yanish leitete die Branch bis Januar 1949.

d) Decartelization Branch

Die Dekartellisierungsabteilung der Property Division setzte die Arbeit der Decartelization Section der Economics Division fort. Die Grundsätze der amerikanischen Dekartellisierungspolitik waren im Militärregierungsgesetz Nr. 56 vom 10. Februar 1947 („Prohibition of Excessive Concentration of Economic Power“ - „Verbot der übermäßigen Konzentration deutscher Wirtschaftskraft“) niedergelegt.³¹⁶ Durch Amendment Nr. 1 vom 30. April 1947 wurde bestimmt, daß alle beherrschenden Unternehmen sowie alle Firmen, die mehr als 10000 Personen angestellt hatten, der Militärregierung über ihre Eigentumsverhältnisse, Kartellabsprachen, Guthaben und Verbindlichkeiten Auskunft erteilen mußten. Am 2. Mai 1947 wurden dem bayerischen Ministerpräsidenten von der Economics Division diese Bestimmungen übersandt.³¹⁷ Innerhalb von 14 Tagen sollte ein Organisationsplan und eine Personalliste für eine bayerische Kartell-entflechtungsstelle eingereicht werden. 57 Berichte wurden erstattet.³¹⁸ Zu konkreten Dekartellisierungsmaßnahmen kam es jedoch nicht.³¹⁹ Die im Gesetz Nr. 56 vorgesehe-

³¹¹ National Archives, Washington, RG 84 HICOG LegAdVO 9/1392.

³¹² VO über die Organisation der Wiedergutmachung vom 3. 11. 1948 (Bayer. GVBl. 1948, S. 248).

³¹³ BayHStA MA 130827/200 (unter Verweis auf 17-116.1 und 17-131.1, MGR).

³¹⁴ BayHStA MA 130832/2541.

³¹⁵ Zweite VO über die Organisation der Wiedergutmachung vom 22. 11. 1949 (Bayer. GVBl. 1949, S. 276).

³¹⁶ 13/77-1/7.

³¹⁷ BayHStA MA 130807.

³¹⁸ OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXXXIII ff. und 743 ff.

³¹⁹ Mit Ausnahme der aufgrund des Kontrollratsgesetzes Nr. 9 beschlagnahmten Unternehmen der IG Farben wurden in Bayern keine Betriebe entflochten oder Kartelle aufgelöst. Bei der Gründung der Decartelization Section im Frühjahr 1946 waren für Bayern noch die Münch-

ne deutsche Kartellentflechtungsstelle wurde am 1. Juli 1947 beim bayerischen Wirtschaftsministerium errichtet. Die Decartelization Branch beaufsichtigte die Arbeit dieser Behörde, führte selbständig Untersuchungen über Handelsverbände, Syndikate und monopolartige Verbände durch und setzte sich besonders für eine konsequente Durchführung der Gewerbefreiheit unter Abwendung von dem in Deutschland üblichen Konzessionssystem ein. Sie übernahm damit die Aufgaben der mit der Economics Division aufgelösten German Agencies Section. Die Branch war auch für den Vollzug des Militärregierungsgesetzes Nr. 75 („Reorganization of German Coal, Iron and Steel Industries“) zuständig. Auch nach Auflösung der Property Division am 30. Juni 1949 wurde die Decartelization Branch als selbständige Abteilung weitergeführt. An die Decartelization Branch angegliedert war der bayerische Vertreter des IG Farben Control Office (IG Farben Control Office Field Representative).

e) Reparations and War Potential Branch

Für die Durchführung der Reparationen sowie für die Vernichtung des deutschen Kriegs- und Rüstungspotentials war bei OMGBY seit 1945 die Industry Branch und deren Reparations and War Potential Section zuständig. Erste Maßnahmen im Hinblick auf die im Potsdamer Abkommen nur ungenau und in Abhängigkeit von einer künftigen Festsetzung der deutschen Industriekapazität geregelten Reparationsleistungen traf man in Bayern seit dem 6. November 1945, als man mit der Inventarisierung von fünf für Reparationen vorgesehenen Betrieben begann. Das Verfahren (u. a. die Mitwirkung der Reparations, Removal and Demolition Section, Industry Branch, OMGUS) war in Titel 11, Teil 9, MGR, sowie in den Economics Division Memoranda Nr. 7 vom 29. Januar 1946 und Nr. 12 vom 21. März 1946 geregelt. Im März 1946 standen 75 und Ende Juni 1946 schließlich 122 bayerische Betriebe auf der Reparationsliste. Die erste Reparationslieferung aus Bayern und aus der amerikanischen Zone überhaupt erfolgte am 30. März 1946. Es handelte sich um 20 Wagenladungen von Ausrüstungsteilen der Firma Kugelfischer in Schweinfurt, die über Bremen in die UdSSR verschifft wurden.³²⁰ Nach der Firma Kugelfischer, deren Ausrüstungsgegenstände zu 50 % in die UdSSR kamen, folgte 1946 das Chemiewerk Anorgana in Gendorf, dessen Elektrizitätswerk abgebaut und in die UdSSR verbracht wurde. Im ersten Halbjahr 1947 wurden u. a. Anlagen folgender Firmen in die UdSSR geliefert: Dornier in Inzell, Heeresmunitionsanstalt in Miesbach, Atlaswerke in München, Frühwald und Jäger in München, Paraxolwerke in Weiden. 1947 begann man auch mit dem Abbau und Versand von Anlagen der Bayerischen Motorenwerke in München. Auf bayerischer Seite wurde zur Abwicklung der Reparationen 1946 ein Amt für Reparationsangelegenheiten ins Leben gerufen.³²¹ Bis Ende 1947 waren aus Bayern mit Ausnahme von Kugelfischer, dem Kraftwerk Gendorf sowie sieben Gleichstromgene-

ner Rückversicherung, die Friedrich Flick Beteiligungen und die Bayerische Filmkunst im Gespräch. Vgl. Anordnungen Nr. 1 zum Militärregierungsgesetz Nr. 5 „Verbot monopolartiger Verhältnisse in der deutschen Filmindustrie“ (Bayer. GVBl. 1947, S. 43, in Kraft getreten am 8.3.1946). Für das Scheitern der amerikanischen Dekartellisierungspolitik machte OMGBY die fehlenden Anweisungen von OMGUS verantwortlich (OMGBY: Annual Historical Report 1947/48, S. LXXXIII).

³²⁰ Latour/Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau, S. 158.

³²¹ VO Nr. 99 betr. Errichtung von Ämtern für die Durchführung der Reparationsleistungen, Vernichtung des Kriegs- und Rüstungspotentials und für Rücklieferungen vom 12.9.1946 (Bayer. GVBl. 1946, S. 381) in Verbindung mit § 9 der VO Nr. 136 über die Wirtschaftsverwaltung in Bayern vom 27.11.1947 (Bayer. GVBl. 1947, S. 217).

ratoren des Kraftwerkes Töging nur solche Anlagen als Reparationen geliefert worden, die als Teil von Rüstungsbetrieben automatisch demontiert hätten werden müssen. Auf der Demontageliste vom 16. Oktober 1947 standen zwar 88 (89) bayerische Betriebe, davon waren aber nur 20 Nichtrüstungsbetriebe. Diese wurden von OMGBY mit Schreiben vom 22. Oktober 1947 ausdrücklich benannt und ihre Demontierung bis 31. März 1948 angeordnet.³²² Die bayerischen Behörden, denen die Durchführung der Demontagen zu Reparationszwecken übertragen waren, arbeiteten nach Meinung der Militärregierung sehr schleppend. Zur Beschleunigung des Verfahrens wurde der Reparations-Abteilung der Industry Branch gestattet, direkt mit den zuständigen deutschen Dienststellen in Verbindung zu treten,³²³ d. h. der Ministerpräsident als alleinzuständiger Adressat der Militärregierung durfte in Reparationsfragen umgangen werden. Darüber hinaus wurde auf Weisung der Militärregierung mit Verordnung Nr. 144 vom 17. Februar 1948³²⁴ der Staatsminister für Wirtschaft zum Staatsbeauftragten für Reparationsangelegenheiten bestellt. Er unterstand für seinen Geschäftsbereich unmittelbar dem Ministerpräsidenten und konnte zur Durchführung der Anordnungen der Militärregierung Weisungen an die Staatsministerien erteilen.

Trotz dieser Maßnahmen konnten die Demontage und Lieferung der auf der Reparationsliste stehenden Fabriken auch im Jahre 1948 nicht abgeschlossen werden. Bis November 1948 hatte man 67 der geplanten 89 Anlagen demontiert und versandt.³²⁵

Im Frühjahr 1948 löste man die Reparations and War Potential Section von der Industry Branch und erhob sie zu einer eigenen Branch. Nach der Auflösung der Economics Division am 30. Juni 1948 wurde die Reparations and War Potential Branch Teil der neu gegründeten Property Division. Sie gliederte sich in vier Sections: Die Reparations Shipment Section kümmerte sich um den Abbau und die Verfrachtung der zu Reparationszwecken benötigten Anlagen.³²⁶ Die War Potential Section befaßte sich mit der Demontage und Zerstörung von kriegswichtigen Betrieben, die unter die Kategorien I und II fielen.³²⁷ Die Inventory Section führte die Bewertung von Industrieanlagen zu Reparationszwecken durch und überprüfte die Inventare und die Foreign Liaison Section schließlich kümmerte sich um die OMGBY zugeteilten Vertreter der alliierten Empfängerstaaten.

Im Herbst 1947 verfügte die Section über 20 amerikanische und 25 deutsche, am 30. Juni 1948 über 16 amerikanische und 26 deutsche Mitarbeiter. In der zweiten Jahreshälfte 1948 wurde die Mitarbeiterzahl der Reparations and War Potential Branch auf zehn amerikanische und 16 deutsche Mitarbeiter reduziert. Leiter der Reparations and War Potential Branch war seit Frühjahr 1948 Lt. Col. James F. McCaslin und seit 1. Juli 1948 Clifton H. Day.

³²² BayHStA MA 130811 und 130814.

³²³ Schreiben vom 16.1.1948, das die entsprechenden Anweisungen des OMGBY-Schreibens vom 11.4.1947 aufhob (BayHStA MA 130814).

³²⁴ Bayer. GVBl. 1948, S. 16.

³²⁵ 5/378–3/4.

³²⁶ Das Verfahren war in Titel 11, Teil 9, MGR, sowie in verschiedenen Anweisungen von Economics Division, OMGUS, geregelt.

³²⁷ Das Verfahren war in Titel 19, Teil 9, MGR, und verschiedenen Anweisungen von Economics Division, OMGUS, geregelt. In Bayern waren 69 Rüstungsbetriebe der Kategorie I zugeordnet worden. Davon wurden 15 bis 1.11.1947, der Rest bis November 1948 demontiert (5/378–3/4). Zu den letzten demontierten Betrieben zählten die Messerschmitt-Fabrikationsanlagen in Eschenlohe und Oberammergau.

Korrespondierende deutsche Behörde war das am 12. September 1946 beim Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft errichtete Amt für die Durchführung der Reparationsleistungen sowie das Amt für die Durchführung der Vernichtung des Kriegs- und Rüstungspotentials.³²⁸ Beide Ämter wurden später zusammengelegt. Am 31. März 1949 wurde das verbliebene Amt für Reparationsangelegenheiten aufgelöst.³²⁹

14. Manpower Division

a) Organisation und Zuständigkeit

Das Regional Detachment E1F3 verfügte im Mai 1945 auch über eine Labor Section. Diese kümmerte sich zunächst um Arbeitskräfte für das Detachment³³⁰ und führte Informationsgespräche mit ehemaligen bayerischen Regierungsbeamten, die in der Arbeitsverwaltung tätig waren. Am 25. Mai erörterte man mit ehemaligen Gewerkschaftsvertretern (u. a. Thomas Wimmer) die Zukunft der Gewerkschaften. Dr. Durst, Ministerialdirektor der Abt. IV des Reichsarbeitsministeriums, befragte man über die Aufgaben seiner Abteilung.³³¹ Gleichzeitig traf man die ersten Organisationsmaßnahmen: Das Hauptversorgungsamt unterstellte man (bis zur Gründung eines Arbeitsministeriums) vorläufig dem Ministerpräsidenten.

Im Juni 1945 konnte sich der Regional Labor Officer Clarence M. Bolds und seine Abteilung dann voll den eigentlichen Aufgaben seiner Abteilung widmen. Besonders dringliche Anliegen waren:

- Beseitigung von Kriegsschäden in Münchener Arbeitsunterkünften,
- Beschaffung von landwirtschaftlichen Arbeitern für die bevorstehende Ernte,
- Beschaffung von Arbeitern für die bayerischen Bergwerke und – Entlassung von Kriegsgefangenen.³³²

Dazu kam die Überwachung des am 20. Juni 1945 geschaffenen Arbeitsministeriums. Die sonstigen Aufgaben der von Bolds geführten Abteilung waren in der Section XV der Direktive vom 7. Juli 1945 niedergelegt (später: Titel 15, MGR: Labor Allocation, Housing, Labor Relations, Wages, Hours and Labor Standards, Social Insurance).

Bis Ende 1945 gehörte die Labor bzw. Manpower Section zur Economics and Supply Branch bzw. zu deren Nachfolgeorganisationen (Economic Control Agency bzw. Economic Branch). Bei der Neuorganisation der Wirtschaftsabteilung und Einrichtung einer Economics Division Ende 1945 gliederte man die Manpower Branch aus und gab ihr einen selbständigen Status. Im Mai errichtete OMGBY eine eigene Manpower Division und machte damit deutlich, daß die Arbeitsverwaltung im Rahmen der amerikanischen Besatzungspolitik einen hohen Stellenwert hatte. Die Division arbeitete mit drei Abteilungen (Manpower Allocation Branch, Labor Relations and Labor Standards Branch und Social Insurance and Housing Branch).

Im November 1946 kam noch die Executive and Field Operations Branch mit drei Field Operations Supervisors hinzu. Am 1. Mai 1948 wurde die Social Insurance and

³²⁸ Bayer. GVBl. 1946, S. 381; vgl. Anm. 321.

³²⁹ Bayer. GVBl. 1949, S. 1.

³³⁰ 10/85–3/5–1.

³³¹ Ebenda.

³³² AG 1945–46/74/3.

Housing Branch in die Personnel and Administration Division eingegliedert und in Real Estate and Land Resources Branch umbenannt. Diese blieb als Real Estate and Budget Control Branch auch nach der Auflösung der Personnel and Administration Division bestehen.

Die Manpower Division wurde am 30. Juni 1948 aufgelöst. An ihre Stelle trat ein Office of Manpower Adviser (mit Deputy Manpower Adviser, Assistant Manpower Adviser, Wages and Hours Section, Research and Statistics Section, Executive Section).

Der Hauptansprechpartner der Manpower Division auf deutscher Seite war das am 20. Juni 1945 auf Initiative und durch eigenes Gesetz der Militärregierung³³³ ins Leben gerufene Arbeitsministerium. Das Arbeitsministerium, das offensichtlich gegen den Widerstand des Ministerpräsidenten Schäffer von den Amerikanern durchgesetzt wurde, entwickelte sich zum Lieblingsministerium der amerikanischen Militärregierung in Bayern.³³⁴ Es erhielt die wichtige Zuständigkeit für den Wohnungsbau. Der Schriftverkehr zwischen Arbeitsministerium und Manpower Division lief nicht (wie bei den anderen Ministerien) über den Ministerpräsidenten, sondern, auch noch nach 1945, direkt zwischen Maj. Bolds und Minister Albert Roßhaupter. Zwischen beiden bestand ein außergewöhnlich freundschaftliches Verhältnis.³³⁵ Zu den wichtigsten Maßnahmen im Jahre 1946 gehörte die schrittweise Zulassung der Gewerkschaften. In der zweiten Januarhälfte erhielten zehn Industriegewerkschaften von der Militärregierung die Genehmigung, Mitglieder zu werben.³³⁶ Vorher hatte man nur Betriebsausschüsse zugelassen. Im April 1946 hatten die Amerikaner auf Kreisebene bereits 110 Gewerkschaften genehmigt. Die Wahl von Betriebsräten war im Kontrollratsgesetz Nr. 22 vom 10. April 1946 geregelt. Erste Betriebsratswahlen führte man im Mai 1947 durch. Die Manpower Division überwachte die Tätigkeit dieser Betriebsräte. In einigen Fällen monierte sie, daß sich die Betriebsräte mehr Kompetenzen anmaßen, als ihnen das Kontrollratsgesetz Nr. 22 zugestand. Zwei Nürnberger Betriebsräte warnte man 1947, weil sie gegen den Willen der Gewerkschaften Streiks organisiert hatten.³³⁷ Die Bildung von zentralen Betriebsräten verbot die Manpower Division im Frühjahr 1948 als dem Kontrollratsgesetz Nr. 22 widersprechend.³³⁸

Am 1. November 1946 waren die beiden Landesarbeitsämter in München und Nürnberg errichtet worden.³³⁹ Die Selbstverwaltung bei den Arbeitsämtern regelte die Kontrollratsdirektive Nr. 29 vom 17. Mai 1946. Sie führte bei den Arbeitsämtern beratende Ausschüsse ein. Die Direktive vollzog die Manpower Division in den 35 bayerischen Arbeitsämtern am 24. Juni 1947, also mit beträchtlicher Verspätung.³⁴⁰

Die Kontrollratsnormen erhielten für die bayerische Regierung erst dann Verbindlichkeit, wenn sie von OMGBY übermittelt worden waren. Erst dann war zum Ausdruck gebracht, daß die amerikanische Militärregierung diese Norm auch in Bayern zur Anwendung bringen wollte. Verzögerungen bei der Durchführung von Kontrollratsnormen durch die Manpower Division finden sich beim Kontrollratsgesetz Nr. 21 vom 30. März 1946 (Arbeitsgerichtsgesetz), das in Bayern erst am 30. Juni 1947 vollzogen

³³³ Bayer. GVBl. vom 20. 1. 1946, S. 9; Niethammer: Entnazifizierung, S. 181 f.

³³⁴ Bauer: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik, S. 77 ff.

³³⁵ Hoegner: Der schwierige Außenseiter, S. 265.

³³⁶ Fichter: Besatzungsmacht und Gewerkschaften, S. 113.

³³⁷ OMGBY: Annual Historical Report 1946/47, S. 630 f.

³³⁸ Schreiben vom 22. 3. 1948 (BayHStA MA 130817, 858).

³³⁹ VO Nr. 95 vom 10. 9. 1946 (Bayer. GVBl. 1946, S. 305).

³⁴⁰ VO Nr. 124 vom 1. 3. 1947 (Bayer. GVBl. 1947, S. 157).

wurde,³⁴¹ und beim Kontrollratsgesetz Nr. 35 (Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten) vom 10. August 1946, das Anfang 1948 immer noch nicht vollzogen war.

Schneller ging es bei der Kontrollratsdirektive Nr. 42 vom 24. Oktober 1946 (Grenzübertritt deutscher Arbeiter und Angestellter, die in einer Zone wohnen und in einer anderen beschäftigt sind), die am 13. Dezember 1946 dem Arbeitsministerium übermittelt wurde.

In Einzelangelegenheiten griff die Manpower Division nach 1945 nur noch in wenigen Fällen ein, beispielsweise dann, wenn für Sondermaßnahmen und für Reparationsleistungen der notwendige Bedarf an Arbeitskräften von den deutschen Stellen nicht beschafft werden konnte. Am 15. August 1946 wies OMGBY etwa das Arbeitsministerium an, alle Anstrengungen zur Beschaffung von Arbeitskräften im Rahmen des „locomotive and rolling stock repair program“ zu unternehmen.

Nachdem diese Anweisung offensichtlich ohne die erwünschte Wirkung blieb, befahl OMGBY dem Ministerium, die erforderlichen Arbeitskräfte zwangszu verpflichten. Zwangsverpflichtungen auf Grund von Anweisungen der Militärregierung gab es auch bei den im Rahmen der Reparationen durchgeführten Arbeiten (Demontage und Abtransport des Koaxialkabels bis zum 1. September 1946). Arbeitskräfte forderte OMGBY vom Arbeitsministerium auch für die aufwendigen Demontearbeiten an: So arbeiteten im Oktober 1946 bei den IG-Farben Anlagen in Gendorf über 8500 Arbeiter. Diese Arbeiten verstärkten den Arbeitskräftemangel vor allem im landwirtschaftlichen Bereich.

Zu unmittelbaren Eingriffen der Manpower Division kam es auch im Bereich des Wohnungswesens in Vollzug des Kontrollratsgesetzes Nr. 18 (Kritische Wohngebiete). Beispielsweise erklärte die Militärregierung am 11. April 1947 die Stadt Fürth zum kritischen Wohngebiet und verbot Neuzuzüge.³⁴²

Im Sommer des Jahres 1947 beschäftigte sich die Division vor allem mit der Vermittlung bei Konflikten zwischen Armee und deutschen Arbeitskräften, sowie mit der Beschaffung von Arbeitskräften für Sonderprojekte und auf Anforderung der Economics Division.³⁴³

b) Personal

Im Unterschied zu vielen anderen Abteilungen von OMGBY blieb die Manpower Branch bzw. die Manpower Division von häufigen Personalveränderungen an der Spitze verschont. Zwei Männer bestimmten die Geschicke dieser Abteilung vom ersten bis zum letzten Tag: Clarence M. Bolds und Frantz G. Loriaux. Beide waren vor ihrer Tätigkeit in Deutschland in amerikanischen Gewerkschaften tätig gewesen.³⁴⁴ Diese Gewerkschaften gehörten dem Congress of Industrial Organizations (CIO) an. Bolds war schon im Mai 1945 als Labor Officer des Regional Detachment in München tätig. Damals stieß 2nd Lt. Frantz G. Loriaux zur damaligen Labor Section. Bolds avancierte dann zum Leiter der Manpower Branch. Mitte Februar 1946 übernahm die (kommissarische) Leitung der Branch Frantz G. Loriaux (eventuell hielt sich Bolds zu

³⁴¹ Gesetz vom 6. 12. 1946 (Bayer. GVBl. 1947, S. 1); Bekanntmachung vom 30. 7. 1947 (Bay. StAnz. S. 28). Von den vorgesehenen zehn Arbeitsgerichten eröffnete man vorerst nur fünf sowie das Landesarbeitsgericht.

³⁴² BayHStA MA 130806.

³⁴³ AG 1947/19/8.

³⁴⁴ Fichter: Besatzungsmacht und Gewerkschaften, S. 123.

dieser Zeit in den USA auf). An der Spitze der neuformierten Manpower Division stand dann wieder Bolds, der im September 1947 zum Deputy Director von OMGBY ernannt wurde. Die Leitung der Manpower Division übernahm nun Loriaux, der nach Auflösung der Division im Juni 1948 als Manpower Adviser (Stellvertreter: Abe Kramer) weiteramtierte.

Die Personalausstattung der Manpower Division war, verglichen mit anderen Abteilungen der Militärregierung, eher bescheiden. Im Juni 1946 verfügte der Leiter der Division über neun amerikanische Mitarbeiter (civilians), im November 1947 über sieben. Der Manpower Adviser arbeitete mit einem Deputy Manpower Adviser und einem Assistant Manpower Adviser zusammen.

15. Transportation Branch

a) Aufgaben

Die Aufgaben der Militärregierung im Bereich des Transportwesens waren in Section XIV der Direktive vom 7. Juli 1945 niedergelegt, die durch Direktive vom 27. August 1945 geändert wurde (= Tit. 14, MGR, später mehrfach geändert).³⁴⁵ Die Transportation Section (seit 1946: Branch) der Militärregierung sowie die Transportation Section von G-5 kümmerten sich vorrangig um Wiedererrichtung und Entnazifizierung der deutschen Transportbehörden; nach der Direktive vom 7. Juli 1945 sollte die Wiederherstellung des Verkehrsnetzes durch deutsche Stellen veranlaßt werden. Auf Anregung der Militärregierung wurde am 23. Juli 1945 im Wirtschaftsministerium eine eigene Transportabteilung (unter Heinrich Brunner) eingerichtet.³⁴⁶ Die Abteilung sollte vor allem Koordinierungsaufgaben wahrnehmen. Im Januar 1946 errichtete Ministerpräsident Hoegner schließlich auf Weisung der Militärregierung ein eigenes Verkehrsministerium.³⁴⁷

Am 1. August 1945 arbeiteten bereits wieder 9480 Personen im Bereich der bayerischen Transportverwaltung (1. Mai 1946: 10224). Es wurden Zivilstellen für Reifen, Batterien und Ersatzteile eingerichtet, Ersatzteillager in München und Nürnberg auf der Basis von ehemaligem Wehrmachtseigentum angelegt und eine Bayerische „Truck-Company“ gegründet, die von der US Armee abgegebene Fahrzeuge reparierte und an deutsche Stellen weitergab. Die Transportation Branch vermittelte auch die Bereitstellung von US-Fahrzeugen für die bayerische Wirtschaft und überwachte dabei auch in Einzelfällen, ob der Einsatz der Fahrzeuge tatsächlich – wie gefordert – für die deutsche Wirtschaft erfolgte und notwendig war. Man errichtete zentrale und lokale Zulassungstellen³⁴⁸ und veranlaßte die notwendigsten Instandsetzungen des Straßennetzes.³⁴⁹

Nach eigenen Angaben verbrachten im Frühjahr 1946 die Mitglieder der Abteilung die Hälfte ihrer Arbeitszeit mit Inspektionsreisen. Jede Straßeninspektion mußte an die Road Transport Division in Berlin berichtet werden.³⁵⁰

Im Oktober 1946 betraute man die „Gesellschaft für die Verwertung von Rüstungsgut“ mit dem Verkauf und der Verteilung des deutschen Armeeguts (Captured Enemy

³⁴⁵ 10/195–1/20.

³⁴⁶ Dokumente zur Geschichte III 9, S. 28 (Denkschrift Schäffer).

³⁴⁷ Handbuch der bayerischen Ämter, S. 242.

³⁴⁸ Gemäß bayer. Gesetz Nr. 2 durfte an ehemalige Nazis kein Führerschein ausgeben werden.

³⁴⁹ Bericht der Transportation Branch vom 25. 6. 1946 (10/195–2/11).

³⁵⁰ 10/195–2/11.

Material < CEM >). Insgesamt wurden 1946 der bayerischen Wirtschaft 2000 ehemalige Wehrmachtsfahrzeuge übergeben. Daneben verkaufte man amerikanische Armeefahrzeuge an die bayerische Wirtschaft, und zwar über 7000 Nutzfahrzeuge.³⁵¹ Im Herbst 1946 half die amerikanische Armee bei der Einbringung der Ernte (Operation Spud).³⁵² Nach der 1946 erfolgten Verwertung der ehemaligen deutschen Wehrmachtsbestände und nach den amerikanischen Verkäufen gab es keine weiteren Neulieferungen mehr. Die mangelnden Ersatzteillieferungen und Reparaturmöglichkeiten verschlechterten den LKW-Bestand im Sommer 1946 rapide.³⁵³ Im Winter 1946/47 kam es dann – auch wegen der Witterungsverhältnisse – zu spürbaren Engpässen im Transportwesen, die erst Ende 1947 behoben werden konnten. Im März 1947 umriß die Transportation Branch ihre Aufgaben wie folgt:³⁵⁴

- Übermittlung der OMGUS-Direktiven an das Verkehrs- und Innenministerium sowie Überwachung des ordnungsgemäßen Vollzugs.
- Überwachung der deutschen Stellen beim Unterhalt von Straßen und Brücken. Mitteilung der Ergebnisse von Inspektionsreisen an die Ministerien.
- Koordinationstätigkeit bei der Bereitstellung und Zuteilung von Autoersatzteilen und Reifen für die Wirtschaft.
- Überwachung der deutschen Stellen, die für die Zulassung und den Betrieb von Kraftfahrzeugen in der Wirtschaft verantwortlich sind.

Angesichts der Kraftstoffknappheit und des beklagenswerten Zustands des zur Verfügung stehenden Fahrzeugmaterials bemühte sich die Transportation Branch stets um eine Verlagerung des Transports auf die Schiene oder auf das Wasser. Vorrangiges Ziel war für die Amerikaner die Förderung der Wirtschaft; besonders intensiv kontrollierte die Branch daher auch die Zulassung von LKWs durch deutsche Stellen, da diese nur zugunsten der deutschen Wirtschaft verwendet werden durften (Tit. 14–331.2, MGR). Eine am 3. Oktober 1947 von den Amerikanern durchgeführte Straßenkontrolle an den Münchener Einfallstraßen kam zu dem Ergebnis, daß über 50 % der Lastwagen leer oder nur gering beladen waren. Nur 10 % der Lastwagen transportierten Brennholz oder Lebensmittel. Viele Lastwagen wurden zur Personenbeförderung oder zu Botenzwecken verwendet. Vermutet wurde, daß viele der Lastkraftwagen zu Schwarzmarktgeschäften verwendet würden: „Ganz offenbar haben die deutschen Ministerien nicht alle möglichen Anstrengungen unternommen, um sich selbst zu helfen, ehe sie sich mit einer langen Liste von Beschwerden und Mängeln an die Militärregierung um Hilfe gewandt haben.“³⁵⁵ Militärische Bedürfnisse sowie Rückerstattungs- und Reparationswünsche dritter Nationen hatten nach Meinung der Branch 1948 gegenüber wirtschaftlichen Bedürfnissen zurückzutreten.³⁵⁶

Große Transportprobleme warfen jeweils die Einbringung der Ernten sowie die Versorgung mit Kohle und Holz auf. Freilich waren mit diesen Fragen zunehmend bizonale Stellen befaßt (Transport Group, Highway Branch, BICO). Trotzdem glaubte man bei OMGBY auf eine gewisse Aufsicht im Transportwesen nicht verzichten zu können. Noch 1948 hielt man die Überwachung vor allem deshalb für notwendig, weil angeblich die Zuteilung von Kraftfahrzeugen, Reifen und Kraftstoff durch deutsche Stel-

³⁵¹ 10/196–1/10.

³⁵² OMGBY: Annual Historical Report 1946/47, S. 617.

³⁵³ Ebenda.

³⁵⁴ 10/196–1/10–4.

³⁵⁵ BayHStA MA 130811.

³⁵⁶ 10/196–1/10.

len nicht selten von politischen und familiären Gründen oder – noch schlimmer – durch Korruption oder Repressalien beeinflusst wurde.³⁵⁷ Ohne Aufsicht und Druck werde nach Meinung der Amerikaner der Ausbau des Straßennetzes nicht vorangehen. Im Mai 1948 forderte die Transportation Branch BICO auf, die Überwachung des Straßen- und Brückenbaus zu verstärken, da ein zukünftiger Transportation Adviser dazu nicht in der Lage sein würde.³⁵⁸

Das seit Juli 1948 bestehende Office of the Transportation Adviser war faktisch nur noch eine Außenstelle der bizonalen Organisation.

b) Organisation

Die Transportation Branch war immer eine selbständige Branch mit folgender Organisation:

Übersicht 62: Organisation der Transportation Branch, OMGBY, 1. Januar 1946

Übersicht 63: Organisation der Transportation Branch, OMGBY, Juni 1946

Übersicht 64: Organisation der Transportation Branch, OMGBY, Juli 1947:

Am 30. Juni 1948 wurde die Transportation Branch aufgelöst und das Amt des Transportation Adviser geschaffen. Dieses Amt bestand bis 30. Juni 1949.³⁵⁹

c) Personal

Zu Beginn der Besetzung waren in der Transportation Section 60 amerikanische und 80 deutsche Mitarbeiter tätig; jedem Detachment war ein Transportation Officer zugeteilt. Darüber hinaus verfügte jedes (E-)Regierungsbezirksdetachment über zusätzli-

³⁵⁷ Ebenda.

³⁵⁸ Ebenda. Am 26. 2. 1948 war Titel 14, MGR, neu gefaßt worden.

³⁵⁹ 10/195–1/20.

che Transportation Officers, die sich zu monatlichen Konferenzen in München trafen.³⁶⁰ Am 5. April 1946 verfügte die Münchener Transportation Branch über 223 Offiziere und 15 Soldaten.³⁶¹

In den folgenden Monaten reduzierte man das Personal der Transportation Branch erheblich. Die Aufgaben der den Detachments zugeteilten Transportation Officers wurden nun den Field Liaison Officers zugeteilt.³⁶² Der T/O vom 17. Juli 1946 sah nur noch einen Offizier und sieben amerikanische Zivilangestellte vor.³⁶³ Ein Jahr später waren es nur noch ein Offizier und drei amerikanische Zivilangestellte, im März 1948 ein Offizier und drei amerikanische Zivilangestellte (bis zur Auflösung am 30. Juni 1948).

Leiter der Transportation Branch waren: Lt.Col. Mitchell A. Giddens (Dezember 1945 bis Februar 1947), Col. Edward M. Haight (Mai 1947), Col. John R. Knittel (Februar 1947 bis April 1948), Charles Hansen (bis Juni 1948 Acting Chief, dann Acting Transportation Adviser) und Theodore E. Zadra als Transportation Adviser (ab November 1948 bis zur Auflösung des Amts am 30. Juni 1949).

16. Die Organisation der lokalen Militärregierungsstellen (Field Operations Division) 1946–1949

Die USFET-Direktive vom 5. Oktober 1945³⁶⁴ sah die schrittweise Übertragung der wesentlichen Verwaltungsbefugnisse auf die deutschen Stellen vor. Nach den Kommunalwahlen, spätestens aber am 30. Juni 1946 sollten die lokalen Detachments ihre bisherige aktive Tätigkeit einstellen.

Nach den bayerischen Kommunalwahlen vom 27. Januar 1946 begann OMGBY mit der Umorganisation der lokalen Detachments. Am 2. März 1946 machte OMGBY die entsprechenden Pläne bekannt.³⁶⁵ Am 1. Mai wurden alle Landkreis-Detachments und am 1. Juni alle kombinierten Landkreis-Stadtkreis-Detachments in Liaison and Security Offices umbenannt. Am 1. Juni löste man alle Regierungsbezirks-Detachments auf und unterstellte die Liaison and Security Offices fachaufsichtlich (functional control) direkt OMGBY.

Im März und April verloren die Military Government Detachments ihre Zuständigkeit für Vermögenskontrolle (Property Control). Die Vermögenskontrolle war von diesem Zeitpunkt an Aufgabe der Sub-District-Control Officers.

Die seit 1. Juni 1946 bestehenden 23 Stadtkreis- und Landkreis- sowie 119 Landkreis Liaison and Security Offices erhielten neue Kennbuchstaben, die den jeweiligen Regierungsbezirk kennzeichneten (A = Unterfranken; B = Ober- und Mittelfranken, D = Niederbayern und Oberpfalz; E = Oberbayern; G = Schwaben).

³⁶⁰ 10/196–1/10; 10/195–2/11–4.

³⁶¹ 10/195–2/11.

³⁶² Schreiben vom 3. 6. 1946 über die Aufgaben der Field Liaison Officers auf dem Transportsektor (10/196–1/10–4).

³⁶³ Ebenda.

³⁶⁴ USFET Directive, AGO 014.1 GWC-AGO vom 5. 10. 1945, subject: Reorganization of Military Government Control Channels in Order to Develop German Responsibility for Self Government.

³⁶⁵ OMGBY, Schreiben vom 2. 3. 1946, subject: Reorganization of Military Government Units in Bavaria.

Als Personal standen insgesamt nur noch 384 Offiziere und 553 Soldaten zur Verfügung. Für die kombinierten Stadt- und Landkreis Liaison and Security Offices war eine Personalstärke von fünf Offizieren und fünf Soldaten (vorher acht und zwölf), für die Landkreis Liaison and Security Offices eine Personalstärke von zwei Offizieren und zwei Soldaten (vorher drei und fünf) vorgesehen.

Die fünf Administrative Companies, denen nur noch die verwaltungsmäßige Betreuung der Liaison and Security Offices oblag,³⁶⁶ sollten ab 1. Juni 1946 jeweils sechs Offiziere und 40 Soldaten umfassen. Die tatsächliche Personalstärke blieb allerdings in der Regel unter diesen Zahlen. Ende 1946 verfügten die fünf Kompanien über folgendes Personal:

Übersicht 65: Personalstärke der Administrative Companies, Field Operations Division, OMGBY, Juni 1946

	Offiziere	Soldaten
Co A Würzburg	9	24
Co B Ansbach	5	43
Co D Regensburg	6	36
Co E München	8	32
Co G Augsburg	8	32

Die Liaison and Security Offices blieben bis Anfang 1948 in folgender Verteilung weitgehend unverändert bestehen (Stand Januar 1947 mit den jeweiligen Leitern):

Übersicht 66: Liaison and Security Offices, Field Operations Division, OMGBY, Januar 1947

Regierungsbezirk Unterfranken

Co A	Würzburg	Lt.Col. M. E. Henderson
A-210 SK/LK Würzburg	Würzburg	Maj. M. B. Voorhees
A-220 SK/LK Aschaffenburg	Aschaffenburg	Capt. H. I. Blevig
A-221 SK/LK Schweinfurt	Schweinfurt	Maj. G. M. Marsh
A-250 LK Kissingen	Bad Kissingen	Maj. R. W. Jernigin
A-251 LK Kitzingen	Kitzingen	Maj. E. H. Emry
A-330 LK Alzenau	Alzenau	Capt. A. T. Neumann
A-331 LK Brückenau	Brückenau	Capt. A. G. Prondzinski
A-332 LK Ebern	Ebern	Capt. G. G. Brock
A-333 LK Gemünden	Gemünden	Maj. J. S. Sullivan
A-334 LK Gerolzhofen	Gerolzhofen	Capt. W. W. James
A-335 LK Hammelburg	Hammelburg	Capt. K. L. Ellis
A-336 LK Hassfurt	Hassfurt	Capt. R. E. Hellmig
A-337 LK Hofheim	Hofheim	Capt. F. L. Beelby
A-338 LK Karlstadt	Karlstadt	Maj. J. E. Breland
A-339 LK Königshofen	Königshofen	Capt. F. E. Witty
A-340 LK Lohr	Lohr	Capt. L. K. Owens
A-341 LK Markt Heidenfeld	Markt Heidenfeld	Capt. T. F. Griffin
A-342 LK Mellrichstadt	Mellrichstadt	Capt. C. Boden
A-343 LK Miltenberg	Miltenberg	Capt. J. L. Hinkel
A-344 LK Neustadt (Saale)	Neustadt a.d.S.	Maj. H. P. Clark
A-345 LK Obernburg	Obernburg	Capt. M. B. Jaeger
A-346 LK Ochsenfurt	Ochsenfurt	Capt. I. A. Lowell

³⁶⁶ OMGBY: Quarterly Historical Report Oct – Dec 1946, S.1f.: „The five companies are charged **only** with administrative responsibilities, including the assignment of personnel“.

Regierungsbezirk Oberfranken-Mittelfranken

Co B		Ansbach	Col. Edward M. Haight
B-211	SK/LK Nürnberg	Nürnberg	Lt.Col. A. T. Callicot
B-222	SK/LK Bamberg	Bamberg	Lt.Col. J. C. Barnett
B-223	SK/LK Bayreuth	Bayreuth	Lt.Col. S. M. Guild
B-224	SK/LK Erlangen	Erlangen	Lt.Col. F. Robie
B-225	Neustadt & Coburg	Coburg	Maj. S. Klein
B-226	Kronach	Kronach	Maj. Harold T. Lund
B-227	SK/LK Hof	Hof	Maj. H. L. Woodall
B-228	SK/LK Ansbach	Ansbach	Lt.Col. W. R. Whitaker
B-229	SK/LK Fürth	Fürth	Maj. A. C. Abbott
B-247	LK Lichtenfels & SK Staffelstein	Lichtenfels	Maj. F. W. Crimp
B-252	LK Ebermannstadt	Ebermannstadt	Maj. R. Y. Boyer
B-253	LK Höchstadt a. d. A.	Höchstadt	Capt. H. H. Moore
B-254	SK/LK Kulmbach	Kulmbach	Maj. H. C. Kauffman
B-255	LK Pegnitz	Pegnitz	Capt. H. G. Stamatis
B-256	LK Münchberg	Münchberg	Maj. R. C. Anderson
B-258	LK Rehau	Rehau	Capt. L. De Ford
B-259	LK Wunsiedel	Wunsiedel	Maj. T. Cleary
B-260	LK Forchheim	Forchheim	Maj. H. W. Zurn
B-261	LK Dinkelsbühl	Dinkelsbühl	Maj. A. S. Adams
B-262	LK Eichstätt	Eichstätt	Capt. J. R. Thomas
B-263	LK Feuchtwangen	Feuchtwangen	Capt. B. A. Morgan
B-264	LK Gunzenhausen	Gunzenhausen	Maj. R. J. Nielson
B-265	LK Hersbruck	Hersbruck	Capt. D. S. Stroup
B-266	LK Hilpoltstein	Hilpoltstein	Capt. R. E. Peters
B-267	LK Weissenburg	Weissenburg	Capt. C. W. Collier
B-268	LK Rothenburg	Rothenburg	Maj. F. K. Hinchey
B-269	LK Schwabach	Schwabach	Maj. R. E. Stringer
B-270	LK Scheinfeld	Scheinfeld	Capt. G. B. Jones
B-271	LK Windsheim	Windsheim	Capt. L. C. Wheeler
B-272	LK Lauf	Lauf	Maj. F. C. Smith
B-273	LK Neustadt (Aisch)	Neustadt a. d. A.	Maj. C. J. Cody
B-347	LK Naila	Naila	Capt. C. N. Hultzen
B-348	LK Stadtsteinach	Stadtsteinach	Maj. F. T. Brewster

Regierungsbezirk Niederbayern und Oberpfalz

Co D		Regensburg	Lt.Col. O. D. Hastings
D-212	SK/LK Regensburg	Regensburg	Maj. C. G. Doyle
D-230	SK/LK Weiden-Neustadt a. d. Wald	Weiden	Maj. G. J. Ganer
D-243	SK/LK Passau	Passau	Lt.Col. R. T. Nichols
D-244	SK/LK Amberg	Amberg	Maj. R. E. Boyd
D-245	SK/LK Landshut	Landshut	Maj. H. J. Mrachek
D-246	SK/LK Straubing	Straubing	Lt. Col. J. R. Hector
D-274	LK Cham	Cham	Capt. E. A. McNamara
D-275	LK Burglengenfeld	Burglengenfeld	1st Lt. R. W. Crowley
D-276	LK Parsberg	Parsberg	Maj. E. O. Carlson
D-277	LK Tirschenreuth	Tirschenreuth	Capt. L. R. Mariels
D-278	LK Neunburg vorm Wald	Neunburg	Maj. G. E. Griffin
D-279	LK Eschenbach	Eschenbach	Capt. R. O. Woodward
D-301	LK Deggendorf	Deggendorf	Maj. H. A. Hardt
D-302	Lk Eggenfelden	Eggenfelden	Capt. Marvon Glossop
D-303	LK Grafenau	Grafenau	Capt. R. N. McWorther
D-304	LK Kelheim	Kelheim	Capt. G. L. Milner
D-305	LK Landau a. d. Isar	Landau	Capt. V. O. Rose
D-306	LK Pfarrkirchen	Pfarrkirchen	Capt. N. Ugland

D-307	LK Regen	Zwiesel	Lt.Col. G. H. Foster
D-308	LK Vilshofen	Vilshofen	Maj. R. B. Swatash
D-309	LK Vilsbiburg	Vilsbiburg	Maj. F. B. Marshall
D-310	LK Wolfstein	Freyung	Capt. A. J. Howard
D-349	LK Kemnath	Kemnath	Maj. D. L. O. Roark
D-350	LK Nabburg	Nabburg	Maj. T. G. Shackelford
D-351	LK Oberviechtach	Oberviechtach	Maj. J. Mulholland
D-352	LK Riedenberg	Riedenberg	Maj. V. M. Corbin
D-352	LK Vohenstrauß	Vohenstrauß	Maj. J. B. Clark
D-353	LK Roding	Roding	Maj. L. P. Rhodes
D-354	LK Waldmünchen	Waldmünchen	Maj. R. W. Hitchcock
D-355	LK Beilngries	Beilngries	Maj. E. Fichter
D-356	LK Neumarkt i. d. Opf.	Neumarkt	Capt. A. G. Albert
D-358	LK Sulzbach-Rosenberg	Sulzbach-Rosenberg	Maj. R. T. Coykendall
D-375	LK Bogen	Bogen	Maj. J. F. Staudinger
D-377	LK Dingolfing	Dingolfing	Maj. J. C. Robertson
D-378	LK Griesbach	Griesbach	1st Lt. G. L. Thomas
D-379	LK Kötzing	Kötzing	Maj. J. J. Maher
D-380	LK Mainburg	Mainburg	Capt. E. R. Garrison
D-381	LK Mallersdorf	Mallersdorf	Capt. G. C. Jones
D-382	LK Rottenburg	Rottenburg	Maj. R. E. Levy
D-383	LK Viechtach	Viechtach	Maj. J. F. Rey
D-385	LK Wegscheid	Obernzell	1st Lt. K. J. Miller
Regierungsbezirk Oberbayern			
Co E			
E-213	SK/LK München	München	Lt.Col. R. J. Philpott
E-231	SK/LK Freising	Freising	Lt.Col. Eugene Keller
E-232	LK Miesbach	Miesbach	Lt.Col. H. E. Blakeley
E-233	LK Traunstein	Traunstein	Capt. W. A. Forsys
E-234	LK Altötting	Altötting	Capt. V. L. Thom
E-235	SK/LK Rosenheim	Rosenheim	Capt. C. A. Larimer
E-236	LK Garmisch-Partenkirchen	Garmisch	Capt. R. H. Neeel
E-237	SK/LK Ingolstadt	Ingolstadt	Maj. M. W. Nitz
E-280	LK Erding	Erding	Lt.Col. James H. Kelly
E-281	LK Laufen	Laufen	Maj. C. A. Brown
E-282	LK Mühldorf	Mühldorf	Capt. C. J. Wardle
E-283	LK Wasserburg	Wasserburg	1st Lt. C. V. Russell
E-284	LK Tölz	Bad Tölz	Capt. D. Root
E-285	LK Aibling	Aibling	Maj. A. O. Froede
E-286	LK Fürstenfeldbruck	Fürstenfeldbruck	Maj. E. J. Newmeyer
E-287	LK Landsberg	Landsberg	1st Lt. C. C. Boatwright
E-288	LK Pfaffenhofen	Pfaffenhofen	Maj. C. A. Rein
E-289	LK Starnberg	Starnberg	Maj. H. E. Reed
E-290	LK Weilheim	Weilheim	Maj. C. E. Carlson
E-291	LK Wolfratshausen	Wolfratshausen	Capt. M. J. Groves
E-311	LK Berchtesgaden	Berchtesgaden	Maj. P. L. Steers Jr.
E-361	LK Ebersberg	Ebersberg	Maj. M. Lawrence
E-362	LK Aichach	Aichach	Capt. E. J. Pennetto
E-364	LK Schrobenhausen	Schrobenhausen	Capt. J. E. Thayer
E-367	LK Dachau	Dachau	Capt. H. J. Bierman
E-368	LK Schongau	Schongau	Lt.Col. R. T. Shelby
Regierungsbezirk Schwaben			
Co G			
G-214	SK/LK Augsburg	Augsburg	Lt.Col. C. M. Avery
		Augsburg	Lt.Col. R. A. Norton

G-239	LK Dillingen	Dillingen	Maj. R. J. Paul
G-240	LK Neu Ulm	Neu Ulm	Maj. H. E. Howlett
G-241	LK Sonthofen	Sonthofen	Maj. J. E. Rhea
G-242	SK/LK Kempten	Kempten	Maj. Richard F. Wagner
G-292	LK Donauwörth	Donauwörth	Capt. M. G. Kruglinski
G-293	LK Günzburg	Günzburg	Maj. M. G. Norum
G-294	LK Markt Oberdorf	Markt Oberdorf	Capt. S. D. Lubin
G-295	LK Memmingen	Memmingen	1st Lt. M. W. Toepfer
G-296	LK Mindelheim	Mindelheim	Capt. L. A. Proper
G-297	LK Neuburg	Neuburg	Maj. H. M. Sebastian
G-298	LK Nördlingen	Nördlingen	Maj. B. Peshmalyan
G-299	LK Füssen	Füssen	Capt. J. N. Urtes
G-300	LK Krumbach	Krumbach	Capt. H. V. Worthington
G-369	LK Illertissen	Illertissen	Capt. F. W. Guzak
G-370	LK Kaufbeuren	Kaufbeuren	Maj. E. E. Elliot
G-372	LK Wertingen	Wertingen	Capt. J. M. Woodward
G-373	LK Friedberg	Friedberg	Capt. D. J. Moran
G-374	LK Schwabmünchen	Schwabmünchen	Capt. J. W. Kenne

Aufgrund der zehnprozentigen Personalreduzierung zum 1. Januar 1947 wurden die 23 Stadt- und Landkreis Liaison and Security Offices auf je vier Offiziere und zwei Soldaten verringert. Lediglich die Liaison and Security Offices Nürnberg und München behielten sechs Offiziere und vier Soldaten. Unverändert blieb das Personal der Landkreis Liaison and Security Offices mit zwei Offizieren und zwei Soldaten. Im Frühjahr 1947 wurden die Liaison and Security Offices durch die neu eingerichteten Military Posts entlastet, die für die militärischen Einheiten ihres Sprengels zentrale Verwaltungsaufgaben übernahmen.

Am 31. März 1947 erließ OMGUS eine einheitliche SOP für Liaison and Security Office und Administrative Units.³⁶⁷ Am 20. Juli wurde die Administrative Company A in die Company B und die Administrative Company G in die Company E eingegliedert.³⁶⁸ Die Company B (mit sechs Offizieren und sieben Soldaten) betreute 55 Offices, die Company D (mit fünf Offizieren und sieben Soldaten) 41 Offices und die Company E (mit acht Offizieren und sieben Soldaten) 45 Offices. Die Stadt-/Landkreis Liaison and Security Offices waren in der Regel mit zwei Offizieren und einem Soldaten zu besetzen (neun Offices mit drei und einem, Augsburg mit vier und einem, München mit sieben und einem, Nürnberg mit fünf und einem, Regensburg mit drei und einem), die Landkreis Liaison and Security Offices mit zwei Offizieren und einem Soldaten.

In den folgenden Monaten wurde das Personal weiter verringert. Um die Funktionsfähigkeit der Detachments zu erhalten, mußten auch die Aufgaben der lokalen Detachments entsprechend verringert werden. Entlastet wurden die Detachments vor allem hinsichtlich ihrer Berichtspflicht (reports), die sehr viel Zeit in Anspruch nahm. Ende 1947 standen insgesamt nur noch 302 Offiziere und 141 Soldaten zur Verfügung, die nun insbesondere auf Kosten der Stadt-Landkreis Liaison and Security Offices wie folgt verteilt wurden:

³⁶⁷ 13/120–1/7.

³⁶⁸ 13/120–1/6.

Übersicht 67: Personalverteilung auf die Liaison and Security Offices, Field Operations Division, OMGBY, Juli 1947

Schlüssel der horizontal angeordneten Ziffern:

1 München	10 Aschaffenburg
2 Augsburg	11 Coburg
3 Regensburg	12 Bayreuth
4 Passau	13 LK Lichtenfels
5 Straubing	14 LK Weilheim
6 Landshut	15 LK Berchtesgaden
7 Nürnberg	16 12 weitere SK
8 Schweinfurt	17 114 weitere LK
9 Bamberg	18 Summe

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Lt.Col.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	12		27
Major	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	12	114	141
Captain	4	2	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	1	1			114	132
1st Lieutenant	1						1											2
Total Officers	7	4	3	3	3	3	5	3	3	3	3	3	3	3	2	24	228	303
S/Sgt. (Chief Clerk)	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	12	114	141
Total	8	5	4	4	4	4	6	4	4	4	4	4	4	4	3	36	342	443

Mit Schreiben vom 26. Dezember 1947 ordnete OMGUS eine weitere Personalreduzierung in den Detachments um 53 % an.³⁶⁹ In Zukunft standen in Bayern der Militärregierung für ihre lokalen Dienststellen nur noch 300 (April 1948 bzw. Juli 1948 223) Planstellen (mit Einschluß der Legal Officers) zur Verfügung. Dieser drastische Eingriff bewog OMGBY zu einer vollständigen Umorganisation. Man begann mit einem lokal begrenzten Verwaltungsexperiment in der Oberpfalz („Group Amberg“) und schritt dann am 3. April 1948 zu einer als „Reorganization of Land Bavaria“ angekündigten Neuorganisation.³⁷⁰ Wichtigster Punkt dieser Neuorganisation war die Einrichtung einer Field Operations Division in München als oberste Kontrollinstanz aller lokaler Detachments. Diese Field Operations Division (FOD) gliederte sich in fünf Branches, die in Würzburg (Branch A), Nürnberg (Branch B), Regensburg (Branch D), München (Branch E) und Augsburg (Branch G) ihren Sitz hatten. Die von den Branches versorgten Gebiete gliederten sich ihrerseits in 19 Areas, 91 Offices (Hauptbüros) und 51 Sub-Offices (Nebenstellen). Die Sub-Offices besaßen kein amerikanisches Personal und standen unter der Aufsicht des jeweiligen Offices. Der Leiter eines Offices mußte mindestens einmal in der Woche das ihm unterstellte Sub-Office aufsuchen. Grundsätzlich waren jetzt nur noch Offiziere bzw. Zivilangestellte tätig. Bis 1. Juli 1947 wurden alle Mannschaften aus den lokalen Militärregierungsstellen herausgenommen.

Die Branches leitete als Vertreter der FOD vor Ort ein Branch Coordinator and Inspector, der sich vor allem um die Personalangelegenheiten im Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Branch zu kümmern hatte. Als Leiter einer Area fungierte der Area

³⁶⁹ Ltr. Hq OMGUS, (file AG 322 CO), subject: Reduction of Liaison and Security Detachment Personnel.

³⁷⁰ Operations Directive Nr. 1, OMGBY, vom 3.4.1948.

Commander. Er war grundsätzlich allzuständig und sollte vor allem in seinem Gebiet als Democratization Officer tätig sein.³⁷¹ Ihn vertrat der Area Executive Officer.

Das 3rd Military Government Regiment, sein Hq, die Hq and Service Company, die Companies B, D und E wurden zusammengelegt und ab 20. März 1948 in 7780th OMGUS Group, Bavaria Section umbenannt.³⁷²

Die Bezeichnung Detachment schaffte man jetzt ab. In Zukunft firmierte beispielsweise die Militärregierungsdienststelle in Füssen mit: „Füssen Office, Military Government Area Kempten“. Die Sub-Offices (Nebenstellen) richtete man in denjenigen Landkreisen ein, in denen sich keine DP-Lager, keine nennenswerten amerikanischen Truppen und keine Städte über 50000 Einwohner befanden und wo keine Grenzprobleme auftraten. Die Mitte 1948 eingeführte Organisation ergab dann das folgende Bild.

Übersicht 68: Organisation der Field Operations Division, OMGBY, 1948

Übersicht 69: Organisation und Personal der Field Operations Division, OMGBY, Oktober 1948

OMG Bavaria, Munich

Director: Kenneth E. Van Buskirk, Munich

Deputy Director: William J. Moran, Munich

Control Officer: P. W. Deibel, Munich

Branch „A“ – Lower Franconia

Branch Chief: B. N. Narvid, Würzburg

Deputy Branch Chief: V. R. Hurst, Würzburg

Area Bad Kissingen

Area Commander: Alexander D. Robb, Bad Kissingen

MGO, Office Bad Kissingen: Lt. S. F. Turner, Bad Kissingen with suboffice for Neustadt

MGO, Office Schweinfurt: Robert L. Rigg, Schweinfurt, with suboffices for Hofheim, Hassfurt and Gerolzhofen

MGO, Office Mellrichstadt: Lt. C. M. Taylor, Mellrichstadt

MGO, Office Brückenau: Ray D. Fogg, Brückenau

MGO, Office Hammelburg: Lt. J. M. Kinsman, Hammelburg

MGO, Office Königshofen: Lt. W. C. Clifton, Königshofen

Area Würzburg

Area Commander: E. C. Wimberly, Würzburg

³⁷¹ SOP for FOD (9/107–1/13).

³⁷² General Order Nr. 7, OMGBY, vom 1.4.1948.

- MGO, Office Würzburg: P. Bubser, Würzburg, with suboffices for Ochsenfurt, Marktheidenfeld, Karlstadt and Gmünden
- MGO, Office Aschaffenburg: Frank D. Rossborough, Aschaffenburg with suboffices for Alzenau, Obernburg, Miltenberg and Lohr
- MGO, Office Kitzingen: Lt. M. O. Harness, Kitzingen

Branch „B“ – Upper and Middle Franconia

Branch Chief: Robert M. MacWhorter, Nürnberg

Deputy Branch Chief: Sidney C. White, Nürnberg

Area Nürnberg

Area Commander: Harold T. Lund, Nürnberg

MGO, Office Nürnberg: Lt.Col. J. C. Barnet, Nürnberg

MGO, Office Fürth: John S. Hilliard, Fürth

MGO, Office Schwabach: Capt. S. G. Real, Schwabach

Area Coburg

Area Commander: Stanford P. Sussell, Coburg

MGO, Office Coburg: R. D. Walston, Coburg, with suboffices for Ebern, Lichtenfels and Staffelstein

MGO, Office Kronach: Lt. S. S. Smith, Kronach

MGO, Office Kulmbach: Capt. W. F. McCarthy, Kulmbach

Area Hof

Area Commander: Jack D. Brooks, Hof

MGO, Office Hof: Capt. A. A. Stanchos, Hof, with suboffice for Münchberg

MGO, Office Rehau: Capt. J. M. James, Rehau

MGO, Office Wunsiedel: John W. Vonier, Wunsiedel

MGO, Office Naila: Capt. J. H. Campbell, Naila, with suboffice for Stadtsteinach

Area Bayreuth

Area Commander: Charles L. Leven, Bayreuth

MGO, Office Bayreuth: C. M. Pace, Bayreuth, with suboffice for Ebermannstadt

MGO, Office Pegnitz: Capt. L. Griffin, Pegnitz

MGO, Office Lauf: Maj. W. A. Kelly, Lauf

MGO, Office Hersbruck: Lt. L. J. Chamberlain, Hersbruck

Area Bamberg

Area Commander: Nathan R. Preston, Bamberg

MGO, Office Bamberg: Lt. S. R. Mooers, Bamberg

MGO, Office Erlangen: Lt.Col. M. D. Barrett, Erlangen, with suboffice for Forchheim

MGO, Office Höchstadt: Capt. S. E. Witty, Höchstadt

MGO, Office Scheinfeld: Lt. W. J. Hennesy

MGO, Office Uffenheim: Capt. Q. A. Mitchel, Uffenheim

Area Ansbach

Area Commander: Joseph C. Joubanc, Ansbach

MGO, Office Ansbach: Capt. J. T. Reader, Ansbach, with suboffices for Feuchtwangen and Gunzenhausen

MGO, Office Weissenburg: M. R. Aliff, Weissenburg, with suboffice for Hilpoltstein

MGO, Office Eichstätt: Capt. I. W. Edgar, Eichstätt

MGO, Office Rothenburg: Frederick Roessler, Rothenburg

MGO, Office Dinkelsbühl: WOJG R. S. Whaley, Dinkelsbühl

Branch „D“ – Lower Bavaria and Upper Palatinate

Branch Chief: Elmer F. Warnke, Regensburg

Deputy Branch Chief: John J. May, Regensburg

Area Regensburg

Area Commander: L. F. Keally, Regensburg

- MGO, Office Regensburg: Capt. W. R. Smallwood, Regensburg, with suboffices for Mallersdorf, Riedenburg and Kelheim
 MGO, Office Cham: Capt. G. Lafountain, Cham, with suboffices for Neuburg v/W, Roding, Waldmünchen and Kötzing
 MGO, Office Parsberg: James O. Lipman, Parsberg, with suboffice for Beilngries
 MGO, Office Burglengenfeld: Capt. L. T. Chaquette, Burglengenfeld
 MGO, Office Neumarkt: Capt. J. B. Spencer, Neumarkt

Area Amberg

Area Commander: Alfred J. Dann, Amberg

- MGO, Office Amberg: Capt. R. J. Van Campen, Amberg, with suboffice for Sulzbach
 MGO, Office Weiden: Maj. G. H. Swick, Weiden, with suboffices for Oberviechtach and Nabburg
 MGO, Office Eschenbach: Capt. E. S. Parr, Eschenbach, with suboffice for Kemnath
 MGO, Office Tirschenreuth: Capt. L. O. Thibodeau, Tirschenreuth
 MGO, Office Vohenstrauß: Capt. M. C. Gibbons, Vohenstrauß

Area Straubing

Area Commander: J. T. Lawrence, Straubing

- MGO, Office Straubing: Maj. C. P. Kropowski, Straubing, with suboffice for Bogen
 MGO, Office Landshut: Maj. T. G. Shackelford, Landshut, with suboffices for Mainburg, Dingolfing, Vilsbiburg and Rottenburg
 MGO, Office Regen: Lt. W. M. Gardner, Regen
 MGO, Office Deggendorf: Maj. R. E. Timberlake, Deggendorf, with suboffice for Viechtach
 MGO, Office Landau: Capt. F. W. Adams, Landau

Area Passau

Area Commander: A. V. Diguini, Passau

- MGO, Office Passau: Marvon Glossop, Passau, with suboffice for Grafenau
 MGO, Office Wegscheid: Lt. R. Demarc, Obernzell
 MGO, Office Vilshofen: Capt. R. W. Buffington, Vilshofen
 MGO, Office Griesbach: Capt. J. H. Honour, Griesbach
 MGO, Office Pfarrkirchen: Carl R. Hansen, Pfarrkirchen
 MGO, Office Eggenfelden: Lt. I. J. Cooper, Eggenfelden
 MGO, Office Wolfstein: Lt. R. H. Rivet, Freyung

Branch „E“ – Upper Bavaria

Branch Chief: Richard F. Wagner, München

Deputy Branch Chief: Jerome A. Walker, München

Area Freising

Area Commander: F. K. Wiest, Freising

- MGO, Office Freising: Louis W. McAnnally, Freising
 MGO, Office Pfaffenhofen: William A. Rubin, Pfaffenhofen, with suboffice for Schrobenuhausen
 MGO, Office Dachau: Capt. G. Jacobson, Dachau, with suboffice for Aichach
 MGO, Office Erding: Capt. J. F. Nordgren, Erding
 MGO, Office Ingolstadt: Maj. H. E. Reed, Ingolstadt

Area Garmisch

Area Commander: William J. Garlock, Garmisch

- MGO, Office Garmisch: Capt. R. L. Roye, Garmisch
 MGO, Office Weilheim: Everett W. Schoening, Weilheim
 MGO, Office Schongau: Lt. Robert J. Schermer, Schongau
 MGO, Office Starnberg: John C. Midzor, Starnberg
 MGO, Office Fürstenfeldbruck: Lt. T. C. Wickman, Fürstenfeldbruck

Area Munich**Area Commander:** James H. Kelly, München**Deputy Commander:** L. Roberts, München**Area Toelz****Area Commander:** G. H. Godfrey, Bad Tölz**MGO, Office Tölz:** Franz F. Egger, Bad Tölz**MGO, Office Aibling:** Francis W. Schillig, Aibling, with suboffice for Ebersberg**MGO, Office Wolfratshausen:** Melvin A. Weightman, Wolfratshausen**MGO, Office Miesbach:** William R. Corbett, Miesbach**Area Rosenheim****Area Commander:** Lee Emerick, Rosenheim**MGO, Office Rosenheim:** Lt. J. L. Allison, Rosenheim**MGO, Office Traunstein:** Russel A. Wickman, Traunstein, with suboffice for Laufen**MGO, Office Wasserburg:** Capt. L. Jones, Wasserburg**MGO, Office Mühldorf:** Gerald F. McMahon, Mühldorf**MGO, Office Altötting:** W. G. Keene, Altötting**MGO, Office Berchtesgaden:** Lt.Col. S. R. Place, Berchtesgaden**Branch „G“ – Swabia****Branch Chief:** William C. Rhyne, Augsburg**Deputy Branch Chief:** Herbert D. Hart, Augsburg**Area Augsburg****Area Commander:** Donald S. Root, Augsburg**MGO, Office Augsburg:** R. Q. Petitfils, Augsburg, with suboffice for Friedberg**MGO, Office Schwabmünchen:** Lt. M. E. Hecht, Schwabmünchen**MGO, Office Günzburg:** J. R. Barker, Günzburg, with suboffice for Krumbach**MGO, Office Neu-Ulm:** Capt. R. S. Hardison, Neu-Ulm, with suboffice for Illertissen**MGO, Office Dillingen:** Capt. J. T. Mulcahey, Dillingen, with suboffice for Wertingen**MGO, Office Neuburg a/D.:** Thomas E. Eshleman, Neuburg a/D.**MGO, Office Donauwörth:** Delbert G. Reck, Donauwörth**MGO, Office Landsberg:** Andrew J. Sikora, Landsberg**Area Kempten****Area Commander:** Sidney S. Siskind, Kempten**MGO, Office Kempten:** Joseph P. Montgomery, Kempten**MGO, Office Sonthofen:** John K. Huston, Sonthofen**MGO, Office Füssen:** Capt. R. W. Anderson, Füssen**MGO, Office Markt Oberdorf:** Capt. E. E. Jones, Markt Oberdorf**MGO, Office Memmingen:** Donald J. Angers, Memmingen**MGO, Office Mindelheim:** J. L. Ott, Mindelheim**MGO, Office Kaufbeuren:** Maj. M. G. Norum, Kaufbeuren

Den Areas verwaltungsmäßig angegliedert waren die (23) Area Legal Officers, die fachlich unter den jeweiligen Regierungsbezirks-Legal Teams bzw. unter der Legal Division standen. Die Legal Officers urteilten als Einzelrichter der 23 Military Government Summary Courts (je ein Summary Court pro Area sowie je ein zusätzlicher Summary Court für München, Augsburg und Nürnberg). Im Oktober 1948 ging im Rahmen einer vollständigen Neuorganisation die Zuständigkeit für Militärregierungsgerichtsbarkeit an OMGUS über.

Für den April 1948 wurde die Sollstärke der Field Operations Division auf 300, für den 1. November 1948 auf 200 und schließlich für den 1. März 1949 auf 134 Stellen festgesetzt. Am 1. März 1949 wurden deshalb die Areas aufgelöst und die Kreis-Offices direkt den jeweiligen Branches unterstellt. Mehrere Kreis-Offices wurden aufgelöst und

als Sub-Offices von den benachbarten Kreisen mitverwaltet. Am 1. März 1949 bestanden noch 95 „aktive“ Offices und 47 „inaktive“ Sub-Offices.

Übersicht 70: Organisation und Personal der Field Operations Division, OMGBY, April 1949

Director: Kenneth E. Van Buskirk

Deputy Director: William J. Moran

Branch „A“ – Würzburg

Branch Chief: Sidney C. White, Würzburg

Deputy Branch Chief: V. R. Hurst, Würzburg

MGO Kissingen: Alexander D. Robb, Bad Kissingen

MGO Schweinfurt: Robert L. Rigg, Schweinfurt

MGO Hammelburg: Daniel R. Miller, Hammelburg, with suboffice for Gemünden

MGO Brückenau: Ray D. Fogg, Brückenau

MGO Neustadt: Robert J. Annis, Neustadt a. d. Saale

MGO Mellrichstadt: Ellis H. McKay, Mellrichstadt

MGO Königshofen: Ernest B. Brown, Königshofen

MGO Hofheim: (vacancy), Hofheim, with suboffice for Hassfurt

MGO Ebern: (vacancy), Ebern

Assistant MGO Würzburg: Everett H. Upton, Würzburg, with suboffices for Ochsenfurt and Marktheidenfeld

MGO Kitzingen: Vincent T. Schuster, Kitzingen, with suboffice for Gerolzhofen

MGO Karlstadt: John H. Phillips, Karlstadt, with suboffice for Lohr

MGO Aschaffenburg: Frank D. Rossborough, Aschaffenburg, with suboffice for Alzenau

MGO Obernburg: (vacancy), Obernburg, with suboffice for Miltenberg

Branch „B“ – Nürnberg

Branch Chief: Robert M. MacWhorter, Nürnberg

Deputy Branch Chief: John T. Davis, Nürnberg

MGO Nürnberg: Harold T. Lund, Nürnberg

MGO Fürth: Charles Emerick, Fürth

MGO Schwabach: John S. Hilliard, Schwabach, with suboffice for Hilpoltstein

MGO Coburg: Joseph C. Joubanc, Coburg, with suboffice for Staffelstein

MGO Kronach: Lynn C. Keck, Kronach, with suboffice for Lichtenfels

MGO Kulmbach: Thomas G. Tadross, Kulmbach, with suboffice for Stadtsteinach

MGO Hof: Jack D. Brooks, Hof, with suboffice for Münchberg

MGO Naila: Rudolph Menchl, Naila

MGO Rehau: Gerald Teran, Rehau

MGO Wunsiedel: John W. Vonier, Wunsiedel

MGO Bamberg: Nathan R. Preston, Bamberg, with suboffice for Forchheim

MGO Höchstadt: Joe F. Hackett, Höchstadt

MGO Erlangen: (vacancy), Erlangen

MGO Scheinfeld: Theodore B. Ruddock, Scheinfeld, with suboffice for Neustadt a. Aisch

MGO Bayreuth: Charles L. Leven, Bayreuth, with suboffice for Ebermannstadt

MGO Pegnitz: William F. Bossemeyer, Pegnitz

MGO Lauf: Milton L. Aliff, Lauf, with suboffice for Hersbruck

MGO Ansbach: Frederick Roessler, Ansbach, with suboffice for Gunzenhausen

MGO Rothenburg: Gerald S. Foley, Rothenburg, with suboffice for Uffenheim/Windsheim

MGO Dinkelsbühl: John R. Ward, Dinkelsbühl, with suboffice for Feuchtwangen

MGO Weissenburg: Josif Marcu, Weissenburg, with suboffice for Eichstätt

Branch „D“ – Regensburg

Branch Chief: Elmer F. Warnke, Regensburg

Deputy Branch Chief: John J. May, Regensburg

MGO Regensburg: Louis F. Keally, Regensburg, with suboffice for Mallersdorf

- MGO Kelheim: William E. Donehoo, Kelheim, with suboffice for Riedenburg
 MGO Neumarkt: (vacancy), Neumarkt, with suboffice for Beilngries
 MGO Parsberg: (vacancy), Parsberg
 MGO Cham: Riley C. Gilley, Cham, with suboffice for Roding
 MGO Waldmünchen: Forrest G. Tilton, Waldmünchen, with suboffice for Neunburg
 MGO Burglengenfeld: James O. Lipman, Burglengenfeld
 MGO Kötzing: Charles Pearce, Kötzing, with suboffice for Viechtach
 MGO Straubing: Philip F. Bubser, Straubing, with suboffice for Bogen
 MGO Landshut: Bertel Arnberg, Landshut, with suboffice for Vilsbiburg
 MGO Landau: Harry G. Mullin, Landau, with suboffice for Dingolfing
 MGO Mainburg: (vacancy), Mainburg, with suboffice for Rottenburg
 MGO Deggendorf: Marvon Glossop, Deggendorf
 MGO Grafenau: (vacancy), Grafenau
 MGO Passau: Albert V. Digiuni, Passau, with suboffice for Vilshofen
 MGO Wolfstein/Zwiesel: (vacancy), Wolfstein/Zwiesel
 MGO Pfarrkirchen: Carl R. Hansen, Pfarrkirchen
 MGO Wegscheid: Joseph P. Lanzano, Wegscheid
 MGO Regen: John J. Greal, Regen
 MGO Griesbach: George E. Stringer, Griesbach
 MGO Eggenfelden: Dimitri Kitrina, Eggenfelden
 MGO Amberg: Alfred J. Dann, Amberg, with suboffice for Sulzbach-Rosenberg
 MGO Eschenbach: Harry H. Ellis, Eschenbach, with suboffice for Kemnath
 MGO Oberviechtach: Carlson M. Parker, Oberviechtach, with suboffice for Nabburg
 MGO Vohenstrauß: Marcus G. Cameron, Vohenstrauß
 MGO Tirschenreuth: Frank J. Gates, Tirschenreuth
 MGO Neustadt/Weiden: (vacancy), Neustadt/Weiden

Branch „E“ – Munich

Branch Chief: Richard F. Wagner, München

Deputy Branch Chief: Jerome A. Walker, München

- MGO München: James H. Kelly, München
 MGO Ingolstadt: William G. Keen, Ingolstadt
 MGO Pfaffenhofen: Roger Montcalm, Pfaffenhofen, with suboffice for Schrobenhausen
 MGO Freising: Louis W. McAnnally, Freising
 MGO Dachau: William A. Rubin, Dachau, with suboffice for Aichach
 MGO Erding: (vacancy), Erding
 MGO Rosenheim: Lee Emerick, Rosenheim
 MGO Wasserburg: Yale Richmond, Wasserburg
 MGO Altötting: Richard von der Haar, Altötting, with suboffice for Mühldorf
 MGO Berchtesgaden: Gerald F. McMahon, Berchtesgaden
 MGO Traunstein: Russel A. Wickman, Traunstein, with suboffice for Laufen
 MGO Garmisch: William J. Garlock, Garmisch
 MGO Weilheim: Everett W. Schoening, Weilheim
 MGO Schongau: Robert J. Schermer, Schongau
 MGO Starnberg: John C. Midzor, Starnberg
 MGO Fürstenfeldbruck: Henry Carley, Fürstenfeldbruck
 MGO Tölz: Franz F. Egger, Bad Tölz
 MGO Wolfratshausen: Melvin A. Weightman, Wolfratshausen
 MGO Miesbach: William R. Corbett, Miesbach
 MGO Aibling: Francis W. Schillig, Aibling, with suboffice for Ebersberg

Branch „G“ – Augsburg

Branch Chief: William C. Rhyne, Augsburg

Deputy Branch Chief: Herbert D. Hart, Augsburg

- MGO Augsburg: Donald S. Root, Augsburg, with suboffice for Friedberg
 MGO Donauwörth: Delbert G. Reck, Donauwörth, with suboffice for Nördlingen

MGO	Neuburg a. Donau: Thomas E. Eshleman, Neuburg a. Donau
MGO	Dillingen: Williard R. Ritzinger, Dillingen, with suboffice for Wertingen
MGO	Günzburg: Francis C. Lindaman, Günzburg, with suboffice for Krumbach
MGO	Neu-Ulm: John K. Huston, Neu-Ulm, with suboffice for Illertissen
MGO	Landsberg: Andrew J. Sikora, Landsberg, with suboffice for Schwabmünchen
MGO	Kaufbeuren: Sidney S. Siskind, Kaufbeuren, with suboffice for Markt Oberdorf
MGO	Mindelheim: Thomas J. Smith, Mindelheim
MGO	Memmingen: Donald J. Angers, Memmingen
MGO	Kempten: Joseph P. Montgomery, Kempten
MGO	Sonthofen: Gordon F. Feehan, Sonthofen
MGO	Füssen: Dewey M. Campbell, Füssen

Am 30. Juni 1949 wurden weitere zehn Stellen einbehalten; die verbleibenden Stellen wurden zwischen Hq und Branches nach folgendem Schlüssel verteilt.

Übersicht 71: Personal der Field Operations Division, OMGBY, Juni 1949

Hqs. Field Opns Div	5 – US Civ
Branch „A“	19 – US Civ
Branch „B“	26 – US Civ
Branch „D“	31 – US Civ
Branch „E“	26 – US Civ
Branch „G“	17 – US Civ
<hr/>	
TOTAL	124 – US Civ

Die Field Operations Division blieb auch über das Inkrafttreten des Besatzungsstatuts am 21. September 1949 hinaus bestehen. Mit der Einrichtung des Office of the Land Commissioner im Oktober 1949 wurden die Branches in folgende Districts umgewandelt:

Übersicht 72: Konkordanz der Branches, Field Operations Division, OMGBY, mit den Districts, Land Commissioner of Bavaria, September 1949

Branch E	= District 1 (München)
Branch D	= District 2 (Regensburg)
Branch B	= District 3 (Nürnberg)
Branch A	= District 4 (Würzburg)
Branch G	= District 5 (Augsburg)

Insgesamt verfügte die Field Operations Division laut T/O vom 1. Januar 1950 über 95 Personen

C. Quellenbeschreibung

I. Die Ordnung und Strukturierung der OMGBY-Akten im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

I. Rahmenbedingungen

Zwischen Herbst 1981 und Anfang 1985 wurden die Ordnungsarbeiten der auf Microfiches im BayHStA verwahrten ca. 6500 OMGUS- bzw. OMGBY-Akten durchgeführt. Schon vorher war abweichend von der ursprünglichen, amtlichen Kurzbezeichnung OMGB für Office of Military Government for Bavaria OMGBY als Bestandsbezeichnung im Bayerischen Hauptstaatsarchiv festgelegt worden, mit dem BY der Nachkriegsautokennzeichen Bayerns am Ende zur Abgrenzung von den ähnlich lautenden Kurzbezeichnungen der amerikanischen Militärregierungen anderer Länder, welche ebenfalls ein „B“ enthielten.¹

Einige Grundfragen waren vor der endgültigen Strukturierung der Akten des Office of Military Government for Bavaria im BayHStA zu klären. Zwar war von Anfang an klar, daß die innere Gliederung nach Unterprovenienzen der einzelnen OMGBY-Teilbehörden und nach dem Registraturprinzip erfolgen sollte. Sollten nun jedoch alle Registraturen auch kurzfristig bestehender Untergliederungen der Militärregierung genau nachvollzogen oder ein zeitlicher Schnitt angelegt werden, welcher eine organisatorische Stabilität vorgaukeln könnte? Sollten in den Repertorien sowohl die zur Kopierung bestellten und im BayHStA vorhandenen Akten nachgewiesen werden, wie auch jene, welche von den deutschen Archivaren in den National Archives in Washington D.C. als Kassationsgut bewertet auf besonderen Erfassungsbögen als „folders of no historical value“ summarisch verzeichnet worden waren?

Diese Fragen wurden durch die Sachzwänge folgende Vorgehensweise allmählich zufriedenstellend gelöst. Die Ordnungsarbeiten wurden nämlich notgedrungen schrittweise durchgeführt, um eine frühzeitige Benutzung mit vorläufigen Findmitteln vor Eingang der letzten Microfichesendungen im Jahre 1984 (mit letzten Nachzüglern 1990) zu ermöglichen. Somit gingen Kontrolle und Inventarisierung der eingehenden Kopiensendungen und schrittweise Ordnung parallel. Nur zu dem größeren Teil der Aktenkopien lagen bereits vor dem eigentlichen Eingang der dazugehörigen Microfiches die in den USA angelegten Verzeichnungsbögen vor, so daß nur in beschränktem Umfang erste Überlegungen zur Strukturierung vor Einsicht der Akten möglich waren. Gerade z. B. zu Teilen der Information Control Division/Intelligence Division, Manpower Division und der Transport Branch, deren Aktenkopien erst relativ spät eingingen, war darum auch erst zu diesem Zeitpunkt inhaltlich Näheres bekannt. Die Bestandsstrukturierung konnte somit nur von einem Grobraster bis zu allmählicher Verfeinerung unter Rückkoppelung von Erfahrungen bei der Eingangskontrolle der Kopien, Benutzerbetreuung und der Aktendurchsicht aus verschiedenen, v. a. auch amtlichen Anlässen durchgeführt werden.

¹ Diese Ähnlichkeit der Abkürzungen hatte in der Anfangsphase sogar zu Falschsendungen von Microfiches, die eigentlich für andere Archivverwaltungen bestimmt waren, nach München geführt.

Erste Versuche, auch die Verzeichnungsbögen der absichtlich in den USA nicht kopierten „folders of no historical value“ in die Benutzerrepertorien einzubeziehen, führten trotz ausreichender Einweisung der Benutzer zu einer solchen Flut von Falschbestellungen, daß die entsprechenden Datenbögen schnellstens wieder aus dem unmittelbaren Benutzerbereich entfernt wurden. Sie werden nur von Fall zu Fall als ergänzende Information zugänglich gemacht, etwa wenn ein Forscher meint, im BayHStA nicht alle für seine Untersuchung einschlägigen OMGBY-Akten vorzufinden und zusätzlich eine USA-Reise planen zu müssen. Da die „folders of no historical value“ durchweg Material enthalten, welches bei Abgaben bayerischer Behörden an die staatlichen Archive ohne Bedenken als Kassationsgut eingestuft worden wäre, unterblieb die Reise dann meistens.

Wegen der häufigen Umstrukturierungen der Militärregierung während ihres Bestehens 1945–1948/49 war weiter zu entscheiden, ob jede auch kurzfristig bestehende Untergliederung registraturmäßig wieder hergestellt werden sollte, oder ein langatmigeres Raster anzulegen wäre. Neben wiederum der Verwirrung erster Benutzer bei Einführung in einen sich ständig wandelnden Mikrokosmos von Behörden mit wechselnden Zuständigkeiten ließ die innere Struktur der Akten hier nur einen Weg zu: Sehr schnell zeigte die Arbeit mit den Akten, daß sie noch am ehesten unter dem Gesichtspunkt stabiler Registraturen zu dem zeitlichen Schnitt der letzten, großen Reorganisationswelle Frühjahr/Sommer 1948 eine Einheit als Teilprovenienzen der Divisions und nachgeordneten Abteilungen eben jenes Abschnitts bildeten. Zu oft waren Akten verschiedenster durch Umorganisation untergegangener Untergliederungen von einer Nachfolgestelle einfach weitergeführt worden und zu viele Akten waren häufig bei dem Versuch, eine jeweils neue Aktenordnung zu bilden, neu formiert worden. Ein Nachvollziehen aller ehemaligen Gliederungen hätte zumindest bei den Akten der Militärregierung für Bayern keine für Archiv und Forschung durchschaubare Arbeitsgrundlage ergeben.

2. Akten- und Strukturpläne als Vorgaben

Bei dem Großteil der OMGBY-Akten hatten die in den National Archives in Washington D. C. bei der Sichtung und Verzeichnung der Militärregierungsregistraturen tätigen bayerischen Archivare nicht nur eine Zuordnung der einzelnen Akten zu den Hauptabteilungen (Divisions) der Militärregierung, sondern auch deren Untergliederungen (Branches und Sections) vornehmen können.² Für alle Divisions, auch jene, bei denen eine Unterteilung der Akten gemäß der ehemaligen, inneren Struktur nicht oder nur in geringem Umfange hatte durchgeführt werden können, waren in Washington „Provenienzbeschreibungen“, d. h. kurze Behördengeschichten angefertigt worden, welche auch auf die ehemaligen Untergliederungen eingingen. Allgemeine Organisations- oder Stellenpläne sind zu fast allen Gliederungen und zu mehreren Zeitpunkten in den OMGBY-Akten überliefert. Datiert vom 26. Juli 1946 wurde ein Aktenplan bei der Militärregierung in Umlauf gebracht, der nach einem Dezimalklassifikationssystem aufgebaut ist.³ Er beginnt mit der Nummer 000.1 Political, reicht bis

² So vor allem bei Land Director, Legal Division, Finance Division, Property Division, Economics Division, Education and Cultural Relations Division, Field Operations Division, z. T. bei Civil Administration Division und Information Services Division.

³ Der Aktenplan ist in den OMGBY-Akten nicht überliefert, konnte aber bei der Erschließungsarbeit in Washington D. C. an anderer Stelle gefunden und kopiert werden.

825 Structure of Waterways und sieht ca. 550 Positionen vor, die freilich von keiner Dienststelle voll ausgenutzt wurden, zumal ein erheblicher Teil rein militärische Begriffe vorsieht. Man behalf sich bei der Militärregierung, indem man letztere für Angelegenheiten der Verwaltung Bayerns uminterpretierte. Dies wurde von verschiedenen Militärregierungsstellen auf verschiedene Art und Weise und mit unterschiedlichem Geschick durchgeführt. Eine der größten Schwierigkeiten bereitete diesbezüglich die Einordnung der Organisationsakten und Korrespondenzserien sowohl über die Militärregierungsbehörden selbst wie zu Anordnungen und Überwachung der nachgeordneten bayerischen Behörden (von der Staatsregierung bis zu den Gemeinden). Nur ein Teil der Militärregierungsbehörden wandte diesen Aktenplan überhaupt an, andere kapitulierten davor, stellten v. a. fest, daß bei einem Geschäftsanfall der Größenordnung, wie er bei der Aufsichtsverwaltung Bayerns anfiel, für weite Aufgabenbereiche nur ein einziger Überbegriff oder überhaupt keine Aktenplanstelle vorgesehen war.

3. *Rekonstruktion nach dem vorhandenen Aktenplan*

Am gründlichsten befolgte den Aktenplan nach dem Zahlenklassifikationssystem die Registratur des Land Director (Militärgouverneur) für ihre umfangreichen Central Files, welche jedoch weder die Vorzimmerregistratur des Militärgouverneurs und seiner Stellvertreter noch gar die Registraturen der ihm nachgeordneten Divisions in München umfaßte. Ähnlich wurde der Aktenplan von der Field Operations Division und ihren Vorgängerorganisationen befolgt, wobei sich erhebliche Unterschiede zwischen der oberen Ebene in München und der unteren Ebene der kleinen Dienststellen in den einzelnen Landkreisen zeigten.

Die in den National Archives arbeitenden bayerischen Archivare hatten bei der Verzeichnung der Akten des Land Director bei gut der Hälfte der Akten das alte Aktenzeichen mit aufnehmen können, in den weiteren Fällen konnten die Akten bei der Ordnung in München eindeutig zugeordnet werden. Auch in diesem Falle waren die Akten beim Versand in die USA und vor der Zuteilung der Shipping List Nummern, unter welchen sie von den deutschen Archivaren dort vorgefunden wurden, in erheblichem Maße durcheinander geraten, so daß hier wie bei den anderen OMGBY-Registraturen heute stark springende Bestellnummern im Repertorium vorherrschen; denn aus Gründen der Koordination mit den Originalbeständen in den USA werden die alten Nummern weiter beibehalten.

Auch die Registratoren des Land Director hatten die oben beschriebenen Schwierigkeiten der Zuordnung von Akten, für die kein eindeutiger Bezugspunkt im Aktenplan vorhanden war. Ihre z. T. zaghaften Ansätze der Uminterpretation⁴ wurden bei der Bestandsgliederung von OMGBY in München um der Deutlichkeit willen noch weitergeführt,⁵ aber nur wo Bereinigungen unumgänglich waren.

⁴ Z. B.: Nr. 14.1 ursprünglich „Military Government, Germany“ vor allem bei der Field Operations Division zum Sammelbecken „Civil Administration“; Nr. 300.4 ursprünglich „Change of Orders“ zu „General Orders OMGBY“ für innere Struktur und Tätigkeitsbereiche der Militärregierung; Nr. 314.7 ursprünglich für Kriegstagebücher etc. zu „Historical Reports“, eine Position Army Welfare umgewidmet für Public Welfare, z. B. auch bezüglich der Displaced Persons und Flüchtlinge.

⁵ Z. B. nach einigen Vorläufern bereits von OMGBY: Nr. 319.1 „Reports, Miscellaneous“ als Sammelbecken für weitere, andernorts nicht einzuordnende Berichte; Nr. 322 ursprünglich für

Bei der Field Operations Division war die Veränderung von Aktenplanstellen des Zahlenklassifikationsplanes zwar weiter entwickelt worden als beim Land Director, dafür der Aktenplan auf der unteren Ebene ungenauer angewandt worden. Zudem waren in jenen Fällen, in denen sich mehrere nominell getrennte Militärregierungsdienststellen z. B. für einen Regierungsbezirk, ein Area und einen Landkreis an einem Dienstort befanden, in Wirklichkeit offensichtlich nicht nur gemeinsame Registraträume benutzt, sondern Akten ausgetauscht und sogar unkonventionell jeweils von der anderen Stelle weitergeführt worden! Gegen jede archivische Systematik mußten daher z. B. für die Hauptorte der bayerischen Regierungsbezirke die Registraturen aller Ebenen der FOD-Verwaltungen nur nach dem allerdings übersichtlichen Zahlenklassifikations-Aktenplan geordnet zusammen gelassen werden.⁶

4. Gliederung nach verbesserten und nachempfundenen Aktenplänen

Ansonsten wurden auch bei den Hauptregistraturen der Militärregierung in München vorgegebene Aktenpläne größtenteils überhaupt nicht oder unzureichend angewandt. In einigen Fällen finden sich nicht vollendete oder jedenfalls nicht konsequent durchgeführte Ansätze, sich jeweils einen neuen, bedarfsgerechten Aktenplan neu zu erstellen. Mehr oder minder erkennbare Aktenplanfragmente, z. T. nur mit eindeutigen, vom Zahlenklassifikationsplan der Militärregierung abweichenden Titelbildungen oder auch einigen numerischen Aktengruppen fanden sich z. B. bei Economics Division (einschließlich der später verselbständigten Food and Agriculture Division) und Civil Administration Division.

Soweit wie möglich und für eine verständliche Repertorisierung sinnvoll geschah die Registraturrekonstruktion in letzteren Fällen in Anlehnung an die Vorgaben aus der Zeit von 1945–1948, wobei man sich manchmal schon wie ein Antikensammler des 19. Jahrhunderts vorkam, der skrupellos Torsi alter Skulpturen ergänzt. So geschah es bei der Information Services Division in der Struktur von 1948, wo – auch in der unten aufgeführten Gliederung des Repertoriums sichtbar – an grob neu formierte Aktengruppen eine durchlöchernte Reihe von Aktenzeichen der Nummern 7–87 anschließt. Soweit eine Rekonstruktion nach dem Aktenbefund nicht mehr sinnvoll war,⁷ wurde nach der durch die Arbeit mit den Akten erschlossenen Kenntnis von Funktion und Denkweise der Militärregierung ein neuer Aktenplan nachempfunden.

Dies war am weitgehendsten erforderlich bei der am 15. Januar 1948 mehr oder weniger neu formierten Intelligence Division. Sie war aus Teilen der Information Control Division (v. a. Research and Analysis Branch) und der Intelligence Branch (nachrichtendienstliche Abteilung mit v. a. Historical Section zur Erarbeitung und Ablage der

Militärische Organisation zu „Organization of Military Government“; bei der Gruppe Nr. 400 ff. „Supplies“ usw. die ursprünglich nicht einzuordnenden Bereiche der Wirtschafts- und Ernährungsverwaltung u. a. m.

⁶ Ein Extremfall ist FOD Nürnberg, wo folgende Registraturen völlig ineinander verstrickt belassen werden mußten: Regierungsbezirk (dessen bayerische Regierung zudem Ansbach war und ist!), FOD Office für den Landkreis, die kreisfreie Stadt, und Area Office für mehrere umgebende Landkreise.

⁷ Aus den Historical Reports geht auch hervor, daß militärische und zivile Mitarbeiter einzelner Dienststellen häufig in kurzen Abständen in der US-Zone oder zwischen Deutschland und den USA hin- und herversetzt wurden, für Hilfsarbeiten in den Büros auch amerikanische Wehrpflichtige ohne ausreichende Vorkenntnisse und häufig ohne Interesse an der Arbeit Verwendung fanden. Einige Registraturen sehen entsprechend aus.

zahlreichen Besichtsserien) beim Land Director neu formiert worden, nachdem die beiden Behörden mit ihrer parallelen Aufgabenstellung sich manchmal eher ungewollt gegenseitig behindert statt kooperiert hatten.⁸ Auch die vorangehenden Teilgliederungen waren fast ständig umgegliedert worden, bei einer nicht geringen Arbeitslast im Verhältnis zu einem geringen Personalstand. Für einige Teilbereiche lagen Ansätze zu eigenen Aktenplänen vor, erkenntlich nicht nur an einheitlicher Titelbildung, sondern z. T. auch durchgehenden Numerierungen. Sie waren aber entweder durch Umorganisationen überrollt worden oder als Neuanfänge nach denselben durch die nächste Umgliederung hinfällig geworden, so daß sie eine Reihe unzusammenhängender Torsi mit noch größeren, amorphen Bereichen daneben bildeten. Zwar konnten sie in einen neu entworfenen Aktenplan eingefügt werden, dieser mußte aber völlig neu gestaltet werden. Es wurde einerseits den jüngsten Organisationsschemata von 1948 gefolgt und andererseits wurde er entsprechend des Arbeitsgebietes von Intelligence Division als Kontrollinstanz im Ergebnis in etwa wie ein Spiegelbild der gesamten Militärregierung für Bayern angelegt. Einige Ungereimtheiten wurden absichtlich nicht beseitigt, so wurden z. B. die Berichtsserien für die oberste Verwaltungsebene der Militärregierung unter den Berichtsserien von Land Director Central Files belassen, wo man sie 1948 nicht mehr herausgelöst hatte, während sonstige Berichtsakten zur Intelligence Division umgegliedert worden waren.

5. Sonderphänomene von Berichtsserien

Bei der Bestandsaufnahme der Berichtsserien wurden während der Erstaufnahme in den USA Fundstellenkonkordanzen der Berichte angefertigt, welche nicht nur Überlieferungslücken, sondern auch lückenfüllende Parallelserien in Historical Branch, Control Office, OMGUS, und in dem Bestand der National Archives „Office of the Chief of Military History“ aufzeigten. Kopien dieser Parallelserien stehen in München ebenfalls zur Verfügung, um eine möglichst vollständige Überlieferung zu gewährleisten.

6. Ausblick

Im Ergebnis stellt die im folgenden abgedruckte Repertoriengliederung von OMGBY zu den meisten Teilbehörden der Militärregierung eine Mischung aus Rekonstruktion und Neukonzeption von Aktenplänen dar. Weitere Ordnungsarbeiten i. e. S. am Bestand OMGBY sind nicht erforderlich. Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, daß die gegenwärtigen Repertorien, die aus ca. 40 Aktenordnern mit Kopien der Original-Erfassungsbögen bestehen, mittelfristig in die im BayHStA inzwischen verwendete EDV-Datenbank eingegeben und nicht nur in einer benützungsfreundlicheren Form ausgedruckt, sondern auch durch alphabetische Stichwortverzeichnisse bereichert werden – ganz abgesehen von den sich dadurch ergebenden, erweiterten Möglichkeiten der Recherche. Vorerst hat sich die logische Struktur des Bestandes nach dem verbesserten Registraturprinzip als Findmittel bewährt.

Lothar Saupe

⁸ Vgl. hierzu die „Provenienzbeschreibung“ zu Information Control Division, bzw. Intelligence Division von Brewster S. Chamberlin (im BayHStA als Vorspann im einschlägigen OMGBY-Teilrepertorium), und Intelligence Division, Program and Objectives in 10/73–2/15, sowie weitere Organisationsakten in OMGBY.

II. Akten der Militärregierung von Bayern im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

1. Inhalts- und Repertorienübersicht

Bestandsübersicht

Land Director (Militärgouverneur für Bayern)

Transportation Branch

Manpower Division

Legal Division

Finance Division

Property Division

Economics Division

Food and Agriculture Division

Education and Cultural Relations Division

Information Services Division

Intelligence Division

Intelligence Division: Reports

(Zur Bestandsergänzung vervollständigt mit Berichten der
Provenienzen OCMH und CO, OMGUS)

Civil Administration Division

Field Operations Division

2. Land Director

- Einführung
- Office of the Director:
- Correspondence, speeches, meetings
- Spezialakten und Berichte
- Administration, Central Files
- Investigation and Claims Branch
- Administration Branch
- Land Director, OMGBY Central Files:
Confidential papers and secret files

Land Director, OMGBY Central Files

000.1 Political: Elections – Politics

000.3 Religion

00.5 War Criminals

000.6 Prisons and Jails (civil)

000.73 Censorship

000.74 Libraries

000.76 Newspapers, Press

000.77 Radio Broadcasts

000.8 Civilian Schools and Universities

000.82 Civilian Schools and Universities

000.1 Meetings, Conferences and Celebrations

004 Industries

004.2 Banks and Banking

007 Monuments and Fine Arts

012 Taxation

013.3 Legal

014.1 MG (Military Government, Germany)

014.12	Civil Police
014.33	Citizenship, Naturalization
014.311	Denazification
014.35	Voting
014.393	Deportation and Exile
018	Bonds
019	Insurance
043	Postal Service
060	Charts, maps, etc.
070	Inventions
080	Red Cross (American and Bavarian)
091.112	Diplomatic Relations
091.3	Export and Import
091.412	Propaganda
091.713	Allied Liaison Personnel
092	International Affairs
092.1	Frontier and Control
092.2	Treaties and Agreements
100	Finance and Accounting
153	Claims and Accounts
158	Claims against U.S. Army
200	Personnel Directives
200.2	Identification
200.6	Awards and Decorations
210.1	Appointments
210.2	Promotions
210.482	Travel Control
210.711	Leaves
220.711	Civilian Employees
230.32	Dependants
231.2	„Operation Paperclip“
248	Allowances and Wages
250	Discipline
250.1	Morals and Conduct
250.3	Arrests
250.4	Courts Martial
260	Pensions
291.1	Marriages
293	Burials and Funerals
300.4	General Orders OMGBY
311	Communications
311.5	Documents and Security
312	Correspondence
313	Records
314.7	Military Histories and Historical Reports
319.1	Reports (miscellaneous)
322	Organization of Military Government of Bavaria
323.3	Hospitals
331.2	Clubs
332.1	Flags
333.3	Inspections of Organizations
333.5	Investigations
334	Boards of Review
337	Conferences
350	Education and Reorientation

353	Training
353.8	Athletics and Amusements
353.81	Army Public Welfare & Public Welfare
354.1	Camps
370	Letters and Directives
380.01	Security
383.4	Enemy Nationals (Espionage)
383.6	Prisoners of War
383.7	Displaced Persons; Refugees, Expellees
386	Property Rights
386.2	Billeting and Occupation of Premises
386.3	Enemy Materials
400	Supplies
403	Farming (including: „Food, Agriculture and Forestry“)
413	Tools, Instruments and Machines
413.3	Music
413.53	Photographic Equipment and Supplies
420	Clothing and Equipage
421	Uniforms
430.2	Food and Rations
431	Meats, Fish, Fats and Oil
432	Fruits, Vegetables and Nuts
433	Bread, Cereals and Grain
434	Butter, Eggs, Lard and Milk
435	Beverages and Drinks
438	Alcohol and Cleaning Supplies
440	Medical Supplies and Instruments
441	Chemicals, Drugs and Medicine
451	Vehicles (General)
451.92	Tires, Spare Parts
453	Railroads
454	Animals
457	Drums, Bags, Boxes and Packing Supplies
461	Publications
462	Printing Facilities
463.1	Utilities
463.3	Coal
463.4	Wood (Fuel)
463.7	Petrol, Oil and Lubricants (POL)
464	Fertilizer and Forage
474	Arms and Ammunition
537	Transportation General (by Auto and Truck)
580	Transportation by Air
600.1	Buildings, Constructions, Installations
601.53	Leases and Loans
611	Roads and Highways
637	Houses and Buildings, misc.
671.1	Water Supply
675	Electrical Power (Lighting)
676	Communications System
680.421	Hunting and Fishing
700	Medicine and Health
800	Rivers, Waterways and Harbours

3. Transportation Branch

Einführung

Directives, Regulations

Correspondence, Teletype Messages

Reports

Special Cases

4. Manpower Division

Einführung

1. Director's Files:
 - 1.1.1 Function of MG and Manpower Division
 - 1.1.2 Directives
 - 1.2.1 Letters of Transmittal
 - 1.2.2 Correspondence
 - 1.2.3 Communications in & out
 - 1.2.4 Inter Office Memos
 - 1.3.1 Different Subjects
 - 1.3.2 Personalities, Fragebogens
 - 1.3.3.1 Ministry of Labour
 - 1.3.3.2 Trade Unions
 - 1.3.4 Housing and Housing Reports
 - 1.3.5 Reports
- 1.4 Field Operations Reports
2. Branches:
 - 2.1.1 Labor Relations and Standards Branch
 - 2.1.2 Reports on Labor Unions
 - 2.2 Manpower Allocations Branch
 - 2.3 Social Insurance & Housing Branch
 - 2.3.1.1 Social Insurance
 - 2.3.2.1 Housing
 - 2.3.2.2 Housing: Military Government Requisitionings
 - 2.3.2.3 Housing Reports
3. Manpower Adviser:
 - 3.1 Correspondence
 - 3.2 Different Subjects

5. Legal Division

Einführung

Legislation Branch

- Verschiedenes
- Einzelne Gesetzesvorhaben:
 - Verfassung, Verwaltung etc.
 - Gerichte, Verfahrensrecht etc.
 - Arbeitsrecht
 - Kriegsoffer
 - Handel, Wirtschaft, Gewerbe
 - Energieversorgung, Aufuhr von Kunstwerken
 - Bericht der Food and Agriculture Division
 - Gesundheitswesen etc.

Legal Advice Branch

- Verschiedenes
- Correspondence
- Reports

German Courts Branch

- Verschiedenes
- Persons, Legal Personnel
- Correspondence
- Reports

6 a. Finance Division

- Einführung
- General; misc. subjects
- Correspondence
- Reports
- Civil Service
- Finance Branch:
 - Misc. subjects
 - Bipartite Board
 - Banks, Currency etc.
 - Taxes
 - Customs
 - Occupation Costs
 - Public Finance

6 b. Property Division

- Einführung
- General; misc. subjects
- Correspondence
- Investigations
- Reports
- Property Control Branch:
 - General & misc. subjects
 - Correspondence
 - Individual plants and objects
- Reparations Branch:
 - Gen. & misc.
 - Correspondence
 - Individual objects
- Restitution Branch:
 - Gen. & misc.
 - Individual plants and objects
 - Reports

7 a. Economics Division

- Einführung
- General
- Communications, Documents, Correspondence

- Reports
- Trade & Commerce
- Industry Branch:
 - General
 - Industrial Production
 - Leather, Paper, Textiles
 - Econ. Div. and Econ. Div. Industry Br. Porcelain, Glass and Ceramics
 - Econ. Div. and Econ. Div., Industry Br., Chemical Section/Techn. Consultant Chemicals: Chemicals and Ammunition
- Restitution

7 b. Food and Agriculture Division

- Einführung
- Division Director's Files
- Food & Agriculture, General; Correspondence
- Conferences and Meetings
- Some of the Reports
- Food Processing and Distribution
- Agricultural Programs
 - General
 - Land Reform
- Field Inspections (Food & Agriculture), Investigations
- Forestry:
 - General and misc.
 - Conferences and Meetings
 - Lumber
 - Hunting and Fishing
 - Some of the Forestry Reports

8. Education and Cultural Relations Division

- Einführung
- Generalakten etc.
- Correspondence
- Universities
 - General
 - Universitäten in Erlangen, Nürnberg, Regensburg
 - Universitäten und andere Hochschulen in München (und Weihenstephan)
 - Universitäten und andere Hochschulen in Würzburg
 - Students, Scholarships
- Education and Schools
 - General
 - School Reform
 - Schools in Unterfranken
- Reports
- Reorientation and Denazification
- Group Activities
- Youth Affairs
 - General
 - Correspondence

- German Youth Activities (GYA): Misc. and reports
- Youth Meetings, - Conferences, - Organizations etc.
- Cultural Exchange Programs
- General
 - „Projects 1949“
- Religious Affairs
- Reports Education and Religious Affairs
- Cultural Affairs:
 - Theater Section
 - Music Section

9. *Information Services Division*

- Einführung
- General and misc.
- Correspondence
- Reorientation
- Film and Motion Picture
- Applications for Licences
- Publications Branch
- Information Centers Branch
- Press Branch
 - General and misc.
 - Advertising
 - Amtsblätter
 - Verein Bayerischer Zeitungsverleger
(Bavarian Publishers Association)
 - Various Organizations
- Aktenzeichen 7-87 wie folgt:
 - 7 Black List
 - 8 Catholic Church
 - 9 Circular Letters
 - 10 Civil Government
 - 16 Denazification
 - 17 DANA (Deutsche Allgemeine Nachrichtenagentur)
 - 23 European Union
 - 28 ICD
 - 31 Intelligence
 - 34 Interzonal Exchange
 - 35 JEIA (Joint Export Import Agency)
 - 36 Journalist Exchange
 - 37 Journalists School
 - 38 Journalist League
 - 39 Legal Adviser
 - 42 Mitteilungsblätter
 - 43 Münchener Kulturpressedienst
 - 44 Newspaper Exchange
 - 45 Newspaper Agencies
 - 49 Policy Directives
 - 50 Political Affairs
 - 58 Press Conferences
 - 60 Press Memos
 - 61 Press Releases
 - 62a Property Control

- 63 Publications
- 64 Publishing Operations Sect.
- 65 PW
- 67 Quarterly and Statistical Reports
- 68 Refugee Journalists
- 69 Public Information
- 70 Reorientation
- 72 Request to Publish
- 85 Youth Program
- 87 Weekly Summary

- Licences, Correspondence etc. various Newspapers
- Correspondence etc. with newspapers in the following towns:
 - Altötting
 - Ammerseegebiet
 - Ansbach
 - Aschaffenburg
 - Augsburg
 - Bad Aibling
 - Bad Tölz
 - Bad Wörishofen
 - Bamberg
 - Bayreuth
 - Coburg
 - Dachau
 - Freilassing
 - Fürstenfeldbruck
 - Hof a. d. Saale
 - Ingolstadt
 - Kempten
 - Landau
 - Landsberg/Lech
 - Miesbach
 - Mindelheim
 - Mühldorf/Inn
 - Munich
 - Nürnberg
 - Passau
 - Pfaffenhofen
 - Schongau
 - Schweinfurt
 - Trostberg
 - Wasserburg
 - Weilheim
 - Würzburg
- Correspondence, Fragebogen and other Documents concerning individual Newspapermen

10. Intelligence Division

Einleitung

- a) Office of Military Government for Bavaria
 - Mission and Policy
 - Generalia & Miscellanea

- Reports from Military Government Divisions, Branches and Sections
- OMGBY American and German Personnel
- Information Control Division (1945–48)
 - now: Intelligence Division (1948–49)
 - Policy & Organization
 - Activities etc.; Summaries
- ID Correspondence
 - Letters
 - TWX (Teletyp messages, cable or radio messages)

b) Political

- Generalia & misc. (e. g. Bayerische Verfassung)
- Elections
- Landtag
- Bavarian Government
- The Bavarian Ministries
- Occupation of Germany
- Bizone – Länderrat – Bundesrepublik
- German Relations to foreign countries
- Boundaries; other allied zones, neighbouring countries
- Allied zones
- Political parties
- Political etc. organizations; meetings
- International societies, meetings etc.
- German-American societies
- Non-political organizations and group activities
- Festivals
- Youth
- Personalakten:
 - Personensammelakten
 - einzelne, personenbezogene Akten, alphabetisch

c) Civil Administration etc.

- General
- Public safety; crime, incidents
- Police
- Public welfare
- Welfare organizations; Red Cross
- Refugees and expellees
- Displaced Persons
 - General
 - Different DP nationalities
 - DPs: Ukrainians
- Emigration and repatriation
- Prisoners of war
- Ehemalige deutsche Soldaten
- Public health

d) Legal Affairs

e) Civil Service – Beamte

f) Transportation

g) Manpower

h) Housing**i) War Crimes and Denazification**

- Office of Strategic Services (OSS):
 - Berichte 1944-45 (War crimes & Nationalsozialismus)
- Captured German Records (vor allem NSDAP)
- Documents and Translation Section: Reports
- War crimes (and denazification)
- War Crime Trials
- Denazification and Spruchkammern
- Renazification
- Illegal activities etc.
- Anti-semitism
- Political victims of N.S.
- Camps

k) Economics Affairs

- Economic – general
- Industry and mining
- Chemicals, explosives and ammunition
- Property Control
- Restitution
- Reparations
- Dismantling
- Lastenausgleich
- Staatliche Erfassungsgesellschaft für öffentliches Gut (STEG)
- Trade & commerce
- Black market
- Trade unions
- Berufs- und Fachverbände
- Finance
- Monetary problems
- Food and Agriculture

l) Cultural Affairs

- General
- Information Control:
 - General
 - Press, publications
 - Licensing, registration
 - Theater
 - Film
 - Radio
- Education & Religious Affairs:
 - General
 - Universities
 - Schools
 - German scientists
 - Reeducation & reorientation
 - Church & religion

m) German and Bavarian Public Opinion

- Newspaper clippings on various subjects
- German public opinion

- Public opinion surveys on various political subjects and developments
- German reactions to certain events
- „Briefs“
 - General
 - Berlin Briefs
 - Munich Briefs
- Essential Elements of Information (E. E. I.)
- Complaints and criticism of the population
- Public opinion and subversive propaganda
- Rumors

11 a. Reports

- Military Government Historical Reports (1944–48)
- OMGUS CO: Bavaria reports
- Political activities
- Misc. reports on: political, general information etc.
- Reports vom OMGBY divisions, branches & sections
- OMGUS CO (desgl.)
- ID – Turicum Reports
- ID – Intelligence Reports
- Historical Section: Reports
 - v. a. von der unteren Verwaltungsebene
- Research Branch, Reports

11 b. Anschließend nach Gegenständen aufgestellte Berichte der Provenienzen ID, OMGBY, OCMH, OMGUS und CO, OMGUS

- Reports on (and from) various OMGBY-Detachments (Regierungsbezirke und Landkreise)
- Berichte von und über Regierungsbezirke, Stadtkreise und Landkreise nach folgender Anordnung:
- Regierungsbezirk insgesamt, dessen Hauptstadt und der dazu gehörige Landkreis
- übrige Land- und Stadtkreise alphabetisch zu: Unterfranken, Ober- und Mittelfranken, Oberpfalz und Niederbayern, Oberbayern, Schwaben

12. Civil Administration Division

- Einführung
- Verschiedenes
- Government and Politics
- Political Parties
- Reorientation
 - Verschiedenes
 - Scholarships
 - Cultural Exchange
- „Civil Liberties“
- Reports
 - Verschiedene Berichte
 - Oberbayerische Landkreise A – W

- Governmental and Political Branch
 - Verschiedenes
 - Political Affairs
 - Establishment of Political Parties on Landkreis Level
- Denazification Branch
- Public Welfare Branch
 - General
 - Correspondence
 - Reports
 - Welfare Agencies
 - German Agencies
 - Non German Agencies
 - Youth Welfare
 - Refugees, Expellees, Displaced Persons, Persecutees, Disarmed Enemy Forces
- Public Health Branch
 - General and Correspondence
 - Reports
 - Health Problems, Individual cases etc.
 - Organizations and Agencies
 - Persons
- Public Safety Branch
 - General
 - Single Files on:
 - German Police
 - Stadt Police
 - Continued as File Numbers 12-67:
 - 12. Rural Police
 - 13. Border Police
 - 14. Hunting Police
 - 15. Forest Police
 - 16. Industrial Police and Civilian Guards
 - 17. Fire Arms
 - 22. Hunting & Fishing
 - 23. DP Camps and Activities
 - 25. Interzonal and International Travel
 - 39. Internment Camps & Internees
 - 42. Communications Stadt Police
 - 45. War Crimes
 - 67. Policy in General
- Licensing of Various Organizations
 - Reports
 - Rural Police Personalities
 - Correspondence FOD Field Team 2, Schwaben

13. Field Operations Division

Director's Files (München)

Branch A (Unterfranken)

(Military Government Areas: Bad Kissingen, Würzburg)

Würzburg (Office) – Akten für Regierungsbezirk/Branch Area, Landkreis, Stadt

Aschaffenburg (Office)

Bad Kissingen (Area, Office)

Brückenau (Office)

Ebern (Office)

Hammelburg (Office)

Haßfurt (Office)

Karlstadt (Suboffice)

Kitzingen (Office)

Miltenberg (Suboffice)

Neustadt (Suboffice)

Schweinfurt (Office)

Branch B (Oberfranken und Mittelfranken)

(Military Government Areas: Ansbach, Bamberg, Bayreuth, Coburg, Hof, Nürnberg)

Nürnberg (Regierungsbezirk/Branch Area, Landkreis und Stadt)

Ansbach (Area, Office)

Bamberg (Area, Office)

Bayreuth (Area, Office)

Coburg (Area, Office)

Dinkelsbühl (Office)

Ebermannstadt (Suboffice)

(Ebern ab 1948 als Suboffice zu Area und Office Coburg, siehe Branch A)

Eichstätt (Office)

Erlangen (Office)

Feuchtwangen (Suboffice)

Fürth (Office)

Hersbruck (Office)

Hilpoltstein (Suboffice)

Höchstadt/Aisch (Office)

Hof (Area, Office)

Kronach (Office)

Kulmbach (Office)

Lauf (Office)

Lichtenfels (Suboffice)

Münchberg (Suboffice)

Naila (Office)

Neustadt/Aisch (Suboffice)

(Nürnberg siehe oben)

Pegnitz (Office)

Rehau (Office)

Rothenburg o. d.T. (Office)

Scheinfeld (Office)

Schwabach (Office)

Stadtsteinach (Suboffice)

Weißenburg i. B. (Office)

Wunsiedel (Office)

Branch D (Niederbayern und Oberpfalz)

Military Government Areas: Amberg, Passau, Regensburg, Straubing

Regensburg (Office, Regierungsbezirk, Area, Landkreis und Stadt)

Amberg (Area, Office)

Bogen (Suboffice)

Burglengenfeld (Suboffice)

Cham (Office)

Deggendorf (Office)

Eggenfelden (Office)

Grafenau (Suboffice)

Griesbach (Office)

Kelheim (Suboffice)

Kemnath (Suboffice)
 Kötzing (Suboffice)
 Landau (Office)
 Landshut (Office)
 Mainburg (Suboffice)
 Mallersdorf (Suboffice)
 Nabburg (Suboffice)
 Neumarkt i. d. Opf. (Office)
 Neunburg v. W. (Suboffice)
 Oberviechtach (Suboffice)
 Parsberg (Office)
 Passau (Area, Office)
 Pfarrkirchen (Office)
 Regen (Office)
 (Regensburg siehe oben)
 Riedenburg (Suboffice)
 Roding (Suboffice)
 Rottenburg (Suboffice)
 Straubing (Area, Office)
 Sulzbach-Rosenberg (Suboffice)
 Tirschenreuth (Office)
 Viechtach (Suboffice)
 Vilsbiburg (Suboffice)
 Vilshofen (Office)
 Vohenstrauß (Office)
 Waldmünchen (Suboffice)
 Wegscheid (Office)
 Weiden/Neustadt (Office)
 Wolfstein (Office)

Branch E (Oberbayern)

Military Government Areas: Bad Tölz, Freising, Garmisch, München, Rosenheim

München (Regierungsbezirk, Area, Landkreis, Stadt; Office)
 Altötting (Office)
 Bad Aibling (Office)
 Bad Tölz (Office)
 Berchtesgaden (Office)
 Dachau (Office)
 Freising (Area, Office)
 Fürstenfeldbruck (Office)
 Garmisch (Area, Office)
 Ingolstadt (Office)
 Landsberg (Office)
 Miesbach (Office)
 Mühldorf (Office)
 (München siehe oben)
 Pfaffenhofen (Office)
 Rosenheim (Area, Office)
 Schongau (Office)
 Schrobenhausen (Suboffice)
 Starnberg (Office)
 Traunstein (Office)
 Wasserburg (Office)
 Wolfratshausen (Office)

Branch G (Schwaben)

Military Government Areas: Augsburg, Kempten

Augsburg (Regierungsbezirk, Area, Landkreis, Stadt, Office)

Dillingen (Office)

Donauwörth (Office)

Friedberg (Suboffice)

Füssen (Office)

Günzburg (Office)

Kaufbeuren (Office)

Kempten (Area, Office)

(Landsberg Office 1948 zur Branch Office, Area Augsburg, siehe Branch E)

Marktoberdorf (Office)

Memmingen (Office)

Mindelheim (Office)

Neuburg a. d. Donau (Office)

Neu-Ulm (Office)

Schwabmünchen (Office)

Sonthofen (Office)

14. BayHStA „OMGUS Reports“

Duplikate auf Papier (Originalduplikate)

Es handelt sich um Kopien jener Art von Berichten, die von den verschiedenen Military Government-Dienststellen auch an OMGBY ID gelangten. Da bei ID die Serien lückenhaft sind, wurden diese Berichte zur Bestandsergänzung beschafft.